

Entstehung und Entwicklung der
deutsch-afghanischen Beziehungen unter besonderer
Berücksichtigung der Entwicklungshilfe der
Bundesrepublik Deutschland für Afghanistan
während der Ersten Entwicklungsdekade

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Grades eines
DOKTORS DER PHILOSOPHIE
(Dr. phil.)

im Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Mohammed Taufiq Mokhtarzada
aus Herat

Berlin 1972

Digitized by the Internet Archive
in 2026

Entstehung und Entwicklung der
deutsch-afghanischen Beziehungen unter besonderer
Berücksichtigung der Entwicklungshilfe der
Bundesrepublik Deutschland für Afghanistan
während der Ersten Entwicklungsdekade

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Grades eines
DOKTORS DER PHILOSOPHIE
(Dr. phil.)

im Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin



vorgelegt von

Mohammed Taufiq Mokhtarzada
aus Herat

Berlin 1972

Gedruckt mit Genehmigung
des Fachbereichs Politische Wissenschaft der
Freien Universität Berlin

Vorsitzender des Fachbereichsrates:

Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr

Referent:

Prof. Dr. Georg Kotowski

Korreferent:

Prof. Dr. Franz Ansprenger

Tag der mündlichen Prüfung: 5. Dezember 1972



Meinen lieben Eltern gewidmet

Meinem verehrten Lehrer, Herrn Prof. Dr. Georg
K o t o w s k i , danke ich sehr für die För-
derung meiner Arbeit.

Dem Institut für Begabtenförderung der Konrad-
Adenauer-Stiftung danke ich für die Unterstützung
meiner Promotion seit dem Wintersemester 1970/71.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	9
1. Einführung in die geographische Lage, Klima, Bodennutzung, Bodenschätze, natürliche Rohstoffe, ethnische Struktur und die Geschichte der Modernisierung Afghanistans seit 1880	11
1.1 Geographische Lage	11
1.2 Klima	13
1.3 Bodennutzung	13
1.4 Bodenschätze, natürliche Rohstoffe	15
1.5 Bevölkerung	17
1.6 Ethnische Struktur	18
1.7 Die Geschichte der Modernisierung Afghanistans seit 1880	19
1.7.1 Emir Abdur-Rahman 1880 - 1901	19
1.7.2 Die Entwicklungs- und Modernisierungspolitik des Emirs	22
1.7.3 Emir Habibullah 1901 - 1919	25
1.7.4 Die Entwicklung der Industrien	27
1.7.5 Die Entwicklungspolitik in den zwanziger Jahren (König-Amanullah-Periode)	29
1.7.6 Mohammed Nadir Schah 1929 - 1933	33
1.7.7 Die wirtschaftliche Entwicklung in der Nadir-Schah-Periode	35
2. Die Entstehung der deutsch-afghanischen Beziehungen	37
2.1 Deutsch-türkische Afghanistan-Expedition	38
2.2 Deutsche Afghanistan-Expedition, Mission Hentig/Pratap	40
2.3 Hentig und Niedermayer in Afghanistan	42
2.4 Der deutsch-afghanische Freundschaftsvertrag	45
2.5 Das Ergebnis der deutschen Expedition nach Afghanistan	48
2.6 Die nichtmilitärischen Ziele der Expedition	50

3. Ausbau der deutsch-afghanischen Beziehungen in den 20er und 30er Jahren	51
3.1 Die deutsch-afghanischen Beziehungen in den 20er Jahren	52
3.2 Die deutsch-afghanischen Beziehungen in den 30er Jahren bis Anfang der 40er Jahre	59
3.2.1 Politische und militärische Ziele des Engagements des Dritten Reiches in Afghanistan	64
3.2.2 Das Verhalten der afghanischen Regie- rung gegenüber den deutschen Aktivi- täten in Afghanistan	69
4. Der Anteil der BRD an der Förderung der afghani- schen Entwicklungspolitik nach dem Zweiten Welt- krieg	74
4.1. Die Nachkriegsperiode als Ära der systemati- schen Entwicklungsförderung in Afghanistan	75
4.1.1 Der erste Investitionsplan 1949 - 1953	76
4.1.2 Der erste Fünfjahresplan (September 1956 - März 1962)	79
4.1.3 Der zweite Fünfjahresplan (1962 - 1967)	83
4.1.4 Der dritte Fünfjahresplan (1967 - 1972)	86
4.2 Die Kapitalhilfe der BRD während der Ersten Entwicklungsdekade und ihr Einfluß auf die Entwicklungspläne Afghanistans	89
4.2.1 Zielvorstellung bei dem Einsatz der Kapitalhilfe	92
4.2.2 Diskrepanz zwischen Zielvorstellung und Wirklichkeit bei der Kapitalhilfe	93
4.2.3 Zusammenfassung und Ergebnisse der Kapitalhilfe	98

4.3 Die Technische Hilfe der BRD und ihre Rolle bei der Entwicklungspolitik Afghanistans während der Ersten Entwicklungsdekade	103
4.3.1 Die Zielsetzung beim Einsatz der Technischen Hilfe	104
4.3.2 Diskrepanz zwischen Zielvorstellung und Praxis der Technischen Hilfe	107
5. Die Beurteilung der bundesrepublikanischen Entwicklungshilfe für Afghanistan während der Ersten Dekade anhand von Darstellungen der Entwicklungsprojekte innerhalb der Kapital- und Technischen Hilfe	110
5.1 Die wichtigsten Projekte, die mit Mitteln der Kapitalhilfe der BRD in Afghanistan durchgeführt wurden	110
5.1.1 Wasserkraftwerk Mahipar	111
5.1.1.1 Finanzierung des Projektes	113
5.1.1.2 Kritik an dem Projekt	114
5.1.2 Textilfabrik Gulbahar	116
5.1.2.1 Finanzierung des Projektes	116
5.1.2.2 Beurteilung des Projektes	117
5.1.3 Stadtnetz Kabul	
5.1.3.1 Stadtnetz Kabul I und II	118
5.1.3.2 Stadtnetz Kabul III	119
5.1.4 Fernmeldeprojekt	120
5.1.5 Rundfunksender-Projekt	122
5.1.6 Getreidesilos und Mühlen	123
5.1.7 Tankanlagen für Kraftstoffversorgung	124
5.1.8 Soforthilfedarlehen	125

5.2 Zusammenfassung und Kritik über die geleistete Kapitalhilfe	125
5.2.1 Das Kriterium der Liefer- und Leistungsgebundenheit	126
5.2.2 Das Kriterium der ungünstigen Kreditbedingungen	128
5.3 Die wichtigsten Bereiche, die mit der Technischen Hilfe der Bundesrepublik Deutschland in Afghanistan unterstützt werden	135
5.3.1 Universitäten-Partnerschaft	137
5.3.1.1 Konkrete Zielsetzung der Partnerschaft	139
5.3.1.2 Ausbildungsniveau	141
5.3.2 Die technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten	145
5.3.2.1 Die Aufgabe der Bildungsstätten	145
5.3.2.2 Zur Praxis der technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten	148
5.3.2.3 Ansätze Zur Kritik an den von der Bundesrepublik geförderten partnerschaftlichen technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten	154
5.3.3 Ausbildungshilfe für die Polizei	158
5.3.4 Deutscher Entwicklungsdienst (DED)	163
5.3.4.1 Landwirtschaftliche Entwicklung im Rahmen des Paktia-Projektes	163
5.3.4.2 Technisch-handwerkliche Programme	164
5.3.4.3 Gesundheitswesen	164
5.3.4.4 Community Development und Sozialarbeit	164
5.3.4.5 Schulen und Hochschulen	164

5.3.5 Regionalentwicklungsprogramm für die Provinz Paktia	165
5.3.5.1 Forstwirtschaftsprojekt	168
5.3.5.2 Landwirtschaftsprojekt	171
5.3.5.3 Sonstige Projekte	173
5.3.6 Westdeutsche Wirtschaftsberatergruppe Dr. Kurt H. Hendrikson	175
5.4 Zusammenfassung und Kritik über die geleistete Technische Hilfe	177
6. Die bisherige Entwicklungspolitik innerhalb des gegebenen politischen und sozio-ökonomischen Rahmens	181
6.1 Die bisherige Entwicklungspolitik innerhalb des Rahmens der verfassungspolitischen Entwicklung	181
6.2 Der bisherige sozio-ökonomische Rahmen	185
6.2.1 Die Lage der Landbevölkerung	185
6.2.2 Die Lage auf dem Ausbildungssektor	190
6.2.3 Das politische Rekrutierungsprinzip	194
6.3 Schlußbemerkung über die zukünftige Entwick- lungshilfe der BRD für Afghanistan	195
Anhang	200
Literaturverzeichnis	221

Vorwort

Es ist ein halbes Jahrhundert her, seit zwischen Afghanistan und Deutschland offizielle Beziehungen aufgenommen wurden. Diese Beziehungen, die sich im Laufe der Jahre kontinuierlich weiterentwickelt haben und heute mit dem Prädikat "traditionell gute Beziehungen" zu beschreiben sind, fanden und finden ihren Ausdruck unter anderem in dem Beitrag Deutschlands zu dem Modernisierungsprozeß Afghanistans.

Ziel dieser Arbeit ist es, die Entstehung und Entwicklung der deutsch-afghanischen Beziehungen innerhalb des Rahmens der afghanischen Entwicklungspolitik darzustellen, wobei der Schwerpunkt auf dem Anteil der Bundesrepublik Deutschland an der Förderung der afghanischen Entwicklungspolitik während der Ersten Entwicklungsdekade (1960 - 1970) liegt.

Diese Arbeit soll weder eine Geschichte der afghanischen Entwicklungspolitik sein noch eine Geschichte der deutsch-afghanischen Beziehungen. Sie ist lediglich ein Beitrag zu der Veranschaulichung der Ziele und Methoden eines Industrielandes ersten Ranges bei der Förderung der Entwicklungspolitik eines der wirtschaftlich schwächsten Länder dieser Erde. Sie ist ein Beitrag zu der Veranschaulichung der Widersprüche und Unzulänglichkeiten sowie Erfolge der Entwicklungspolitik in Afghanistan.

Der methodische Rahmen dieser Arbeit kann als vorwiegend empirisch-induktiv bezeichnet werden, das heißt, die im Thema formulierte Problematik wird zunächst empirisch-deskriptiv und historisch behandelt, anschließend werden aus den Ergebnissen allgemeine Schlußfolgerungen gezogen.

Damit der Anteil Deutschlands (bzw. der Bundesrepublik Deutschland) an der Förderung der afghanischen Entwicklungspolitik nicht isoliert und zusammenhanglos wirkt,

wird sowohl auf die Modernisierungsprozesse der Vorkriegsperiode als auch auf die Nachkriegsentwicklungspolitik innerhalb der Fünfjahrespläne eingegangen. An dieser Stelle muß darauf hingewiesen werden, daß dem Verfasser wichtige Unterlagen, Gutachten, Evaluierungsstudien über die von der BRD in Afghanistan durchgeführten Projekte wegen ihres Vertraulichkeitscharakters nicht zur Verfügung gestellt wurden. Der Verfasser mußte sich gezwungenermaßen mit dem Bruchteil dieser Unterlagen zufriedengeben, den ihm die offiziellen Stellen in der BRD freundlicherweise zukommen ließen.

Die am häufigsten verwendeten Begriffe in dieser Arbeit wie Modernisierung, Entwicklung, Entwicklungspolitik, werden im folgenden mit knappen Worten präzisiert: Entwicklung bedeutet Wandel der bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse; sie beinhaltet das wirtschaftliche Wachstum und den Wandel der gesellschaftlichen Strukturen. Modernisierung beinhaltet solche Veränderungen wie die Säkularisierung der Gedanken, eine vergrößerte räumliche und soziale Mobilität, die Verbreitung wissenschaftlicher und technischer Ausbildung, einen Übergang von einem statischen zu einem dynamischen Zustand, Verbesserungen im Aufbau und den Einrichtungen der Gesellschaft, insbesondere die Schaffung eines geordneten Militärwesens als Garant der nationalen Einheit und zur Festigung der Macht der Zentralregierung, und nicht zuletzt einen Anstoß für wirtschaftliches Wachstum und einen höheren Lebensstandard. Entwicklungspolitik ist eine Politik, die zur Erreichung der erwähnten Ziele durch die Regierung des Entwicklungslandes betrieben wird.

1. Einführung in die geographische Lage, Klima, Bodennutzung, Bodenschätze, natürliche Rohstoffe, Bevölkerung, ethnische Struktur und die Geschichte der Modernisierung Afghanistans seit 1880

1.1 Geographische Lage

Die geographische Lage Afghanistans ist ein bedeutsamer Faktor für das Verständnis der politischen und sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes. Die geographischen Gegebenheiten haben im Laufe der afghanischen Geschichte wesentlich die Richtung der Politik, der Wirtschaft und der sozialen Entwicklung des Landes mitbestimmt. Als ein Binnenstaat Zentralasiens erstreckt sich Afghanistan über ein Gebiet von rund 650 000 qkm.¹⁾ Das bedeutet, daß Afghanistan flächenmäßig größer ist als alle europäischen Staaten mit Ausnahme der Sowjetunion.

Im Norden grenzt Afghanistan an die Sowjetunion und ist Nachbar der Sowjetrepubliken Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan. Im Westen grenzt das Land an den Iran. Im Süden und Osten hat Afghanistan 2 000 km gemeinsame Grenze mit Pakistan, im Nordosten 70 km Grenze mit der Volksrepublik China (Provinz Sinkiang).²⁾

1) Für die Fläche Afghanistans werden verschiedene Daten angegeben. Bis zum 2. Weltkrieg wurde die Zahl 750 000 qkm angegeben. Jedoch heute ist 650 000 qkm allgemein anerkannt. Humlum hat nach eigener Planimetrierung eine Flächengröße von 635 000 qkm errechnet. Vgl. Johannes Humlum, La géographie de l'Afghanistan, Etude d'un pays aride, Kopenhagen 1959, S. 16.

2) Die heutigen Grenzen Afghanistans wurden erst Ende des 19. Jh., Anfang des 20. Jh. geregelt. Die Grenze mit dem indischen Subkontinent wurde im Jahre 1893 durch die Durand-Linie, die Grenze mit Rußland im Jahre 1896 geregelt. (Kleine Korrekturen erfolgten in den 20er und 30er Jahren und schließlich im Jahre 1948). Die afghanische-iranische Grenze wurde 1903-5 festgesetzt und die endgültige Regelung wurde 1935 durchgeführt. Die Grenze mit der Volksrepublik China wurde im Jahre 1964 markiert.

Als Schnittpunkt von drei geographischen Zonen, nämlich Zentralasien, indischer Subkontinent und Vorderasien, war Afghanistan im Laufe der Geschichte ein Transitland und strategisch wichtiger Verkehrsknotenpunkt zwischen den genannten geographischen Zonen.

Diese geographische Zwischenstellung verleiht dem Lande seinen klassischen Pufferstaat-Charakter. Außerdem ist Afghanistan als Einfallspforte nach Indien benutzt worden. Da die Gebirgsketten des Himalaya und Karakorum und das tibetische Hochland den indischen Subkontinent im Norden gegen die Einfälle der Nomadenvölker Zentralasiens schützten, boten die afghanischen Zentralgebirgsketten mit ihren verhältnismäßig leicht zugänglichen Gebirgspässen von 3 000 bis 3 500 m Höhe einen einfacheren Übergang von den Steppengebieten Zentralasiens zum indischen Subkontinent.

Die Reichtümer Indiens lockten die Welteroiberer, und diese benutzten die Einfallstraße über den Chaiber-Paß, um zum Ziel zu gelangen.³⁾ "Über die afghanischen Pässe wurden der Buddhismus nach Zentralasien und China, der Islam nach Indien verpflanzt, und zuzeiten verliefen über jene Pässe die wichtigsten Handelswege Asiens von Vorderasien nach Indien und China. Der bedeutendste Ast der sagenumwobenen Seidenstraße führte durch Nordafghanistan, wo in Baktra, dem heutigen Balch, der Handelsweg nach Indien abzweigte. Im 13. Jh. zog Marco Polo auf seinem Weg nach China durch jene Gebiete."⁴⁾

Diese wirtschaftliche Stellung Afghanistans als Transitland nahm in dem Maße ab, wie die Landverbindung über Afghanistan infolge des Seewegs nach Indien an Bedeutung verlor.

3) Alexander der Große durchzog das Land 327-325 vor Chr., überschritt den Oxus (heute Amu-Darya) und wandte sich dann über den Chaiber-Paß nach Indien.

4) Max Klimburg, Afghanistan. Das Land im historischen Spannungsfeld Mittelasiens. Wien u. München 1966, S.9 f.

Neben den geographischen Eigenschaften wie Binnenlage und "Grenzland par excellence"⁵⁾ ist Afghanistan ein Land der hohen Gebirge und Steppen. 90 Prozent des Landes liegen in Höhenlagen über 600 m, und 43 Prozent in Höhenlagen von mehr als 1 800 m.⁶⁾ Der Hindukusch, das dominierende Gebirge Afghanistans, und seine Ausläufer, die sich von Nordosten nach Westen abfallend erstrecken, trennen das Land grob gesehen in eine Nord- und eine Südzone. Die Nordzone, die die Baktirische Tiefebene (300 m bis 400 m Seehöhe) umfaßt, ist einer der fruchtbarsten Teile des Landes. Dagegen bestehen Westen und Süden aus Sand-, Kies-, Salzwüsten und Steppengebieten.

1.2 Klima

Klimatisch gehört Afghanistan zur Zone des subtropischen Winterregens mit extrem trockenen und heißen Sommern. Niederschläge fallen in den Monaten November bis Mai, ab 3 000 m Höhe überwiegend in Form von Schnee.

Da Afghanistan ein sehr regenarmes Land ist, sind die von den Gebirgen gespeicherten Niederschläge im Frühjahr und Sommer die hauptsächlichsten Wasserquellen des Landes.

1.3 Bodennutzung

Die ungünstigen klimatischen Bedingungen, wie heiße, niederschlagsarme und trockene Sommer mit niederschlagsreichen Wintern, begrenzen die Nutzfläche des Landes. Geringe Niederschlagsmengen (jährlich durchschnittlich 150 - 200 mm) und sehr heiße Sommer verursachen hohen

5) Max Klimburg, a.a.O., S. 10.

6) Vgl. J. Humlum, a.a.O., S. 17.

Salz- und niedrigen Humusgehalt der Böden. Entsprechend den klimatischen Bedingungen sind die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen sehr gering. Die dichtbesiedelten Täler und Becken im Osten, die baktirische Tiefebene im Norden und die Hügellandschaft im Norden und Nordosten, sowie die Becken von Herat und Kandahar sind die Hauptanbaugebiete des Landes. Das Zentrum Afghanistans, das sehr dünn besiedelt ist, dient in erster Linie als Weide für die Herden der Nomaden.

Wenn man den Umfang der Bodennutzung mit der Größe des Landes vergleicht, wird sichtbar, wie ungünstig diese Relation ist. Schätzungsweise sind nur 120 000 qkm oder 18,4 Prozent der Gesamtfläche Afghanistans landwirtschaftlich nutzbar. Die folgende Tabelle⁷⁾ gibt ein Bild der Gesamtfläche Afghanistans:

Bodennutzung	Mill. ha	Prozent d.Gesamtfläche
Ödland u. verbautes Gebiet	49,50	76,3
Wiesen und Weiden	3,20	4,9
Wälder	1,00	1,6
kultiviertes Land	7,80	11,9
a) durch Flußwasser bewässert	3,38	5,2
b) durch Quellen bewässert	0,87	1,3
c) durch unterirdische Kanäle bew.	1,06	1,6
d) Regenfeldbau	2,49	3,8
zur Erschließung geplanter Boden	1,10	1,7
Rest des kultivierten Bodens	2,30	3,6
Gesamtfläche	64,90	100,0

7) Tabelle nach M. Klimburg, a.a.O., S. 221. Vgl. dazu Survey of Progress, Kabul 1959, Bd.IIS. 1 ff.

1.4 Bodenschätze und natürliche Rohstoffe

Über die Bodenschätze Afghanistans können keine präzisen Angaben gemacht werden, weil die geologische Kartierung und Erforschung des Landes noch nicht vollständig durchgeführt wurde. Nach den vorliegenden Daten ist festzustellen, daß in Afghanistan zahlreiche mineralische Vorkommen vorhanden sind, die eine ausreichende Basis für den Aufbau einer einheimischen Industrie und sogar für den Export einiger Rohstoffe darstellen. Zu den wichtigsten Rohstoffen des Landes gehören Erdgas, Steinkohle und Eisenerz. Es wurden Erdgasvorkommen in Höhe von 67 Mrd. cbm festgestellt.⁸⁾ Erdgas wird seit 1967 in die UdSSR exportiert.⁹⁾ Die Steinkohlevorkommen werden auf ca. 70 Millionen t geschätzt; jährlich werden ca. 100 000 t ausschließlich für den Inlandsverbrauch gefördert. Die umfassenden Eisenerzlager, die neuerdings entdeckt wurden, haben schätzungsweise einen Umfang von ca. 250 Millionen t Hämatit mit einem Eisengehalt von ca. 60 Prozent. Außerdem sind 2 bis 3 Millionen t Magnesit und 180 000 t Chromit und kleine Mengen von nichteisenhaltigen Metallen wie Blei, Zink, Kupfer, sowie die Edelmetalle Gold und Silber und der Halbedelstein Lapislazuli vorhanden. Abgesehen von Lapislazuli,

8) Vgl. Rudolf Bellinghausen, Die afghanische Wirtschaftsplanung, in Sonderdruck aus: Wirtschaftspolitische Chronik, Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Heft 3, 1971, S. 66.

9) Die afghanischen Erdgasexporte in die UdSSR betragen seit 1967 8841 Millionen cbm. Im Jahre 1971 lieferte Afghanistan insgesamt 2513 Millionen cbm Erdgas in die UdSSR. Im Jahre 1968/69 lieferte Afghanistan Erdgas im Werte von 9,03 Millionen Dollar, im Jahre 1969/70 im Werte von 12,14 Millionen Dollar und im Jahre 1970/71 im Werte von 14 Millionen Dollar in die UdSSR. Mit diesem Erdgasexport versucht Afghanistan, einen Teil der Kredite, die es von der UdSSR erhalten hat, zu tilgen. Zahlen nach R. Bellinghausen, ebenda, S. 78, und Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, in der Beilage zu den NfA (Nachrichten für Außenhandel), 21. Jg., Nr. 39, vom Februar 1971, S. 4.

welcher exportiert wird und einen gewissen ökonomischen Wert hat, sind die erwähnten Mineralien zur Zeit ohne Bedeutung.¹⁰⁾

Viehzucht und Landwirtschaft haben zur Zeit für den Außenhandel mehr Bedeutung als die Bodenschätze des Landes. Mit einem Viehbestand von ca. 25 Millionen Stück zählt Afghanistan zu den Ländern, die - im Verhältnis zur Einwohnerzahl - den höchsten Viehbestand haben. Von den landwirtschaftlichen Produkten sind Früchte, Nüsse und Baumwolle von Bedeutung.¹¹⁾

Diese Ausführungen zeigen, daß Afghanistan keineswegs ein "armes Land" ist, wie im allgemeinen angenommen wird. Durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik können die natürlichen Reichtümer für eine sozio-ökonomische Entwicklung des Landes nutzbar gemacht werden. Dadurch wird die Möglichkeit gegeben, Afghanistan von den ausländischen Krediten so weit wie möglich unabhängig zu machen und zugleich auch den Einfluß der Geberstaaten auf die afghanische Entwicklungspolitik zu reduzieren.

10) Vgl. M. Klimburg, a.a.O., S. 239 ff. Nach Angaben der "Kabul Times" vom 15. Februar 1965 werden die Eisenerzvorkommen auf 2 Mrd. t geschätzt. Diese Zahl ist wahrscheinlich richtiger als die Zahl von Klimburg (250 Millionen t). Vgl. E. Rhein/A.G.Ghaussy, Die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans 1880 - 1965, Opladen 1966, S. 12.

11) Von 25 Millionen Stück Vieh sind ca. 14 Millionen Schafe, darunter 6 Millionen Karakulschafe. Im Jahre 1968/69 exportierte Afghanistan z.B. für ca. 13 Millionen Dollar Karakulfelle (Persianer) nach Großbritannien und den USA und im Jahre 1969/70 für ca. 0,12 Millionen Dollar Därme und für 1,02 Millionen Dollar Teppiche und Brücken nach der BRD. Der werthöchste Posten der afghanischen Ausfuhr im Jahre 1969/70 waren getrocknete und konservierte Früchte, Nüsse im Wert von 19,46 Millionen Dollar. Die Zahlen für die Ausfuhr sind den Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation in der Beilage zu den NFA, a.a.O., S. 4, entnommen.

1.5 Bevölkerung

In Afghanistan hat bis jetzt keine Volkszählung stattgefunden. Im dritten Fünfjahresplan (1967/68 - 1971/72) ist eine Volkszählung vorgesehen, die aber noch nicht durchgeführt wurde. Deswegen weichen die Angaben über die Bevölkerungszahlen stark voneinander ab. Die UNO, die die offiziellen afghanischen Schätzungen übernimmt, gibt die Zahl von 16.113.000 an.¹²⁾ In diesen Zahlen sind die auf 2 Millionen geschätzten Nomaden enthalten. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt 25 Personen pro qkm.¹³⁾ Die Bevölkerungsdichte ist jedoch ungleichmäßig. Zentralafghanistan und die Steppengebiete des Westens und Südwestens sind sehr dünn besiedelt; sie weisen eine Bevölkerungsdichte von 4 - 9 Personen pro qkm auf und sind damit die am dünnsten besiedelten Regionen Afghanistans. Dicht bevölkerte Gebiete (30 - 40 Personen pro qkm) sind die wasserreichen, fruchtbaren Täler und Hochebenen im Osten Afghanistans, und zwar die Provinzen Wardak, Ghazni, Katawaz-Urgoon, Paktia, Logar, Nangarhar und Kapisa, die Regionen um die Städte Herat und Kandahar und die Nordprovinzen in der Amu-Darya-Ebene.¹⁴⁾

Das Bevölkerungswachstum in Afghanistan wird mit 2,1 Prozent jährlich angegeben.¹⁵⁾

12) United Nations Statistical Year Book 1969, Twenty-first Issue, New York 1970, S. 61.

13) Ebenda, a.a.O., S. 61.

14) Vgl. J. Humlum, a.a.O., S. 96.

15) UN Statistical Year Book, a.a.O., S. 61. Diese geschätzte Zahl gilt für die Zeit von 1963 - 68.

1.6 Ethnische Struktur

Afghanistan weist eine ethnische Vielfalt auf, deren Hauptgrund die geographische Zwischenstellung des Landes ist. Seine Eigenschaft als Transitland hat dazu beigetragen, daß das Land ein Konglomerat ethnischer Gruppen und Dialekte wurde.

Man unterscheidet zwei Hauptgruppen; die Indogermanischen und die Turko-Mongolischen Volksgruppen.¹⁶⁾:

Die ethnische Zusammensetzung ¹⁷⁾	Sprache	Zahl
<u>Indogermanische Gruppen:</u>		
Paschtunen	Paschtu	7 000 000
Tadjiken	Persisch	2 500 000
Tschahar Aimaq	Persisch	375 000
Beludschen	Beludsch	70 000
Pamir Tadjiken	Nordostiran-Idiome	10 000
Nuristani	Kafir-Sprachen	90 000
Paschai	Dard-Sprachen	10 000
Sikhs, Hindus u.a.	Pandjabi	20 000
<u>Turko-Mongolen:</u>		
Uzbeken	Uzbekisch	1 200 000
Turkmenen	Turkmenisch	400 000
Hazaras	Persisch	1 100 000
Hazaras von Qala-i-Nau	Persisch	55 000
Kirghizen	Kirghizisch	15 000
Qizilbash	Persisch	30 000
Moghol, Kazakhen, Karakolpaken u.a.		

16) Autoren wie Klimburg (a.a.O., S. 106-107), Dieter Fröhlich (Nationalismus und Nationalstaat in Entwicklungsländern. Probleme der Integration ethnischer Gruppen in Afghanistan., Meisenheim am Glan, 1970, S.118/119) unterscheidet zwischen drei ethnischen Gruppen: Iransische Gruppen, Indische Gruppen und Turko-Mongolische Gruppen. Da der Iran genauso wie Afghanistan eine ethnische Vielfalt hat, kann man meiner Meinung nach nicht von Iranischen Gruppen sprechen. Vielmehr ist die Bezeichnung Indogermanische Gruppe für die Iransischen und Indischen Gruppen adäquat.

17) Nach Klimburg a.a.O., S. 106/107, für geschätzte Gesamtbevölkerungszahl zwischen 13 und 14 Millionen.

Die Paschtunen sind die dominierende Volksgruppe Afghanistans, die etwa 50 - 60 Prozent der afghanischen Bevölkerung ausmacht.¹⁸⁾

1.7 Die Geschichte der Modernisierung Afghanistans seit 1880

1.7.1 Emir Abdur-Rahman 1880 - 1901

Als Emir Abdur Rahman Khan¹⁹⁾, der "Eiserne Emir", im Jahre 1880 Herrscher Afghanistans wurde, war Afghanistan ein sehr rückständiges, politisch zerrissenes und von Zerfall bedrohtes Land. Es existierte keine intakte staatliche Zentralgewalt und das Staatswesen war mittelalterlich.

"Die politische Macht lag bei geistlichen und feudalen Intermediärgewalten sowie bei den Stämmen, die in den Provinzen regierten, ohne sich der Zentralregierung untertan zu fühlen. Steuern wurden eingetrieben, aber der Zentralregierung nicht abgeliefert. Die Rechtsunsicherheit behinderte den Handel (Karawanen zahlten Tribute an Wegelagerer, Räuber und Feudalherren, um unbelästigt durch deren Machtbereiche ziehen zu dürfen.) Die muslimische Geistlichkeit besaß einen außerordentlich starken Einfluß auf Lebens- und Denkweise der Bevölkerung."²⁰⁾

Abdur Rahman's Autorität ist der Tatsache zu verdanken, daß die Einheit des Staates hergestellt wurde und die rebellierenden Stämme, die diese Einheit durch ihre Machtinteressen und ihren Partikularismus bedrohten, gezügelt

18) Vgl. dazu Donald N. Wilber, Afghanistan: Its people, its Society, its culture, New Haven, Conn. 1962, S. 39 und William Kerr Fraser-Tytler, Afghanistan, A Study of Political Development in Central a. Southern Asia, 3. Auflage, London 1967, S. 48 - 51.

19) Im Folgenden werden die Namen ohne den Titel "Khan" angeführt.

20) Eberhard Rhein u. A.Ghanie Ghaussy, Die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans 1880-1965, Opladen 1966, S. 19.

wurden. Diese Maßnahmen schufen die ersten Voraussetzungen für eine Modernisierung Afghanistans.

Die abtrünnigen und aufsässigen Landesteile unter Kontrolle zu bringen, war eines der schwersten innenpolitischen Probleme Afghanistans. Der Emir hat für die Lösung dieses Problems verschiedene Methoden angewendet. Z.B. nutzte er die traditionelle Feindschaft zwischen den Stämmen der Durani und Ghilsai, indem er sie gegeneinander ausspielte. Oder er band sie durch Heiraten, die er und seine Söhne mit den Stammeshäuptlingen eingingen, an die Krone.

"Zum Gebrauch von Polygamie und Heiratsbildungen, des Auspielens von religiösen und ethnischen Verschiedenheiten, dem Appell an Patriotismus und dem Mittel brutaler Gewalt fügte der Emir noch andere Maßnahmen hinzu. Er übernahm eine feudalistische Politik, die sehr ähnlich der von Richelieu und Louis XIV. war, indem er mehrere einflußreiche Stammeshäuptlinge nach Kabul einlud, ihnen Unterstützung zusichernd, indem er gleichzeitig ihre Bollwerke und Befestigungen zerstörte und Geiseln nahm."²¹⁾

Außerdem führte er Zwangsumsiedlungen durch, indem er eine Vielzahl von Angehörigen eines Stammes (hauptsächlich Paschtunische Stämme) in andere Gebiete, wo sie nicht stark vertreten waren, umsiedeln ließ. Diese Aktionen haben zwei Ziele gehabt: erstens die Schwächung der umgesiedelten Stämme durch ihre Vertreibung aus ihrer Heimat und zweitens die Stärkung der Paschtunen in den Regionen, wo andere, nicht paschtunische ethnische Gruppen domi-

21) Vartan Gregorian, The Emergence of Modern Afghanistan. Politics of Reform and Modernization 1880 - 1949, Stanford, California 1969, S. 133.

(übersetzt vom Verfasser)

nierend waren.²²⁾ Die Oppositionellen innerhalb der königlichen Familie verbannte er ins Ausland. Seine nächsten Schritte waren die Schaffung eines Verwaltungssystems und Festigung der Grenzen. Für die Richtung der Modernisierung des Landes waren politische und militärische Erwägungen wie die strategische Lage Afghanistans zwischen den zwei imperialistischen und expandierenden Mächten, England im Südosten und Rußland im Norden, ausschlaggebend. Der Emir war darauf bedacht, Afghanistan in dem Mächtespiel unabhängig und neutral zu halten. In dieser Lage war es selbstverständlich, daß die Landesverteidigung die Priorität in den entwicklungspolitischen Maßnahmen hatte. Aus dieser Perspektive ist die Errichtung einer Waffen- und Munitionsfabrik sowie einer Leder- und Schuhindustrie (hauptsächlich für die Armee) als seine ersten Schritte im Sektor der Industrialisierung des Landes zu verstehen, weil er wenigstens auf diesem Gebiet Afghanistan autark machen wollte. Die Anfänge der Industrialisierung brachten auch die ersten englischen Techniker und Handwerker (14 Personen, darunter Fachleute für Bergbau, Munitionsherstellung, Münzen-Prägung, Lohgerben, Geologen und sogar einen Klavierstimmer) nach Afghanistan.²³⁾ Sein Ziel, durch die Ausbeutung der heimischen Metalle, wie z.B. Blei, Eisen u.a., die Industrie voranzutreiben und den Bergbau zu entwickeln, wurde nicht erreicht.

In der Infrastruktur wurde vor allem der Straßenbau vorangetrieben. Die Handelsstraßen Kabul-Balch, Kabul-Ghazni-Herat, Herat-Kandahar, Jalalabad-Kafirsten und vor allem die wichtige Verbindungsstraße Kabul-Peschawar wurden

22) Am Ende der 1830er Jahre ließ er 10 000 Ghilsai-Familien aus ihrer Heimat in Ghazni umsiedeln in die Region zwischen Oxus und Hindukusch, wo die Turko-Mongolischen Volksgruppen dominierend waren. Vgl. Gregorian, a.a.O., S. 133.

23) Ebenua, S. 143.

verbessert, erstens um den Handel zu intensivieren und zweitens um eine eventuelle Rebellion der Stämme schneller zu zerschlagen.

1.7.2 Die Entwicklungs- und Modernisierungspolitik des Emir

Emir Abdur Rahman waren die materielle Rückständigkeit des Landes einerseits und die natürlichen Reichtümer Afghanistans andererseits vollkommen bewußt. Er wollte Afghanistan mit Hilfe des europäischen "Know how" modernisieren und industrialisieren, aber ohne europäische Kapital-Investitionen.²⁴⁾ Er widersetzte sich allen Plänen für den Bau von Eisenbahnen und Telegrafleitungen in Afghanistan.

Ende des 19. Jh. gab es verschiedene Pläne Englands und Rußlands, Afghanistan mit dem europäischen Eisenbahnnetz zu verbinden. (Paris-Kalkutta via Orenburg, Taschkent, Balch und Peschawar oder Paris-Indien via Warschau, Moskau, Baku, Herat, Kandahar und Quetta). Die Pläne sind durch die Rivalität zwischen Rußland und England und vor allem am Widerstand des Emir gescheitert.²⁵⁾ Der Emir war der Auffassung, daß die Eisenbahn Afghanistan seiner natürlichen Verteidigungsvorteile beraube. Er empfahl auch seinen Nachfolgern, vom Bau von Eisenbahnen abzusehen, bis Afghanistan stark genug sei, um sich selbst zu verteidigen. Die Argumente seiner Berater und der Britischen Regierung, die glaubten, daß es ohne Eisenbahn keine wirtschaftlichen Fortschritte geben kann, verwarf er.

24) Der Emir war trotz seiner anti-britischen Ambitionen auf die materielle Hilfe Großbritanniens angewiesen. Er erhielt von Großbritannien Waffen, Munition und Gelder. Allein im Jahre 1880-81 bekam er 3 615 009 indische Rupien. Außerdem verpflichtete sich Großbritannien, ihm jährlich 1 200 000 Rupien Beihilfe zu gewähren. Als Großbritannien ihn als afghanischen Emir anerkannte, bekam er 1 500 000 Rupien als Geschenk. Vgl. Gregorian, a.a.O., S. 131.

25) Ausführliche Darstellung über Pläne des Eisenbahnbaues in Afghanistan siehe: Gregorian, a.a.O., S. 152 ff.

"Ich rate meinen Söhnen und Nachfolgern immer wieder, nicht auf diese Leute zu hören. Ich weiß, daß das, was sie sagen, wahr ist, aber sie ziehen gleichzeitig nicht in Betracht, daß durch die leichtere Zugänglichkeit des Landes ausländische Mächte keine so großen Schwierigkeiten beim Eindringen in das Land und der Ausbreitung darin finden würden. Die größte Sicherheit Afghanistans liegt in seiner natürlichen unangreifbaren Position."²⁶⁾

Diese Empfehlung des Emirs wurde 90 Jahre lang von seinen Nachfolgern befolgt, bis seit kurzem der Bau von Eisenbahnen in den 70er Jahren geplant ist.²⁷⁾ Die Opposition des Emirs gegen Eisenbahnen und Telegrafienlinien war nicht eine fortschrittfeindliche Haltung, sondern politischer und strategischer Natur. Er war ein Realpolitiker und sagte: "Eisenbahnlinien und Telegrafienverbindungen sind nur dann nützlich, wenn sie afghanischen Interessen dienen und die Afghanen stark genug sind, die Anfechtungen und feindlichen Absichten ihrer Nachbarn zu vereiteln."²⁸⁾

Als Lord Curzon im Jahre 1897 ihm riet, dem Bau von Eisenbahnen und Telegrafienlinien zuzustimmen, da das sogar der Verteidigung Afghanistans zugute kommen werden, erwiderte er: " Das, was Afghanistan braucht, sind Waffen, um sich zu verteidigen. Die Afghanen würden die Eisenbahnlinien und Telegrafien entweder verhindern oder sabotieren, erklärte er, abgesehen davon, daß Afghanistan nicht genügend Geld für die Baukosten solcher Projekte

26) Munshi, Mir Sultan Mohamed Khan (Hg), The Life of Abdur Rahman, Amir of Afghanistan, London 1900, 2 Bände. Bd. II, S. 77.
(vom Verfasser übersetzt)

27) Hier handelt es sich um den Bau der Eisenbahn von Maschhad (Ostpersien) nach Islam Qala in Westafghanistan (Afghanisch-Iranische Grenze) und von Chaman (Pakistan) nach Kandahar. Die Vorbereitungen sind im Gange. (wird Ende der 70er Jahre beendet). Vgl. Orient, No. 2 vom April 1971, S. 74.

28) Gregorian, a.a.O., S. 154 (vom Verfasser übersetzt).

besitze und ihm Gedanken, Hilfe bei anderen Staaten zu suchen, fremd seien."²⁹⁾

Seine berechnete Angst vor dem europäischen Imperialismus bestimmte seine ganze Modernisierungs- und Entwicklungspolitik. Das Dilemma der Modernisierung Afghanistans bestand darin, das Land zu modernisieren, ohne dabei seine Unabhängigkeit und Souveränität durch Großmächte einschränken zu lassen. Der Emir empfahl seinen Nachfolgern, nur mit Hilfe der Länder die Industrialisierung Afghanistans voranzutreiben, die keine gemeinsamen Grenzen mit Afghanistan haben, wie die USA, Deutschland oder Italien. Für die Ausbeutung der afghanischen Bodenschätze war er nicht bereit, Großbritannien, Rußland oder anderen Ländern irgendwelche Konzessionen zu gewähren. "Ich will meinen Söhnen und Nachfolgern mit allem Nachdruck empfehlen, weder das Monopol der Gewinnung ihrer Bodenschätze irgendwelchen Ausländern zu überlassen, noch ihre Minen von fremden Gesellschaften betreiben zu lassen. Sonst werden sie in viele Komplikationen verwickelt, die den Staaten einen Vorwand geben, sich in die Angelegenheiten des Landes einzumischen aus Gier, die von Tag zu Tag ins Un-erträgliche steigt."³⁰⁾

Der Emir zeigte für den Bildungssektor kein Interesse. Er hielt die Sendung von jungen Afghanen zur Ausbildung ins Ausland für unnötig, zu teuer und gefährlich, weil sie dort zu Ungläubigen erzogen würden. Nur die Schulung von Armee- und Polizeipersonal hielt er für notwendig. Als er im Jahre 1901 (3. Oktober), nach 21 Jahren Herrschaft, starb³¹⁾,

29) Ram Sagar Rastogi, Indo-Afghan Relations; 1880-1900 Lucknow, 1965, S. 203-204, 205.
Zitiert nach Gregorian a.a.O., S. 154 (vom Verfasser übersetzt).

30) Munshi, Life of Abdur Rahman, Bd. II, a.a.O., S. 72 (vom Verfasser übersetzt)

31) Er war einer der wenigen afghanischen Herrscher, die einen natürlichen Tod fanden.

hinterließ er "einen festgefügtten Polizeistaat, in dem der Handel blühte, der Terror regierte und der Geist zum Schweigen gebracht worden war."³²⁾ Sein Ziel war die Modernisierung Afghanistans; die Methoden, die er dafür angewendet hat, sind umstritten. In seinem "Politischen Testament" schrieb er:

"Ich hoffe und bete, daß, wenn ich zu Lebzeiten keinen Erfolg habe, Eisenbahnen zu bauen, Telegrafleitungen und Kraftwerke einzurichten, Minen auszubeuten, Banken zu eröffnen, Geld zu drucken, Reisende und Geldgeber aus allen Teilen der Welt einzuladen, Universitäten und andere Institutionen in Afghanistan einzurichten, meine Söhne und Nachfolger diese meine Herzenswünsche ausführen und aus Afghanistan das machen, was ich mir ersehne."³³⁾

1.7.3 Emir Habibullah 1901 - 1919

Emir Habibullah, Sohn und Nachfolger Emir Abdur Rahmans, kam ohne irgendwelche Auseinandersetzungen, die in Afghanistan im Kampf um die Nachfolgerschaft üblich waren, an die Macht.³⁴⁾ Er setzte die Modernisierungspläne seines Vaters fort. In der Innenpolitik hat er durch die Milderung des Terrors und Spitzelwesens und Amnestie für die politischen oppositionellen Gruppen, die in der Zeit seines Vaters ins Ausland verbannt worden waren, viel Sympathie im Volke gewonnen. Unter den politischen oppositionellen Rückkehrern ist Mahmud Tarzi (1866 - 1935)

32) Klimburg, a.a.O., S. 56

33) Munshi, Life of Abdur Rahman, Bd. II, a.a.O., S.212 f

34) Der verstorbene Emir hat seinen Sohn Habibullah mit Einverständnis Großbritanniens zu Lebzeiten als Nachfolger bestimmt. Im Falle irgendwelcher Schwierigkeiten wurde angeordnet, Britische Truppen zugunsten Habibullahs intervenieren zu lassen. Vgl. Ludwig W. Adamec, Afghanistan, 1900 - 1923, A Diplomatic History, Berkeley, Los Angeles, 1967, S. 28.

einer der wichtigsten Persönlichkeiten in der Geschichte der Modernisierungsbewegung Afghanistans.³⁵⁾ Nachdem er wieder zurückkam, war er ein Mann mit vielen Reformplänen für das rückständige Afghanistan. Er lenkte die Aufmerksamkeit des Emirs Habibullah auf Erziehung, Kommunikationsmittel (wie Zeitungen), Industrialisierung und vor allem auf die ungünstige geistige und politische Isolierung Afghanistans.³⁶⁾ Die erste erfolgreiche Zeitung Afghanistans, Seradsch-al-Achbar, die als Halbmonatszeitschrift ab 1911 bis 1919 erschien, und die die Ideen des afghanischen Nationalismus sowie des Panislamismus verbreitete, ist seiner Initiative zu verdanken.

Habibullahs erste Schritte waren, wie die seiner Vorgänger, die Modernisierung des afghanischen Militärwesens. Eine königliche Militärakademie³⁷⁾ wurde gegründet (1904-1906). Die erste nicht konfessionelle Schule, Habibiya College,

35) Er war Sohn des Sardar Ghulam Mohammed, ein prominenter Führer des Mohammedzai-Klan (heutiges Herrscherhaus). Sardar Ghulam Mohammed wurde im Jahre 1832 durch Emir Abdur Rahman wegen Verschwörung gegen den Staat angeklagt und ins Ausland verbannt. Sultan Abdul Hamid II. des Osmanischen Reiches gab ihm die Erlaubnis, sich in der Türkei niederzulassen. In den zwanzig Jahren Exil im Ausland (Damaskus und Konstantinopel), wo Tarzi seine Schulausbildung erhielt, kam er in Berührung mit europäischem Geist und Kultur, was für seine Zukunftsrolle als Modernisator Afghanistans ausschlaggebend war.

36) Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wenn man seine Leistungen in Bezug auf die Modernisierung Afghanistans hier ausführlicher darstellen würde.

37) Diese Akademie (Madrassa-ye Harbi-ye-Siradjieh), die im Jahre 1910 80 Kadetten hatte, war eine elitäre Schule. Nur Söhne des Adels und der Hofbeamten studierten dort. Ab 1907 war ein türkischer Offizier namens Mahmud Sami (bekannt als Said Mahmud Afendi) für das Training der Kadetten zuständig. Vgl. Gregorian, a.a.O., S. 184.

auf der man sowohl die naturwissenschaftlichen Fächer als auch die geisteswissenschaftlichen Fächer studieren konnte, wurde eröffnet. Der Unterricht wurde nach englischen Lehrplänen³⁸⁾ von indischen Lehrkräften durchgeführt. Die Geistlichen haben gegen diese Schule, die nach ihrer Meinung gegen den Islam war, stark protestiert. Neben diesem Gymnasium blieben die traditionellen islamischen Schulen, die Moschee-Schulen, bestehen. Natürlich waren die Bemühungen um den Ausbau des Bildungssektors in einem Land, in dem nach zeitgenössischer Schätzung 98 Prozent der Bevölkerung Analphabeten waren, sehr unzureichend.

In dem Bemühen, das Erziehungssystem zu reformieren, weiterzuentwickeln und nach den Bedürfnissen des 20. Jh. zu gestalten, war die Regierung durch die Geistlichen gehemmt, die einen harten Widerstand gegen neue Erziehungsmethoden leisteten. Das Lehren von naturwissenschaftlichen Fächern und Fremdsprachen (Englisch) war ein Dorn in ihren Augen, und sie fanden das mit dem Islam unvereinbar. Unter diesen Umständen war die Reform des Erziehungssystems nur in kleinen Schritten möglich.

1.7.4 Die Entwicklung der Industrien

Das erste Wasserkraftwerk Afghanistans (1.500 kW) wurde zwischen 1910 und 1913 gebaut.³⁹⁾ Afghanistan bekam seine Textilwerke, und weitere Fortschritte, wie der Bau einer

38) Dieses Unterrichtssystem war bis zum ersten Weltkrieg nach englischem Muster aufgebaut, aber danach orientierte es sich mehr nach türkischem Muster, welches eine Kopie des französischen Ausbildungssystems war.

39) Eine Gruppe von amerikanischen und englischen Ingenieuren (Jawett, Kelly, Crawford und Hauner) haben unter großen Mühen dieses Wasserkraftwerk 70 km nördlich von Kabul in Dashabal as Siradsch gebaut. Es diente hauptsächlich der Beleuchtung des königlichen Palastes.

Wasserleitung von Pagman (30 km nördlich von Kabul), wurden durchgeführt. Ansonsten ist nichts Nennenswertes geschehen. Diese kleinen Schritte auf dem Wege der Industrialisierung brachten Europäer ins Land, die als Berater des Emirs in verschiedenen Bereichen tätig waren. Danach kamen Abenteurer und Händler, über deren Tätigkeit ich diese Passage zitiere: "Das Verhalten einiger Europäer (wie viel Trinkerei) verstärkte die bereits weit verbreitete Abneigung des Volkes gegen ihre Anwesenheit im Lande. Die Lage wurde noch verschärft durch die harten Geschäftspraktiken und die Spekulationen der europäischen Kaufleute. Afghanistan wurde veranlaßt, Stahl für die Errichtung eines Stahlwerkes zu kaufen, obgleich es keine Pläne gab, die vorhandenen Eisenvorräte abzubauen. Es wurden ihnen Böttcherei-Maschinen verkauft, obwohl es kein Holz für Fässer gab. Sie wurden überredet, viele Symbole der modernen Technologie, wie dampfbetriebene Schmelzöfen, Steinzerkleinerer, Klaviere, Plattenspieler, Uhren und sogar elektrisch geheizte Bäder zu kaufen, wovon das meiste keinen unmittelbaren Nutzen hatte und zu maßlosen Preisen verkauft wurde. Oft gaben sich Abenteurer als Ingenieure aus und nahmen Geld für teure Maschinen, die nie geliefert wurden. (In einem Fall verschwand ein Mann, der vom Emir beauftragt war, die Einrichtung für eine Seifenfabrik zu kaufen, mit 47 000 Dollar)." ⁴⁰⁾

Einige ausländische Firmen machten Gewinne von 60 Prozent ihrer ursprünglichen Investitionen, indem sie sich die wirtschaftliche Isolierung Afghanistans, das Fehlen von Bankvergünstigungen und die Unkenntnis internationaler Marktgewohnheiten zunutze machten. Mißbrauch dieser Gegebenheiten, was der amerikanische Ingenieur Jewett die

40) A.C. Jewett, An American Engineer in Afghanistan, Minneapolis, 1948, S. 229 f. 253 - 255. Zitiert nach Gregorian a.a.O., S. 192 f. (vom Verfasser übersetzt).

"Last des braunen Mannes" nannte, ließ das Mißtrauen der Afghanen gegenüber dem Westen wachsen und verstärkte ihren Verdacht, daß die Europäer nur daran interessiert waren, sie auszubeuten. Um weitere Verschwendung und Verluste zu verhindern, errichteten die afghanischen Behörden eine Handelsagentur in Indien und eine Bankverbindung. Der Emir ließ auch ein Gesetz vorbereiten, das die Bildung von Aktiengesellschaften erlaubte, um die afghanischen Handelsinteressen wahrzunehmen.⁴¹⁾

Die Außenpolitik des Emirs und die ersten Kontakte zwischen Afghanistan und Deutschland werden in dem nächsten Hauptkapitel ausführlich dargestellt. Emir Habibullah's Modernisierungspolitik war eine Fortsetzung der Politik seines Vaters. Im Bereich der Erziehung, des Gesundheitswesens, der Industrie und des Handels wurden einige bescheidene Fortschritte erzielt. Vor allem die moderne Erziehung schuf eine erste ausgebildete Führungsschicht Afghanistans, die in den zwanziger und dreißiger Jahren die Entwicklungspolitik des Landes mitgestalteten und mitbestimmten.

Am 20. Februar 1919 wurde Emir Habibullah ermordet.

1.7.5 Die Entwicklungspolitik in den zwanziger Jahren (König Amanullah Periode)

Nach der Ermordung Habibullahs wurde sein Sohn Amanullah, Emir von Afghanistan. Seine Regierungsperiode ist eine der hektischsten und ereignisreichsten Perioden der jüngeren afghanischen Geschichte. Der dritte Anglo-afghanische Krieg wurde am 3.5.1919 begonnen.⁴²⁾ Der siegreiche Ausgang

41) Vgl. Gregorian, a.a.O., S. 193

42) Der Anlaß zu diesem Krieg war ein Briefwechsel zwischen Amanullah und dem indischen Vizekönig, in dem Amanullah die völlige Unabhängigkeit des Landes verlangte, was von dem Vizekönig abgelehnt wurde. Daraufhin begann Amanullah den Krieg. In dem Friedensvertrag von Rawalpindi vom 8.8.1919 wurde die außenpolitische Bevormundung Afghanistans durch Großbritannien beendet. Für Details siehe, L. A. Adamec, a.a.O., S. 108 ff.

des Krieges für Afghanistan machte Afghanistan zu einem souveränen Staat. Aus dem Emirat wurde das Königreich Afghanistan und Amanullah verlieh sich am 7.6.1926 den Titel "König".

Die anfänglichen außenpolitischen Erfolge wie Unabhängigkeit und diplomatische Anerkennung Afghanistans durch die wichtigsten europäischen Staaten⁴³⁾ veranlaßten ihn, hochgesteckte Ziele für die Modernisierung Afghanistans zu setzen. "Aber den großen Zielen entsprach kein vernünftiges, den Verhältnissen angemessenes Entwicklungsprogramm. Es fehlten menschliche und finanzielle Voraussetzungen, um Wirtschaft und Gesellschaft innerhalb kurzer Zeit grundlegend zu wandeln."⁴⁴⁾

Im Bereich der Erziehung ist seine Leistung hervorragend. Er gründete das Amaniye Gymnasium im Jahre 1922 (nach seinem Sturz umbenannt in "Lycée Istiklal"), auf dem Französisch die Unterrichtssprache war und vier französische und zwölf afghanische Lehrer tätig waren. Im Jahre 1926 hatte das Gymnasium 300 bis 350 Studenten. Im Jahre 1923 wurde das deutsche Gymnasium gegründet mit Deutsch als Unterrichtssprache. Dieses Gymnasium hieß zuerst "Amani" und wurde dann in "Nedjat" umbenannt. Ein gewisser Dr. Iven und drei andere Deutsche sowie einige Afghanen waren dort als Lehrer tätig. Im Jahre 1924-26 hatte die Schule etwa 100 Studenten.⁴⁵⁾ Im Jahre 1927 wurde das dritte Gymnasium "Ghazi" gegründet, mit Englisch als Unterrichtssprache. Außerdem wurden Fachschulen eröffnet. Insgesamt gab es im Jahre 1928 vierzehn Schulen und Mittelschulen in Kabul und je eine in

43) Sowjetunion 14.12.1919, Italien 2.6.1921, Großbritannien, 28.4.1922 Frankreich und 3.3.1926 Deutschland

44) Rhein und Ghaussy, A.G., a.a.O., S. 21

45) Vgl. Gregorian, a.a.O., S. 239 f.; Diese Gymnasien hatten 12 Klassen. Nach dem Abschluß der 12. Klasse bekam man das Abitur-Zeugnis.

den Provinz-Hauptstädten Afghanistans. Die Gründung von Gymnasien mit Fremdsprachen als Unterrichtssprache sollten zwei Zwecke erfüllen: erstens, afghanische Schüler mit europäischer Wirtschaft und Gedankengut vertraut zu machen und zweitens, die Schüler für eine eventuelle Weiterbildung in Europa vorzubereiten.⁴⁶⁾ 1921 gründete Amanullah in Kabul die erste Schule für Mädchen. Im Jahre 1928 besuchten 800 Mädchen die Schule.

Für die Entwicklung der Industrie wurde wenig Effektives getan; Industriegüter aller Art wurden im Ausland eingekauft. Da sie ohne Plan, ohne Überlegung und ohne Berücksichtigung der Bedürfnisse des Landes erworben wurden, brachten sie keinen Nutzen und lagen meistens brach. Sir W. K. Fraser-Tytler, ein Kenner Afghanistans, formulierte diese Situation treffend so:

"Während die wichtigen Dienste zurückgestellt wurden, wurden große Beträge für den Ankauf von Flugzeugen, die nie fliegen würden, für die Ausstattung der neuen Hauptstadt und für industrielle Ausrüstungen ausgegeben, die, wegen des Fehlens geeigneter Wartung und Reparaturen, schnell unbrauchbar wurden, bis Afghanistan ein Mausoleum verlassener Maschinen und aufgegebener Fabriken wurde."⁴⁷⁾

Seine große Reise nach Europa und in den Nahen Osten, die von Dezember 1927 bis Juli 1928 dauerte, brachte die Armut und Rückständigkeit Afghanistans mehr in sein Bewußtsein und machte seine Ungeduld, Afghanistan über Nacht zu europäisieren, größer. Leider benutzte er inadäquate Mittel für sein Reformprogramm.

46) Amanullah sandte im Jahre 1921 44 afghanische Studenten nach Paris (Lycée Michelet). Im Jahre 1922 wurden weitere 40 Studenten zur Weiterbildung nach Deutschland geschickt.

47) Fraser-Tytler, a.a.O., S. 206 (vom Verfasser übersetzt).

Er schaffte den Schleierzwang für Frauen ab, verbot die Polygamie (zuerst für Staatsbeamte) und zwang die Bewohner der Hauptstadt Kabul, europäische Kleidung zu tragen. Diese oberflächlichen Maßnahmen, die tiefverwurzelten Gewohnheiten der afghanischen Gesellschaft abzuschaffen, kosteten Amanullah seinen Thron. Durch Rebellion und Bürgerkrieg mußte er abdanken und für immer Afghanistan verlassen (23.5.1929).⁴⁸⁾ Die Gründe für sein Scheitern in der Modernisierung Afghanistans sind mit den folgenden Worten von Mustafa Chokaiev treffend geschildert.

"Amanullah entschloß sich, in die Fußstapfen von Ghazi Mustafa Kemal zu treten, vergaß aber, daß die Türken jahrhundertlang im Kontakt mit der Kultur Europas gestanden hatten und die herrschende Schicht in der Türkei seit langem europäisiert war. Amanullah vergaß ebenso, daß in der Türkei kein Stammestum herrschte und daß dort ein gutorganisierter zentraler Machtapparat existierte, den es in Afghanistan nicht gab. Mustafa Kemal besaß eine Armee, die loyal und ihrem Führer ergeben war. In Afghanistan gab es nichts Derartiges Wir haben einerseits den königlichen Reformier, der die Afghanen als einen geeinten politischen Organismus betrachtete, als eine geeinte Nation, und auf der anderen Seite die afghanischen Stämme, die, beim Blick auf den Staat, ihn nur aus der Sicht der Stammesinteressen begreifen können, zur Verteidigung dessen die Prinzipien des "Heiligen Shariat" aufgestellt waren."⁴⁹⁾

Amanullahs Sturz durch Bürgerkrieg und die Machtergreifung durch einen Rebell namens Habibullah, bekannt als Bacha-i-Sagao (Sohn des Wasserträgers) dauerte weniger als neun Monate (vom 17. Januar bis zum 13. Oktober 1929). Diese Periode, die als die dunkelste in der modernen afghanischen

48) Er lebte bis zu seinem Tode im Jahre 1960 in Italien im Exil.

49) Mustapha Chokaiev, The Situation in Afghanistan. In: The Asiatic Review, London. April 1930, S. 330. Zitiert nach Gregorian, a.a.O., S. 274 (übersetzt vom Verfasser).

Geschichte gilt, brachte alle Modernisierungspläne ins Stocken. Die mühselig eingeführte Entwicklung und Modernisierung der afghanischen Gesellschaft wurde rückgängig gemacht. Er wurde jedoch beseitigt und die Periode der Reaktion wurde durch Mohamed Nadir beendet.

1.7.6 Mohamed Nadir Schah 1929 - 1933

Nadir Schah hat ein schweres Erbe übernommen; die Verwüstung durch den Bürgerkrieg und die durch Amanullah's übereilte und unüberlegte Schritte zur Modernisierung enttäuschte Bevölkerung. Er mußte zuerst das Vertrauen der Bevölkerung in das Königshaus gewinnen und die Ruhe und Ordnung im Lande wiederherstellen.

Seine Entwicklungspolitik kann als eine behutsame und ausgewählte Entwicklungspolitik betrachtet werden. Die Amanullah-Periode hatte bewiesen, daß die Bevölkerung eines Entwicklungslandes nicht ohne Vorbereitung auf ihre jahrhundertalten Traditionen und tief verwurzelten Gewohnheiten, ihre überlieferten Wert- und Glaubenskodexe verzichten kann. Das darf jedoch nicht als fortschrittsfeindlich mißdeutet werden. Nadir Schah hat seine Politik so formuliert:

"Ich bin für einen gewissen Fortschritt und für kulturelle Reformen im westlichen Sinn; aber ich will, daß solche Reformen in einem langsameren Tempo eingeführt werden, als die von Amanullah angenommenen. Die Tatsache, daß Amanullah's Reformen seinen Sturz verursachten, beweist keineswegs, daß sie schlecht waren. Die Regierung soll dem afghanischen Volk neue Gedanken und Einrichtungen nicht aufzwingen; neue Programme müssen sich natürlich entwickeln."⁵⁰⁾

50) Hamburger Nachrichten Nov. 1929 (9. November), zitiert nach Gregorian, a.a.O., S. 293 (rückübersetzt vom Verfasser).

Der Unvermeidbarkeit des modernen Erziehungssystems als Förderer der Modernisierungs- und Entwicklungspolitik war er sich wie Amanullah bewußt. Er eröffnete wieder die modernen Schulen und Gymnasien, darunter das deutsche Nedjat Gymnasium und das französische Istiklal Gymnasium. Die Wiedereröffnung der Mädchenschule wurde wegen des Widerstandes der Geistlichen auf spätere Zeit verschoben. Die Erziehung war nach seiner Meinung der Anfang weiterer sozialer Reformen.

"Man kann keinen Staat errichten, sagte er, so wenig wie man ein Haus bauen kann, indem man mit dem Dach anfängt. Amanullah versuchte, die Gedanken der Leute zu verändern durch Ändern ihrer Hüte.⁵¹⁾ Die mühevollen, schwierigen Aufgaben, die mit dem Vorbereiten des Bodens verbunden sind, beanspruchen ebensoviel Zeit wie der Aufbau himmelwärts, nur macht diese Arbeit am Anfang keinen großen Eindruck."⁵²⁾

Die neue afghanische Verfassung (31. Oktober 1931) führte den Schulzwang für die "Primary education" ein. "Die Artikel 20 - 22 bezogen sich auf die Erziehung. Die Grundausbildung wurde als vordringlich erklärt, und Artikel 21, der die afghanischen Bürger berechnigte, islamischen Glauben und Ethik öffentlich und privat zu lehren, entfernte die Beschränkungen, die Habibullah und Amanullah auferlegt hatten, um den Einfluß der islamischen Geistlichen auf die Erziehung zu begrenzen. Der gleiche Artikel verbot Ausländern, im Lande Schulen zu eröffnen oder zu leiten. Nur Ausländer, die von der Regierung beauftragt waren, "Wissenschaft, Technik und Fremdsprachen" zu lehren,

51) Eine Anspielung auf Amanullah's Maßnahme, die die Kabuler Bevölkerung zwang, europäische Kleidung und Hüte zu tragen. (Anm. des Verfassers)

52) Zitiert nach Gregorian, a.a.O., S. 307 (vom Verfasser übersetzt).

durften im afghanischen Erziehungssystem arbeiten."⁵³⁾

1.7.7 Die wirtschaftliche Entwicklung in der Nadir-Schah-Periode

1930 bestanden die gesamten Industrieanlagen Afghanistans aus Kabuler Werkstätten, die staatliches Eigentum waren, und aus dem Wasserkraftwerk Dschabal-as-Siradsch. Die Kabuler Werkstätten waren: 1 Munitionsfabrik, 1 Gerberei und Schuhfabrik, 1 Wollfabrik und 1 Betrieb zur Herstellung von Knöpfen. Sie wurden in erster Linie gegründet, um den Armeebedarf zu decken.

Nadir Schah sah, daß die Industrialisierung und die wirtschaftliche Entwicklung nicht allein durch staatliche Initiative entstehen können, sondern auch die Initiative von privaten Investoren brauchen. Im Jahre 1930 wurde eine Aktiengesellschaft gegründet, die im Jahre 1931 den Namen Sirkat-i-Ashami-Afghan trug. Im Jahre 1932 wurde sie in Bank-e-Millie-Afghan umbenannt. Diese Bank, die erste in Afghanistan, war ein Zentrum der privaten Initiative. Die Aktienbesitzer waren ausschließlich Afghanen. Die Regierung räumte der Bank-e-Millie das Monopol für Notenausgabe, Devisenhandel, Einfuhr von Zucker, Kraftstoff und Kraftfahrzeugen ein. Die Bank übernahm die Pflicht, den Außenhandel und die Industrie zu fördern.

"Die Errichtung der Bank war Teil eines sogenannten "Allgemeinen Wirtschaftlichen Entwicklungsplanes", der durch die afghanische Regierung 1932 angenommen wurde. Die Ziele des Planes waren: 1) Außen- und Binnenhandel zu fördern, 2) einen Finanz- und Währungsbericht aufzustellen,

53) Vgl. Gregorian, a.a.O., S. 302. Der vollständige Text der afghanischen Verfassung von 1931 (in deutscher Sprache) ist bei Schwager, Joseph in "Die Entwicklung Afghanistans als Staat und seine zwischenstaatlichen Beziehungen", Leipzig 1932, abgedruckt.

- 3) den Gesundheits-, Erziehungs- und Kommunikationsstand zu verbessern, 4) industrielle Entwicklung anzuregen und 5) progressive Reformen in der Landwirtschaft einzuführen."⁵⁴⁾

Die Förderung des Baumwollanbaus in Nord-Afghanistan durch Nadir Schah ist seine wichtigste Maßnahme im landwirtschaftlichen Sektor. Baumwolle wurde exportiert und war die Grundlage der heutigen Textilindustrie Afghanistans.

Auf Nadir Schah wurde am 8.11.1933 ein Attentat verübt und er starb.⁵⁵⁾ Seine kurze Regierungsperiode war gekennzeichnet durch wohldosierte Reformen und Modernisierungspläne. Diese Schritte waren langsam, jedoch erfolgreich. Durch sein staatsmännisches Geschick kam es zu einem Aufschwung in Industrie und Außenhandel.

54) Gregorian, a.a.O., S. 315 Vgl. dazu auch Rhein u. Ghaussy, a.a.O., S. 23 f.

55) Dieser politische Mord hatte viele wichtige Hintergründe, die hier kurz dargestellt werden: Ghulam Nabi Tscharchi, der ehemalige Botschafter Amanullah's in Moskau, der nach dem Sturz Amanullah's mit der Restaurationspolitik Nadir Schah's nicht einverstanden war, leistete Opposition gegenüber Nadir's Innen- und Außenpolitik. Er versuchte, in der unruhigen Südprovinz Gardez, die ihm vertraut war und in der er Einfluß hatte, durch Reden und andere Agitationstätigkeit die Bevölkerung gegen Nadir Schah umzustimmen. Dabei versuchte er, Nadir Schah's Außenpolitik als britischfreundlich und hörig darzustellen (was in Wirklichkeit nicht stimmte). Nadir Schah hatte ihn aufgefordert, jede Agitationstätigkeit gegen die Regierung zu unterlassen. Da er das nicht befolgte, wurde er verurteilt und hingerichtet. Dieses Ereignis hatte zur Folge, daß Mohammed Aziz, ein Bruder Nadir Schah's, der afghanischer Gesandter in Berlin war, aus Rache von einem afghanischen Studenten in Berlin namens Seyed Kemal ermordet wurde. Als Tatmotiv gab Seyed Kemal seinen Protest gegen die britischfreundliche Politik Nadir Schah's an. In Kabul versuchte ein Student des Nedjet Gymnasiums, den britischen Gesandten zu ermorden. Durch die Abwesenheit dieses Gesandten wurde jedoch ein anderer Gesandtschafts-Angehöriger ermordet. Diese Reihe von politischen Morden fand am 8. Nov. 1939 sein Ende, als wieder ein Nedjat Student auf Nadir Schah ein Attentat verübte. (Ausführliche Darstellung bei Gregorian, a.a.O., S. 338 ff. und Klimburg, a.a.O., S. 68).

2. Die Entstehung der deutsch-afghanischen Beziehungen

Vor dem Ersten Weltkrieg bestanden zwischen Afghanistan und Deutschland keinerlei Beziehungen auf politischer, militärischer, wirtschaftlicher oder kultureller Ebene.¹⁾ Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges ermöglichte eine Kontaktaufnahme mit Afghanistan. Für Deutschland war es natürlich, viele Bündnisgenossen zu gewinnen, um damit den Ausgang des Krieges zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

Der deutsch-türkische Bündnisabschluß am 2. August 1914 bot die Möglichkeit, mit der Hilfe der Türkei eine Erhebung des islamischen Orients und eine Revolutionierung Indiens zu entfachen, um somit Großbritannien an seiner empfindlichsten Stelle zu treffen. Die Aufstandsbewegungen in dem islamischen Orient und Indien konnten für Deutschland zwei Ziele erreichen: Großbritannien kommt nicht dazu, Truppen und Material für die Verstärkung der europäischen Fronten aus diesen Gebieten (vor allem Ägypten und Indien) abzuziehen; durch diese Aufstandsbewegungen wird es sogar gezwungen, seine dortigen militärischen Kontingente für die Erhaltung dieser Gebiete zu verstärken. Die Entsendung von Truppen in die gefährdeten Gebiete (Ägypten und Indien) bewirkte eine Entlastung für Deutschland auf den mitteleuropäischen Kriegsschauplätzen.

1) Eine Ausnahme ist der deutsche Ingenieur Gottlieb Fleischer, der Anfang dieses Jahrhunderts im Auftrag der Firma Krupp sich in Afghanistan aufhielt und als Werkmeister tätig war. Er hatte dort die Aufgabe, Montagearbeiten in den Kabuler Militärwerkstätten durchzuführen und dabei die Aufnahmefähigkeit des afghanischen Marktes für die Krupp'schen Erzeugnisse zu prüfen. Bei seiner Abreise aus Afghanistan wurde er ermordet (Vgl. Ingeborg Werner, Die Afghanistan-Politik des deutschen Imperialismus vom Beginn des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Diss.Phil.Fak.Uni. Halle 1964, S. 1 und V. Gregorian, a.a.O., S. 192. Siehe auch dazu: Werner Otto von Hentig, Mein Leben eine Dienstreise, Göttingen 1962, S. 153 und 156).

2.1 Deutsch-türkische Afghanistan-Expedition

Für Deutschland war es angesichts der Seeherrschaft Großbritanniens unmöglich, Indien auf dem Seewege zu erreichen, dagegen war das Erreichen Indiens auf dem relativ sicheren Landweg über Afghanistan erfolgversprechender. Von hier aus war es möglich, die Briten in Indien zu bedrohen. Eine erfolgreiche Durchführung dieses Planes war abhängig vom Verhalten Afghanistans gegenüber den Mittelmächten.

Der türkische Kriegsminister Enver Pascha war der Ansicht, eine türkisch-deutsche Militärmission nach Afghanistan zu entsenden, um damit Emir Habibullah für ein Losschlagen gegen das britische Indien zu ermutigen. Man war der Ansicht, daß der Emir für einen solchen Plan zu gewinnen sei.²⁾ Auf diese Anregung Enver Paschas hin fand am 12. August 1914 im Auswärtigen Amt in Berlin eine Geheimkonferenz statt. Hier wurde eine deutsche Beteiligung an einer solchen Expedition beschlossen.³⁾ Am 6. September 1914 reiste der erste Teil (23 Personen) dieser Expedition unter der Leitung des ehemaligen Dragoman Wilhelm Waßmuß, das einzige Mitglied dieser Gruppe, das Erfahrung und Kenntnisse über den Orient (Persien) hatte, nach Konstantinopel.⁴⁾ Ihm wurde ein Handschreiben Wilhelms II an Emir Habibullah von Afghanistan, das von Unterstaatssekretär Zimmermann entworfen worden war, übergeben. Der Brief Kaiser Wilhelms schloß mit den Worten:

-
- 2) Vgl. Ulrich Gehrke, Persien in der deutschen Orientpolitik während des I. Weltkrieges. Stuttgart ohne Jahr (1961?) Bd. I, S. 23. Vgl. auch Joseph Pomiankowski, Der Zusammenbruch des Ottomanischen Reiches, Graz 1969, S. 150 ff.
- 3) Einen entscheidenden Anteil am Zustandekommen dieses Beschlusses hatte der im AA tätige Ministerresident und Orientalist Dr. Max Freiherr von Oppenheim, vgl. U. Gehrke, a.a.O., S. 23.
- 4) Vgl. U. Gehrke, a.a.O., Bd. I, S. 24.

"Es war von jeher ... mein Wunsch, die muhammedanischen Nationen unabhängig zu wissen und ihren Staaten möglichst freie Kraftentfaltung zu gewähren. So liegt es mir nicht nur für den Augenblick am Herzen, den muhammedanischen Völkern in ihrem Kampf um die Selbständigkeit zu helfen, sondern ich werde sie mit Meiner Kaiserlichen Regierung auch in Zukunft stützen ... Die heute schon bestehende Interessengemeinschaft zwischen dem deutschen Volke und den Muhammedanern wird auch nach Beendigung des Krieges weiter bestehen bleiben."⁵⁾

Ende September 1914 reiste der zweite Teil der genannten Gruppe nach Konstantinopel. Oberleutnant Oskar von Niedermayer und der Zoologe Zugmayer als Mitglieder dieser Expedition hatten persönliche Erfahrung im Orient.⁶⁾ Beide Teile der Expedition (Waßmuß-Gruppe und Niedermayer-Gruppe) vereinigten sich in Aleppo. Da diese Expedition ein Teil der türkischen Expedition unter Leitung von Rauf Bey war und keine Selbständigkeit hatte, kam es zu Unstimmigkeiten zwischen den deutschen und türkischen Mitgliedern der Expedition. Vor allem, weil Deutschland die finanzielle Last der Expedition zu tragen hatte, wollten Niedermayer und andere Deutsche sich nicht von den Türken kommandieren lassen und nur die Anweisungen des deutschen Generalstabes und Auswärtigen Amtes befolgen. Sie sträubten sich dagegen, sich zum "Werkzeug der türkischen Politik" machen zu lassen.⁷⁾ Zur gleichen Zeit schlugen die Mitglieder des Indischen

5) Zitiert nach Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des Kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf, 1961, S. 132 f.

6) Niedermayer hat vor dem ersten Weltkrieg Teile Indiens und Persiens bereist. Der Zoologe Zugmayer war durch seine Expeditionen nach Belutschistan und Tibet bekannt. Vgl. I. Werner a.a.O., S. 17 und Oskar Ritter von Niedermayer, Im Weltkrieg vor Indiens Toren. Der Wüstenzug der deutschen Expedition nach Persien und Afghanistan. Hamburg 2. Aufl. 1936, S. 9.

7) Ludwig W. Adamec, Afghanistan, 1900-1923. A Diplomatic History, a.a.O., S. 84.

Komitees in Berlin dem Auswärtigen Amt vor, eine zweite Mission nach Afghanistan zu entsenden, mit dem Ziel, von dort aus mit revolutionären Gruppen in Indien Kontakt aufzunehmen und antibritische Propaganda zu betreiben.⁸⁾

2.2 Deutsche Afghanistan-Expedition, Mission Hentig/Pratap

Nachdem im Februar 1915 auf Anregung des in Berlin gebildeten Indischen Komitees das Auswärtige Amt in Berlin die Entsendung einer zweiten Expedition nach Afghanistan gebilligt hatte, wurde der damalige Leutnant Werner Otto von Hentig beauftragt, den Kumar (Erbprinz) Mahendra Pratap von Hathras und Mursau (ein indischer Fürst), sowie den indischen Nationalisten und Gelehrten Maulawie Barakattullah nach Kabul zu begleiten, damit sie von dort aus nach Indien hinarbeiten.⁹⁾ Außerdem hatte die Mission Hentig die Aufgabe, diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Afghanistan herzustellen und eine deutsche Vertretung in Kabul zu errichten.¹⁰⁾ Hentig wurde ein Brief Bethmann Hollwegs an Emir Habibullah mitgegeben, den er in Kabul zu überreichen hatte. Hentig wurde ermächtigt, den höchsten Orden Preußens an Emir Habibullah zu verleihen.¹¹⁾ In seinen Memoiren (Mein Leben eine Dienstreise) schildert Hentig, daß diese Expedition nach Afghanistan vom Auswärtigen Amt als "möglicherweise kriegsentscheidend" betrachtet wurde.¹²⁾ Vor der Abreise der Mission wurde

8) Vgl. L. W. Adamec, a.a.O., S. 84 f.

9) Vgl. O. v. Hentig, a.a.O., S. 91 f.

10) Vgl. I. Werner, a.a.O., S. 23, und U. Gehrke, Bd. I, a.a.O., S. 147
Hentig-Auftrag siehe Anhang Dokument Nr. 1.

11) Der Text des Briefes: siehe Anhang Dokument Nr. 2
Die Orden wurden jedoch nicht dem Emir überreicht. Hentig begründet das unter anderem damit: "Emir Habibullah könnte bei einem Friedensschluß ... (die) Orden hervorziehen und aus dieser Anerkennung seiner Leistungen für die Mittelmächte Ansprüche herleiten." W. O. v. Hentig, Mein Leben eine Dienstreise, a.a.O., S. 162.

12) Vgl. Hentig, a.a.O., S. 92.

Pratap von Kaiser Wilhelm II. in Berlin empfangen. Er erhielt ein Handschreiben des Kaisers an den Emir von Afghanistan. Der Brief soll nach Angaben Prataps nur eine formelle Begrüßung und keine Bezugnahme auf die Kriegsergebnisse enthalten haben.¹³⁾ Die Hentig/Pratap-Mission verließ Berlin im April 1915 als Wanderzirkus getarnt in Richtung Konstantinopel. Schließlich trafen sich Hentig- und Niedermayer-Expedition in Teheran am 16. Juni 1915, wo es zwischen Hentig und Niedermayer zu Auseinandersetzungen über den Führungsanspruch kam. Sie kamen dann überein, die politische Führung Hentig und die militärische Führung der Expedition Niedermayer zu übertragen.¹⁴⁾ Nach einem an Menschen und Material verlustreichen Marsch durch die Salzwüste Dasht-i-Kawir in Mittelpersien und einem erfolgreichen Durchbruch durch den anglo-russischen Sicherheitsgürtel, den sogenannten East Persia Cordon, an der persisch-afghanischen Grenze, erreichte die Expedition am 24. August 1915 Herat/Afghanistan.

Trotz der strengen Geheimhaltung der Expedition hatte die britische Regierung davon Kenntnis. Lord Hardinge, Vize-König von Indien, hatte Maßnahmen getroffen, um den Eintritt der Expedition in afghanisches Territorium zu verhindern, sie zu zerschlagen und zu vernichten. Damit wurden afghanische Kameltreiber beauftragt, so daß, falls

13) Vgl. Mahendra Pratap, My Mission to High Asia. In: Asia, Vol. XXV vom Mai 1925. New York S. 384. Pratap schildert seine Audienz bei Kaiser Wilhelm mit folgenden Worten: "The chief topic of our conversation,... was the effect of the war on the destinies of India. The Emperor inquired about several Indian states, particularly about Punjab states, bordering Afghanistan. I told him that, if Afghanistan should enter the war, this would greatly enhance the chances of an Indian uprising against England. I also told him that I would gladly go to Afghanistan and do all that I could to help our causes there. The Emperor appeared highly satisfied with this proposal. When I left him, he called after me: 'When you go to Afghanistan, please give my personal greetings to his Majesty the Amir.'" Pratap ebenda S. 388.

14) Zur ausführlichen Darstellung vgl. U. Gehrke, Bd. I, a.a.O., S. 147 f.

der Auftrag nicht gelungen wäre, Großbritannien keinen Prestigeverlust hinzunehmen hatte und die britische Regierung es so darstellen konnte, als ob sie davon keine Kenntnis hätte.¹⁵⁾

2.3 Hentig und Niedermayer in Afghanistan

Trotz der britischen Maßnahmen, die Expedition an der Reise nach Afghanistan zu hindern und trotz der Aufforderung, die die britische Regierung am 6. Juli 1915 an Emir Habibullah richtete, nämlich die Expeditionsmitglieder beim Betreten Afghanistans zu entwaffnen und bis zum Ende des Weltkrieges einzusperren, (welches die afghanische Neutralitätspolitik verletzte), wurden die Expeditionsteilnehmer in Herat mit Begeisterung empfangen.¹⁶⁾ Am 26. September 1915 erreichten sie Kabul. Dort wurden sie von der Bevölkerung isoliert und ihre Bewegungsfreiheit wurde eingeschränkt. Hentig, Niedermayer, Pratap, Maulawie Barakatullah und Kazim Bey (als Repräsentant des ottomanischen Reiches) wurden erst vom Emir empfangen, als sie einen Hungerstreik begannen und dadurch ihre Audienz beim Emir veranlaßten.¹⁷⁾ Es ist anzunehmen, daß der Emir von englischer Seite unter Druck gesetzt wurde, sich gegenüber der deutsch-türkischen Mission zurückhaltend zu verhalten. Bei ihrer Audienz erklärten die Missionsteilnehmer dem Emir, daß er, dem Beispiel der Türkei folgend, gegenüber seinem traditionellen Feind Großbritannien den Djihaad (Glaubenskrieg) zu proklamieren und seine Beziehung mit Großbritannien abubrechen habe. Der Emir erwiderte auf diese Ausführung der Mission,

15) Vgl. L. W. Adamec, a.a.O., S. 85 f.

16) Emir Habibullah erwiderte in seinem Antwortschreiben an den Vize-König Lord Hardinge, daß er die Expeditionsmitglieder so behandeln werde, wie er (Lord Hardinge) es gewünscht hatte. Der Emir versicherte dem Vize-König, daß er (Lord Hardinge) "have no anxiety about the movements of those people, (gemeint sind die Expeditionsmitglieder, d.Verf.) for firstly they would not enter Afghan territory. Should they do so, please God, they can in no way interfere with the neutrality of Afghanistan." Zitiert nach L. W. Adamec, a.a.O., S. 87.

17) Vgl. L. W. Adamec, a.a.O., S.89 und W.O. v. Hentig, a.a.O., S. 138 f.

"daß die Afghanen ergebene Moslems sind, aber keine Mittel für den Kampf haben. Sie sind immer zum Krieg bereit, aber können keine stützenden Anstrengungen durchführen. Der Emir sagte, daß die Afghanen ein starker Gegner sein werden und daß das Volk an der Verteidigung des Landes teilnehmen werde. Er erklärte die Armut seines Landes als Preis für die Unabhängigkeit und sagte, daß Afghanistan keine nationalen Verpflichtungen hat und von keinem fremden Land abhängig ist."¹⁸⁾

Die Missionsmitglieder erklärten dem Emir, wenn sich Afghanistan am Kriege gegen Großbritannien beteiligen würde, würden die Mittelmächte Afghanistan jede erwünschte Militärhilfe gewähren. Sie würden auch die englischen Zuschüsse an Afghanistan (1 200 000 Rupien) ersetzen, damit Afghanistan nicht mehr finanziell von Großbritannien abhängig zu sein brauche.¹⁹⁾

Trotz dieser Angebote, die eine falsche Einschätzung der Lage durch Hentig/Niedermayer zeigt, gab der Emir keine eindeutige Antwort darauf. Nach der Besprechung mit dem Emir schien es den Missionsmitgliedern klar geworden zu sein, daß sie es nicht mit einem einfachen Mann zu tun hatten. Niedermayer geht auf die Besprechung mit dem Emir ein und schildert die Situation treffend:

"Schon heute erkannten wir (gemeint sind die Missionsmitglieder, d.Verf.), daß wir mit einem vorsichtigen und genau Vor- und Nachteile abwägenden, raschen Entscheidungen abholden, selbst über kleinste Dinge Kontrolle ausübenden Mann (gemeint ist Emir Habibullah, d. Verf.) zu tun hatten, der stark unter englischem Einfluß stand und gewiß nicht der Negerhäuptling war, den man mit einigen Glasperlen in wilden fanatischen Kampf gegen unsere Feinde treiben konnte, wie sich ihn manche Leute in der Heimat vorgestellt haben möchten."²⁰⁾

18) Vgl. L.W. Adamec, a.a.O., S. 90 (übers. v. Verfasser)

19) Vgl. ebenda

20) Oskar Ritter von Niedermayer, a.a.O., S. 112

Der Emir selbst war in einer schwierigen Position. An seinem Hof gab es Gruppen, die für und wider den Kriegseintritt Afghanistans an der Seite der Mittelmächte waren. Die Söhne des Emirs, Amanullah und Inayatullah, der Bruder des Emirs, Nasrullah und General Nader (der spätere König Nadir Shah 1929 - 1933) gehörten zu einer sogenannten Kriegspartei, die ein Losschlagen gegen Großbritannien befürworteten. Sie waren der Unterstützung des Klerus und eines großen Teiles der afghanischen Stämme sicher. Ihnen stand die probritische Gruppe gegenüber mit Minister Kuddos und Bibi (Lady) Halima,²¹⁾ einer Stiefmutter des Emirs, an der Spitze. Sie hatten die afghanische Handelsbourgeoisie, die im Handel mit Indien tätig war, auf ihrer Seite. Diese Gruppe war für einen Frieden mit Großbritannien.²²⁾

Hentig und Niedermayer ist es gelungen, mit Nasrullah enge Beziehungen anzuknüpfen und ihn für ihre Zwecke zu

-
- 21) Bibi Halima war probritisch, weil sie ihren Sohn Ohmar als Nachfolger Emir Habibullahs auf dem afghanischen Thron sehen wollte, und dieses Ziel ohne britische Unterstützung nicht zu verwirklichen war. Vgl. dazu L.W. Adamec, a.a.O., S. 90 f.
- 22) Die sogenannte Kriegspartei war in zwei Lager gespalten, die sog. "Jung-Afghanen" und "Alt-Afghanen". Zu den "Jung-Afghanen" gehörten unter anderem Amanullah und Mahmud Tarzi. Diese Gruppe war für die Einführung einer Verfassung, die Wiederherstellung völliger staatlicher Unabhängigkeit von England und Beseitigung des afghanischen Isolationismus. Die "Alt-Afghanen", an ihrer Spitze Nasrullah, vertraten die Interessen der Stammesaristokratie, Feudalherren und des Klerus. Sie waren gegen jeden Fortschritt und jede Modernisierungsbewegung. Die bescheidenen Reformbestrebungen Emir Habibullahs im Bereich der Infrastruktur und des Bildungswesens lehnten sie ab. Nur die antibritische Haltung dieser beiden Gruppen verband sie miteinander. Vgl. L. W. Adamec, a.a.O., S. 90 f; Fraser-Tytler, a.a.O., S. 194

benutzen. Da Nasrullah "Führer der Armee" war, gelang es ihnen, beim Neuaufbau der afghanischen Armee mitzuwirken und die Vorbereitung zur Verstärkung der ca. 50 000 Mann starken Armee auf 70 000 zu treffen.²³⁾ Die Ergebnisse ihrer kurzen Tätigkeit in der afghanischen Armee kamen bei der Bevölkerung gut an. Diese scheinbaren Erfolge verleiteten Hentig dazu, an einen Einfluß der Deutschen "auf allen Gebieten des afghanischen gesellschaftlichen, staatlichen und wirtschaftlichen Lebens"²⁴⁾ zu glauben, was eine Überschätzung der Wirkung ihrer Tätigkeit ist.

2.4 Der deutsch-afghanische Freundschaftsvertrag

Im Januar 1916 gelang es Hentig/Niedermayer, Emir Habibullahs Zustimmung für einen Freundschafts- und Handelsvertrag mit Deutschland zu gewinnen. Am 24. Januar 1916 wurde dieser Vertrag in Kabul paraphiert.²⁵⁾ In dem Vertrag, der aus 10 Artikeln besteht, wurde "auf ausdrücklichen Wunsch des Emirs die Unabhängigkeit des "gottgegebenen" Afghanistans von Deutschland anerkannt."²⁶⁾ Außerdem erhielt Afghanistan die Zusage, "kostenlos und ohne Gegenleistung" einhunderttausend Gewehre neuer Art, 30 Geschütze mit notwendigem Zubehör und 10 Millionen Pfund von Deutschland zu erhalten. Artikel 6 des Vertrages besagt Deutschlands Unterstützung für den "Besitz verlorengegangener und eroberter Gebieteile."²⁷⁾ Afghanistans. Trotz der Unterzeichnung des Vertrages hatte der Emir nicht die Absicht, einen Krieg und Überfall auf das britische Indien zu unternehmen. Wegen der antibritischen Stimmung im Lande und in einem Teil seines Hofes benutzte er die Anwesenheit der Deutschen als ein

23) Vgl. I. Werner, a.a.O., S. 32 f.

24) Vgl. W.O. v. Hentig, a.a.O., S. 152

25) Den vollständigen Text des Vertrages siehe Anhang, Dokument Nr. 3.

26) U. Gehrke, Bd. I., a.a.O., S. 291

27) In Herat hatten die Deutschen sogar die Unterstützung Afghanistans beim Gewinn von Turkistan, weit bis Samarkand, und Indien bis Bombay versprochen. Vgl. L.W.Adamec, a.a.O., S. 38.

Druckmittel auf Großbritannien, um seiner Forderung nach Afghanistans Zugang zum Meer über Beludschistan mehr Gewicht zu verleihen. Der Artikel 6 des deutsch-afghanischen Vertrages kann auch in diesem Sinne verstanden werden; er wollte der britischen Regierung zeigen, daß er auch ohne ihre Zustimmung, mit Hilfe der Deutschen, sein Ziel (den Zugang zum Meer) erreichen kann. In der Zwischenzeit hatte der Emir seine Kontakte mit England weitergeführt. Am 25. Januar 1916, einem Tag nach der Paraphierung des Vertrages, hatte der Emir eine private Unterredung mit dem britischen Vertreter in Kabul, Hafiz Sayfullah. Der Emir teilte ihm mit, daß Afghanistan seiner traditionellen Neutralitätspolitik treu bleiben werde, und er werde dieses auch vor einer Versammlung der Repräsentanten aus allen Teilen Afghanistans und der Stammesfürsten, die er nach Kabul be-rufen hatte, bekunden. Die Einberufung einer Versammlung wurde notwendig, da durch die Anwesenheit der deutsch-türkischen Mission und ihre Aktivitäten in der Hauptstadt die Bevölkerung mit Ungeduld auf die Proklamierung des Heiligen Krieges gegen Großbritannien durch den Emir wartete.

Der Emir Habibullah sagte zu Sayfullah, daß seine Ankündigung in Ausdrücken verhüllt sein werde, die die Emotionen des Volkes beruhigen sollten, daß aber die Engländer seine Worte nicht mißverstehen sollten. Flugblätter, die die wahre Bedeutung von Djihad (Heiliger Krieg, d. Verf.) erklären, würden nach seiner Ansprache verteilt werden.²⁸⁾

Auf der Versammlung, die am 29. Januar 1916 in Kabul abgehalten wurde, erklärte der Emir, daß es im eigenen Interesse Afghanistans liege, im Kriege neutral zu bleiben und seine traditionelle Politik der Neutralität Afghanistans gegenüber den Nachbarn fortzusetzen. Die Versammelten, die auf eine Proklamierung des Heiligen Krieges gewartet hatten, waren

28) Vgl. L. W. Adamec, a.a.O., S. 95; vgl. auch U. Gehrke, Bd. I, a.a.O., S. 291.

von dem Verhalten des Emir enttäuscht. Hentig und Niedermayer faßten die Rede des Emir zunächst als einen taktischen Zug auf, später bemerkten sie jedoch, daß der Emir tatsächlich nicht mit ihnen auf dem Gebiet des Krieges gegen Großbritannien zusammenarbeiten würde.²⁹⁾ Für den Stimmungsumschwung des Emir war der Rückzug der Deutschen aus Persien im Frühjahr 1916, die russische Offensive im Kaukasus und der mangelnde Erfolg beim türkischen Vorgehen gegen Ägypten ausschlaggebend. Da der Emir den Sieg der Mittelmächte unter diesen Umständen für unwahrscheinlich hielt, erklärte er Mitte April 1916 kategorisch, "daß Afghanistan nur dann in den Krieg eintreten werde, wenn sich ganz Indien erhebe oder ein größerer deutsch-türkischer Truppenverband gegen Belutschistan vorgehe."³⁰⁾ Erst wenn eine Armee in der Stärke von 20 000 bis 100 000 Deutschen oder Türken in Afghanistan eingetroffen sei, mit dem Auftrag, Afghanistans Rücken gegen eventuelle russische Eingriffe zu schützen, sei der Emir bereit, Großbritannien den Krieg zu erklären.³¹⁾ Unter der Berücksichtigung der realen Kriegslage bedeutete das eine Absage eines Zusammengehens mit den Mittelmächten und gleichzeitig die Beendigung der Hentig/Niedermayer-Mission. Nach dieser Erklärung des Emir verließen Hentig und Niedermayer Afghanistan. In letzter Minute versuchte Nasrullah, ihre Abreise zu verhindern, indem er anbot, gegen Habibullah vorzugehen und die Führung der Grenzstämme in einem Krieg gegen England zu übernehmen, aber Hentig und Niedermayer waren zur Abreise entschlossen.³²⁾

29) Vgl. L. W. Adamec, ebenda

30) U. Gehrke, Bd. I, a.a.O., S. 292; vgl. auch Wiepert von Blücher, Zeitwende in Iran, Erlebnisse und Beobachtungen, Biberach an der Riss, 1949, S. 88

31) Vgl. L. W. Adamec, a.a.O., S. 94

32) Vgl. ebenda, S. 95

2.5 Das Ergebnis der deutschen Expedition nach Afghanistan

Das Hauptziel der Hentig/Niedermayer-Mission war die Inszenierung eines afghanischen Überfalls auf das britische Indien. Dieses Ziel wurde nicht erreicht; trotzdem kann man die Mission nicht als gescheitert betrachten.

Durch Unkenntnis der politischen Situation Afghanistans hatte man für diese Mission von Anfang an unrealistische Ziele gesetzt. Diese Unkenntnis verleitete sie zu einer falschen Zielvorstellung. Für die Missionsmitglieder war Afghanistan insofern ein unbekanntes Land, weil keiner von ihnen das Land vorher besucht hatte. Die Informationen, die sie über Afghanistan hatten, waren sehr spärlich. Selbst der Orientalist Dr. Max Freiherr von Oppenheim, der großen Einfluß auf den Start der Afghanistan-Expedition hatte, kannte nur den arabischen Teil des türkischen Reiches, nicht aber Afghanistan. Oberleutnant z. See Kurt Wagner, ein Mitglied der Expedition, schrieb in seinem Tagebuch: "Leider war die ganze Expedition in der Anlage verpfuscht von Berlin aus, sowohl in der Auswahl der Teilnehmer, als auch hatte man in Berlin an den Stellen, die uns hinausschickten, keine Ahnung, wie die Verhältnisse in Afghanistan und Persien lagen. Hätte man sich in Berlin vorher im Frieden damit beschäftigt, Nachrichten zu sammeln und über Afghanistan in England erschienene Bücher zu studieren, es wäre den Herren im Auswärtigen Amt und uns manche Enttäuschung erspart geblieben und die Sache vielleicht von vornherein am richtigen Ende angefaßt worden."³³⁾ Niedermayer äußerte sich auch in diesem Sinne und beklagte "die völlige Unkenntnis der politischen und militärischen Verhältnisse in den zu erreichenden Ländern."³⁴⁾ Es ist interessant zu wissen, daß die Expeditionsmitglieder ihre Kenntnisse über Afghanistan nur aus der Lebensbeschreibung des Emir Abdur Rahman (ein im ersten Teil dieser Arbeit oft zitiertes Buch) gewonnen haben und

33) Zitiert nach U. Gehrke, Bd. II, a.a.O., S. 11, Anmerkung 11

34) Ebenda

sonst über keinerlei andere Literatur über Afghanistan verfügten. "In unserem Gepäck befand sich nicht einmal der ausgezeichnete "Gazette of Afghanistan" (Geographisches Lexikon), den man durch jede englische Buchhandlung hätte beziehen können. Afghanistan war damals selbst dem Auswärtigen Amt ein völlig unbekanntes Land!"³⁵⁾

Es ist eine notwendige Folge der oben geschilderten Situation, daß es ohne objektive Kenntnis über die Lage in einem Land falsch ist, sich von vornherein Ziele zu setzen und gleichzeitig nicht die notwendigen Voraussetzungen für seine Verwirklichung zu besitzen. Unter diesen Gesichtspunkten ist die Expedition zu beurteilen.

Die deutsche Mission war bis zu einem gewissen Grad erfolgreich, da sie erreicht hat, Rußland und vor allem Großbritannien zu beunruhigen. Der Aufbau des "East Persia Cordon" durch anglo-russische Truppeneinheiten, die die Aufgabe hatten, den Expeditionszug nach Afghanistan zu verhindern, einerseits und die zusätzliche Truppenkonzentration der Briten an der Nordwest-Grenze Indiens mit Afghanistan andererseits, zeigten, daß die Expedition im Hinblick auf die Bindung der britischen Truppen an der afghanisch-indischen Grenze nicht ohne Erfolg gewesen ist. Man muß in Betracht ziehen, daß Hentig/Niedermayer in eine Region eingedrungen waren, die die traditionelle Macht und Interessensphäre Großbritanniens gewesen war.

"Die Expedition kam mit nicht mehr als einer Botschaft (gemeint ist der Brief von Wilhelm II. und Bethmann-Hollweg, der Verf.) und hatte beinahe den Erfolg, Afghanistan in den Krieg zu ziehen."³⁶⁾

35) Voigt-Manuskript, zitiert nach U. Gehrke, Bd. 11, a.a.O., S. 10, Anmerkung 5.

36) L. W. Adamec, a.a.O., S. 96. Für die ganze Expedition sollen nach Hentig's Angaben nur 120 000 Mark aufgewendet worden sein. Vgl. W.O. v. Hentig, a.a.O., S. 163.

Lord Curzon schrieb im Februar 1916 in der "Nation", daß "die deutschen Intrigen trotz der Festigkeit des Emir von Afghanistan die englische Stellung im mittleren Orient zeitweise ernstlich gefährdet haben."³⁷⁾ Die Realpolitik des Emir, dem ein Sieg der Mittelmächte nicht gewiß war, veranlaßte ihn, nicht eigenhändig ein solches Abenteuer einzugehen, bis der endgültige Kriegsausgang die Kräfteverhältnisse geklärt haben würde.

2.6 Die nichtmilitärischen Ziele der Expedition

Die deutsche Afghanistan-Expedition hatte keine unmittelbaren wirtschaftlichen Ziele gehabt. Das bedeutet jedoch nicht, daß sie nicht auf eine zukünftige Wirtschaftsbeziehung mit Afghanistan bedacht waren. Bei den vorbereitenden Arbeiten zu der Expedition war eine Kommission zuständig, deren Zusammensetzung diese Absicht bestätigt.

Die Kommission bestand aus folgenden Personen:

" Direktor von Holtzendorff, Hamburg-Amerika-Linie,
H. R. Mannesmann, Fa. Mannesmann-Roselius,
Kapitän zur See Löhlein, Reichsmarineamt,
Ministerresident Baron v. Oppenheim,
Dr. Ernst Jaeckh, Orientpublizist,
Legationssekretär v. Prittwitz, Vertreter für den Dirigen-
ten der politischen Abteilung im AA Baron Langwerth.³⁸⁾

In der damaligen Zeit machte jedoch die allgemeine wirtschaftliche Rückständigkeit Afghanistans einerseits und das Fehlen jeder wirtschaftlichen Infrastruktur, wie Eisenbahnnetz und gut ausgebaute Straßen, und die riesigen Entfernungen andererseits Afghanistan als Absatzmarkt für die deutschen Produkte und als Rohstofflieferant für die deutsche Industrie uninteressant. Aber die Ansätze für eine solche Beziehung wurden von Hentig/Niedermayer geschaffen, die sich während der regen wirtschaftlichen Expansion Deutschlands in Afghanistan in der Weimarer Zeit und im Dritten Reich bestätigt hat.

37) Niedermayer, a.a.O., S. 119. Vgl. auch W. v. Blücher, a.a.O., S. 90

38) U. Gehrke, Bd. I, a.a.O., S. 24

3. Ausbau der deutsch-afghanischen Beziehungen in den 20er und 30er Jahren

Nachdem die Hentig/Niedermayer-Mission ihr Hauptziel in Afghanistan nicht erreichen konnte, verließen sie Afghanistan und leiteten damit eine kurze Periode der Unterbrechung in den beiderseitigen Beziehungen ein. Im Frieden von Brest-Litowsk wurde die politische und die wirtschaftliche Unabhängigkeit Afghanistans durch die vertragschließenden Parteien anerkannt.¹⁾ Dieser für Afghanistan wichtige Artikel, der einen Prestigegewinn für Afghanistan darstellte, war im Sinne des von Deutschland erwarteten Ausbaus der Handels- und Kulturbeziehungen zwischen beiden Ländern nach dem Krieg und wurde von der afghanischen Seite honoriert. Nach dem dritten anglo-afghanischen Krieg im Jahre 1919, der die völlige außenpolitische Handlungsfreiheit Afghanistans erbrachte, stand dann für den Ausbau der von Hentig/Niedermayer angeknüpften Beziehung nichts mehr im Wege. Der Ausbau der beiderseitigen Beziehung wurde begünstigt durch die damals allgemeine Abneigung in Afghanistan gegen den britischen Imperialismus und die Tatsache, daß Deutschland nie mohammedanische Kolonien besessen hat und im Ersten Weltkrieg mit der Türkei als dem Haupt der islamischen Welt gegen Afghanistans traditionellen Feind Großbritannien gekämpft hat. Unter dieser günstigen Voraussetzung wurden die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Afghanistan und Deutschland angeknüpft.

1) Der Friede von Brest-Litowsk vom 3. März 1918, Artikel 7: Von der Tatsache ausgehend, daß Persien und Afghanistan freie und unabhängige Staaten sind, verpflichten sich die vertragschließenden Teile, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit dieser Staaten zu achten. Zitiert aus: Erhard Klöss (Hg), Von Versailles zum Zweiten Weltkrieg, dtv Dokumente, München 1965, S. 25.

3.1 Die deutsch-afghanischen Beziehungen in den 20er Jahren

Mit dem Besuch der außerordentlichen diplomatischen Mission Afghanistans unter Leitung von General Mohammed Wali im April 1921 in Berlin wurden die ersten offiziellen Kontakte zwischen beiden Ländern aufgenommen und dabei der Austausch von Gesandtschaften vereinbart. Bereits im Jahre 1922 fanden in Berlin die Verhandlungen für die Anbahnung von Handelsbeziehungen mit Afghanistan statt. Es wurde zwischen den Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Reichswirtschaftsministeriums und der afghanischen Gesandtschaft in Berlin ein Übereinkommen getroffen, "durch einen gegenseitigen Notenwechsel die Grundlagen des beiderseitigen Handelsverkehrs vorläufig festzulegen und die Bildung einer Kommission vorzubereiten, die, ausgerüstet mit ausreichendem Material, für das Studium der wirtschaftlichen Bedingungen Afghanistans geeignet sei."²⁾ Dieses Vorhaben wurde jedoch aufgegeben, aber die Frage des Handels mit Afghanistan wurde erneut von anderer Stelle, nämlich den bedeutenden Kreisen von Bremer Handel und Industrie, aufgegriffen. Mit der Initiative dieser Kreise wurde im Jahre 1923 in Bremen eine "Deutsch-Orientalische Handelsgesellschaft A.G." gegründet, die später im Jahre 1925 in "Deutsch-Afghanische Compagnie A.G." umbenannt wurde.³⁾ Die Aktionäre dieser Gesellschaft waren unter anderen:

Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft "Hansa", Bremen,
J. F. Schroeder Bank K.a.A., Bremen,
E. Fabarius (Baumwolle), Bremen,
Theodor Thorer (Pelzwaren), Leipzig,
A. Atermann Verein Bremer Seeverversicherer, Bremen,
A. Contell (Baumwolle), Bremen,
Heineken und Vogelsang (Baumwolle), Bremen,
Bosse und Heineken, Import-Export, Bremen.⁴⁾

2) Bruno Seifert, Der Anteil Deutschlands an der wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans. Stuttgart 1929, S. 6

3) Vgl. I. Werner, a.a.O., S. 88

4) Vgl. I. Werner, a.a.O., S. 88

Das Aktienkapital der Deutsch-Afghanischen Compagnie A.G. (im folgenden Compagnie) betrug 10 000 Gold-Pfund.⁵⁾ Im Herbst 1923 entsandte die Compagnie eine Studienexpedition nach Afghanistan mit dem Ziel, in Kabul eine Niederlassung zu gründen und einen Handelsvertrag mit der afghanischen Regierung abzuschließen. Es gelang ihr jedoch erst nach schwierigen Verhandlungen, im Jahre 1925 den Handelsvertrag abzuschließen. Der Handelsvertrag war für Afghanistan sehr günstig und zeigt, in welchem Maße König Amanullah die Wirtschaftsinteressen Afghanistans zu wahren versuchte. Durch diesen Handelsvertrag wurde sogar gewissermaßen die Handels-tätigkeit Deutschlands in Afghanistan eingeschränkt. In diesem Sinne kann der Artikel 1 des Vertrages verstanden werden, in welchem der Compagnie erlaubt wurde, nur mit der afghanischen Regierung und bestimmten afghanischen Handelsgesellschaften Geschäfte abzuschließen. Im Artikel 3 wurde festgelegt, daß die Compagnie bis zum Ende jeden Jahres einen Ausgleich der Handelsbilanz mit Afghanistan herbeiführen muß. Im Artikel 10 behielt sich die afghanische Regierung vor, bei Verstößen der Compagnie die Handelser-laubnis zu entziehen. Auf der anderen Seite wurde im Artikel 2 der Compagnie das Recht zugesprochen, afghanische Waren an dritte Staaten weiterzuverkaufen, sowie ausländische Erzeugnisse nach Afghanistan zu importieren. Im Artikel 7 wurde zugesagt, daß für solche Vermittlung die Compagnie eine 4- bzw. 1 1/2-prozentige Kommission erhalten werde. Hier wurde aber ausdrücklich betont, daß dies für die Compagnie weder eine Konzession noch ein Monopol darstellte. Im Artikel 9 des Vertrages wurde ein gesondertes Abkommen über die Inbetriebsetzung von Bergwerken und die Schürfung von Bodenschätzen in Aussicht gestellt.

Der Einfluß dieses Handelsvertrages auf die Intensivierung der deutschen Exporte nach Afghanistan war gewiß erheblich, wenn auch statistische Unterlagen nicht vorhanden sind, da

5) Vgl. I. Werner, a.a.O., S. 88

der Anteil Deutschlands an dem afghanischen Handel dieser Zeit nirgends statistisch erfaßt wurde. Trotz dieser Lücke in der Statistik kann mit Gewißheit angenommen werden, daß erst durch diesen Vertrag mit der Compagnie und ihren Filialen in verschiedenen Städten Afghanistans (Kabul, Kandahar, Herat, Jalalabad) ermöglicht wurde, daß Deutschland fast den gesamten Bedarf an Maschinen für neuerrichtete Betriebe, sowie Material für Straßen-, Kanal- und Brückenbau an Afghanistan lieferte. Außerdem nahm Deutschland bei der Lieferung von sanitären Einrichtungen, Medikamenten, Farben und Chemikalien schon in den 20er Jahren die erste Stelle in Afghanistan ein.⁶⁾

Im Jahre 1923 wurden die ersten Verträge über die Einstellung deutscher Fachleute für den afghanischen Staatsdienst abgeschlossen. Die Deutschen, die eingestellt wurden, waren Offiziere, Architekten, Ärzte, Lehrer und Ingenieure, und sie wurden von der afghanischen Regierung in bedeutungsvolle Stellen eingesetzt.⁷⁾ Als im Dezember 1923 der erste deutsche Gesandte, Dr. Grobba, in Kabul seine Amtstätigkeit übernahm, umfaßte die dortige deutsche Kolonie 20 Personen. Dr. Grobba hatte sich für die weitere Entsendung deutscher Fachleute nach Afghanistan eingesetzt. So trafen im April 1924 weitere 40 Deutsche in Kabul ein. Die Aktivität der Fachleute aus Deutschland konzentrierte sich vor allem auf Landwirtschaftsprojekte, Erziehungswesen, die Erforschung der afghanischen Mineralvorkommen, die Ausbildung der afghanischen Armee, insbesondere der Luftwaffe und Kavallerie, und auf das Bauwesen.⁸⁾ Zu erwähnen sei hier die Gründung einer bergtechnischen Schule durch die deutschen Hüttenbauingenieure. In dieser Schule wurden den Afghanen "die Grundzüge der geologischen Verhältnisse und Gesteinskunde, wie auch die besonderen Kenntnisse des Bergbaugebietes und

6) Die Angaben über den Handelsvertrag nach I. Werner, a.a.O., S. 92 f. Siehe auch B. Seifert, a.a.O., S. 6

7) Ebenda, S. 7

8) Vgl. I. Werner, a.a.O., S. 91

der Aufbereitung vermittelt..."⁹⁾ Im Sektor Bauwesen war der Bau einer neuen Hauptstadt in der Nähe von Kabul eines der größten Vorhaben, die ausschließlich durch deutsche Fachleute geplant und durch Einfuhr von Baumaterial aus Deutschland durchgeführt worden war. So sollte "hier mitten in einer Oase Innerasiens eine deutsche Stadt mit aller Sauberkeit und Großzügigkeit der Anlage entstehen."¹⁰⁾ Das Volk hatte jedoch keinen Nutzen von dieser neuen Hauptstadt, die nur den Ehrgeiz König Amanullahs zu befriedigen hatte. Als "das palastartige Parlament, dessen Dimensionen für eine Weltstadt ausreichend wären..., gebaut wurde, existierte die gewählte Volksvertretung, der es dienen sollte, noch gar nicht."¹¹⁾ So sind heute diese pompösen Ruinen ein Zeuge des falschen Ehrgeizes. Wenn die afghanische Regierung die Arbeiten und Anstrengungen der deutschen Baufachleute nützlich und nach wahren Bedürfnissen des Landes eingesetzt hätte, hätte Afghanistan mehr Nutzen gehabt.

Zu der regen wirtschaftlichen Zusammenarbeit Deutschlands mit Afghanistan in den 20er Jahren meint I. Werner, daß der Abschluß des Rapallo-Vertrages im Jahre 1922 und die darauf folgenden deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen auf die deutsch-afghanischen Wirtschaftsbeziehungen fördernd eingewirkt haben.¹²⁾ Diese Meinung ist richtig, da in dem sowjetisch-afghanischen Freundschaftsvertrag von 1921 die Sowjetunion sich Afghanistan gegenüber verpflichtet hatte, den Warenverkehr von Europa nach Afghanistan über die Sowjetunion zu begünstigen. Der Rapallo- und der sowjetisch-afghanische Freundschaftsvertrag bewirkten gewiß die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehung Afghanistans mit Deutschland. In dieser Zeit wurde fast die gesamte Einfuhr Afghanistans aus Deutschland über den Transit-

9) B. Seifert, a.a.O., S. 32

10) B. Seifert, ebenda

11) M. Klimburg, a.a.O., S. 61

12) Vgl. I. Werner, a.a.O., S. 90

weg durch die Sowjetunion abgewickelt. Bis 1925 hatte Afghanistan keine direkte Außenhandelsbeziehung zu Deutschland, da zu dieser Zeit der Außenhandel Afghanistans über die anglo-indischen Zwischenhändler (Ausnahme: Handel mit der Sowjetunion) durchgeführt wurde. Erst nach dieser Zeit hat die afghanische Ausfuhr nach Deutschland direkt stattgefunden.

Der deutsch-afghanische Freundschaftsvertrag, der am 3. März 1926 zwischen dem deutschen Außenminister Gustav Stresemann und dem afghanischen Gesandten in Berlin, Ghulam Siddiq, unterzeichnet wurde, sah in Artikel 3 vor, daß beide Partner auf das Zustandekommen eines Wirtschaftsabkommens hinarbeiten wollen.¹³⁾ Im Frühjahr 1927 wurde zwischen der afghanischen Regierung und der "Deutsch-Afghanischen Compagnie A.G." ein Vertrag abgeschlossen, in dem sich die Gesellschaft verpflichtete, sämtliche Dämme der afghanischen Produktion zu festen Preisen aufzukaufen.¹⁴⁾ Für die Industrialisierung Afghanistans beabsichtigte König Amanullah, eng mit Deutschland zusammenzuarbeiten. In diesem Sinne hatte er sich auch bei einer inoffiziellen Unterredung mit dem deutschen Gesandten in Kabul, Dr. Grobba, am 18. August 1926 geäußert. König Amanullah sagte, daß er großen Wert darauf lege, wenn die deutsche Industrie, vor allem die Gewerbe- und Rohstoffindustrie, sich in Afghanistan niederlassen würde, da diese hier sehr billige Ausführprodukte herstellen und sich hier einen neuen Produktionsausgangspunkt im Osten schaffen könne.¹⁵⁾ Es ist jedoch nicht zur Verwirklichung dieser Ziele Amanullahs gekommen. Auch Amanullahs Auslandsreise im Jahre 1927/28, auf der er unter anderem auch Europa und Deutschland besuchte, brachte ihm in dieser Hinsicht keine Erfolge. Aber sein Staatsbesuch

13) deutsch-afghanischer Freundschaftsvertrag vom 3. März 1926 siehe Anhang Dokument Nr. 4

14) Vgl. I. Werner, a.a.O., S. 92

15) ebenda, S. 96

als solcher war in Deutschland ein voller Erfolg und stellte den Höhepunkt der deutsch-afghanischen Beziehung dar. König Amanullah wurde in Berlin, wo ihm der Ehrendokortitel der Technischen Hochschule Charlottenburg verliehen wurde, mit Begeisterung empfangen. Er war das erste ausländische Staatsoberhaupt, das "bei der sozialdemokratischen Regierung in Berlin erschien und gefeiert wurde, weil endlich einmal ein ausländischer großer Mann zu uns (nach Deutschland, d. Verf.) kam".¹⁶⁾ Außer diesen zeremoniellen Vorgängen hatten zwischen König Amanullah und der deutschen Regierung umfassende Wirtschaftsverhandlungen stattgefunden. Am 6. März 1928 wurde ihm bei einem Treffen mit Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums und dem Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärt, daß, falls der König während seines Aufenthaltes in Deutschland bei deutschen Industriefirmen Fabrikanlagen und andere Investitionsgüter in Höhe von mindestens 600 000 RM bestellen würde, die Reichskreditgesellschaft bereit sei, der afghanischen Regierung einen Kredit in dieser Höhe zur Verfügung zu stellen. Der Zinssatz wurde auf 4 Prozent festgelegt, der "bis zur Einlösung des letzten Schatzwechsels am 1. Juli 1936 gestundet und dann in zwei gleichen Raten bis zum 1. Juli 1938 bezahlt werden" sollte.¹⁷⁾ Die Reichsregierung hatte König Amanullah für die damals üblichen Kreditbedingungen ein ungewöhnliches Angebot gemacht, indem man sich bereit erklärt hatte, die Zinsen ganz zu erlassen unter der Bedingung, daß die afghanische Regierung bis zur Rückzahlung des letzten Wechsels wieder Industriegüter in Deutschland in mindestens vierfacher Höhe des gestundeten Zinsbetrages erwerben sollte.¹⁸⁾

16) Hjalmar-Schacht während des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg. Zitiert aus: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg, 14. Nov. 1945 - 1. Okt. 1945. Band 12, S. 612. In Berlin hatten die Schulkinder am Tag seiner Ankunft schulfrei.

17) I. Werner, a.a.O., S. 99

18) ebenda, S. 99 f. Am 12. März 1928 wurde ein Kreditabkommen unter den oben genannten Bedingungen abgeschlossen.

Das Hauptanliegen Amanullahs war es auch, den afghanischen Export nach Deutschland zu sichern. Bei seinem Besuch auf der Leipziger Frühjahrsmesse gelang es ihm, wichtige Vereinbarungen für Afghanistans wichtigsten Exportartikel, nämlich Karakul-Felle, zu treffen. England (anglo-indische Zwischenhändler) war vorher der Hauptabnehmer der afghanischen Karakul-Felle, die dann an Drittländer weiterverkauft wurden.

19) Für die Lapislazuli-Vorkommen bekam Deutschland das Alleinverwertungsrecht.²⁰⁾

Zusammenfassend ist zu erwähnen, daß in den 20er Jahren Deutschland in Afghanistan an Einfluß gewonnen hatte, man denke dabei an die Vielzahl der Deutschen, die im afghanischen Staatsdienst in verschiedenen Sektoren tätig waren, und deren Aufgabenbereiche und Tätigkeiten nicht zu unterschätzen sind. Außerdem hatte die für Afghanistan rege wirtschaftliche Beziehung mit Deutschland dazu beigetragen, daß Deutschland einer der wichtigsten Handelspartner Afghanistans wurde und die anglo-indischen Zwischenhändler zum größten Teil vom Handel mit Afghanistan ausgeschaltet wurden - somit konnte Afghanistan seine Produkte in Europa direkt absetzen und dadurch bessere Gewinne erzielen. Diese wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland fand jedoch ein frühzeitiges Ende. Die Weltwirtschaftskrise und der Bürgerkrieg in Afghanistan im Jahre 1929, in dessen Verlauf Amanullah gestürzt wurde, beendeten diese Zusammenarbeit. Deutsche Fachleute mußten das Land verlassen, die "Deutsch-Afghanische Compagnie A.G." mußte ihre gesamten Niederlassungen in Afghanistan schließen, später wurde auch die

19) Afghanistan hat nach dem ersten Weltkrieg 50 Prozent der gesamten Persianerproduktion der Welt bestritten und die Firma Theodor Thorer, Leipzig, mit der König Amanullah den Export von Karakul-Fellen vereinbart hatte, bearbeitete 80 Prozent der in Europa veredelten Persianer. Vgl. B. Seifert, a.a.O., S. 42

20) Eine deutsche Firma schloß während Amanullahs Aufenthalt in Berlin einen Monopolvertrag über das alleinige Verwertungsrecht der Lapislazuli-Halbedelsteine Afghanistans. Die Qualität des afghanischen Lapislazuli ist ohne gleichen auf der Welt. Vgl. B. Seifert, a.a.O., S. 29

Compagnie selbst liquidiert. Das Kreditabkommen über 6 Millionen RM wurde von den beiden Seiten nicht restlos erfüllt, darüber hinaus wurden die Entwicklungsprojekte abgebrochen. Die Industrieanlagen, die in Deutschland erworben wurden, lagen brach²¹⁾ und wurden erst in den 30er Jahren nach der Konsolidierung der Lage in Afghanistan installiert und in Betrieb gesetzt.

3.2 Die deutsch-afghanischen Beziehungen in den 30er bis Anfang der 40er Jahre

Nach dem Sturz König Amanullahs und der Beendigung des Bürgerkrieges, der eine Konsolidierung der Lage in Afghanistan brachte, wurden die politischen und wirtschaftlichen Kontakte zwischen Deutschland und Afghanistan im Jahre 1933 wiederbelebt. Für Afghanistan war es wichtig, zuerst seine Verschuldung gegenüber dem Deutschen Reich auf Grund des Kreditvertrages vom März 1928 zu regeln. Die gesamten Schulden Afghanistans gegenüber Deutschland betrugen in dieser Zeit ca. 3 Millionen RM. Für die Lösung dieser Frage wurde im März 1933 ein neues Kreditabkommen zwischen beiden Ländern unterzeichnet. Das neue Abkommen sah vor, daß Afghanistan den zu zahlenden Betrag von 3 Millionen RM in 7 gleichen Jahresraten zurückzuzahlen hat. Auf die Zinsen wurde unter der Bedingung verzichtet, daß Afghanistan für den vierfachen Betrag der Zinsen in Deutschland technische Einrichtungen erwirbt. Die deutsche Regierung übernahm für die Lieferung nach Afghanistan die Reichsgarantie in Höhe von 1,85 Millionen RM.²²⁾ Da in der Vertragsbestimmung vom März 1933 die Frage neuer Ankäufe Afghanistans in Deutschland angeknüpft war, wurde ein

21) Darunter eine Pulverfabrik, die bei Maschinenbau A.G. Golzern-Grimma, und eine Rohrzuckerfabrik mit einer Leistung von 500 Tonnen Rohrzuckerverarbeitung pro Tag, die bei der Maschinenfabrik Sangerhausen A.G. erworben worden waren. Vgl. I. Werner, a.a.O., S. 104.

22) Vgl. I. Werner, a.a.O., S. 130

Vertreter der Siemens-Schuckert Werke AG, Oberingenieur Thomas, nach Kabul entsendet. Er hatte über die Aufträge der afghanischen Regierung in Höhe von 1,3 Millionen RM zu verhandeln. Die afghanische Regierung beabsichtigte, 2 Wasserkraftwerkanlagen, eine Station für drahtlose Telegraphie sowie eine Telephonanlage für die Stadt Kabul zu erwerben.²³⁾ Die Verhandlung mit Oberingenieur Thomas kam vorläufig zu keinem Endergebnis. Der Grund lag darin, daß die deutschen Erzeugnisse im Vergleich mit den japanischen Erzeugnissen wesentlich teurer waren, und das machte die afghanische Regierung beim Erwerb von Industriegütern in Deutschland zurückhaltend. In bestimmten Wirtschaftskreisen Afghanistans war jedoch eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland sehr wünschenswert. Eine bedeutende Persönlichkeit dieser Kreise war Abdul Madjid Zabuli, der Präsident der Bank Milli Afghan (im Jahre 1937 hatte die Bank eine Niederlassung in Berlin eröffnet), der für eine Stärkung der wirtschaftlichen Position Deutschlands in Afghanistan war. Er, der später afghanischer Wirtschaftsminister wurde, schrieb am 26. Mai 1934 an Kurt Ziemke, den deutschen Gesandten in Kabul, der im November 1933 neu auf diesen Posten entsandt wurde, folgendes:

"daß die ANB (Afghan National Bank = Bank Millie Afghan, der Verf.) seit ihrer Gründung bestrebt gewesen sei, einen großen Teil ihrer Einkäufe in Deutschland zu tätigen, obwohl diese Bevorzugung von gewissen, von "außen unterstützten" Kreisen eine Opposition hervorgerufen habe, die bemüht sei, dem Bestreben der Bank entgegenzuwirken. Aus diesem Grunde, und weil die deutsche Industrie teurer liefere als beispielsweise Japan, erwarte die ANB von der

23) Vgl. I. Werner, a.a.O., S. 130

Reichsregierung einen Ausgleich."²⁴⁾

Der oben erwähnte Brief veranlaßte Ziemke, von Berlin eine Stärkung der Position der ANB durch günstige Handelsbedingungen zu verlangen, da nach seiner Auffassung die ANB "hier zur Zeit für uns (für Deutschland, d. Verf.) eine wesentliche Stütze ist."²⁵⁾ Im Auswärtigen Amt in Berlin konnte man sich nicht zu einer Intensivierung des wirtschaftlichen und politischen Engagements in Afghanistan entschließen, weil Afghanistan zu dieser Zeit zu der britischen Einfluß- und Interessensphäre gerechnet wurde - und in der Wilhelmstraße war man in den Anfängen des Nationalsozialistischen Regimes nicht bereit, in die britische Einflußsphäre einzudringen. So kam es auch bis zum Jahre 1937 zu keiner nennenswerten aufsteigenden Tendenz der wirtschaftlichen und politischen Position Deutschlands in Afghanistan. Erst im Jahre 1937 ist das Zeichen für rege Aktivität Deutschlands in Afghanistan gesetzt worden. In diesem Jahr wurde die "Afghanische Minen-Gesellschaft", eine deutsch-afghanische Unternehmung, für die Ausbeutung der afghanischen Bodenschätze gegründet.²⁶⁾ Im November des gleichen Jahres eröffnete die deutsche Lufthansa als erste kommerzielle Luftfahrtgesellschaft den Luftverkehr zwischen Berlin und Kabul, über Tirana, Athen, Rhodos, Damaskus, Bagdad und Teheran. Der Luftverkehr zwischen Berlin und Kabul, der für die damalige Zeit eine große technische Leistung darstellte, war mehr eine politische Demonstration als eine kommerzielle Angelegenheit. Er war der Ausdruck der Interessen und

24) Zitiert nach I. Werner, a.a.O., S. 133. Nach Angaben von Ziemke bestanden gute freundschaftliche Beziehungen zwischen ihm und Abdul Madjid Zabuli. Ziemkes Angaben nach hatte er in Afghanistan nur mit Abdul Madjid Zabuli "private" Zusammenkünfte. Siehe Kurt Ziemke, Als Deutscher Gesandter in Afghanistan, Stuttgart 1939, S. 334

25) Zitiert nach I. Werner, a.a.O., S. 134

26) Vgl. V. Gregorian, a.a.O., S. 380

Absichten des Dritten Reiches, in einem strategisch sehr wichtigen Land, wie in Afghanistan und anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, präsent zu sein und die Möglichkeit für kulturellen und politischen Einfluß zu schaffen²⁷⁾, wobei die Nachbarschaft zur Sowjetunion die Hauptursache der Aufmerksamkeit des Dritten Reiches gegenüber Afghanistan und anderen Ländern ähnlicher geographischer Lage war. In diesem Sinne heißt es in dem kurzen Tätigkeitsbericht des Außenpolitischen Amtes der NSDAP von 1938-1943, daß das Amt "... sein Hauptaugenmerk auf die an die Sowjetunion angrenzenden Völker und Staaten richtete, die einerseits einen Isolierungsring um den bolschewistischen Nachbarn, andererseits aber auch die Flügelstellung zum deutschen Lebensraum und eine Flankenstellung gegenüber den Westmächten, insbesondere Großbritannien gegenüber, einnehmen. ..."²⁸⁾ Für die Beeinflussung dieser Länder, die sich voneinander unterschieden, sah das Außenpolitische Amt der NSDAP "... sich daher zur Anwendung der abweichendsten Methoden genötigt, um auf diesen oder jenen Wegen zu der gewünschten Einflußnahme zu gelangen."²⁹⁾ In Afghanistan wurde die Methode der Einflußnahme auf einzelne führende Persönlichkeiten angewendet und das führte "zu einer bereitwilligen Erschließung des bisher von Deutschland ziemlich vernachlässigten Landes."³⁰⁾ Eine Erschließung im Sinne der politischen und wirtschaftlichen Einflußnahme, die über "einzelne führende Persönlichkeiten Afghanistans" durchgeführt wurde, ermöglichte, daß das Außenpolitische Amt der NSDAP die Beteiligung der deutschen Wirtschaft

27) Vgl. V. Gregorian, S. 379. Anfänge des Luftverkehrs zwischen Deutschland und Afghanistan siehe auch K. Ziemke, a.a.O., S. 153 u. 306

28) Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. Nov. 1945 - 1. Okt. 1946, Band 25. Nürnberg 1947, S. 35 (Hervorhebung im Originaltext).

29) ebenda

30) ebenda, S. 38.

am industriellen Aufbau Afghanistans begünstigte.³¹⁾

Im Bereich der Wirtschaft ist diese "Einflußnahme" klar zu erkennen. Von 1937 bis 1939 hat sich der deutsche Export nach Afghanistan mehr als versechsfacht. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Warenaustausches zwischen Deutschland und Afghanistan.³²⁾

	(Mio.RM)	1937	1938	1939
<u>Deutscher Export nach Afghanistan</u>		1,2	4,7	7,6
<u>Deutscher Import aus Afghanistan</u>		0,7	1,6	2,1

Damit war Deutschland mit Abstand Afghanistans größter Lieferant an Maschinen und Industriegütern geworden. Im Jahre 1938/39 lieferte Deutschland 69 Prozent der gesamten technischen Ausrüstungen Afghanistans und stand damit mit Abstand an erster Stelle, gefolgt von der Tschechoslowakei mit 20 Prozent, Großbritannien mit 4 Prozent, den USA mit 3,5 Prozent, Italien mit 2 Prozent und schließlich Frankreich mit 1 Prozent.³³⁾ Diese dominierende Stellung Deutschlands in der afghanischen Wirtschaft war eine Folge der sehr günstigen Kreditbedingungen, unter denen das Reich Kredite an Afghanistan vergab. Durch diese finanziellen Vergünstigungen ist es Deutschland gelungen, die anderen Industrienationen, die nicht bereit waren, unter ähnlichen Bedingungen Afghanistan Kredite zu gewähren und auch nicht gewillt waren, die Risiken solcher Geschäfte mit Afghanistan auf sich zu nehmen (wie z.B. durch Reichsgarantien der deutschen Regierung), von dem afghanischen Markt zu verdrängen. Im Rahmen des Wirtschaftsabkommens, das zwischen

31) Vgl. ebenda. In diesem Dokument heißt es, daß alle führenden Persönlichkeiten Afghanistans als Gäste des Amtes nach Deutschland eingeladen worden waren. Unter diesen Persönlichkeiten waren unter anderen der afghanische Premierminister und der Verteidigungsminister.

32) Die deutschen Handelsbeziehungen mit dem Iran und Afghanistan in: Der Nahe Osten, 1. Jahrgang 1940, Heft 1-2, S. 6 f, zitiert aus I. Werner, a.a.O., S. 140

33) Vgl. I. Werner, a.a.O., S. 140 f.

Deutschland und Afghanistan im August 1939 abgeschlossen wurde, erhielt Afghanistan langfristige Kredite für den Erwerb von Textilwerken und Wasserkraftwerkanlagen. Für die Rückzahlung dieser Kredite verpflichtete sich Afghanistan, für die Dauer von zehn Jahren Baumwolle an Deutschland zu liefern (Afghanistan, der Iran und die Sowjetunion waren zu dieser Zeit Deutschlands Lieferanten des kriegswichtigen Rohstoffes Baumwolle). In dem Wirtschaftsabkommen vom August 1939 erklärte sich die Reichsregierung bereit, 80 Prozent der Güter, die die afghanische Regierung durch seine Staatsbank in Deutschland einkaufte, zu finanzieren.³⁴⁾

3.2.1 Politische und militärische Ziele des Engagements des Dritten Reiches in Afghanistan

Der Grund für das wirtschaftliche Entgegenkommen Deutschlands gegenüber Afghanistan war, wie erwähnt wurde, die strategische Lage des Landes. In der "Zielsetzung des Außenpolitischen Amtes der NSDAP" betreffend Afghanistan vom 18. Dezember 1939 sind wichtige Einzelheiten dargelegt. Daraus wird folgendes zitiert:

"... Die Zielsetzung des Amtes war, die neutrale Haltung Afghanistans im Ernstfall zu ermöglichen bzw. dieses Land deutscherseits gegebenenfalls für Aktionen gegen Britisch-Indien oder Sowjetrußland einzusetzen. Welche Bedeutung diese Zielsetzung im Ernstfall für das Britische Empire hat, erfährt seine Bestätigung auch durch den Weltkrieg (gemeint ist der Erste Weltkrieg, d. Verf.), als Deutschland die Kräfte-Situation im Vorderen Orient ungenutzt ließ."³⁵⁾

34) Vgl. V. Gregorian, a.a.O., S. 380

35) Akten zur Deutschen Außenpolitik (im folgenden AZDAP), 1918-1945, Serie D: 1937-1945, Band VIII, Erster Band, 4. September 1939 bis 18. März 1940. Baden-Baden u. Frankfurt/M. 1961. S. 432. Vollständiger Text siehe Anhang: Dokument Nr. 5.

Diese zitierten Angaben verdeutlichen, daß das Interesse Deutschlands an Afghanistan nicht nur während des Zweiten Weltkrieges sondern schon seit dem Ersten Weltkrieg primär darin bestand, das Land als Werkzeug gegen das britische Indien zu benutzen.

Im Jahre 1939, nach dem Abschluß des Wirtschaftsabkommens zwischen Deutschland und Afghanistan, erklärte die Reichsregierung sich bereit, "Fachkräfte" aller Art nach Afghanistan zu entsenden. Bis Ende des Jahres 1939 nahm die Zahl der Fachkräfte erheblich zu. Somit wurde die deutsche Kolonie zur größten europäischen Kolonie in Afghanistan. Sie umfaßte zeitweise bis zu 300 Reichsdeutsche. Die Fachkräfte waren in allen Gebieten des staatlichen Lebens Afghanistans aktiv. Ihr Tätigkeitsbereich erstreckte sich auf das Verteidigungsministerium, Polizei und Geheime Staatspolizei, Post und Fernmeldewesen und den Straßenbau.³⁶⁾ In der "Zielsetzung des Außenpolitischen Amtes der NSDAP" betreffend Afghanistan wird die Aufgabe der Fachkräfte so geschildert:

"In vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der jetzigen afghanischen Regierung wurde vom Amt eine generelle Planung für alle Sektoren des afghanischen Staatswesens entworfen und als Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung die Verpflichtung deutscher Sachverständiger in afghanische Regierungskdienste veranlaßt. Durch derartige eingearbeitete deutsche Kräfte sollte auf den lebenswichtigen Posten ein Netz von Stützpunkten geschaffen werden, die Deutschland die Möglichkeiten boten, sie im Falle eines militärischen Vorgehens Afghanistans mit deutscher Hilfe mitzuverwenden."³⁷⁾

Durch wirtschaftliche Mittel versuchte das Dritte Reich Afghanistan für ein Vorgehen gegen das britische Indien zu bewegen. Im Auswärtigen Amt hat man auch an Plänen

36) Vgl. ebenda, siehe auch V. Gregorian, a.a.O., S. 380

37) Wie Anmerkung 35

gearbeitet, in Afghanistan einen Dynastiewechsel zu inszenieren und Amanullah aus seinem italienischen Exil wieder auf den afghanischen Thron zu setzen, für den Fall, daß Afghanistan sich nicht an Aktionen gegen das britische Indien beteiligte. Exponent dieses Planes war der Politische Referent im AA Werner Otto von Hentig. Dieser Plan wurde auch mit der Sowjetunion besprochen, und die Sowjetregierung hatte keine Bedenken, Amanullah wieder auf den afghanischen Thron zu setzen.³⁸⁾ Bezüglich dieser Überlegung bestanden von Anfang an zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Außenpolitischen Amt der NSDAP Meinungsverschiedenheiten, wobei das Außenpolitische Amt der NSDAP gegen ein solches Vorgehen in Afghanistan war und auch in letzter Minute diese Aktion verhindern konnte.³⁹⁾ Die Absichten des Auswärtigen Amtes in Berlin, Amanullah betreffend, sind der afghanischen Regierung nicht verborgen geblieben. König Zahir Shah und sein Onkel, der Premierminister Mohammed Hashim, wurden durch diese Absichten in eine schwierige Lage hineinmanövriert.

Für die afghanische Regierung war eine Zusammenarbeit mit Deutschland im Jahre 1939/40 zwangsläufig die einzige Möglichkeit, da andernfalls Dynastiewechsel und Bürgerkrieg als Folge des Wiedereinsetzens Amanullahs auf den Thron unvermeidlich gewesen wären. Amanullah wurde schon im Jahre 1929 durch einen Bürgerkrieg entthront und seine Wiedereinsetzung hätte einen Bürgerkrieg mit allen Folgen provoziert. Um die Bedingungen für eine eventuelle Zusammenarbeit mit Deutschland während des Krieges bekanntzugeben, hatte Abdul Madjid Zabuli als "der Hauptexponent

38) Vgl. AZDAP, 1918-1945, Erster Band, September 1939-März 1940, Serie D: 1937-1945, Band VIII, Frankfurt/M. 1961, Seite 329, Das Telegramm des deutschen Botschafters (Schulenburg) in Moskau an das AA vom 18. Nov. 1939, Aktenzeichen 617/244880. Siehe auch Anhang Dokument Nr.5.

39) AZDAP, 1918-1945, Serie D: 1935-1945, Band VIII, Erster Band, 4. Sept. 39 bis 18. März 1940, Baden-Baden u. Frankfurt/M. 1961, S. 435 die Anmerkung. Vollständiger Text siehe Anhang Dokument Nr. 5, letzter Abschnitt.

für die politische Orientierung Afghanistans nach Deutschland ⁴⁰⁾, der als afghanischer Wirtschaftsminister im Kabinett von Mohammed Hashim tätig war, am 26. Juni 1940 ein Geheimgespräch mit dem deutschen Gesandten in Kabul, Pilger. Abdul Madjid Zabuli teilte Pilger mit,

"daß Afghanistan bereit wäre, zu Gunsten aktiver Beteiligung im deutschen Interesse alle Möglichkeiten zu mobilisieren, (um) Grenzstämme und afghanische Bevölkerung in Indien zum Vorgehen gegen die Engländer zu veranlassen, um dadurch bereits begonnene und zu erwartende Verschiffung indischer Truppen zum Mittelmeer zu verhindern ... (Madjid) ist überzeugt, seine Absicht durchzusetzen, wenn wir folgende Punkte garantieren:

1. Zusicherung, daß die russische Sowjetrepublik in jeder Hinsicht und besonders bei geplantem Vorstoß Integrität Afghanistans gewährleistet.
2. Eintreten für Schaffung eines afghanischen Zugangs zum Meer.
3. Lieferung von Flugzeugen, Tanks und Flaks im benötigten Umfang." ⁴¹⁾

Im Frühjahr 1941 kam Abdul Madjid nach Deutschland und hatte in Berlin über die Zusammenarbeit Afghanistans mit Deutschland, insbesondere über die territorialen Ansprüche Afghanistans, verhandelt. Aus den Akten geht hervor, ⁴²⁾ daß er keinen ausdrücklichen Auftrag der afghanischen Regierung besaß, um solche Gespräche in Berlin zu führen. Bei einem

40) Ebenda, S. 433, auch in Dokument Nr. 5 unter dem Titel: Kurs und Stärke der jetzigen Regierung.

41) AZDAP 1918-1945, Serie D: 1937-1945, Band X, Dritter Band, Juni bis August 1940, Frankfurt/M., 1963, S. 25. Die vollständigen Mitteilungen Pilgers über diese Unterredung mit Abdul Madjid an das AA im Anhang, Dokument 6, wiedergegeben.

42) Vgl. AZDAP, 1918-1945, Serie D: 1937-1941, Band XII.1, Fünfter Band, Erster Halbband, 1. Februar bis 5. April 1941, Göttingen 1969, S. 233.

Gespräch mit dem Staatssekretär Weizsäcker wurde ihm mitgeteilt, daß Deutschland die Erfüllung folgender drei Punkte von der afghanischen Regierung wünschte:

1. Zulassung eines Kurzwellensenders an der afghanisch-indischen Grenze.
2. Bitte um unauffällige deutsche Mitbenutzung der Rundfunk-Sendestation in Kabul (zwecks Propagandasendungen nach Indien, d. Verf.).
3. Duldung des Waffenschmuggels (aus Afghanistan, wo deutsche Waffen leicht zu haben waren, über die afghanisch-indische Grenze nach Indien, für die Unterstützung der Aufständischen, Anm. d. Verf.).⁴³⁾ Daß Abdul Madjids Aufenthalt in Deutschland mehrere Monate dauerte, und, wie oben erwähnt wurde, er ohne Auftrag der afghanischen Regierung mit offiziellen Reichsstellen in Berlin verhandelte, kann so gedeutet werden, daß zwischen ihm und der afghanischen Regierung Meinungsverschiedenheiten über eine aktive Teilnahme Afghanistans am Kriege an der Seite des Dritten Reiches bestanden. Während Abdul Madjids Aufenthalt in Deutschland hatten die Aktivitäten der Deutschen und Italiener in Afghanistan erheblich zugenommen. Ihre subversive Tätigkeit konzentrierte sich hauptsächlich auf die an der afghanisch-indischen Grenze lebenden Grenzstämme. Im Juli unternahm der italienische Gesandtschaftsrat in Kabul, Anzilotti, eine geheime Reise in die für Ausländer verbotenen Gebiete an der afghanisch-indischen Grenze und verhandelte mit dem Fakir von Ipi, einem Geistlichen, der bereit war, mit finanzieller Unterstützung Deutschlands und Italiens in den genannten Grenzgebieten Aufstände gegen Großbritannien zu inszenieren.⁴⁴⁾ Bald darauf wurden zwei deutsche Agenten, Brandt und Oberdörfer, die als Afghanen verkleidet waren, auf dem Wege zum Fakir von Ipi beim Betreten der hiesigen Gebiete

43) Vgl. AZDAP, 1918-1945, Serie D: 1937-1941, Band XII.2, Fünfter Band, Zweiter Halbband, April bis Juni 1941, Göttingen 1969, S. 808 f.

44) Vgl. AZDAP, 1918-1945, Serie D: 1937-1941, Band XIII.1, Sechster Band, Erster Halbband, Juni bis Sept. 1941, Göttingen 1970, S. 116.

von afghanischen Grenzposten gesichtet und es wurde auf sie geschossen. Oberdörfer wurde getötet und Brandt kam mit einer Verletzung davon. Diese Ereignisse riefen bei der afghanischen Regierung großes Unbehagen hervor und bewirkten, daß Großbritannien und die Sowjetunion, die beide auf eine Gelegenheit warteten, gegen die Aktivitäten Deutschlands und Italiens vorzugehen, die afghanische Regierung unter Druck setzten.⁴⁵⁾ Um weitere Zwischenfälle solcher Art zu verhindern, gab der Reichsaußenminister Ribbentrop an die deutsche Gesandtschaft in Kabul Weisung,

"sämtlichen in Afghanistan befindlichen Reichsdeutschen die Pflicht aufzuerlegen, sich bis auf weiteres völlig zurückzuhalten, damit nicht durch irgendwelche Zwischenfälle den englischen und sowjetrussischen Bestrebungen Vorschub geleistet wird." (Gemeint ist die Bestrebung der beiden Länder, die afghanische Regierung zum Vorgehen gegen die Deutschen zu veranlassen, d. Verf.)⁴⁶⁾

3.2.2 Das Verhalten der afghanischen Regierung gegenüber den deutschen Aktivitäten in Afghanistan

Wegen der Affäre Oberdörfer/Brandt drückte der afghanische Premierminister dem deutschen Gesandten in Kabul sein Bedauern aus und erklärte, daß der britische Gesandte in Kabul, Sir William Kerr Fraser-Tytler, gegen die Erteilung der Agréments an Werner Otto von Hentig als dem neuen deutschen Gesandten in Kabul protestiert habe, da Hentig als "Agitator" bei den Briten bekannt sei.⁴⁷⁾ Premierminister Hashim bekundete in diesem Gespräch die verbale Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Deutschland:

45) Vgl. AZDAP, ... Ebenda, S. 223

46) Vgl. AZDAP, ... Ebenda, S. 249

47) Vgl. AZDAP, ... Ebenda, S. 223

"(Die Afghanische) Regierung sei bereit, wenn der Augenblick zum Angreifen (auf das britische Indien, der Verf.) durch Annäherung deutscher Truppen gekommen sei, ganz Afghanistan an unserer Seite (gemeint ist an der Seite Deutschlands, d. Verf.) zu Waffen greifen zu lassen. (Sie) werde dann mit den Grenza Afghanen etwa 500 000 Mann aufstellen."⁴⁸⁾

Der Premierminister machte die Teilnahme Afghanistans am Krieg quasi von der Annäherung deutscher Truppen abhängig. Die Annäherung der deutschen Truppen bis zur afghanischen Grenze bedeutete zu dieser Zeit, daß Deutschland im Krieg in der stärkeren Position war, und mit Hilfe Deutschlands konnte Afghanistan sich erlauben, den Überfall auf das britische Indien mitzumachen und gleichzeitig die erwünschten Gebietserweiterungen (Zugang zum Meer) endlich durchzuführen. Diese Zusage Mohammed Hashims erinnert an die Zusagen Emir Habibullahs an Hentig/Niedermayer im Jahre 1915/16. Damals hatte auch der Emir seine Zusammenarbeit mit Deutschland von der Annäherung deutscher Truppen an die afghanischen Grenzen abhängig gemacht.

Die Besetzung Persiens am 25. August 1941 durch die sowjetischen Truppen im Norden und die britischen Truppen im Süden brachte in den afghanischen Regierungskreisen eine Ernüchterung. Die Besetzung war eine Folge der Nichtbeachtung der Forderung der beiden Mächte, die Reichsdeutschen aus Persien zu entfernen.⁴⁹⁾ Der afghanische Premierminister Mohammed Hashim, der am 31. Juli 1941 dem deutschen Gesandten Pilger seine Vorstellung über eine eventuelle Zusammenarbeit mit Deutschland dargelegt hatte, mußte nun sein Vorhaben überdenken. Die Einstellung der Zusammenarbeit mit Deutschland und die Unterbindung der Aktivitäten der deutschen

48) Vgl. AZDAP, ... Ebenda, S. 224.

49) Vgl. AZDAP, ..., Serie D: 1937-1941, Band XIII. 1, Sechster Band, Erster Halbband, 23. Juni bis 14. September 1941, Göttingen 1970, S. 312.

Staatsangehörigen in Afghanistan war im Augenblick die einzige realistische Möglichkeit, Afghanistan ein Schicksal wie das Persiens zu ersparen. Schon Ende Juli/Anfang August 1941 begannen die sowjetische und die britische Regierung, Afghanistan unter Druck zu setzen, um ihrem Verlangen nach der Ausweisung der Deutschen und Italiener Nachdruck zu verleihen. Dazu bevorzugten sie, vor allem wirtschaftlichen Druck auf Afghanistan auszuüben, indem sie die Benzinzufuhr nach Afghanistan unterbanden (Afghanistan mußte damals seinen gesamten Bedarf an Benzin und anderen Rohölprodukten aus der Sowjetunion oder aus anderen Ländern über Indien einführen), den Transithandel erschwerten, was einen Ausfall der Staatseinnahmen aus Zöllen verursachte, und noch dazu veranlaßten sie die US-Regierung, das gesamte afghanische Dollarguthaben in den USA zu sperren. Nicht zuletzt organisierte die britische Regierung Unruhen unter den afghanischen Grenzstämmen.⁵⁰⁾ Diesen Repressalien folgend hatten der neue englische Gesandte in Kabul, Sir Francis Verner Wylie (als Nachfolger von Sir William Kerr Fraser-Tytler), am 9. Oktober und Konstantin Michailow, der sowjetische Botschafter in Kabul, am 11. Oktober 1941 bei der afghanischen Regierung eine Demarche wegen der deutschen und der italienischen Kolonie in Afghanistan gemacht.⁵¹⁾ Die afghanische Regierung erklärte sich bereit, der Ausreise der Deutschen aus Afghanistan unter der Bedingung zuzustimmen, daß die Alliierten ihnen freien Abzug garantierten, woraufhin der englische Gesandte Wylie im Namen seiner Regierung die Ausreise der Deutschen "unter englischem Schutz und unter voller Sicherheit bis zu einem Land, wo die afghanische Regierung selbst sie bis nach Deutschland befördern kann, förmlich versichert und garantiert hat."⁵²⁾ Ende Oktober 1941 verließen die gesamten deutschen Staatsbürger, mit Ausnahme von 10 Personen, Afghanistan.⁵³⁾

50) Vgl. ebenda, S. 379.

51) Vgl. AZDAP ..., Band XIII.2, Sechster Band, zweiter Halbband, 15. September bis 11. Dez. 1941, Göttingen 1970, S. 523.

52) Ebenda, AZDAP ..., S. 524, Anmerkung 4.

53) Vgl. Ebenda.

Von dieser erzwungenen Lage, nämlich der Ausweisung der deutschen Kolonie aus Afghanistan, wurde die afghanische Volkswirtschaft hart getroffen. Insbesondere wurde die afghanische Entwicklungspolitik in Mitleidenschaft gezogen. Der Abzug der deutschen Fachkräfte trug dazu bei, verschiedene Entwicklungsprojekte unvollständig und unbeendet zu lassen, was mehr als jahrzehntelange Stagnation und einen völligen Stillstand der afghanischen Entwicklungspolitik verursachte. Es war ein schwerer Rückschlag für die afghanische Entwicklungspolitik, daß innerhalb von 12 Jahren (1929 - 1941) zweimal die Bestrebungen der Afghanen, durch eine Zusammenarbeit mit Deutschland die sozio-ökonomische Entwicklung des Landes mit dem Ziel besserer Lebensverhältnisse für die Bevölkerung voranzutreiben, unterbrochen wurden; erstens die Unterbrechung im Jahre 1929 durch den Bürgerkrieg, den die übereilte Modernisierung Afghanistans durch König Amanullah verursacht hatte, und dann im Jahre 1941 die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges.

Eine Betrachtung der politischen Situation Afghanistans Ende der 30er Jahre bis 1941 verleitet dazu, die Politik Afghanistans in dieser Periode als Schaukelpolitik zu definieren: eine Schaukelpolitik im Sinne der Unentschlossenheit und des Lavierens zwischen der Politik der Alliierten und Achsenmächte. Wenn auch die gegebenen Tatbestände dies vortäuschen, ist tatsächlich aber die Bezeichnung Schaukelpolitik bei Berücksichtigung der objektiven Gegebenheiten der Außenpolitik Afghanistans nicht treffend. Für ein wirtschaftlich sehr rückständiges Land wie Afghanistan mit seinem Pufferstaat-Charakter ist der Spielraum für selbstständiges politisches Handeln sehr gering. Als Afghanistan seine Politik zwischen zwei Großmächten, der Sowjetunion und Großbritannien, balancierte, um seine Neutralität zu bewahren und seine wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, war ein Ausgleich zwischen den Interessen von zwei Großmächten relativ einfach. Das hat sich jedoch geändert, nachdem König Amanullah versuchte, für die wirtschaftliche

Entwicklung und Modernisierung Afghanistans außer mit der Sowjetunion und Großbritannien auch mit anderen europäischen Mächten (z.B. Deutschland, Frankreich und Italien), vor allem mit Deutschland, zusammenzuarbeiten. Die einseitige wirtschaftliche und entwicklungspolitische Orientierung Afghanistans an Deutschland, die sich kontinuierlich weiterentwickelte und ihren Höhepunkt zwischen 1937 und 1941 erreichte, brachte Afghanistan in politische und wirtschaftliche Abhängigkeit⁵⁴⁾ des Dritten Reiches. Somit war Afghanistan nicht allzu fern davon, in den Zweiten Weltkrieg hineingezogen zu werden und in eine Lage wie die persische versetzt zu werden. Der britische und sowjetische Einspruch gegen den deutschen Einfluß in Afghanistan und ihr Druck diesbezüglich auf die afghanische Regierung beendete einerseits die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit Deutschland, aber andererseits verhinderte dieser Einspruch, daß Afghanistan in direkte Mitleidenschaft der Kriegsereignisse gezogen wurde.

54) Deutschland bezahlte z.B. für die afghanischen Rohstoffe, darunter kriegswichtige Rohstoffe wie Wolle und Baumwolle, Überpreise bis zu 40 Prozent über den Weltmarktpreisen und bot die deutschen Erzeugnisse unter Weltmarktpreisen an. Vgl. I. Werner, a.a.O., S. 141 ff. Diese günstigen Bedingungen, unter denen das Dritte Reich mit Afghanistan Handel trieb und welche als Ausnahmeregelung zu betrachten sind, hatten die afghanische Wirtschaft sehr unterstützt. Ihre Unterbrechung bedeutete eine schwere Krise der afghanischen Wirtschaft, weil andere Handelsnationen nicht in der Lage waren, unter solchen günstigen Bedingungen mit Afghanistan Handel zu treiben.

4. Der Anteil der BRD an der Förderung der afghanischen Entwicklungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Beziehung zwischen Deutschland und Afghanistan wurde im Mai 1945 nach der Kapitulation Deutschlands unterbrochen und Anfang der fünfziger Jahre zuerst auf privater Ebene wieder angeknüpft. Dies hatte zur Folge, daß im Jahre 1954 die offiziellen Beziehungen wiederaufgenommen wurden.¹⁾ Afghanistan hatte damit nach der Teilung Deutschlands die Bundesrepublik Deutschland als Staat anerkannt und die traditionell guten Beziehungen zwischen beiden Staaten wieder angeknüpft.

Anfang der fünfziger Jahre hatten westdeutsche Firmen beim weiteren Aufbau des Energieversorgungssektors in Afghanistan mitgewirkt. Das Wasserkraftwerk Sorubi war das wichtigste Projekt, das durch westdeutsche Firmen in Afghanistan gebaut wurde und im Jahre 1957 in Betrieb gesetzt wurde. Diese Zusammenarbeit war jedoch auf rein kommerzieller Basis zwischen der afghanischen Regierung und den betreffenden westdeutschen Firmen zustande gekommen, und dabei hatte die Bundesregierung keine Rolle gespielt. Erst am 31. Januar 1958 ist zwischen Afghanistan und der Bundesregierung ein Rahmenabkommen über die technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen und durch die Fassung vom 21. Juli 1965 ergänzt worden.²⁾ Inzwischen wurden etwa zwei Dutzend weitere Zusatzabkommen über die Vorhaben der technischen Hilfe der Bundesrepublik in Afghanistan abgeschlossen.³⁾ 1960 hat die BRD zum ersten Mal Kreditzusagen für die Durchführung des zweiten Fünfjahresplanes Afghanistans gemacht.

1) Vgl. Peter Fuhrmann, Entwicklungsland Afghanistan, in: Politische Studien, 19. Jg., Heft 179, von 1968, S. 321. Im Jahre 1954 wurden mit der Eröffnung der Gesandtschaft der BRD in Kabul die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen. 1958 ist diese Vertretung der BRD in den Rang einer Botschaft erhoben worden.

2) Vgl. P. Fuhrmann, a.a.O., S. 321

3) Vgl. P. Fuhrmann, a.a.O., S. 321

4.1 Die Nachkriegsperiode als Ära der systematischen Entwicklungsförderung in Afghanistan

Trotz der Anstrengungen, die in Afghanistan bis zum zweiten Weltkrieg für eine sozio-ökonomische Entwicklung unternommen wurden, ist es dem Lande nicht gelungen, den "Circulus Vitiosus" der Armut und Unterentwicklung zu sprengen. Die Gründe des Mißerfolges können hier nur in groben Zügen gezeigt werden: Die feudalistische Gesellschaftsstruktur, die traditionelle Wirtschaftsgesinnung und ein niedriger Bildungs- und Erziehungsstand waren die Hauptursachen dieser Misere. Außerdem wurde in der Vorkriegsperiode der Wandlungsprozeß allein nach Interessenlage der politischen Elite des Landes, einem Teil jener feudalistischen Gesellschaft, definiert und entsprechend gefördert oder verhindert. Dabei wurde der Masse der Bevölkerung keine Gelegenheit gegeben, ihre eigenen sozio-ökonomischen Interessen zu artikulieren, ihre Wünsche zu definieren und sich an wirtschaftlichem und sozialem Wandel als emanzipatorischem Vorgang zu beteiligen. Darauf soll im Schlußkapitel ausführlicher eingegangen werden.

Unmittelbar nach dem Kriege machte sich eine Reformära durch einen Regierungswechsel bemerkbar. Im Jahre 1949 wurde durch das Wohlwollen der Regierung der Einzug von ca. 40 bis 50 Liberalen als Abgeordnete ins Parlament ermöglicht. Sie versuchten, die Regierung unter Druck zu setzen und Reformen zu erzwingen. Wenn auch diese Opposition bis 1952 zum Schweigen gebracht wurde, gelang jedoch einigen von ihnen, unter dem im Jahre 1953 zum Premierminister ernannten Liberalen Mohammed Dawud an Reformen mitzuwirken. Einem Oppositionellen (Abdul Hai Aziz) ist es gelungen, unter Premierminister Dawud Planungsminister zu werden.⁴⁾ Als Konsequenz der Fehler der Entwicklungs-

4) Vgl. Karl Otto Hendrich, Verfassungsentwicklung, Politische Stabilität und sozialer Wandel. Die Modernisierung des traditionellen politischen Systems in Afghanistan. in: Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Jahrbuch 1966 Bd. I; hrsg. von Ferdinand Hermens, Köln-Opladen 1966, S 221-224 u. 227.

politik der vergangenen Periode mußte eine neue Entwicklungs- politik konzipiert werden, die neben dem wirtschaftlichen Wachstum eine Dynamisierung der Gesellschaft, die Überwin- dung des gesellschaftlichen status quo und eine Veränderung der Bewußtseinsinhalte der Bevölkerung zum Ziel hat. Im Anschluß an die Darstellung der Nachkriegs-Entwicklungspoli- tik wird zu sehen sein, ob diese essentiellen Inhalte bei der Konzipierung der Entwicklungspläne berücksichtigt worden sind.

4.1.1 Der erste Investitionsplan 1949 - 1953

In der Nachkriegsperiode wurde zum ersten Male ein Inve- stitionsprogramm für die Zeit von 1949 bis 1953 aufgestellt, in welchem Schwerpunkte festgelegt wurden. Es wurde geplant, daß 44,2 Prozent der gesamten Investitionen dieser Zeit auf den Industriesektor, Bergbau und Elektrizitätswirtschaft entfallen und 37,6 Prozent auf den Bereich der Landwirt- schaft, hier besonders auf den Aufbau von Bewässerungssyste- men im Hilmandtal (Südwesten Afghanistans). Der Rest wurde für den Aufbau des Nachrichtenwesens und Transportwesens geplant. Dieser Investitionsplan wurde mit 21 Millionen US-Dollar von Krediten der US Export-Import-Bank und mit etwa 31 Millionen US-Dollar von den Staatseinnahmen und der privaten Selbstfinanzierung getragen.⁵⁾ Da Afghanistan für dieses Investitionsprogramm Kredite in Höhe von 50 - 80 Mil- lionen Dollar von der US Export-Import-Bank erbeten hatte und dieser Wunsch nicht in voller Höhe erfüllt wurde, mußte das Investitionsprogramm erheblich gekürzt werden, und man mußte auf viele Projekte verzichten. Dieses Verhalten der US-Regierung und der US Export-Import-Bank veranlaßte Afghanistan, zur Realisierung seiner Investitions- bzw. Entwicklungspläne nach anderen Kreditgebern sowohl im kapi- talistischen als auch im sozialistischen Lager zu suchen.

5) Vgl. Hans-Joachim Lell, Entwicklungspläne und Entwicklungsperspektiven in Afghanistan. in: "Orient", 10. Jg., Nr. 6, Dez. 1969, S. 199.

"Damit befand sich Afghanistan zum ersten Male in der Situation ungenügender Autonomie seiner Entwicklungspolitik ... Was, wann und in welchem Umfang investiert wurde, hing nur zu einem Teil von der afghanischen Wirtschaftspolitik ab; teilweise wurde es von den Vorstellungen der ausländischen Kreditgeber - Sowjetunion, USA, Deutschland, Tschechoslowakei - bestimmt."6)

Das Jahr 1953, das letzte Jahr im Investitionsprogramm 1949 - 53, ist gekennzeichnet durch einen gewissen politischen Wandel in Afghanistan. Premierminister Dawud, ein Vetter von König Zahir Schah, löst Schah Mahmud, einen Onkel des Königs, ab. Mit Premierminister Dawuds Amtsübernahme beginnt auch die Wirtschaftspolitik des Landes vom "laissez-faire" zur sog. "guided economy" überzugehen.⁷⁾ Eine stärkere Einflußnahme des Staates im Bereich der Wirtschaft machte sich bemerkbar. Die Privatinitiative der Handelsbourgeoisie wurde durch interventionistische Maßnahmen des Staates gehemmt, ja sogar verhindert. Premierminister Dawud umschrieb die Wirtschaftspolitik am 5. Februar 1954 mit folgenden Worten:

"My government's economic policy is based on the principle that both government and private enterprises should function for the benefit of the country and general welfare of the people. In the future, the full economic resources of the Country, private and public, will function in such a manner as to provide maximum benefit to all section of the population. Therefore, for the coordination of the Country's economic activities it is necessary that the government, which represents all sections of the population, guided and regulated such activities."⁸⁾

6) Rhein u. Ghaussy, a.a.O., S. 26

7) Vgl. Donald N. Wilber, a.a.O., S. 217

8) Zitiert nach Donald N. Wilber, a.a.O., S. 219

Die Preisgabe der "laissez-faire"-Wirtschaftspolitik zugunsten der "guided economy" markierte den Übergang der afghanischen Wirtschaftspolitik zu einer forcierten staatlichen Entwicklungspolitik. "Grundlage der neuen Politik wurden staatliche Entwicklungspläne, in denen sowohl die wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen wie auch die Einzelmaßnahmen niedergelegt sind."⁹⁾ Diese Entwicklungspläne wurden jeweils für einen Zeitraum von 5 Jahren konzipiert. Der erste afghanische Fünfjahresplan wurde im Jahre 1956 in Angriff genommen. Der Plan endete am 21. März 1962. Hieran schloß sich der zweite Fünfjahresplan, der am 21. März 1967 beendet wurde. Der dritte Fünfjahresplan wurde am 21. März 1972 beendet.¹⁰⁾

Theoretisch kann man aufgrund der oben zitierten Rede des Premierministers über die Wirtschaftspolitik des Landes, die sog. gelenkte Wirtschaft, zur Auffassung gelangen, daß es sich bei der "guided economy" um ein allgemeingültiges Konzept für alle Bereiche der Nationalen Wirtschaft handelt. Aber eine Betrachtung der im ersten Plan vorgesehenen Lenkungsmaßnahmen verdeutlicht, daß eine Einschränkung der privaten Entscheidungsfreiheit fast ausschließlich im industriellen Sektor stattfindet.¹¹⁾ "Faktisch ist damit die "guided economy" nicht als ein allgemeines Prinzip der afghanischen Wirtschaftspolitik, sondern wesentlich spezieller als Konzept für eine Industriepolitik anzusehen."¹²⁾ Zu Beginn des zweiten Fünfjahresplanes wurde eine modifizierte Form der "guided economy" konzipiert, in der der Staat seine Tätigkeit in bestimmten Sektoren der Wirtschaft ausübt, wie z.B. auf dem Sektor der Infrastruktur, der

9) Horst Nögler, Privatinitiative beim Industriesaufbau in Afghanistan, Düsseldorf 1971, S. 23

10) Da das afghanische Jahr jeweils am 21. März beginnt, wurde als Beginn und Ende des Planes auch dieses Datum eingesetzt.

11) H. Nögler, a.a.O., S. 24

12) Ebenda

Energieerzeugung, der Schwerindustrie und dergleichen. Den Privatunternehmen wurde dann die Möglichkeit gegeben, sich innerhalb des Planrahmens beim Aufbau einer Konsum- und verarbeitenden Industrie zu beteiligen. Das neue Investitionsgesetz, das Anfang 1967 in Kraft getreten ist, kann auch in diesem Sinne verstanden werden.¹³⁾

4.1.2 Der erste Fünfjahresplan (September 1956 - März 1962)

Der erste Plan wurde in der 1955 im Wirtschaftsministerium geschaffenen Planungsabteilung konzipiert. Aus dieser Planungsabteilung wurde zwei Jahre später das Planungsministerium gebildet. Der erste Fünfjahresplan markiert den Einbruch einer neuen Ära in der afghanischen Entwicklungspolitik. Der Plan

" ist eine Zusammenstellung von Investitionsprojekten und wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Jedoch sucht man darin vergebens nach Angaben über so grundlegende Daten wie Bevölkerungswachstum, Höhe, Zusammensetzung und Entwicklung des Sozialproduktes oder Zielsetzungen für die landwirtschaftliche und industrielle Produktion. Vor allem vermißt man eine eingehende Prüfung, ob Investitionen in dem vorgesehenen Umfang mit dem wirtschaftlichen Gleichgewicht vereinbar und technisch durchführbar sind."¹⁴⁾

Diese Mängel und die Tatsache, daß die Regierung selbst keinerlei Erfahrungen in der Aufstellung von Entwicklungsplänen hatte und nicht über qualifiziertes Personal zur Aufstellung des Planes und deren Ausarbeitung verfügte, werden in "survey of Progress"¹⁵⁾ zugegeben.

13) Vgl. H. Nägler, a.a.O., S. 26 f. Für eine ausführliche Darstellung des neuen afghanischen Investitionsförderungsgesetzes von 1967 siehe Rudolf Bellinghausen in: "Orient", Heft 1 vom März 1972, S. 6-10.

14) E. Rhein u. A. G. Ghaussy, a.a.O., S. 27

15) Survey of Progress 1961-1962, Ministry of Planning, Department of Statistics a. Research, Vorwort 1. Seite, Kabul-Afghanistan, March 1963

Trotz dieser Unzulänglichkeiten wurde jedoch der erste Fünfjahresplan in Angriff genommen, und in seinem Verlauf wurden insgesamt 318 Millionen US-Dollar investiert; mehr, als je zuvor in der afghanischen Geschichte für einen Plan investiert wurde. Durch Auslandskredite, vor allem durch die Entwicklungshilfe der UdSSR und der USA, in großem Abstand gefolgt von der CSSR und BRD, wurden 60,9 Prozent der gesamten Investition oder ca. 191 Millionen Dollar finanziert. Hierbei hatte die UdSSR mit knapp zwei Dritteln den wesentlichen Anteil. Der Restbetrag wurde aus den Überschüssen des ordentlichen Staatshaushaltes und Krediten der afghanischen Notenbank finanziert.¹⁶⁾ Der Anteil Afghanistans betrug ca. 126,5 Millionen Dollar.¹⁷⁾

Die Schwerpunkte des ersten Fünfjahresplanes lagen auf der Industrie, dem Bergbau, der Energiewirtschaft, der Landwirtschaft und schließlich dem Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Es kam aber während der Durchführung des Planes zu Verschiebungen in der ursprünglichen Prioritätenskala, die durch folgende Tabelle veranschaulicht werden:

16) Vgl. Hans-Joachim Lell, a.a.O., S. 200

17) Umgerechnet zum offiziellen Wechselkurs der damaligen Zeit: 32,34 Afghani für einen US-Dollar.

Geplante und tatsächliche Verteilung der Entwicklungsausgaben während des 1. Fünfjahresplanes 1957/58-1961/62

in Millionen Dollar ^{x)}

Bereich	Soll-Ausgaben	v. H.	Ist-Ausgaben	v.H.	Prozentuale Plandurchf.
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	68,0	24,2	157,7	49,5	213,7
Industrie, Bergbau u. Elektrizitätswirtschaft	92,7	33,0	83,5	26,2	90,9
Landwirtschaft	83,5	29,7	40,2	12,6	48,0
Erziehungswesen	13,9	4,9	18,5	5,8	133,0
Gesundheitswesen	4,6	1,7	6,2	1,9	133,0
Verschiedenes	18,5	6,6	12,4	3,9	65,1
Gesamtausgaben	281,3	100,0	318,4	100,0	113,2

x) Inland- und Devisenkosten, Umrechnung zum offiziellen Wechselkurs von 32,35 Afghanis pro US-Dollar

Quelle: Hans-Joachim Lell, a.a.O., S. 200.

Aus der Tabelle ist zu entnehmen, daß die Investitionen beim Verkehrs- und Nachrichtenwesen fast verdoppelt wurden und die Landwirtschaft stark benachteiligt wurde. Der erste Fünfjahresplan war somit ein Plan für den Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur. Der Landwirtschaft, von der schätzungsweise 85 bis 90 Prozent der Afghanen leben,¹⁸⁾ und der sozialen Infrastruktur, wie Gesundheits- und Erziehungswesen, und anderen sozialen Maßnahmen wurde nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Die einseitige Förderung der Infrastrukturvorhaben während des ersten Fünfjahresplanes ist zwangsläufig aus der beklagenswerten

18) Siehe dazu Karl Otto Hendrich, Verfassungsentwicklung..., a.a.O., S. 209

Situation auf diesem Sektor entstanden. Das Fehlen einer einigermaßen intakten Infrastruktur veranlaßte die Regierung, diesen Sektor beim ersten Fünfjahresplan forciert voranzutreiben und damit die Voraussetzung für eine effektivere Entwicklungspolitik zu schaffen.

"... der Plan war vielleicht bescheiden und war hauptsächlich auf die Infrastruktur gerichtet. Da es jedoch der erste zusammengedrückte und koordinierte Versuch zur Entwicklung war, konnte seine Bedeutung nicht mit Geld bewertet werden. Seine Errungenschaften waren eindrucksvoll. Er legte auf den entscheidenden Gebieten den Grundstein für ein späteres "take-off."¹⁹⁾

Als der erste Plan am 21. März 1962 nach fünfeinhalbjähriger Dauer (der Beginn des ersten Fünfjahresplanes war im September 1956) beendet wurde, besaß Afghanistan ein verhältnismäßig gutes Straßennetz und einen regelmäßigen Luftverkehr zwischen den größeren Provinzhauptstädten und Kabul. Die elektrische Energieerzeugung, die die Basis der Industrialisierung ist, wurde vervierfacht; die Kohlenförderung wurde verdoppelt; zum ersten Male wurde Zement im Lande produziert; die Konsumindustrie, insbesondere die Textilindustrie, expandierte; neue Industriezweige, wie Speiseöl-, Woll-, Textil- und Kunstseidenindustrie wurden gegründet; große Erdgas-Vorkommen und mehrere Erdöllager (oil-bearing structures) wurden entdeckt; das Erziehungswesen machte schnelle Fortschritte; die Zahl der Schüler (primary, secondary and vocational, full-course) stieg von 96,34 auf 169,06 je 10 000 Einwohner und die Zahl der Studenten, die Hochschulausbildung erhielten, stieg von 0,66 auf 1,44 je 1 000 der Bevölkerung; das Gesundheitswesen wurde erweitert, neue Krankenhäuser, ländliche Kliniken und mobile Einheiten für die Krankenversorgung wurden

19) Second Five Year Plan 1961-65 (March 1962 - March 1967) Ministry of Planning, Kabul, Afghanistan 1342 (1963), S. 1, übersetzt vom Verfasser.

gegründet.²⁰⁾ Diese eindrucksvollen Ergebnisse waren ein Ansporn für die Weiterführung der Entwicklungspolitik im Rahmen weiterer Fünfjahrespläne.

4.1.3 Der zweite Fünfjahresplan 1962 - 1967

Für die Durchführung des zweiten Fünfjahresplanes wurden mehrere Versionen bezüglich der "estimated requirements, availability of resources and long-term perspective of growth" erarbeitet.²¹⁾ Die Fassung, die ausgewählt und im April 1962 vom afghanischen Parlament verabschiedet wurde, war

"das Ergebnis eines Kompromisses zwischen dem 'Idealen' und dem 'Möglichen'. In den grundlegenden Bedingungen des Landes war der Abstand dieser zwei Ziele nicht sehr groß; Projekte, die aus dem ersten Plan übernommen worden waren, mußten weitergeführt werden, während weitere Investitionen nötig waren, um die Infrastruktur auszubauen und die Quellen oder Aktiva auszuschöpfen, die im Laufe des ersten Planes geschaffen worden waren. Diese Faktoren bestimmten, was als natürliche Prioritäten der nächsten fünf Jahre bezeichnet werden könnte."²²⁾

Der zweite Fünfjahresplan enthält eine Zusammenstellung von ca. 253 Investitionsvorhaben, die im Laufe dieser fünf Jahre durchzuführen waren,²³⁾ jedoch keine nähere Beschreibung und keine Gründe, die zu ihrer Auswahl geführt haben. Die Ziele dieses Planes waren wiederum auf den Industriesaufbau, einschließlich Energiewirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft gerichtet.²⁴⁾ Die Verteilung der Investitionen

20) Vgl. ebenda, S. 1 f

21) Vgl. ebenda, S. 3

22) ebenda, vom Verfasser übersetzt

23) ebenda, Anhang, S. 72-100

24) Für eine ausführliche Darstellung der Ziele des 2. Fünfjahresplanes siehe Second Five Year Plan, ebenda, S.5-9

während des 2. Fünfjahresplanes wurde so durchgeführt, daß 33,9 Prozent der gesamten Ausgaben der Jahre 1962-67 auf Industrie, Bergbau und Elektrizitätswirtschaft und 38,5 Prozent auf Verkehrs- und Nachrichtenwesen, 17,8 Prozent auf Landwirtschaft und nur ganze 9,8 Prozent auf Gesundheits- und Erziehungswesen entfielen.²⁵⁾ Die Finanzierung des Planes ist zu drei Vierteln durch ausländische Kapitalhilfe ermöglicht worden. Insgesamt wurden zwischen 1962 und 1967 rund 552 Millionen Dollar investiert, wovon 415 Millionen Dollar durch Auslandskredite und Zuschüsse, einschließlich Warenhilfe, gedeckt waren und der Rest durch Überschüsse aus dem ordentlichen Staatshaushalt Afghanistans, durch Kredite der afghanischen Notenbank und zu geringerem Teil durch Investitionen der Privatwirtschaft aufgebracht wurde.²⁶⁾ Von den ausländischen Kreditgebern lag die UdSSR mit einem Anteil von ca. 65 Prozent an den gesamten ausländischen Krediten und Zuschüssen an der Spitze, gefolgt von den USA mit rund 23 Prozent, die überwiegend Zuschüsse gewährten. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit 9,5 Prozent, die CSSR mit 1,5 Prozent und zuletzt die UNO mit einem Prozent an der Gesamtsumme der ausländischen Kredite und Zuschüsse an dem 2. Plan finanziell beteiligt.²⁷⁾ Bei der Warenhilfe des Auslandes während des 2. Planes liegen die USA mit 47 Prozent an der Spitze, gefolgt von der UdSSR mit 38 Prozent, der BRD mit 13 Prozent und der UNO mit 2 Prozent.²⁸⁾ Die folgende Tabelle veranschaulicht den Umfang der Investitionen in den verschiedenen Bereichen der Entwicklungspolitik während des 2. Fünfjahresplanes:

25) Vgl. Hans-Joachim Lell, a.a.O., S. 201

26) Vgl. ebenda, S. 200

27) Vgl. ebenda

28) Vgl. ebenda

Geplante und tatsächliche Verteilung der Investitionen
während des 2. Fünfjahresplanes (1962/63 - 1966/67)

Bereich	vor Wechselkurs- änderung Mill.US- $\text{\$}$ ¹⁾	Soll-Ausgaben nach Wechselkursänderung Mill.US- $\text{\$}$ 2) 3)	v.H.	Mill. US- $\text{\$}$ 2)	Ist-Ausgaben v.H.
Industrie, Bergbau u. Elektrizitätswirtschaft	324,6	289,2	33,5	187,6	33,9
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	247,3	218,5	25,5	211,9	38,5
Landwirtschaft	228,7	203,1	23,5	97,1	17,8
Erziehungswesen u. Gesundheitsw.	108,2	97,1	11,2	53,0	9,8
Verschiedenes	61,8	55,2	6,3	-	-
Gesamtausgaben ⁴⁾	970,6	863,1	100,0	551,9	100,0

- 1) Umrechnung zum offiziellen Wechselkurs von 32,35 Afs je US- $\text{\$}$.
- 2) Umrechnung zum während der Planperiode geänderten offiziellen Wechselkurs von 45,3 Afs je US- $\text{\$}$.
- 3) Die Inlandsausgaben (ausgedrückt in Afghani) blieben zwar gleich hoch, sie wurden jedoch zu der verschlechterten Wechselkursrelation umgerechnet. Dadurch ergeben sich trotz gleichbleibenden Devisenkosten (in Dollar ausgedrückt) geringere Sollausgaben bei der Umrechnung. - Sofern man diese Korrektur der Gesamtausgaben in Afghani ausdrückt, erhöht sich das Planvolumen von 31,4 Mrd. Afs auf 39,1 Mrd. Afs.
- 4) Addition differiert wegen Abrundungen.

Quelle: Hans-Joachim Lell, a.a.O., S. 201.

Während der Durchführung des 2. Planes fanden Verschiebungen zum Nachteil der landwirtschaftlichen Entwicklung statt. Der Großteil der Ausgaben wurde wiederum für die Infrastruktur verwendet. Das Ergebnis der überproportionalen Förderung

der Infrastruktur war unter anderem eine Preissteigerung bei den Lebenshaltungskosten und eine starke Verschuldung Afghanistans gegenüber den Kreditgeberländern; darüber ist später zu berichten.

"Die zahlreichen Infrastrukturprojekte haben jedoch die augenblicklichen finanziellen Mittel des Landes erschöpft und durch einen hohen Schuldendienst für die nächsten 15 - 20 Jahre die finanzielle Kraft des Landes im voraus belastet, ohne in Abwägung von kurz- und langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten für die Gegenwart die günstigste Kombination herbeizuführen."²⁹⁾

4.1.4 Der dritte Fünfjahresplan 1967 - 1972

Der 3. Fünfjahresplan der am 21. März 1972 zu Ende ging und über dessen Ausgang noch keine genauen Daten vorliegen, kann gegenüber den vorangegangenen Plänen mit Sicherheit als weniger erfolgreich betrachtet werden. Der wesentliche Grund für den Mißerfolg des 3. Planes war die seit über zwei Jahren anhaltende Dürreperiode in Afghanistan, die in der neueren Geschichte Afghanistans beispiellos ist.³⁰⁾ Der Plan sah Ausgaben in Höhe von 729 Millionen Dollar vor. 70 Prozent dieser Investitionen sollten durch Auslandskredite gedeckt werden, 24 Prozent durch Haushaltsmittel und Notenbankkredite, und der Rest sollte durch Privatinvestitionen des In- und Auslandes aufgebracht werden. Im Sommer des Jahres 1968 wurde der 3. Plan aus Haushaltsgründen und

29) H.-J. Lell, a.a.O., S. 201

30) Durch große Dürre hat sich der Preis für Weizen, das wichtigste Grundnahrungsmittel, seit 1968 verdreifacht. Die Dürre vernichtete große Weideflächen und damit auch größtenteils die Viehherden. Vgl. hierzu "Der Spiegel", Afghanistans große Dürre, Nr. 43, 25. Jg. vom 18. Okt. 1971, S. 142 ff.

wegen Verzögerungen bei der Durchführung zahlreicher Projekte revidiert. Die Ausgaben wurden um ca. 22 Prozent reduziert. Hiermit reduzierten sich die gesamten Ausgaben des 3. Planes auf schätzungsweise 570 Millionen Dollar.³¹⁾ Der 3. Plan enthielt im Gegensatz zu den zwei vorausgegangenen Plänen eine Verdoppelung der Ausgaben im Bereich der Landwirtschaft. Es wurde auch eine stärkere Beteiligung der Privatinvestition des In- und Auslandes in Industrieprojekte ermöglicht. Hierbei wurden kurzfristige, ertragbringende Projekte bevorzugt. Die Ausgaben für die Infrastruktur reduzierten sich knapp um die Hälfte.³²⁾

Die folgende Tabelle veranschaulicht die Soll-Ausgaben im 3. Fünfjahresplan und deren Revision:

31) Vgl. H.-J. Lell, a.a.O., S. 203

32) Ebenda

Bereich	Soll-Ausgaben 3. Fünfjahresplan in Mill. ₤ ¹⁾	v.H.	Veränderung v.H.	revidierte Ausgaben d. letzten 3 Planjahre Mill. ₤ ¹⁾	v.H.
Industrie, Bergbau, Elektrizitätswirtschaft	236,9	32,5 ²⁾	+ 27	104,0	30,8 ³⁾
Landwirtschaft u. Bewässerung	213,0	29,2 ⁴⁾	+117	120,8	35,8
Bildungs- u. Gesundheitswesen sonstige soziale Dienste	121,6	16,7 ⁵⁾	+ 125	63,6	18,8
Verkehrs- u. Nachrichtenwesen	90,5	12,5 ⁶⁾	- 57	36,4	10,8
Reserve	66,2	9,1	-	12,8	3,8

1) Offizieller Wechselkurs von 45,3 Afs je US-Dollar

2) Davon Energie 28,8 v.H., Bergbau 24,6 v.H., Industrie 46,6 v.H.

3) Ohne Investitionen der Privatwirtschaft. Unter Berücksichtigung von rd. 33 Mill. Dollar Privatinvestitionen in den letzten drei Planjahren beträgt der Anteil an den Entwicklungsausgaben 36,9 v.H.

4) Davon Bewässerung 58,9 v.H., Landwirtschaft 41,1 v.H.

5) Davon Erziehung 37,6 v.H., Gesundheit 16,5 v.H., sonstige soziale Dienste 45,0 v.H.

6) Davon Straßenbau 63,6 v.H., Flughafen und Verkehrsflugzeuge 10,7 v.H., Nachrichten (Telefon etc.) 16,7 v.H.

Quelle: H.-J. Lell, a.a.O., S. 203

4.2 Die Kapitalhilfe der BRD während der Ersten Entwicklungsdekade und ihr Einfluß auf die Entwicklungspläne Afghanistans

Nach der Sowjetunion und den USA nimmt die Bundesrepublik Deutschland die dritte Stelle in der Rangliste der Förderer der afghanischen Entwicklungspolitik ein. In der Bundesrepublik wie auch in Afghanistan wird immer wieder betont und Wert darauf gelegt, daß die Nachkriegsbeziehungen eine Fortsetzung der traditionellen Freundschaft zwischen beiden Ländern, die bereits vor dem 2. Weltkrieg mehrere Jahrzehnte bestand, darstellen. In diesem Sinne äußerte sich auch der afghanische König Mohammed Zahir Shah im Jahre 1967, indem er sagte, "das afghanische Volk erinnere sich mit dankbarer Anerkennung der Tatsache, daß Deutschland eines der ersten Länder war, das ihm während der ersten Zeit nach Erlangen der Unabhängigkeit im Jahre 1919 seine helfende Hand entgegengebracht und besonders auf dem Gebiet des Erziehungswesens wertvolle Hilfe geleistet (hat)."³³⁾ Außerdem scheint die Nichtauslieferung der deutschen Staatsangehörigen im Jahre 1941 an die Alliierten bei den Deutschen einen guten Eindruck hinterlassen zu haben. So äußerte sich Dr. Kilian von der Botschaft der BRD in Kabul:

"Wenn auch die Freundschaft zwischen der BRD und Afghanistan seit langem bestand, fühlten die Deutschen besonders, daß die Afghanen verlässliche Freunde sind und auch in schwierigen Situationen ihre Freundschaft aufrechterhalten, als die afghanische Nationalversammlung (Loya Dschirga) während des 2. Weltkrieges beschloß, die deutschen Fachleute unbefehligt in ihre Heimat zu schicken. Diese geprüfte Freundschaft ist einer der wichtigsten Gründe für die Weiterführung der bundesrepublikanischen Hilfe für die Entwicklung

33) Rede des afghanischen Königs Mohammed Zahir Shah am Abend des 16. März 1967 in Kabul zu Ehren Präsident Lübkes. Zit. nach Nachrichten für Außenhandel (NfA) vom 18. 3. 67.

Afghanistans"³⁴⁾ und "das Ziel der bundesrepublikanischen Entwicklungshilfe ist allein die Entwicklung des Landes und übt keinerlei Einfluß auf das politische System Afghanistans aus."³⁵⁾

Als im Oktober 1960 der damalige Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard als erstes deutsches Kabinettsmitglied Afghanistan einen offiziellen Staatsbesuch abstattete, hatte die Bundesregierung sich bereit erklärt, zum ersten Male durch eine Kapitalhilfe in Höhe von 50 Millionen Dollar Afghanistan bei der Durchführung seiner Fünfjahrespläne zu unterstützen.³⁶⁾ Der Grund für diese Unterstützung der afghanischen Entwicklungspläne durch die BRD seit 1960 sind keineswegs allein die traditionell guten Beziehungen zwischen beiden Ländern, die Dr. Kilian oben erwähnt hat, sondern andere Beweggründe der bundesrepublikanischen Außenpolitik. In einem Memorandum des Auswärtigen Amtes vom Jahre 1960 zeigten sich teilweise aus einer anderen Perspektive weitere wesentliche Motive der Entwicklungspolitik.

"Die Politik gegenüber den Entwicklungsländern - die Entwicklungspolitik - hat die Aufgabe, Mittel und Wege zu finden, um eine enge Zusammenarbeit und langfristige Bindung zwischen den Entwicklungsländern und der Bundesrepublik herzustellen und somit die Verwirklichung einer Reihe von außenpolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik, wie Wiedervereinigung, Nichtanerkennung der Sowjetzone und Nichteinbeziehung der Entwicklungsländer in die östliche Einflußsphäre zu ermöglichen..."³⁷⁾

34) Äußerung von Dr. Kilian, Sekretär der Botschaft der BRD in Kabul gegenüber der Kabuler Tageszeitung "Caravan" vom 8.3.1972, S. 1, übersetzt vom Verfasser

35) Dr. Kilian, in "Caravan" vom 9.3.1972, S. 1, übersetzt vom Verfasser

36) Vgl. Axel Steden, Zur Politik Afghanistans, in: "Orient", Nr. 3, 4. Jg. Aug. 1963, S. 97. Im Jahre 1956 hatten der damalige Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier und Staatssekretär Prof. Hallstein Kabul besucht.

In dem oben zitierten Memorandum ist jedoch das Wesentlichste unerwähnt geblieben, nämlich die Exportinteressen der westdeutschen Wirtschaft, wie heute auch von offiziellen Stellen in der BRD zugegeben wird.

In den bereits erwähnten Zitaten von Dr. Kilian über die bundesrepublikanische Entwicklungshilfe für Afghanistan wurde behauptet, daß durch diese keinerlei ordnungspolitische Einflüsse ausgeübt werden sollten. Aber wenn man bedenkt, daß zwei ständige westliche Beratergruppen, eine westdeutsche und eine amerikanische, neben der sowjetischen Wirtschaftsberatergruppe die Entwicklungspläne Afghanistans im afghanischen Planungsministerium ausarbeiten und deren Durchführung unterstützen, sollte man die Rolle, die sie dabei spielen, nicht unterschätzen. (Detaillierte Angaben darüber sind im Abschnitt 5.3.6 Westdeutsche Wirtschaftsberatergruppe Dr. Kurt H. Hendrikson nachzulesen.)

"Tatsächlich läßt sich nachweisen, daß die Entwicklungshilfe der westlichen Welt in sehr entscheidendem Maße dazu beigetragen hat, die wirtschaftspolitischen Gewichte in Afghanistan zugunsten der marktwirtschaftlichen Ordnungsidee zu verschieben und auch Impulse für eine Neugestaltung der sozialen Umwelt zu liefern, wie sie in den großen Städten bereits eingesetzt hat. Daß dieser Einfluß ohne großes Maß an innerer Bereitschaft auf der afghanischen Seite kaum hätte wirksam werden können, versteht sich am Rande."³⁷⁾

Damit die Entwicklungshilfe nicht systemimmanente Mängel des kapitalistischen Entwicklungsmodells vergrößert, hat die Bundesregierung solchen Regierungen Entwicklungshilfe

37) Das Memorandum, das vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Horst Dumke, im Sommer 1960 im Auswärtigen Amt ausgearbeitet wurde, zitiert aus: M. Y. Cho, Politische Probleme der westdeutschen Entwicklungshilfe, Diss. Bonn 1965, S. 106 f.

38) Horst Nögler, a.a.O., S. 72.

gewährt, die "...einschneidende soziale, wirtschaftliche und landwirtschaftliche Reformen durchführen..."³⁹⁾ So der damalige Bundesaußenminister Schröder in einer Rede über die "Grundlinien der deutschen Außenpolitik".

4.2.1 Zielvorstellung bei dem Einsatz der Kapitalhilfe

Das Konzept, das die BRD während der Ersten Entwicklungsdekade für ihre Entwicklungshilfepolitik für Afghanistan zugrunde gelegt hat, ist das Konzept der Förderung der Infrastruktur. In den nächsten Abschnitten läßt sich zeigen, daß die Kapital- und technische Hilfe während der Ersten Entwicklungsdekade in Afghanistan ausschließlich für den Aufbau der Infrastruktur verwendet wurde. "Das Fehlen und die Kostspieligkeit der Schaffung geeigneter Infrastrukturen waren wichtige Beweggründe für den Einsatz dieses entwicklungspolitischen Instruments."⁴⁰⁾ Das heißt, man war der Ansicht, "daß gänzliches oder teilweises Fehlen von technischen und organisatorischen Infrastrukturen das wesentliche Merkmal der "Unterentwicklung" bzw. relativer Armut eines Landes ist."⁴¹⁾ Aus dieser Sicht heraus war die Schaffung einer Infrastruktur, insbesondere Kraftwerke, Versorgungseinrichtungen, Kommunikationsmittel, Bildungsinstitutionen usw., das erste Ziel der bundesrepublikanischen Entwicklungshilfepolitik in Afghanistan.

"So entstand am Gedanken der Infrastrukturverbesserung eine Teilstrategie der Entwicklungspolitik, deren Kern in der Erwartung bestand, daß die infrastrukturverbessernden Aktionen allein schon ausreichende Impulse auslösen würden,

39) Zitiert nach Klaus Busch, Rainer Kühn u.a. in: Sozialistische Politik, 2. Jg. Nr. 6/7 vom Juni 1970, S.99, Anmerkung 32.

40) Kurt H. Hendrikson - Martin Reinecker, Praktische Entwicklungspolitik, Daten, Strategien, Projekte. Düsseldorf 1971, S. 66 f.

41) Ebenda, S. 91.

um das allgemeine sozio-ökonomische Wachstum in Gang zu bringen bzw. zu beschleunigen."⁴²⁾

Da die Infrastrukturvorhaben im allgemeinen als unrentable Investitionsprojekte gelten und für ihre Durchführung enormer Einsatz des Kapitals nötig war, so unterstützte die BRD mit Elan die Förderung dieses Sektors.

4.2.2 Diskrepanz zwischen Zielvorstellung und Wirklichkeit bei der Kapitalhilfe

Der Kern der Zielvorstellung der Ersten Entwicklungsdekade war, daß das Kapital der entscheidende Faktor der "Entwicklung" sei, und die Entwicklungsländer seien deswegen arm, weil ihnen das Kapital für Investitionen fehlt.⁴³⁾ Danach könnte die Unterentwicklung durch Einsatz von Kapital beseitigt werden. Durch die Kapitalkredite, sog. Kapitalhilfe, die meistens langfristige Kredite waren, beabsichtigte die BRD somit, ihren Beitrag zur Steigerung des Wachstums des Volkseinkommens in den unterentwickelten Ländern zu leisten.⁴⁴⁾

"Die staatliche Kapitalhilfe wurde ursprünglich nur als eine zeitlich begrenzte Überbrückungsfinanzierung zur Kompensation des Mangels an Privatkapital verstanden. Sie sollte die Basis für die zukünftige Finanzierung aus privatwirtschaftlichen Kapitalimporten schaffen, indem sie vor allem nicht rentable Investitionsprojekte (Infrastrukturvorhaben) fördert, die von privaten Unternehmern nicht durchgeführt werden."⁴⁵⁾

42) Ebenda; Hervorhebung ist vom Verfasser.

43) Vgl. Konrad Seitz, Die destabilisierende Hilfe, in: Europa Archiv, 26. Jg. Folge 23 vom 10.12.1971, S. 805.

44) Horst Dumke in: Albrecht Kruse-Rodenacker, Horst Dumke, Niklas v. Götz, Kapitalhilfe-Untersuchungen zur bilateralen Kapitalhilfe im Rahmen öffentlicher Leistung, Berlin 1970, S. 100.

45) Ebenda

Da die Kapitalhilfe der BRD im allgemeinen während der Ersten Entwicklungsdekade projektgebundene Kredite waren, unterstützten sie dementsprechend solche Investitionen, "die erstens einen hohen Wachstumseffekt erzielen, zweitens Projekte, die zur Steigerung der Exporte oder zur Importsubstitution führen und drittens solche, die die Produktionsstruktur diversifizieren und Folgeinvestitionen anregen (sollten)." ⁴⁶⁾ Anfang der sechziger Jahre war es üblich, daß die Bundesregierung von dem Grundsatz der Initiative des Nehmerlandes ausging und prinzipiell keine Projektvorschläge unterbreitete, da sie befürchtete, daß eigene Vorschläge oder Hinweise eine Einmischung in das Entwicklungsförderungskonzept des Kreditnehmerlandes sei. ⁴⁷⁾ Das bedeutet jedoch nicht, daß die BRD damals an der Auswahl der Projekte durch das Nehmerland keinen Einfluß hatte. Es wurden auch Anfang der sechziger Jahre "die Projektanträge bereits von deutscher Seite beeinflusst und durch die Finanzierung von Vorinvestitionsstudien aus Mitteln der Technischen Hilfe gefördert." ⁴⁸⁾ Diese anfänglich formale Zurückhaltung der BRD bei der Projektauswahl ist spätestens Mitte der sechziger Jahre aufgegeben worden und:

"Nunmehr kann sich die BRD auch in die Auffindung und Auswahl geeigneter Projekte (!) einschalten und wartet nicht immer die Initiative der Nehmerländer ab... Diese Einschaltung der Geberseite in der Vorphase der Vergabe von Kapitalhilfe ist umso notwendiger, weil wegen der mangelnden Erfahrung vieler Entwicklungsländer und der fehlenden Entwicklungsexperten die eingereichten Projektvorschläge häufig nicht den entwicklungspolitischen Erfordernissen (!) genügen." ⁴⁹⁾

46) Horst Dumke, a.a.O., S. 102. Hervorhebung ist vom Verfasser.

47) Vgl. ebenda, S. 104

48) Ebenda

49) Horst Dumke, ebenda, Die Ausrufezeichen stammt vom Verfasser.

Theoretisch ist gegen diese Ausführung Dumkes, des jetzigen Leiters der Abteilung "Grundsatz und Planung" im BMZ nichts einzuwenden. Da tatsächlich das Fehlen von einheimischen Entwicklungsexperten in den Entwicklungsländern im allgemeinen und speziell auch hier in Afghanistan, eine Projektfindung und eine vernünftige Projektauswahl erschwerten. So ist eine Einflußnahme seitens der BRD auf die Projektauswahl und Projektvorschläge nützlich, wenn diese Einflußnahme unter anderem das Hauptziel, nämlich die Entwicklung des Landes als oberstes Ziel, anerkennt und sich dafür einsetzt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Vertreter interessierter Lieferfirmen in der BRD bei der Projektfindung und Projektauswahl in dem Nehmerland eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, was selbst durch Dumke zugegeben wird.⁵⁰⁾ Unter solchen Umständen, nämlich in Anbetracht der großen Rolle, die die Lieferfirmen in der BRD bei der Auswahl der Projekte spielen, ist zu fragen, ob Kapitalhilfe hier tatsächlich primär für das Wohl des Entwicklungslandes eingesetzt wird oder aber der Exportsteigerung der bundesrepublikanischen Wirtschaft in den bestimmten Wirtschaftssektoren dient und ein Mittel der Konjunkturpolitik ist. Im Falle Afghanistans gibt es ein konkretes Beispiel, in dem 50 Prozent der Gesamtkapitalhilfe der BRD in einem Projekt verbraucht wurden, das entwicklungspolitisch als Fehlinvestition zu bezeichnen ist und dessen alleiniger Nutznießer ein großer Elektrokonzern in der BRD war. Darüber wird in dem Abschnitt über die Projekte der Kapitalhilfe zu berichten sein.

Bis Mitte 1968 betrug die Kapitalhilfe der BRD für Entwicklungsländer 10 725 Mill. DM, von dieser Summe waren allein 79,7 Prozent projektgebundene Mittel und nur 20,3 Prozent projektungebundene.⁵¹⁾ Das heißt, die Kredite wurden für die Förderung solcher Projekte verwendet, die

50) Vgl. ebenda, S. 105.

51) Vgl. H. Dumke, ebenda, S. 106 f.

die Bundesregierung als förderungswürdig anerkannt hat. Offiziell nennt man folgende Gesichtspunkte für die projektgebundene Kapitalhilfe:

1. Die Entwicklungspläne der Nehmerländer sind verschiedentlich schlecht konzipiert und die Einflußmöglichkeiten eines einzelnen Geberlandes auf die Pläne sind sehr begrenzt;
2. Man verspricht sich bei einer finanziellen Förderung von Einzelprojekten eine bessere rechnerische Erfassung von Kosten und Nutzen des investierten Kapitals;
3. Es ist der Kreditanstalt für Wiederaufbau nur mit Projektbindung möglich, besonders ertragsfähige Investitionsprojekte aus ihren eigenen Mitteln zu finanzieren. Schließlich ist der politische Demonstrationseffekt größer, wenn die Kapitalhilfe in Einzelprojekten investiert wird, anstatt in einen Entwicklungshaushalt zu fließen, in welchem der deutsche Beitrag nicht erkennbar ist.⁵²⁾

Projektbindung war schon zu Beginn der Entwicklungshilfe der BRD der Grundsatz ihrer Vergabe. Im Jahre 1962 führte Walter Scheel, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, in diesem Sinne aus: "Ein entscheidender und nach wie vor unbestrittener Grundsatz unserer Vergabep Praxis ist die Projektbindung."⁵³⁾

In Wirklichkeit ist das letztgenannte Argument Dumkes einer der wesentlichen Gründe der projektgebundenen Kapitalhilfe.

Der andere Problemkreis bei der Kapitalhilfe sind die Lieferbindungen. Wenn sich auch die Bundesregierung, wie alle anderen westlichen Geber von Kapitalhilfe und Krediten, zum Grundsatz der Lieferungebundenheit der Kapitalhilfe bekannt

52) Ebenda, S. 111

53) Walter Scheel, Von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungspolitik, Rede vor dem Übersee-Tag in Hamburg (7.5.1962) in: Bulletin Nr. 85/86, 9./10. Mai 1962, S. 723.

hat, so sieht es in der Praxis anders aus.

"Nachdem jedoch praktisch alle anderen großen westlichen Geberländer aufgrund eigener Zahlungsschwierigkeiten mehr und mehr zu einer Bindung ihrer Mittel an Lieferungen aus ihren Ländern übergangen, mußte die Bundesregierung zur Sicherung ihrer eigenen wirtschaftspolitischen Interessen ebenfalls eine teilweise Bindung der deutschen Kapitalhilfemittel an deutsche Lieferungen vornehmen."⁵⁴⁾

In Wirklichkeit sieht "eine teilweise Bindung der deutschen Kapitalhilfemittel an deutsche Lieferungen" anders aus.

So äußerte sich Eppler: "Von den Krediten, die die Bundesrepublik Entwicklungsländern gewährt, fließen 80 Prozent in Form von Aufträgen an die deutsche Wirtschaft zurück."⁵⁵⁾

Durch das Prinzip der Liefergebundenheit der Kapitalhilfe verteuern sich die Importe des Entwicklungslandes um 20 bis 40 Prozent. So hindert die Lieferbindung das Entwicklungsland, das billigste Angebot auf dem Weltmarkt zu nehmen.⁵⁶⁾ Nach den neuen Richtlinien des Bundesministers für Wirtschaft zur Ausgestaltung der Kapitalhilfe vom Januar 1968 wird in folgenden Fällen das Prinzip der Lieferbindung praktiziert:

"1. Wenn mit einem Kapitalhilfeprojekt ein Demonstrationseffekt für spezifisch deutsche Leistungsfähigkeit erstrebt wird und damit gleichzeitig außenpolitische Ziele der BRD gefördert werden; 2. wenn aufgrund wettbewerbsverfälschender Maßnahmen (z.B. Lieferbindungspraktiken anderer Geberländer) im Empfängerland deutsche Lieferanten benachteiligt werden; und 3. wenn die Schwierigkeiten bestimmter deutscher Wirtschaftszweige eine derartige Bevorzugung vor ausländischen Anbietern gerechtfertigt erscheinen läßt."⁵⁷⁾

54) H. Dumke, a.a.O., S. 110. Hervorhebung ist vom Verfasser

55) Eppler, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 12, Dez. 1968, S. 5. Zitiert nach Klaus Busch u.a. in: Sozialistische Politik, a.a.O., S. 102

56) Vgl. Klaus Busch u.a., a.a.O., S. 95

57) H. Dumke, a.a.O., S. 110

Eine genauere Betrachtung der neuen Richtlinien von 1968 in bezug auf Lieferbindung der Kapitalhilfe zeigt, daß das vordergründigste Ziel hier die Unterstützung und Förderung der Wirtschaft in der BRD ist und ein Demonstrationseffekt der Leistungsfähigkeit der eigenen Wirtschaft im Vordergrund steht. Vom Nutzen für das Entwicklungsland und seinen Interessen, nämlich daß es von lieferungebundenen Krediten dadurch profitieren kann, daß es selbst die günstigsten Angebote auf dem internationalen Markt aussucht, wird keine Kenntnis genommen.

4.2.3 Zusammenfassung und Ergebnisse der Kapitalhilfe

Im Laufe der sechziger Jahre, jedoch spätestens am Ende der Ersten Entwicklungsdekade, stellte sich heraus, daß das entwicklungspolitische Konzept dieser Dekade, welches die sozio-ökonomische Rückständigkeit der Entwicklungsländer als Folge eines Mangels an Kapital ansahen, nicht richtig war.

"Dieser Fehlschluß ist die Folge einer mechanischen Übertragung von Erfahrungen, die in den heute fortgeschrittenen Ländern gewonnen wurden, auf die Entwicklungsländer unserer Zeit. Es ist unbestritten, daß zum Beispiel dem Westen Nordamerikas oder Westdeutschland nach dem 2. Weltkrieg mit Hilfe von Kapitalinvestitionen zum Wachstum verholfen wurde. Aufgrund langjähriger, in den fortgeschrittenen Ländern vorliegender statistischer Daten konnte man sogar ziemlich genau ausrechnen, wieviel "capital inputs" in bestimmten Sektoren ... erforderlich waren, um bestimmte Quoten an "capital outputs" zu erlangen. Diese Unterlagen fehlen in den meisten Entwicklungsländern. Aus dem Kapitaltransfer erwartete man trotzdem das automatische Eintreffen von Fortschrittserscheinungen, und zwar nicht nur ökonomischer sondern auch gesellschaftspolitischer und kultureller Art. Man ließ dabei außer acht, daß die übrigen, das Wachstum beeinflussenden

Faktoren in den Entwicklungsländern fehlten oder in anderer Kombination auftraten als in den heute fortgeschrittenen Ländern."⁵⁸⁾

Zu diesen das Wachstum beeinflussenden Faktoren zählen unter anderem: die Einstellung, Aufgeschlossenheit und der Leistungswille der Bevölkerung, Leistungsfähigkeit des Verwaltungsapparates, Effizienz der Planung, sowie die materiellen Ressourcen der Gesamtwirtschaft.⁵⁹⁾ Diese genannten Faktoren, die das Wirtschaftswachstum beeinflussen und von denen die sogenannte "absorptive capacity"⁶⁰⁾ an Kapital in einer Volkswirtschaft abhängt, wurden bei der Kapitalhilfe der Geberländer außer acht gelassen. Das Resultat der Nichtbeachtung dieser Faktoren bei der Vergabe der Kapitalhilfe ist im Falle Afghanistans durch eine Überschreitung des Absorptionsvermögens des Landes gekennzeichnet. Die Überschreitung des Absorptionsvermögens brachte für Afghanistan in den letzten zehn Jahren eine Reihe von sehr ernststen wirtschaftlichen und sozialen Problemen mit sich, wie zum Beispiel Zahlungsbilanzschwierigkeiten (hohe Auslandsverschuldung) und eine erhebliche Geldentwertung.

"Die Struktur der Planfinanzierung (gemeint sind die Fünfjahrespläne, der Verf.), vor allem die umfangreiche Defizitfinanzierung und der hohe Anteil ausländischer Hilfe in Verbindung mit der Betonung der Infrastruktur bei den Planausgaben konnte nicht ohne Konsequenzen für den Geldwert, den Wechselkurs und die Zahlungsbilanz bleiben."⁶¹⁾

58) Kurt H. Hendrikson u. Martin Reinecker, a.a.O., S. 110.

59) Vgl. ebenda, S. 13

60) Nach W. F. Stolper ist die "absorptive capacity" definiert als "the amount of investment which can be profitably undertaken" oder als "the rate which investments can be pushed with a hope of stimulating growth". Zitiert nach K.H. Hendrikson, M. Reinecker, a.a.O., S.12 f.

61) R. Bellinghausen, Die afghanische Wirtschaftsplanung, a.a.O., S. 75.

So zeigte sich z.B. an der Geldentwertung von 1961/62 bis Anfang 1971, daß der Preisindex in diesem Zeitraum von 100 auf 264 gestiegen ist. Der Freimarktkurs des Afghani zu dem US-Dollar verschlechterte sich von ca. 53 Afghani je US-Dollar im Jahre 1956/57 auf ca. 84 Afghani je US-Dollar im Jahre 1969/70. Hervorzuheben ist, daß die Auslandsverschuldung Afghanistans (ca. 500 Mio. US-Dollar) das ca. Achtfache des gegenwärtigen jährlichen Exportvolumens des Landes ausmacht.⁶²⁾ Im folgenden wird die Kapitalhilfe der BRD für Afghanistan im Zusammenhang mit der "absorptive capacity" des Landes näher erläutert.

Von den wichtigsten Empfängern der westdeutschen Kapitalhilfe liegt Afghanistan mit 231 Millionen DM an achter Stelle.⁶³⁾ So kann man Afghanistan als eines der Schwerpunktländer bundesrepublikanischer Entwicklungshilfe bezeichnen.

"Bei der Vergabe der mit der Entwicklungshilfe verbundenen Aufträge an die eigene Industrie konnte man an die seit den dreißiger Jahren bestehenden guten Exportbeziehungen deutscher Firmen anknüpfen, die bereits über einen beträchtlichen Erfahrungsschatz im Handelsverkehr mit Afghanistan verfügten."⁶⁴⁾

62) Die Zahlen für Geldentwertung, Wechselkurs und Zahlungsbilanz nach R. Bellinghausend, a.a.O., S. 75 f.

63) An erster Stelle Indien mit 2 874 Millionen DM, gefolgt von Pakistan mit 914 Mio. DM, der Türkei mit 872 Mio. DM, Griechenland mit 400 Mio. DM, Spanien mit 275 Mio. DM, Chile mit 253 Mio. DM, Iran mit 237 Mio. DM und schließlich Afghanistan. So nach Angaben H. Dumke, a.a.O., S. 109. Die ausgezahlte Summe an Afghanistan betrug Anfang 1972 210 Mio. DM.

64) Klaus Dörner - Werner Jensch, Entwicklung und Entwicklungspolitik in Afghanistan, hrsg. v. Inst. für Entwicklungsforschung u. Entwicklungspolitik der Ruhr-Universität Bochum, 1967, S. 299.

Hierbei handelte es sich insbesondere um die deutsche Elektroindustrie, die in Afghanistan gute Aussichten hatte, im Rahmen der Kapitalhilfe der BRD wichtige Aufträge zu erhalten. Bei der Betrachtung der Einsatzbereiche der Kapitalhilfe der BRD für Afghanistan sieht man, daß 50,6 Prozent der gesamten Kapitalhilfe der BRD auf die Elektrizitätswirtschaft verwendet wurden, 17,8 Prozent auf Versorgungseinrichtungen, 11,5 Prozent auf Textilindustrie, 11,1 Prozent auf Kommunikation und 0,2 Prozent auf Gesundheitswesen - den Rest auf Konsumgüterhilfe. In Zahlen ausgedrückt sieht das so aus: Bis zum 30.6.1971 hat die BRD Afghanistan 210 Millionen DM Kapitalhilfe ausgezahlt. Davon wurden 97,7 Millionen DM für das Wasserkraftwerk Mahipar, 34 820 000 DM für das Stromnetz der Stadt Kabul und 7 300 000 DM für ein Senderprojekt und 21 500 000 DM für ein Fernmeldeprojekt verbraucht. Mit anderen Worten: 160 620 000 DM wurden allein für den Elektrizitätssektor verwendet und 30 weitere Millionen DM für den Aufbau der Textilindustrie.⁶⁵⁾

"Die Gesamtbetrachtung der Kapitalhilfe zeigt, daß die Bundesrepublik in sehr einseitiger Weise den Bereich der Infrastruktur begünstigt hat. Gerade dieser Sektor wurde aber bereits von den Geberländern USA und insbesondere UdSSR ... über Gebühr gefördert, so daß die Bundesrepublik den bereits vorhandenen Trend einer Bevorzugung der Infrastruktur nur verstärkte, obwohl hier die Chance gelegen hatte, ein Gegengewicht zu schaffen. (Dieser Mitteleinsatz hatte darüber hinaus zur Folge, daß die BRD in eine unerwünschte Konkurrenz zur Sowjetunion geriet.) Diese einseitige sektorale Allokation der Kapitalhilfe trug wesentlich dazu bei, daß sich die in den vergangenen afghanischen Fünfjahresplänen vorgesehene und ökonomisch vernünftige sektorale Verteilung der Mittel im Ergebnis nicht durchsetzen ließ. So besitzt Afghanistan heute Infrastruktur-

65) Nach Unterlagen des BMZ; siehe S. 111, Anmerkung 1.

und Versorgungsanlagen, die es in diesem Ausmaß vorläufig nicht wirtschaftlich nutzen kann. Die übermäßige Konzentration der Mittel aller Geberländer in der Infrastruktur führte darüber hinaus zu einer Überforderung der afghanischen Kräfte. Verschiedene Anzeichen, so der starke inflationäre Trend im Inland und die zunehmende Verschlechterung der Zahlungsbilanzsituation, zeigen deutlich, daß die in Afghanistan vorhandene "absorptive capacity" für Auslandskapital weit überschritten wurde."⁶⁶⁾

Die Erwartungen, die an Kapitalhilfe und Infrastrukturvorhaben angeknüpft worden waren, sind nicht erfüllt. Es zeigte sich, daß die Förderung der Infrastruktur nicht "... automatisch das Aufkommen unmittelbar rentabler Vorhaben und damit ein allgemeines wirtschaftliches Wachstum nach sich zogen"⁶⁷⁾ und die "Infrastrukturprojekte den Nehmerländern oft größere Bürden auferlegten, als sie zu tragen vermöchten. Zum einen waren es die Haushaltsbelastungen zur Instandhaltung und für den Betrieb der mit Investitionen verbundenen Vorhaben. Zum anderen war es der Mangel an ausgebildetem Personal, das die technischen und organisatorischen Aufgaben nach Fertigstellung übernehmen konnte."⁶⁸⁾ Diese Ausführungen bedeuten keineswegs einen Affront gegen die Infrastrukturförderung, sondern verdeutlichen, daß alleinige Förderung der Infrastruktur nicht automatisch wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt herbeiführen kann. Die Ergebnisse der Ersten Dekade haben das eindeutig gezeigt.

66) Dorner u. Jensch, a.a.O., S. 301 f.

67) K. H. Hendrikson u. M. Reinecker, a.a.O., S. 93

68) Ebenda.

4.3 Die Technische Hilfe der BRD und ihre Rolle bei der Entwicklungspolitik Afghanistans während der Ersten Entwicklungsdekade

Die Technische Hilfe der BRD wurde Afghanistan zum ersten Male im Jahre 1956, als der erste Fünfjahresplan begann, zugesagt. Die Technische Hilfe beruht auf dem Rahmenabkommen über die technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 31.1.1958, in der Fassung vom 21.7.1965 und einer Reihe von Zusatzabkommen. Das Abkommen vom 31.1.1958 enthält 11 Artikel, in denen die Bereiche, die durch die Technische Hilfe der BRD unterstützt werden, festgelegt sind. Die wichtigsten sollen hier kurz erwähnt werden: Artikel 2 des Abkommens regelt die Zusammenarbeit im Bereich der technischen Schulen. Artikel 3 enthält die Zusage der Bundesregierung für die Ausbildung der afghanischen Praktikanten und anderer Stipendiaten mit ein- oder zweijähriger Ausbildung in der BRD. Artikel 4 stellt eine Ausbildung der afghanischen Verwaltungsbeamten in den Verwaltungsbehörden der BRD und eine Zurverfügungstellung von Verwaltungsbeamten der BRD für die königliche afghanische Regierung in Aussicht. Im Artikel 6 erklärt sich die Bundesregierung bereit, in Afghanistan mit Hilfe der afghanischen Regierung einen "geologischen Dienst" zu gründen und Fachkräfte und Ausrüstungen zur Verfügung zu stellen.⁶⁹⁾ Neben diesen erwähnten Bereichen gibt es auch andere, in denen die BRD im Rahmen der Technischen Hilfe mit Afghanistan zusammenarbeitet. Afghanistan ist ein Schwerpunktland der bundesrepublikanischen Technischen Hilfe. Die Gesamtzusagen im Rahmen der Technischen Hilfe betrugen bis zum 2. Juli 1971 126 536 Millionen DM. Damit liegt Afghanistan unter den

69) Nach dem Text des Abkommens über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit vom 31. Januar 1958, welches dem Verfasser vom afghanischen Außenministerium zur Verfügung gestellt wurde (vom Verfasser aus dem Persischen übersetzt).

Empfängern der bundesrepublikanischen Technischen Hilfe im engeren Sinne an erster Stelle.⁷⁰⁾ Da die Technische Hilfe der BRD für Afghanistan einen umfangreichen Tätigkeitsbereich umfaßt, wird sie hier für einen besseren Überblick grob in zwei Gruppen aufgeteilt:

1. Technische Hilfe im Bereich der Ausbildung, sog. Ausbildungshilfe. Sie umfaßt technische Schulen, Gewerbeschulen, Kooperation im Rahmen der Universitätspartnerschaften, Polizei-Akademie und den Deutschen Entwicklungsdienst (DED).

2. Technische Hilfe in Form einer Entsendung von Beratern, Fachexperten, Untersuchungsteams und den dazu nötigen technischen Ausrüstungen im Auftrage der afghanischen Regierung. Hier ist insbesondere das regionale Entwicklungsprogramm für die Provinz Paktia zu erwähnen.

4.3.1 Die Zielsetzung beim Einsatz der Technischen Hilfe

Wenn das wirtschaftliche Wachstum als Ziel einer Entwicklungspolitik definiert wird, dann hängt die Erreichung dieses Zieles in hohem Maße von der Erhöhung der Investitionsrate ab. Da es in den Entwicklungsländern an ausreichend akkumuliertem Kapital fehlt, wird ausländische Kapitalhilfe beansprucht, um diese Lücke schließen zu können. Theoretisch könnte dann ein wirtschaftliches Wachstum entstehen. In der Praxis wurde jedoch bewiesen, daß dies nicht möglich ist, da in den Entwicklungsländern das Wissen für eine effiziente Nutzung dieses Kapitals meistens nicht vorhanden ist.

70) Nach den Unterlagen des BMZ. "Im engeren Sinne" bedeutet das Verhältnis von gewährter Hilfe zur Einwohnerzahl. Siehe dazu Peter Fuhrmann, Entwicklungsland Afghanistan, in: Politische Studien, 19. Jg., Heft 179 von 1968, S. 322.

"Deshalb sollte die Technische Hilfe die Voraussetzungen schaffen für den optimalen Einsatz der Kapitalhilfe sowie des in den Entwicklungsländern akkumulierten Kapitals. Ziel der Projekte der Technischen Hilfe ist die Übermittlung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der Industrienationen."⁷¹⁾

Diese Vermittlung von "know how" geschieht in allen Sektoren der Industrie, der materiellen und immateriellen Infrastruktur, sowie der Organisation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.⁷²⁾ Wie im Abschnitt über die Kapitalhilfe erwähnt wurde, ist die Absorptionskapazität an Kapital in den Entwicklungsländern begrenzt. Die Technische Hilfe kann diese Absorptionskapazität ausweiten, indem sie durch Vermittlung von neuem Wissen, neuer Arbeits- und Produktionsmethoden, und damit ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum herbeiführt; dies wiederum erhöht den Bedarf an Kapital. Das erklärte Ziel der Technischen Hilfe ist "Hilfe zur Selbsthilfe".

Innerhalb der bundesrepublikanischen Technischen Hilfe nimmt der Ausbildungsbereich eine dominierende Stellung ein, da es sich herausgestellt hat, "daß es kaum einen wirtschaftlichen Vorgang gibt, der nicht irgendwie durch die Bildung bedingt wird."⁷³⁾ Dieses fundamentale wichtige Erkenntnis, die in der Entwicklungspolitik ihren Niederschlag gefunden hat, stellt den Menschen in den Mittelpunkt

71) Heinz Günther Klein u. Hermann Wolfgang Schönmeier, Planung von Projekten der Technisch-Gewerblichen Ausbildungshilfe - Projektfindung; Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Hrsg. von der Institutsgemeinschaft für Probleme der Ausbildungshilfe. Aachen und Saarbrücken im April 1968, S. 2 (Hervorhebung im Originaltext).

72) K. H. Hendrikson u. M. Reinecker, a.a.O., S. 113

73) Bruno Knall, Die Rolle und Bedeutung der Berufserziehung im Rahmen der Entwicklungsplanung, in: Wirtschaftsdienst, 43. Jg. 1963, S. 520.

der Entwicklungsförderung. In erster Linie ist allein der Mensch in der Lage, die Entwicklung zu beeinflussen. Voraussetzung dafür sind allerdings eine an den gesellschaftlichen Voraussetzungen orientierte Bildung und Ausbildung.

"Versteht man unter Bildung nicht nur das Vermitteln und den Besitz der höchsten geistigen Güter, sondern schlechthin alle Lehr- und Lernprozesse und deren Ergebnisse, so ist es möglich, den Aufwand für Bildung in Analogie zu Wirtschaftsvorgängen als eine Investition in Menschen zu betrachten. So wie der Boden, die Mineralien unter der Erde ... und andere Rohstoffe erst nach großem Aufwand einen wirtschaftlichen Nutzen ergeben, so wird sozusagen auch der Rohstoff Mensch erst durch Investition langer Lernprozesse zu einem Motor des wirtschaftlichen Wohlstandes, zugleich auch zu einem Träger des Wohlstandes in einem weiteren Sinne, der alle menschlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse umfaßt."⁷⁴⁾

Theodore W. Schultz stellte fest, daß Investitionen in die Menschen "... are having a pervasive influence upon economic growth, and that the key investment in human capital is education."⁷⁵⁾ Die Bildung kann neben ihrer Funktion für das wirtschaftliche Wachstum auch eine gesellschaftliche Funktion haben. Sie kann ein Mittel für soziale Mobilität, ein Instrument der Demokratisierung der Gesellschaft sein. In den Entwicklungsländern, und hier speziell für Afghanistan, ist die Lage des Bildungswesens dadurch gekennzeichnet, daß die wirtschaftliche Rückständigkeit, das Fehlen von qualifiziertem Lehrpersonal, Lehrmitteln und

74) Friedrich Edding, Ökonomie des Bildungswesens. Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition. Freiburg im Breisgau, 1. Aufl. 1963, S. 109.

75) Theodore W. Schultz, The Economic value of Education. Columbia University Press, New York and London, 2. Auflage 1964, S. VIII (Vorwort).

Schulausrüstungen verursacht hat - und diese haben wiederum das wirtschaftliche Wachstum verlangsamt.

"Um diesen fatalen Zirkel sprengen zu können, empfiehlt sich eine Strategie, die darauf abzielt, zunächst die Investitionsseite des Bildungswesens optimal zu entwickeln. Auf diese Weise kann aus den äußerst knappen Ressourcen ein möglichst großer Nutzen gezogen werden."⁷⁶⁾

Eine Bildungsinvestition im Rahmen der Technischen Hilfe, die die Bedürfnisse der Entwicklungsgesellschaften berücksichtigt, enthält neben ihrer ökonomischen Funktion auch eine soziale Funktion. Soziale Funktion in dem Sinne, daß die Erziehung durch ihre emanzipatorische Wirkung implizit gegen verschiedene Formen der sozialen Ungerechtigkeiten und Diskriminierung wirkt.⁷⁷⁾

4.3.2 Diskrepanz zwischen Zielvorstellung und Praxis der Technischen Hilfe

Die bereits erwähnten Theorien über den Stellenwert der Bildung, insbesondere für die Entwicklungsgesellschaften, haben dann einen realen Wert, wenn sie zeigen können, daß sie in der Praxis tatsächlich zu einer sozio-ökonomischen Entwicklung beigetragen haben. Für die Beantwortung dieser Frage ist es jedoch zunächst notwendig, die Bildungsinhalte und die Bildungsadressaten (soziale Schichten und Klassen) zu kennen.

"Ob Bildung eine positive Funktion in der Entwicklung einer Gesellschaft erfüllt, hängt sicherlich vorerst von ihrem In-

76) Hasso von Recum, Das Bildungswesen als Entwicklungsfaktor, in: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, hrsg. von Erik Boettcher, Tübingen 1964, S. 388.

77) Vgl. Richard Diez-Hochleitner, Bildungspolitik, in: Entwicklungspolitik, Handbuch u. Lexikon, hrsg. von Hans Besters, Berlin - Mainz 1966, S. 588.

halt ab sowie von dem Verhältnis, in dem ihre produktive und ihre konsumptive Seite zueinander stehen. Sie ist gewiß umso eher positiv funktional, als sie gelernte Arbeitskräfte zur Verfügung stellt, die einer ständig sich erweiternden Reproduktion der Gesellschaft dienen."⁷⁸⁾

Der "Pearson-Bericht" stellt in diesem Zusammenhang fest, daß man die Bildungsinhalte der Industriegesellschaften auf die Entwicklungsländer übertragen hat, jedoch ohne dabei die jeweiligen spezifischen kulturellen, soziologischen und ökonomischen Eigenheiten der betreffenden Länder zu berücksichtigen.

"Nur zu oft wird die Vermittlung von Wissen und Know-how zu einer mechanischen Projektion der in den reichen Ländern vorherrschenden Anschauungen über Technologie und Erziehungswesen, während weniger entwickelte Länder völlig neue und verschiedenartige Lösungen für ihre spezifischen Probleme benötigen."⁷⁹⁾

Das führte unter anderem nicht nur dazu, daß die konsumptive Seite der Bildung im Rahmen der Technischen Hilfe dominierender wurde als ihre produktive Seite, sondern auch, daß sich die Erwartungen, die die Theoretiker an die soziale Funktion der Bildung knüpften, nicht erfüllten: "Statt soziale Integration hervorzubringen, verschärft das beschränkte Erziehungsangebot in vielen Entwicklungsländern soziale Konflikte."⁸⁰⁾

78) Helga Deppe-Wolfinger, Zum Verhältnis von Bildung und Gesellschaft in Entwicklungsländern, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 3, 2. Auflage Juni 1969, S. 216. Vgl. auch Hasso v. Recum, Das Bildungswesen..., a.a.O., S. 385.

79) Der "Pearson-Bericht". Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik. Bericht der Kommission für Internationale Entwicklung. Wien-München-Zürich, 1969, S. 219.

80) Erhard Eppler, Wenig Zeit für die Dritte Welt, 3.Aufl. Stuttgart 1972, S.42.

Weil die Zahl derjenigen, die die Möglichkeit haben, eine Ausbildung (auf welcher Ebene auch immer) zu erhalten, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerungszahl sehr gering ist, verleitet die Ausbildung nicht selten dazu, daß ein "feeling of superiority"⁸¹⁾ bei den Ausgebildeten aufkommt. Dies ist bei der großen Analphabetenrate (in Afghanistan ca. 90 Prozent), wo die Ausgebildeten schon zu den Privilegierten zu rechnen sind, nicht verwunderlich. Ivan Illich hat recht;

"wenn er den Kolonialmächten vorwirft, sie hätten den heutigen Entwicklungsländern Bildungsinhalte und Lehrmethoden hinterlassen, die an den Erziehungszielen des europäischen 19. Jahrhunderts ausgerichtet sind, die theorieorientierte und autoritätsgeprägte Lernschule. Absolventen elitärer Schulen, die weder schöpferische Eigeninitiative noch technische Fähigkeiten vermitteln, sind in der Tat für vernünftige Arbeit verdorben. Ivan Illich fordert daher "Entschulung", die Abschaffung dieser unnützen Schulen, die nur einem Teil der Bevölkerung offenstünden und so Klassenstrukturen auf besonders infame Weise verfestigen."⁸²⁾

Diese sehr stichhaltigen Argumente Illichs, die mit gewisser Einschränkung auch für Afghanistan gelten, zeigen, daß die Bildungs-Theoretiker diese Aspekte, welche die Effektivität einer Bildungshilfe beeinflussen, ja sogar bestimmen, übersahen.

Hier wurde das Problem angedeutet, welches im Abschnitt 5.3.2 "Die technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten" näher erläutert wird.

81) Julius Nyerere, Education for Self Reliance, siehe ebenda, S. 41. "In einer Gesellschaft, wo ein Facharbeiterdiplom etwas sehr Seltenes und Begehrtes ist (wie z.B. in Afghanistan, d.Verf.), kann es sehr wohl vorkommen, daß sein Besitzer vom "White-Collar"-Komplex erfaßt wird und glaubt, er müsse von nun an eben das nicht tun, was er gelernt hat." Ebenda, Von "feeling of superiority" bei den Abiturienten und Akademikern ist ganz zu schweigen.

82) Zitiert nach E. Eppler, ebenda, S. 43.

5. Die Beurteilung der bundesrepublikanischen Entwicklungshilfe für Afghanistan während der Ersten Dekade anhand von Darstellungen der Entwicklungsprojekte innerhalb der Kapital- und Technischen Hilfe

Die vergangene Dekade (1960 - 1970), in der die Bundesrepublik Deutschland Afghanistan bei seinen Fünfjahresplänen unterstützt hat, war eine Epoche der intensiven Zusammenarbeit in der Geschichte der Beziehungen beider Länder. Diese intensive Zusammenarbeit während der vergangenen Dekade, nicht nur allein mit der BRD, die erst an dritter Stelle nach der UdSSR und USA lag, brachte keine wesentlichen Fortschritte in der sozio-ökonomischen Situation Afghanistans. Die Ziele und Erwartungen, die man in die eigenen Entwicklungspläne und die Entwicklungshilfe der Geberstaaten gesetzt hatte, wurden nicht erfüllt. Eine Betrachtung der heutigen Situation in Afghanistan beweist, daß unter anderem auch die entwicklungsfördernden Maßnahmen der BRD während der Ersten Dekade es nicht vermochten, einen wesentlichen und effektiven Beitrag zur Überwindung der sozio-ökonomischen Misere des Landes zu leisten. Anhand der wesentlichen Projekte, die durch die Zusammenarbeit mit der BRD in Afghanistan entstanden sind, wird versucht, dies einzeln darzustellen und zu beurteilen. Dadurch ist es möglich, einen Gesamteindruck dieser Aktivitäten zu geben. Hier werden zuerst die wesentlichen Projekte im Rahmen der Kapitalhilfe dargestellt. Danach wird der Komplex der Leistungen innerhalb der Technischen Hilfe erläutert.

5.1 Die wichtigsten Projekte, die mit Mitteln der Kapitalhilfe der BRD in Afghanistan durchgeführt wurden

Die BRD hat bisher Kapitalhilfe in Höhe von 310 Millionen DM an Afghanistan zugesagt, davon wurden bis zum 30. 6. 1971

210 Millionen DM ausgezahlt.¹⁾ Aus diesen Mitteln wurden insgesamt etwa zehn Projekte finanziert; die wesentlichen davon werden im folgenden dargestellt.

5.1.1 Wasserkraftwerk Mahipar

Für die Stromversorgung der Hauptstadt Kabul haben schon vor dem Zweiten Weltkrieg (1934/35 und 1939) deutsche Sachverständige (der Firma Siemens) Pläne für den Aufbau von Kraftwerken ausgearbeitet. Sie hatten als die günstigsten Orte für den Bau der Kraftwerke Sarobi und Mahipar, beide am Kabul-Fluß gelegen, vorgeschlagen. So wurde zwischen 1951 und 1957 das Kraftwerk Sarobi errichtet.²⁾ Nachdem sich die Bundesregierung im Jahre 1960 bereit erklärt hatte, Afghanistan für den zweiten Fünfjahresplan 200 Millionen DM Kapitalhilfe zur Verfügung zu stellen, beschloß die afghanische Regierung, das Mahipar-Projekt und eine Reihe von anderen Projekten vorzuschlagen. Die Firma Siemens hatte bereits eine Vorstudie für das Projekt ausgearbeitet. Da das Projekt viele Komplikationen hervorgerufen hat, ist es hier notwendig, aus den Unterlagen der BMZ zu zitieren, um zu zeigen, daß das Projekt nicht unüberlegt und ungeprüft durchgeführt wurde. "Nachdem die Kreditanstalt für Wiederaufbau das Projekt vorgeprüft hatte, wurde zunächst ein Vorkredit von 9 650 Mio. DM für die noch erforderlichen geologischen Untersuchungen, für die Ausarbeitung ausschreibungsreifer

-
- 1) Nach Unterlagen des BMZ. Es handelt sich hier um Unterlagen, die das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit dem Verfasser zur Verfügung gestellt hat und die vertraulich sind. Nach Vereinbarung mit dem BMZ sind sie in den Anmerkungen mit "nach den Unterlagen des BMZ" als Quellennachweise gekennzeichnet. Im folgenden wird "nach Unterlagen des BMZ" für diese Unterlagen verwendet.
 - 2) Ebenda. Das Werk wurde von Siemens in Zusammenarbeit mit Siemens-Bau-Union und der Firma Baresel mit kommerzieller Finanzierung errichtet.

Unterlagen und für die Errichtung der Baustelle gewährt."³⁾ Das heißt, daß das Projekt für kreditwürdig befunden und technisch durchführbar gehalten wurde. "Aufgrund einer beschränkten internationalen Ausschreibung erhielten deutsche Firmen den Zuschlag für das Projekt."⁴⁾ Diese internationale Ausschreibung war nichts anderes als eine Schein-Ausschreibung, da von Anfang an feststand, daß der Auftrag westdeutschen Firmen gegeben wird; was prinzipiell nichts anderes bedeutet als die Verwirklichung des Lieferbindungs-Prinzips der Kapitalhilfe. So ist die Entscheidung für die Durchführung des größten und kostspieligsten Vorhabens aus Mitteln der Kapitalhilfe der BRD für Afghanistan gefallen. Das Kraftwerk sollte eine Kapazität von 63 000 KW haben, was nach der Wasserführung des Kabul-Flusses nicht zu verwirklichen ist. Am 1. Dezember 1966, nach knapp zweijähriger Bauzeit, wurde das Werk in Betrieb genommen. Kurz nach der Inbetriebnahme wurde es wieder stillgelegt, da die Turbinen erhebliche Erosionsschäden durch Sandschliff erlitten. Seitdem ist das Werk funktionsunfähig. Erst im Winter 1971 (!) wurde es für eine kurze Zeit in Betrieb genommen und liegt nun wieder still. Das Kraftwerk hatte Afghanistan nicht weniger als 97,7 Mio. DM gekostet.⁵⁾ Das bedeutet, daß rund 50 Prozent (!) der gesamten ausgezahlten Kapitalhilfe der BRD in diesem Projekt verbraucht wurden, für ein Kraftwerk, das, abgesehen davon, daß es funktionsunfähig ist, nicht einmal ganzjährig zum Einsatz kommen kann, da es sich hier in Mahipar um ein sogenanntes Winterkraftwerk handelt.

3) Nach Unterlagen des BMZ

4) Ebenda. An der Durchführung der Arbeiten haben sich folgende westdeutsche Firmen und eine österreichische Firma beteiligt: Siemens und Voith für die elektromechanische Ausrüstung, Siemens-Bau-Union, Hochtief und Kunz & Co. für die Bauarbeiten, Firma Lahmeyer für die Consulting-Aufgaben, Firma Joh. Keller für Untergrundinjektionen und M. Lavis Söhne mit der österreichischen Firma Wagner-Büro als Subunternehmen für Stahlwasserbau und Rohrleitungen. Die Angaben stammen aus den Unterlagen des BMZ.

5) Nach Unterlagen des BMZ.

Das heißt, daß das Werk nur in den Wintermonaten und im Frühjahr arbeitet,⁶⁾ da zu dieser Jahreszeit der Kabul-Fluß seine höchste Wasserführung hat. Das Kraftwerk wurde konzipiert, um das Energiedefizit der Stadt Kabul und des Industriegebietes Gulbahr auszugleichen.⁷⁾

5.1.1.1 Finanzierung des Projektes ⁸⁾

Für die Finanzierung des Mahipar-Kraftwerkes wurde am 24.11.1964 ein Darlehensvertrag in Höhe von 95 Mio. DM durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau abgeschlossen. Die Laufzeit des Kredites betrug zunächst 25 Jahre (mit 4 Freijahren und zu 3 Prozent Zinsen). Nachdem jedoch das Werk nach kurzer Zeit stillgelegt werden mußte und die afghanische Regierung mit Recht die westdeutschen Firmen für den wegen Konstruktionsfehlern unbefriedigenden Ausgang des Projektes verantwortlich gemacht hatte, kam es wegen der Rückzahlung des Kredites zu Schwierigkeiten. Bei den Wirtschaftsverhandlungen in Kabul im April/Mai 1970 wurde eine Kompromißlösung für die Finanzierungsfragen gefunden. Demzufolge hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, eine gewisse Verbesserung der Konditionen des Mahipar-Projektes zuzugestehen. So wurde der ursprüngliche Zinssatz von 3 Prozent auf 2 Prozent reduziert und die Laufzeit des Kredites um 4 auf 29 Jahre, unter gleichzeitiger Erhöhung der tilgungsfreien Zeit von 4 auf 8 Jahre, festgelegt. Da das Werk fünf Jahre stillstand und in dieser Zeit daraus kein ökonomischer Nutzen zu ziehen war, sind diese unzureichenden Zugeständnisse seitens der Bundesregierung verständlich, wenn die BRD in dieser Frage ihre Glaubwürdigkeit

6) Vgl. Peter Fuhrmann, Entwicklungsland Afghanistan, in: Politische Studien, Heft 179 von 1968, S. 321.

7) Vgl. E. Rhein und A. G. Ghaussy, a.a.O., S. 77.

8) Die Einzelheiten über die Finanzierung des Projektes wurden den Unterlagen des BMZ entnommen.

auch nur annähernd wahren wollte. Die Verschuldung Afghanistans gegenüber der BRD beträgt allein durch dieses Projekt 92 Mio. DM.⁹⁾

5.1.1.2 Kritik an dem Projekt

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Durchführung des Projektes nach reiflicher Überlegung durch Vorstudien und Vorprüfungen stattgefunden hat. Das Ergebnis zeigt jedoch, daß hier eine Fehlentscheidung getroffen worden ist. Die betreffenden westdeutschen Firmen, die das Projekt durchführten, hatten in Afghanistan langjährige Erfahrungen im Bau von Wasserkraftwerken gesammelt, und die Tatsache, daß in diesem Gebiet durch Sandschliff Erosionsschäden an Maschinen entstehen können, mußte ihnen bekannt gewesen sein. Trotzdem wurde das Werk gebaut. Man kann fragen, warum die afghanische Regierung ein solches Projekt vorschlug, bzw. dessen Durchführung zustimmte. Darauf kann erwidert werden: Da in Afghanistan einheimische Experten fehlten, die dazu fähig wären, das Projekt und dessen technische Durchführbarkeit zu beurteilen, hatte man die Entscheidung dem Kreditgeberland und dessen technischer Überlegenheit überlassen. Da die afghanische Regierung gesehen hatte, daß Vorstudien und Vorprüfungen seitens der BRD stattgefunden hatten, wären ihre Bedenken in diesem Fall wissenschaftlich unbegründet gewesen. Unter diesen Umständen ist ein Werk entstanden, das nur ca. drei Monate (2 200 Stunden) im Jahr einsatzfähig sein kann und nach dieser Betriebszeit eine Säuberung vom Sand und einen Austausch von Maschinenteilen benötigt, um wieder für ca. drei Monate Strom liefern zu können.¹⁰⁾

9) Vgl. Rudolf Bellinghausen, Verluste der Entwicklungsländer durch die DM-Aufwertung am Beispiel Afghanistans, in: Orient, 11. Jg., Nr. 5 vom Oktober 1970, S. 147.

10) Nach Angaben der Kabuler Tageszeitung "Caravan" vom 4. April 1972, S. 3 (übersetzt vom Verfasser).

Für eine bessere Funktion des Werkes sorgt seit dem 1.9.1971 ein verantwortliches westdeutsches Management, das für drei Jahre vorgesehen ist.¹¹⁾ Die Kosten des Managements in Höhe von 3,7 Mio. DM werden mit 1 Mio. DM als Zuschuß und 2,7 Mio. DM als Kredit durch die Bundesregierung aufgebracht. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau bezahlte die Restforderung der westdeutschen Lieferanten auf Grund einer Ermächtigung der afghanischen Regierung, während die Lieferfirmen ihrerseits auf inzwischen aufgelaufene Zinsforderungen in Höhe von rd. 7000 000 DM verzichteten.¹²⁾ Für die Auswahl des Mahipar-Projektes, das als eine Fellinvestition bezeichnet werden kann, hatten gewiß die Firmeninteressen die wesentlichste Rolle gespielt. Daneben wurde hier auch auf den Demonstrationseffekt dieses Projektes sehr viel Wert gelegt, weil in der Nähe dieses Kraftwerkes auch die Sowjets begonnen hatten, ein Kraftwerk (Wasserkraftwerk Naglu) zu errichten. Da sie dabei reichlich Zeit für dessen Beendigung benötigten, entschloß sich die afghanische Regierung zum Bau des Mahipar-Kraftwerkes. Der Fleiß der westdeutschen Firmen bewirkte einerseits, daß sie das Mahipar-Projekt erstaunlich schnell, nach knapp zweijähriger Bauzeit, errichteten, und andererseits, daß sie Sowjets auch schneller ihr Werk fertigstellten.¹³⁾ "In der Energieversorgung wurde allerdings durch die Errichtung zweier großer Kraftwerke (gemeint ist Mahipar- und Naglu-Kraftwerk, d. Verf.) im Raum Kabul eine erhebliche Überkapazität geschaffen."¹⁴⁾ Während in anderen Teilen des Landes die Lage auf dem Energiesektor dadurch gekennzeichnet ist, daß in vielen Provinzen elektrischer

11) Firma Lahmeyer

12) Nach Unterlagen des BMZ

13) Vgl. R. Bellinghausen, die afghanische Wirtschaftsplanung, in Sonderdruck aus: Wirtschaftspolitische Chronik. Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Heft 3, 1971, S. 67.

14) Ebenda.

Strom entweder völlig fehlt oder sehr unzureichend vorhanden ist. Das einzig Positive des Mahipar-Projektes ist die Feststellung seitens der BRD, daß der Demonstrationswert dieses Projektes groß ist und daß das Projekt den Wettstreit mit dem russischen Konkurrenzprojekt (Naglu) gewonnen habe.¹⁵⁾ Nach ökonomischen und entwicklungspolitischen Kriterien wurde das Projekt jedoch nicht beurteilt, was eigentlich in diesem Fall vordringlich gewesen wäre.

5.1.2 Textilfabrik Gulbahar

Für die Entwicklungsländer im allgemeinen und hier speziell für Afghanistan war die Textilindustrie eine der ersten Ziele der Industrialisierung. In diesem Sinne kann man von der Textilindustrie als einem klassischen Industriesektor sprechen. Schon in den vorindustriellen Gesellschaften war die Verarbeitung von Naturfasern wie Wolle und Baumwolle auf verschiedene Weise durchgeführt worden. Das Vorhandensein von gewissen Fertigkeiten, Erfahrungen und Kenntnissen bei der Herstellung der Textilien hat dazu beigetragen, daß der Aufbau der Textilindustrie wesentlich einfacher in den Entwicklungsländern durchzuführen war. Die Textilindustrie ist auch eines der begehrtesten Industrialisierungsobjekte, weil die Bedürfnisse des inländischen Marktes ergiebige Absatzchancen ermöglichen, die als ein Produktionsanreiz zu betrachten sind.¹⁶⁾

5.1.2.1 Finanzierung des Projektes

In Afghanistan gehen die Anfänge des Aufbaus der Textilindustrie schon bis ins Ende des 19. Jahrhunderts zurück,

15) Vgl. Klaus Dorner - Werner Jensch, a.a.O., S. 330.

16) Vgl. K. H. Hendrikson u. M. Reinecker, a.a.O., S. 97 f.

die aber zuerst für die Lieferung von Stoffen für den Militärbedarf gedacht war. Unter den afghanischen Textilfabriken nimmt die Textilfabrik Gulbahar eine hervorragende Stellung ein. Mit ihren ca. 3 500 Beschäftigten ist diese Fabrik Afghanistans größter Industriebetrieb. Das Werk gehört der Afghan Textil Company (ATC), einem nichtstaatlichen Betrieb. Das Werk wurde von westdeutschen Firmen errichtet und nahm seinen Betrieb 1959/60 auf. Die Finanzierung des Betriebes ist mit kurz- und mittelfristigen Lieferkrediten zu kommerziellen Bedingungen gedeckt. Da die ATC wegen erheblicher Verschuldung im Inland nicht in der Lage war, die fälligen westdeutschen Lieferkredite zurückzuzahlen, hat sich die Bundesregierung daraufhin durch den Kreditvertrag vom 18.9.1961 bereit erklärt, ein Darlehen in Höhe von 30 Mio. DM (15 Jahre Laufzeit, 5 Freijahre, 4,5 Prozent Zinsen) zur Deckung der Forderungen westdeutscher Lieferanten, zur Beschaffung von Ersatzteilen und für die Bezahlung eines westdeutschen Managements für die Dauer von 5 Jahren bereitzustellen. Das Management, das eine beratende Funktion bei der afghanischen Leitung des Betriebes hatte, beendete Ende 1965 seine Tätigkeit. Der Kreditbetrag von 30 Mio. DM wurde durch die Bundesregierung ausgezahlt und bis zum 30.6.1971 wurden bereits 16,485 Mio. DM wieder getilgt.¹⁷⁾

5.1.2.2 Beurteilung des Projektes

Mit dem Textilwerk Gulbahar hat die Bundesregierung zum ersten Male ein nichtstaatliches Projekt mit Kapitalhilfe unterstützt, wenn auch diese Kapitalhilfe gewährt wurde, nachdem die ATC nicht in der Lage war, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Bundesregierung hat zum ersten Male mit der Kapitalhilfe unmittelbar einen produktiven Bereich auf dem Industriesektor unterstützt, der einerseits feste Arbeitsplätze schuf und somit einen Beitrag zur Linderung der

17) Die Einzelheiten der Finanzierung nach Unterlagen des BMZ.

Arbeitslosigkeit geleistet hat¹⁸⁾ und zum anderen zur Drosselung der Einfuhr von Textilien aus dem Ausland beigetragen hat.

Zu kritisieren sind hier die ungünstigen Kreditbedingungen. Die Kredite für das Gulbahar-Projekt sind als relativ teuer zu bezeichnen. 4,5 Prozent Zinssatz und eine Laufzeit von 15 Jahren sind ungünstig. Der Pearson-Bericht hat mit Recht diese Art von Krediten für die Entwicklungsländer kritisiert¹⁹⁾ und für die zweite Dekade günstigere Kreditbedingungen vorgeschlagen.

5.1.3 Stadtnetz Kabul

Dieses Projekt ist, nach dem Kraftwerk Mahipar, eines der umfangreichsten Projekte, die mit der Kapitalhilfe der Bundesrepublik in Afghanistan durchgeführt wurden, und ist noch nicht abgeschlossen. Hier handelt es sich um zwei Projekte: Stadtnetz Kabul I und II und Stadtnetz Kabul III. Für das Gesamtprojekt hat die Bundesregierung Kredite in Höhe von 34 820 000 DM mit unterschiedlichen Bedingungen zugesagt, die im folgenden einzeln erläutert werden.

5.1.3.1 Stadtnetz Kabul I und II

Der Zweck des Projektes war, die durch Erweiterung der Sied-

18) Wenn auch das Werk sehr modern ist, wurde auf eine Automatisierung des Betriebes verzichtet, um so viele Arbeitskräfte wie möglich dort zu beschäftigen. Vgl. Wolfram Eberhard, Settlement and Social Change in Asia. Labour Sources for Industrialization. The Case of Afghanistan. S. 427. Detaillierte Angaben der soziologischen Verhältnisse der Arbeiterschaft dieses Werkes siehe ebenda, S. 423 - 430.

19) Der "Pearson-Bericht". Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik. Bericht der Kommission für Internationale Entwicklung. Wien - München - Zürich 1969, S. 195 und S. 197 ff.

lungsgebiete der Hauptstadt entstandenen Mängel und Unzulänglichkeiten des Stromverteilungsnetzes zu beseitigen. Am 6.11.1962 schloß die Kreditanstalt für Wiederaufbau mit der Afghan Electric Company (AEC) ein Kreditabkommen über 15 Mio. DM. Am 13.1.1965 wurde der Betrag um 1,32 Mio. DM aufgestockt. Für dieses Teilprojekt waren wiederum ausschließlich westdeutsche Firmen als Lieferanten tätig. Am 30.6.1971 war das Darlehen voll ausgezahlt. Die Tilgungen beliefen sich auf 7,260 Mio. DM.²⁰⁾

Die Finanzierungsbedingungen des Projektes Stadtnetz Kabul I und II:

Mit einer Laufzeit von 15 Jahren, 3 Freijahren und 5 Prozent (!) Zinsen ist dieser Kredit der teuerste, den die Bundesrepublik bis jetzt Afghanistan gewährt hat. Diese Bedingungen sind mit rein kommerziellen Krediten vergleichbar und verdienen keineswegs, als "Entwicklungshilfe" bezeichnet zu werden. Man muß in Betracht ziehen, daß das Projekt als ein Infrastrukturprojekt nicht unmittelbar zu dem Produktivbereich zu rechnen ist und ein Zinssatz von 5 Prozent bei 15 Jahren Laufzeit für ein Infrastrukturprojekt sehr hoch ist.²¹⁾

5.1.3.2. Stadtnetz Kabul III

Der Ausbauplan Stadtnetz Kabul III stand wiederum in Zusammenhang mit der Versorgung der Stadt mit Elektrizität aus dem Mahipar-Werk. Für diese Ausbaustufe III wurde ein 18,5 Mio.-DM-Kredit aus Mitteln der Kapitalhilfe zugesagt. Bis zum 30.6.1971 wurden 4,252 Mio. DM ausgezahlt. Die Kreditbedingungen lauteten: 25 Jahre Laufzeit und 3 Prozent

20) Nach Unterlagen des BMZ.

21) Die Angaben über die Finanzierungsbedingungen stammen aus den Unterlagen des BMZ.

Zinsen und 4 Freijahre.²²⁾ Auch dieses Projekt wird ausschließlich von westdeutschen Firmen durchgeführt. Es ist anzunehmen, daß auch in der Zukunft die Erweiterung des Stadtnetzes wiederum durch westdeutsche Kapitalhilfe und westdeutsche Lieferungen stattfinden wird. Erstens haben die westdeutschen Firmen in diesem Bereich Erfahrungen gesammelt und zweitens erscheint dies für die Einhaltung der Homogenität der Ausrüstung und für die Ersatzteilbeschaffung günstig.

Der Ausbau des Stadtnetzes war und ist eine notwendige Basisinvestition, die durchgeführt werden muß. Der entscheidende Punkt sind hier die Finanzierungsbedingungen, unter denen sie durchgeführt wurden. Da derartige Investitionen weitere Investitionen gleicher Art nach sich ziehen werden, wäre es angebracht, daß die Bundesregierung in Zukunft günstigere Kredite zur Verfügung stellt - auch zu ihrem eigenen Vorteil, nämlich für den weiteren Absatz westdeutscher Investitionsgüter.

5.1.4 Fernmeldeprojekt

Das Ziel dieses vielfältigen Projektes war es, die im Rahmen des zweiten und dritten Fünfjahresplanes von Afghanistan vorgesehenen Erweiterungen des Fernmeldenetzes durchzuführen. Für diesen Zweck hat die Bundesregierung im Darlehensvertrag vom 14.10.1963 einen Kredit in Höhe von 21,5 Mio. DM (20 Jahre Laufzeit, 3 Freijahre, 3 Prozent Zinsen; Laufzeit und Freijahre später um je zwei Jahre

22) Nach Unterlagen des BMZ. In den Unterlagen ist von Kreditbedingungen, wie Bedingungen des Mahipar-Kredites, die Rede ohne nähere Bezeichnung. Da die Bedingungen des Mahipar-Kredites erst nach Versagen des Werkes reduziert wurden, ist anzunehmen, daß für das Projekt Stadtnetz III die ursprünglichen Bedingungen des Mahipar-Kredites gelten.

verlängert) ²³⁾ der afghanischen Regierung zugesagt. Die Darlehen sind in drei verschiedenen Bereichen verwendet worden:

Ausbau des Ortsnetzes Kabul und Erweiterung des Kabuler Fernmeldeamtes, Errichtung von Ortswahlämtern in den Städten Herat und Mazar-i-Sharif.

Ferner ist eine Telefonverbindung zwischen den Provinzhauptstädten untereinander sowie der Anschluß Afghanistans an den internationalen Fernspreverkehr zustande gekommen. Ein Kurzwellensender für die Fernspreverbindung ist installiert worden. ²⁴⁾

"Die Gesamtkosten des Projektes betragen 22,3 Mio. DM, Lieferungen und Leistungen werden von (west-)deutschen Firmen erbracht. Der Bau der Fernspreleitungen wurde durch Einsatz deutscher Fernmeldebautrupps und z.Zt. durch die Entsendung von Beratern auf planerischem Gebiet im Rahmen der Technischen Hilfe ergänzt." ²⁵⁾

Bis zum 30.6.1971 wurden insgesamt 19,802 Mio. DM ausbezahlt und 3,780 Mio. DM bereits getilgt.

Die Leistung der BRD im Bereich der Telekommunikation in Afghanistan kann nicht hoch genug gewürdigt werden. Diese Kapitalhilfe ermöglichte zum ersten Male eine direkte und reibungslose Telefonverbindung zwischen der Hauptstadt und den Provinzen, sowie eine Telefonverbindung mit Europa und Afghanistans Nachbarn Iran und Pakistan.

23) Die Einzelheiten über die Finanzierung sind aus den Unterlagen des BMZ übernommen.

24) Nach Unterlagen des BMZ.

25) Ebenda. Siehe auch P. Fuhrmann, Entwicklungsland Afghanistan, in: Politische Studien, Heft 179, 19. Jg., 1968, S. 317 - 323.

5.1.5 Rundfunksender-Projekt

Die Bevölkerung Afghanistans ist größtenteils (ca. 90 Prozent, genaue Statistiken sind nicht vorhanden) lese- und schreibunkundig. Das Analphabetentum ist eines der größten Hindernisse der sozio-ökonomischen Entwicklung. Um die Bevölkerung aufzuklären und mit Informationen zu versorgen, bieten Rundfunksendungen eine große Möglichkeit, in entlegensten und schwer zugänglichen Teilen des Landes Informationen und Bildungssendungen auszustrahlen. Dieses Kommunikationsmittel ist ökonomisch gesehen sehr günstig - abgesehen davon, daß Empfangsgeräte im Zeitalter der Transistor-Radios verhältnismäßig günstig zu haben sind, bieten offizielle Lautsprecheranlagen in verschiedenen Gebieten auf Marktplätzen und dergleichen die Möglichkeit, Radiosendungen zu empfangen. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg errichteten deutsche Firmen Sendeanlagen für den afghanischen Rundfunk, die jedoch im Laufe der Zeit ihren neuen Aufgaben nicht gewachsen waren und nur einen begrenzten Empfangsbereich hatten. Durch den Darlehensvertrag vom 14.10.1963 hat die Bundesregierung eine Kapitalhilfe in Höhe von 7,3 Mio. DM (15 Jahre Laufzeit, 3 Freijahre, 3 Prozent Zinsen) für den Bau neuer Sendeanlagen zur Verfügung gestellt. Es wurden ein 100 KW-Mittelwellen- und eine 100 KW-Kurzwellensender, sowie ein weiterer Mittelwellensender von 25 KW errichtet.²⁶⁾ Die Sendeanlagen sind wiederum ausschließlich westdeutsche Erzeugnisse, die durch westdeutsche Firmen errichtet wurden. Im August 1966 wurden die Anlagen eingeweiht. Aus Mitteln der Technischen Hilfe betreuen westdeutsche Fachkräfte dieses Projekt.²⁷⁾ Am 30.6.1971 waren 7,29 Mio. DM ausgezahlt und bereits 3,030 Mio. DM wieder getilgt.²⁸⁾ Das Sendeanlagen-Projekt war wie das Fernmeldeprojekt ein sehr

26) Nach Unterlagen des BMZ.

27) Vgl. P. Fuhrmann, a.a.O., S. 321.

28) Nach Unterlagen des BMZ.

nützliches Projekt. Dank dieses Projektes ist die Stimme von "Radio Afghanistan" in den entlegensten Teilen des Landes zu hören. Seine Auslandssendungen sind bis Mitteleuropa zu empfangen. Bevor diese Sendeanlagen in Betrieb waren, konnten die Sendungen, die mit den alten Anlagen verbreitet wurden, nicht überall im Lande empfangen werden. Die Bevölkerung hörte meistens die Propagandasendungen des Auslandes, die für Afghanistan ausgestrahlt wurden und die aufgrund ihrer Stärke einen sehr viel größeren Empfangsreich hatten. Diese Situation war bedrückend, da die Regierung nicht in der Lage war, ihre eigene Bevölkerung zu erreichen und sie mit Informations- und Bildungssendungen zu versorgen. So waren die Auslandssendungen überall zu hören und erfüllten ihre Funktion als Massenmedium. Diese Ausführungen bedeuten nicht, daß die Bevölkerung jetzt keine Auslandssendungen hört, sondern daß sie in der Lage ist, auch die Stimme ihrer eigenen Rundfunkanstalt zu hören. Diese Möglichkeit versetzt sie in die Lage, auszuwählen, welche Sendungen ihren Wünschen entsprechen und ihre Informations- und Bildungsbedürfnisse befriedigen.²⁹⁾

5.1.6 Getreidesilos und Mühlen

Die Versorgung der Bevölkerung mit Brot und Brotgetreide, das als Hauptnahrungsmittel in Afghanistan gilt, ist in der Vergangenheit sehr unzureichend und mangelhaft durchgeführt worden. Das Fehlen von modernen Getreidesilos und Mühlen hat bewirkt, daß das Brotgetreide durch unsachgemäße Lagerung verdorben und vernichtet wurde. Das Fehlen von Lagerräumen verhinderte eine Intensivierung des Getreideanbaus. In den Wintermonaten ist unzulänglicher Transportwege wegen meistens eine Versorgungslücke an Brotgetreide entstanden, die auch zu erheblichen Preissteige-

29) Eine ausführliche Darstellung über den Rundfunk in Afghanistan siehe in: "Orient", 5. Jg., Heft 4, 1964, S. 132 ff.

rungen geführt hat. Während des zweiten und dritten Fünfjahresplanes hat die Regierung Schritte für die Behebung dieser Mängel unternommen. Die Bundesregierung hat sich in dem Darlehensvertrag vom 9.6.1965 bereit erklärt, Afghanistan einen Kredit in Höhe von 28 Mio. DM (15 Jahre Laufzeit, 4 Freijahre, 3 Prozent Zinsen) für die Errichtung von zwei Getreidelagerhallen und Getreidemühlen in Herat und Kandahar, sowie für den Bau von 49 weiteren Getreidelagerhallen in verschiedenen Orten des Landes zur Verfügung zu stellen. Die Konditionen des Darlehensvertrages wurden jedoch am 9.6.1970 verbessert (Laufzeit 18 1/2 Jahre, 7 1/2 Freijahre, 3 Prozent Zinsen).³⁰⁾ Das ganze Projekt ist noch nicht abgeschlossen. Von den zugesagten 28 Mio. DM des Kredites wurden bis zum 30.6.1971 13,630 Mio. DM in Anspruch genommen. Am 30.6.1971 sind 1,2 Mio. DM dieses Darlehens getilgt worden.³¹⁾ Wenn die gesamten Vorhaben dieses Projektes durchgeführt sind, ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur ausreichenden Brotgetreideversorgung, dem elementarsten Bedürfnis der Bevölkerung, getan.

5.1.7 Tankanlagen für Kraftstoffversorgung

Mit dem Darlehensvertrag vom 6.9.1965, in dem Kredite für den Bau von Getreidesilos und Mühlen zur Verfügung gestellt wurden, hat die Bundesregierung weitere 11,280 Mio. DM als Darlehen für die Planung und Errichtung von Tankanlagen in Kabul und Jallalabad zugesagt. Die Konditionen dieses Kredites waren: 20 Jahre Laufzeit, 3 Freijahre und 3 Prozent Zinsen. Diese Vorhaben sind abgeschlossen und 11,240 Mio. DM Kredite wurden ausgezahlt. Bis zum 30.6.1971 wurden 0,66 Mio. DM getilgt.³²⁾

30) Nach Unterlagen des BMZ.

31) Ebenda

32) Nach Unterlagen des BMZ.

5.1.8 Soforthilfedarlehen

Im Rahmen einer Stabilisierungsaktion des IWF hat die Bundesregierung am 22.8.1965 einen Kredit über 10 Mio. DM der afghanischen Regierung zugesagt. Der Darlehensvertrag, der am 8.9.1965 unterzeichnet wurde, hat die folgenden Konditionen: 25 Jahre Laufzeit, 7 Freijahre, 3 Prozent Zinsen. Am 31.12.1970 war der Kreditbetrag, der für die Einfuhr von lebenswichtigen Gütern bestimmt war, voll ausgezahlt.³³⁾

5.2 Zusammenfassung und Kritik über die geleistete Kapitalhilfe

Die bereits dargestellten Projekte, die aus den Mitteln der Kapitalhilfe der BRD während der Ersten Entwicklungsdekade in Afghanistan durchgeführt wurden, waren Basisinvestitionen, die in ihrer Wirkung nur auf lange Sicht zu beurteilen sind. Aus dieser Perspektive waren sie alle, mit Ausnahme des Mahipar-Projektes, vernünftige und notwendige Einrichtungen, deren Zweckmäßigkeit außer Zweifel steht. Sie sind Teile eines Bündels von verschiedenen Voraussetzungen für eine sozio-ökonomische Entwicklung. Wenn Brigitte Heinrich in ihrem Buch behauptet: "Die Aufschlüsselung der bundesrepublikanischen Entwicklungsprojekte nach ihrem finanziellen Gewicht zeigt, daß sie in Afghanistan vorwiegend politisch motiviert sind: Sendeanlagen, Telefonprojekte sind kaum geeignet, die materielle Lage der Bevölkerung zu verbessern... (sie) gehören vielmehr in den Bereich militärstrategischer Planung."³⁴⁾ kann ihr nicht beigespflichtet werden. Die genannten Projekte und viele andere Infrastrukturprojekte könnten für militärische Zwecke benutzt, besser gesagt mißbraucht werden. Das liegt in der Natur der Sache. Hier ist

33) Nach Unterlagen des BMZ.

34) Brigitte Heinrich, D-Mark-Imperialismus. Deutsche Industrie und Ausbeutung der Dritten Welt, herausgegeben von der Projektgruppe Edition Voltaire, in: Edition Voltaire-Verlag, Berlin 1971, S. 165.

wichtig zu verstehen, daß sie für die sozio-ökonomische Entwicklung notwendig sind und dementsprechend für friedliche Zwecke verwendet werden.

Die Projekte der Kapitalhilfe können unter zwei Gesichtspunkten kritisiert werden: dem Kriterium der Liefer- und Leistungsgebundenheit und dem Kriterium der ungünstigen Kreditbedingungen.

5.2.1. Das Kriterium der Liefer- und Leistungsgebundenheit

Wenn auch diese Bedingung bei der Vergabe der Kapitalhilfe der BRD an Afghanistan nicht ausdrücklich erwähnt wurde, ist es in der Praxis jedoch so, daß die Kapitalhilfe für die Einkäufe im Geberland verwendet werden. "Diese Methode der gebundenen Hilfe hat sich vor allem in den sechziger Jahren mit unglaublicher Schnelligkeit verbreitet, und heute ist nichtgebundene Hilfe schon zur Ausnahme von der Regel geworden."³⁵⁾ Die Nachteile, die daraus für die Entwicklungsländer entstehen, werden durch den "Pearson-Bericht" unmißverständlich dargelegt: "Gebundene Hilfe verursacht den Empfängerstaaten viele verschiedene Kosten. Sie sind gezwungen, von ihren Kreditgebern Güter zu Preisen zu kaufen, die vielfach weit über den auf konkurrenzfähigen internationalen Märkten vorherrschenden Preisen liegen."³⁶⁾

Im Falle Afghanistans mußte die BRD nicht auf einer gebundenen Hilfe bestehen: "Die Deutschen haben in Afghanistan einen so guten Ruf, daß die Bindung der Kapitalhilfe an deutsche Lieferungen überflüssig wäre. Die Aufträge für Projekte, die mit von der Bundesregierung zur Verfügung

35) Der "Pearson-Bericht", a.a.O., S. 209

36) Ebenda.

gestellten Mitteln finanziert werden, gehen zu fast 100 Prozent - mehr als in jedem anderen Land - an die deutsche Industrie."³⁷⁾

Daß die afghanische Regierung freiwillig die westdeutsche Kapitalhilfe zur "gebundenen Hilfe" gemacht hat, beweist ihre unkritische Betrachtung der Angelegenheit einerseits und ihr großes Vertrauen in die BRD andererseits. Jedoch hat sich die Lage in letzter Zeit etwas geändert und in der BRD wurde diese Veränderung aufmerksam registriert.

"Bei Ausschreibungen unter deutscher Kapitalhilfe hat sich in letzter Zeit in Afghanistan die Ansicht durchgesetzt, daß man zumindest prüfen müsse, ob es nicht preisgünstigere Vorschläge zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung des Landes gebe (so wurde von afghanischer Seite beim Ausbau des Stadtnetzes Kabul III erstmalig die Hinzuziehung eines japanischen Angebots zu Vergleichszwecken verlangt, gleichwohl sind die VDE-Vorschriften Bedingung). Insofern glauben Kenner der Verhältnisse neuerdings im kommerziellen Bereich einen gewissen Abnutzungsprozeß bei der traditionellen Pflege der afghanisch-deutschen Beziehungen bemerken zu können."³⁸⁾

Jetzt liegt nun die Aufgabe der Bundesregierung darin, dieser veränderten Situation Rechnung zu tragen und vor allem ihre Kapitalhilfe dieser veränderten Situation anzupassen.

Die Vorteile, die aus der gebundenen Hilfe für das Geberland entstehen, werden im "Pearson-Bericht" unmißverständlich dargelegt: "Die Geberländer wollen auf Märkten mit sich verschärfender Konkurrenz durch ihre "Hilfe" den Export fördern,

37) Inga Krugmann-Randolf, in: Der Volkswirt. Wirtschafts- und Finanz-Zeitung, 21. Jg., Nr. 10, vom 10.3.1967, S. 371.

38) Weltwirtschaft am Jahreswechsel. Afghanistan, in: Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation. (BFA), Beilage zu den NFA, 21. Jg., Nr. 39, vom Februar 1971, S. 4.

oder sie versuchen, durch den Einsatz dieser Auslands-
hilfe gewisse Exportmärkte davor zu bewahren, daß Dritt-
länder ihrerseits mit gebundenen Krediten in sie einbrechen.
Viele Geberländer bedienen sich des Mittels der gebundenen
Hilfe jedoch hauptsächlich, weil sie dadurch ihre Zahlungs-
bilanz zu schützen hoffen."39)

Diese Feststellung des "Pearson-Berichts", die den Grund
dieser Praktiken darstellt, betrifft auch die Kapitalhilfe
der BRD. Die Bundesregierung zog aus dieser Kritik des
"Pearson-Berichts" die Konsequenzen, indem das Bundeskabi-
nett in seiner Sitzung am 11. Februar 1971 eine Reform der
Kapitalhilfe in Aussicht stellte:

"Die Bundesregierung ist grundsätzlich zum Abbau der noch
bestehenden Lieferbindungen bei der Kapitalhilfe bereit
und wird die internationalen Bestrebungen, die auf eine
allgemeine Aufgabe der Bindungspraktiken und auf eine opti-
male Verwendung der Mittel für die Entwicklungsländer ge-
richtet sind, nachdrücklich unterstützen; dabei geht sie
davon aus, daß faire internationale Wettbewerbsbedingungen
sichergestellt werden."40)

Weil aber "faire internationale Wettbewerbsbedingungen"
wegen der egoistischen Handelspolitik der Industrienationen
und ihres Konkurrenzkampfes untereinander in absehbarer
Zeit nicht zu erreichen sind, läßt konsequenterweise eine
völlig lieferungebundene Kapitalhilfe auf sich warten.

5.2.2 Das Kriterium der ungünstigen Kreditbedingungen

Wichtiger als das Kriterium der gebundenen Hilfe ist das
Kriterium der ungünstigen Kreditbedingungen, die im Falle

39) Ebenda, S. 210.

40) Bulletin, Nr. 25, vom 17. Februar 1971, S. 269.

Afghanistans eindeutig festzustellen sind.

Wie aus der Darstellung der Projekte der Kapitalhilfe zu sehen ist, ist in den sechziger Jahren die Kapitalhilfe der BRD für Afghanistan unter sehr ungünstigen Bedingungen gegeben worden. Die Zinssätze bis zu 5 Prozent und relativ kurze Laufzeiten haben der schwachen afghanischen Volkswirtschaft eine schwere Bürde auferlegt. Hinzu kommt, daß die Kredite im unproduktiven Bereich der Infrastruktur verwendet wurden - ausgenommen die Textilfabrik Gulbahar, die, mit gewisser Einschränkung, nicht als Infrastruktur-Projekt gelten kann. Das Resultat dieser Praktiken (teure Kredite) ist die hohe Verschuldung Afghanistans gegenüber der BRD. Am 27.10.1969 betrugen die Schulden Afghanistans gegenüber der BRD 175,64 Mio. DM.⁴¹⁾ Wenn man dann die Aufwertungen der D-Mark seit Oktober 1969 berücksichtigt, verschlechtern sich die Bedingungen noch zuungunsten Afghanistans. Da die Kapitalhilfe der BRD grundsätzlich in DM geleistet wird, ist sie auch in DM zurückzuzahlen. Die allgemeine Verschlechterung der Terms of Trades zuungunsten der Entwicklungsländer, in diesem Fall auch Afghanistans, erschwert das Verdienen von harten Devisen.

In diesem Zusammenhang ist es nötig, Afghanistans Schwierigkeiten im Außenhandel näher zu beschreiben. Afghanistans Außenhandelsstruktur ist gekennzeichnet durch den Handel mit drei Ländergruppen, und jede dieser Gruppen hat ihre eigenen Merkmale. Diese drei Ländergruppen sind: die Ostblockstaaten (vornehmlich UdSSR), Indien und Pakistan und die westlichen Industriestaaten. Der Handel mit den Ostblockstaaten, hier speziell mit der Sowjetunion, wird nach dem Barterprinzip abgewickelt, das heißt Tausch von Waren gegen Waren. Falls Afghanistan im Handel mit der Sowjetunion einen Überschuß

41) Vgl. R. Bellinghausen, Verluste der Entwicklungsländer durch die DM-Aufwertung am Beispiel Afghanistan. in: "Orient", 11. Jg., Nr. 5, vom Oktober 1970, S. 147.

erzielt, können diese Rubelguthaben nur zur Abdeckung von Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion verwendet werden. Der Erlös aus dem Handel mit Indien und Pakistan, die eine nicht frei konvertierbare Währung haben, kann aber auch nicht für die Tilgung von Dollar-, D-Mark- oder Rubelschulden verwendet werden. So bleibt nur der Handel mit den westlichen Industriestaaten, vor allem den USA, Großbritannien und der BRD, um "harte Devisen" zu beschaffen. Gegenüber den beiden westlichen Hauptgläubigerländern USA und BRD ist Afghanistan nicht in der Lage, seine Handelsbilanz zu verbessern, die seit 1961/62 stets ein Defizit aufweist. Die afghanischen Ausfuhren in Hartwährungsländer betrugen im Schnitt von 1340 (1961/62) bis 1348 (1969/70) 26,9 Mio. US-Dollar. Die Einfuhren lagen in dem gleichen Zeitraum bei durchschnittlich 29,8 Mio. US-Dollar. Im Jahre 1969/70 hat Afghanistan in diese Länder Waren für 27,1 Mio. US-Dollar exportiert und 42,0 (!) Mio. US-Dollar importiert.⁴²⁾ "Die Schuldendienstzahlungen Afghanistans in harter Währung betragen von 1350 bis 1355 (1971/72 - 1975/76) im Schnitt jährlich 9,5 Mio. US-Dollar, also über ein Drittel der bisherigen Exporte in Hartwährungsländer. Es zeigt sich also, daß die Finanzierung der Entwicklungspläne Afghanistan in eine äußerst schwierige wirtschaftliche Lage gebracht hat. Die weitgehend aus dem Ausland finanzierten Pläne haben bisher kaum zu steigenden Exporten geführt..."⁴³⁾ Auf den westeuropäischen Märkten kann Afghanistan den Umfang seiner traditionellen Ausfuhr Güter, wie Teppiche, getrocknete und konservierte Früchte, Karakulfelle, Baumwolle und dergleichen, nicht erhöhen, weil sie nicht konkurrenzfähig sind.

"In zunehmendem Maße spürt Afghanistan seine Marktisolation und beobachtet mit Sorge die günstigere Ausgangsstellung,

42) Vgl. R. Bellinghausen, Die afghanische Wirtschaftsplanung, a.a.O., S. 79 f.

43) Ebenda, S. 80.

welche die Hauptkonkurrenten Türkei, Griechenland, Tunesien und Marokko einmal aus geographischer Sicht, dann aber auch wegen ihrer Assoziierung mit der EWG im Hinblick auf den Absatz einiger afghanischer Hauptausfuhrwaren, wie Teppiche, Mandeln, Nüsse, Pistazien u. ä. m. einnehmen."⁴⁴⁾

Diese Chancenungleichheit auf dem westeuropäischen Markt für Afghanistan erschwert es einerseits, genug harte Devisen zu erhalten, andererseits haben die Aufwertungen der D-Mark seit 1969 und zusätzlich die ungünstigen Kreditbedingungen es bewirkt, daß Afghanistan durch "Entwicklungshilfe-Gelder" der ersten Entwicklungsdekade hoffnungslos verschuldet ist. So zum Beispiel:

"Für die bis zum 27. Oktober 1969 abgeschlossenen Kreditverträge war Afghanistan Zinsverpflichtungen in Höhe von 56 Mill. DM oder 14 Mill. US-Dollar eingegangen. Nach der Aufwertung müssen zur Begleichung dieser Verpflichtungen 15,30 Mill. US-Dollar aufgebracht werden. Der Aufwertungsverlust beläuft sich also auf 1,3 Mill. US-Dollar."⁴⁵⁾

Wenn hier die nochmalige DM-Aufwertung vom Jahre 1971 berücksichtigt wird, wird die Krise, in der Afghanistan sich befindet, noch deutlicher. In diesem Zusammenhang stellt der "Pearson-Bericht" fest:

"Die gegenwärtige Krisensituation im Zusammenhang mit der Verschuldung von Entwicklungsländern ist teilweise damit zu erklären, daß die Bedingungen von in der Vergangenheit aufgenommenen Krediten und Darlehen drückender waren, als die kreditnehmenden Länder tragen konnten."⁴⁶⁾

44) Weltwirtschaft am Jahreswechsel. Afghanistan, in: Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BFA), Beilage zu den NFA (Nachrichten für Außenhandel), 21. Jg., Nr. 39, vom Februar 1971, S. 4.

45) R. Bellinghausen, Verluste ..., a.a.O., S. 148.

46) Der "Pearson-Bericht", a.a.O., S. 195.

Weil die Kredite unter ungünstigen Bedingungen vergeben wurden und in nicht gewinnbringende Infrastruktur-Projekte investiert wurden, hätte diese Verschuldung zum Teil verhindert werden können, wenn die BRD die Kredite unter günstigeren Bedingungen zur Verfügung gestellt hätte. Die heutigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten Afghanistans und die hohe Verschuldung des Landes sind nicht allein durch die Kapitalhilfe der BRD verursacht worden, sondern auch die Kredite der anderen Geberländer, insbesondere der UdSSR und USA, haben zu dieser Verschuldung beigetragen.⁴⁷⁾ In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die Volksrepublik China und auch zum Teil Großbritannien Afghanistan zinsfreie Kredite gewährt haben. Der "Pearson-Bericht" empfiehlt,

"daß in Zukunft danach gestrebt werden sollte, Entwicklungskredite zu besonders günstigen Bedingungen zu vergeben. Außerdem verlangt das Wirtschaftswachstum in vielen Entwick-

47) Die Sowjetunion hat Afghanistan seit 1956 500 Millionen Rubel Kapitalhilfe und 100 Millionen Rubel als Zuschüsse zur Verfügung gestellt. Laut Kabuler Tageszeitung "Caravan" vom 28.2.1972, S. 1 und 4.

Die folgende Tabelle zeigt die Auslandsverschuldung Afghanistans in Mio. \$ (Stand Ende 1969) nach R. Bellinghausen, Die afghanische Wirtschaftsplanung, a.a.O., S. 104:

Geberland	In Anspruch gen. Kredit	kontrahiert. Kredit
UdSSR	366,7	471,8
USA	58,1	83,9
BRD	47,2	56,5
VR China	15,9	24,0
Großbritannien	2,5	2,5
Japan	2,0	2,0
Internat. Organis.	0,3	8,5
Gesamt	492,7	649,2

lungsländern nach großen, langfristigen Investitionen auf Gebieten, in denen sich die gesteigerte Produktivität nicht unmittelbar in erhöhten Einkünften (z.B. Erziehungswesen, Straßenbau, Landwirtschaft, Volksgesundheitspflege, Forschung usw.) oder einer maßgeblichen Verbesserung der Zahlungsbilanz äußert. Das bedeutet, daß der Schuldendienst für derartige Kredite entweder vom Schuldnerland aus dessen eigenen Deviseneinnahmen oder vom kreditgebenden Land selbst finanziert werden muß. Wenn die Möglichkeiten des Schuldnerlandes, welche Investitionen zu finanzieren, begrenzt sind, wird eine Kreditgewährung zu Sonderkonditionen nicht nur wünschenswert, sondern dringend notwendig."⁴⁸⁾

Das ist vor allem für diejenigen Entwicklungsländer von elementarster Bedeutung, die ein sehr niedriges Pro-Kopf-Einkommen aufweisen, zu denen auch Afghanistan gehört.⁴⁹⁾ Die günstigen Kreditbedingungen können dazu beitragen, die Verschuldung und Zahlungsbilanzschwierigkeiten in erträglichen Grenzen zu halten. Günstige Kreditbedingungen sind nach Empfehlung des "Pearson-Berichts" solche Kredite, die einen Zinssatz von höchstens 2 Prozent, eine Laufzeit zwischen 25 und 40 Jahren und eine tilgungsfreie Periode von 7 bis 10 Jahren haben.⁵⁰⁾ Die Bundesregierung hat in dieser Hinsicht eine Verbesserung der Konditionen der Kapitalhilfe angekündigt. Diese Verbesserung sieht für die Kapitalhilfe eine Laufzeit von 30 Jahren, 8 tilgungsfreie Jahre und einen Zinssatz von 2,5 Prozent vor.⁵¹⁾

48) Der "Pearson-Bericht", a.a.O., S. 197 f.

49) Die Weltbank berechnet für das Jahr 1966/67 ein Brutto-sozialprodukt zu Marktpreisen von 16 Mrd. Afs. und ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen von 5400 Afs. (IBRD/IDA) Economic Development Program of Afghanistan. January 26, 1967; S. 6. Zitiert aus: Horst Büscher, Die Industriearbeiter in Afghanistan, Meisenheim am Glan, 1969, S. 186, Anmerkung 57. Der Freie-Markt-Kurs des Afghani beträgt: ca. 25 Afghani = 1 DM.

50) Der "Pearson-Bericht", a.a.O., S. 200.

51) Vgl. Bulletin Nr. 25 vom 17. Februar 1971, S. 269.

Diese neu angekündigten Konditionen können jedoch die jetzige Verschuldung Afghanistans gegenüber der BRD nicht vermindern, da sie erst bei der Vergabe der neuen Kredite realisierbar sein werden. Das jetzige Dilemma besteht darin, daß es für die Lösung des Verschuldungsproblems zwei Möglichkeiten gibt: einen Aufschub der Rückzahlungen oder Gewährung von weiteren Krediten. Beide Lösungen können kurzfristig eine Erleichterung herbeiführen, eine langfristige Lösung sind sie nicht.

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) im April/Mai 1972 in Santiago de Chile, in der sich die Unzufriedenheit der Vertreter der Entwicklungsländer manifestierte, hat der Bundeswirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller einen ungewöhnlichen Schritt der BRD angekündigt. So hatte er erklärt, daß die Bundesregierung ab sofort bereit sei, für die 25 am wenigsten entwickelten Länder (zu denen Afghanistan anerkannterweise gehört) ab sofort Kapitalhilfe mit 50 Jahren Laufzeit, zehn Freijahren und 3/4 Prozent Zinsen in Aussicht zu stellen. Für andere Entwicklungsländer hat Karl Schiller auch eine günstige Kapitalhilfe mit einer Laufzeit von 30 Jahren, zehn Freijahren und zwei Prozent Zinsen angekündigt.⁵²⁾ Das entspricht den empfohlenen Bedingungen des "Pearson-Berichts". Diese Ankündigungen, die gewiß bis zu ihrer Realisierung einige Zeit in Anspruch nehmen werden, können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Industrieländer im allgemeinen die Probleme der Entwicklungsländer nicht ernst nehmen.

"... Der ... Grund mag einfach die Unfähigkeit der Menschen auf der nördlichen Halbkugel sein, die inhumanen Bedingungen, unter denen Hunderte von Millionen Menschen auf der südlichen Halbkugel leben müssen, voll zu erfassen, das

52) Nach Rudolf Herlt, Das Tribunal der Armen, in: "Die Zeit", Nr. 18 vom 5. Mai 1972, S. 10.

Unvermögen, das ganze Ausmaß der falschen Einkommensverteilung zwischen armen und reichen Nationen zu begreifen, und schließlich der Irrtum, sie müßten unverhältnismäßig hohe Beiträge aufwenden, um der Dritten Welt zu helfen."⁵³⁾

Die BRD gibt zur Zeit 0,32 Prozent ihres Bruttosozialproduktes für die Entwicklungsländer aus, was aber bis 1975 auf 0,34 Prozent ihres Bruttosozialproduktes erhöht werden soll. Bei den USA, die jetzt 0,3 Prozent ihres Bruttosozialproduktes für Entwicklungsländer ausgeben, wird sich der Betrag im Jahre 1975 auf 0,24 Prozent erniedrigt haben.⁵⁴⁾ Die Beispiele zeigen, daß die allgemein herrschende Meinung in den reichen Industrienationen, die besagt, "Entwicklungshilfe" sei eine Last für die Wirtschaft der Geberländer, weil sie in Form von Zuschüssen gewährt wird, ein tragischer Irrtum ist. "Nicht selten wird die Auffassung vertreten, der Mittelzustrom an die Entwicklungsländer sei ein "Geschenk" der reichen Länder an die armen. Dies ist unwahr und irreführend."⁵⁵⁾

Es ist die Aufgabe der Massenmedien und Regierungen der Industrienationen, ihre Bürger aufzuklären, was die sog. Entwicklungshilfe wirklich ist und was sie beinhaltet.

5.3 Die wichtigsten Bereiche, die mit der Technischen Hilfe der Bundesrepublik Deutschland in Afghanistan unterstützt werden

Bei der Betrachtung der einzelnen Projekte, die im Rahmen der Technischen Hilfe der BRD in Afghanistan ausgeführt werden, ist das Übergewicht auf dem Ausbildungssektor eindeutig festzustellen. Neben dem Ausbildungssektor unterstützt die Technische Hilfe ein mannigfaltiges Programm, das

53) Rudolf Herlt, ebenda.

54) Vgl. ebenda.

55) Der "Pearson-Bericht", a.a.O., S. 171.

verschiedene Bereiche umfaßt. Hier ist der regionale Entwicklungsplan für die Provinz Paktia zu nennen, der neben dem Ausbildungssektor einen Schwerpunkt der bundesrepublikanischen Technischen Hilfe darstellt.

Die Ausbildungshilfe basiert auf der Tatsache, daß für das wirtschaftliche Wachstum der Mensch Träger und Initiator des Entwicklungsprozesses ist und seine Rolle bei dem Produktionsfaktor Arbeit, neben Boden und Kapital, die Intensität des Wachstumsprozesses beeinflußt. Dementsprechend steht der Mensch im Mittelpunkt des Entwicklungsprozesses. Von seinem Wissen und Können hängt der wirtschaftliche und soziale Fortschritt ab.

"Je rückständiger die Menschen sind, umso weniger werden die natürlichen Reichtümer ausgeschöpft. Analphabetentum, mangelnde Geschicklichkeit, mangelndes Wissen, zusätzlich verbunden mit einer hohen Unbeweglichkeit des Produktionsfaktors Arbeit, sind entscheidende Gründe dafür, daß die natürlichen Reichtümer ungenutzt bleiben oder mindestens falsch in Anspruch genommen werden. Würden diese Quellen besser bewirtschaftet, würden sich auch die Entwicklungschancen bessern, so daß u. U. die allgemeine Rückständigkeit beseitigt werden könnte."⁵⁶⁾

Ausbildungshilfe im Rahmen der Technischen Hilfe zeigt:

"Wirtschaftliche Entwicklung und die Annäherung an ein selbständiges Wachstum sind weitestgehend von der Aneignung neuen Wissens, neuer Erfahrungen und neuer Fähigkeiten abhängig. Daher bildet die Bereitstellung von Fachkräften, Lehrern, Technikern und Schulungslehrgängen in Übersee einen wichtigen Bestandteil der Entwicklungshilfe."⁵⁷⁾

56) Rudolf Stucken, der "Circulus Vitiosus" der Armut in Entwicklungsländern, in: Entwicklungspolitik, Handbuch und Lexikon, S. 53.

57) Der "Pearson-Bericht", a.a.O., S. 219.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bei der Ausbildungshilfe an Afghanistan an die traditionell bestehenden kulturellen Bindungen, die zwischen beiden Ländern schon seit den zwanziger Jahren bestehen, angeknüpft. Hier sei unter anderem die "deutsche" Nedjat Oberrealschule zu erwähnen, die im Jahre 1924 in Kabul eröffnet wurde und seitdem durch ein deutsches Lehrer-Team unterstützt wird. Zur Wiederbelebung und Intensivierung des Kulturaustausches zwischen der Bundesrepublik und Afghanistan trug das Kulturabkommen zwischen beiden Ländern, welches am 18. April 1961 in Kabul unterzeichnet wurde und am 14.6.1963 in Kraft trat, wesentlich bei. Diese Zusammenarbeit auf dem Ausbildungssektor, die im Laufe der sechziger Jahre sehr umfangreich wurde, umfaßt vereinfachend 6 Bereiche:

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Universitäten Köln, Bonn und Bochum mit der Universität Kabul;
Zusammenarbeit im Bereich der technischen und Gewerbeschulen;
Zusammenarbeit an der "Kunst- und Handwerkerschule Kabul";
Zusammenarbeit am "Institut für Technische Lehrer";
Zusammenarbeit am "Institut für Industrieverwaltung Kabul";
Zusammenarbeit an der "Polizei-Akademie Kabul";

Diese sechs Gebiete⁵⁸⁾ sind die wesentlichsten Tätigkeitsbereiche, die mit der Technischen Hilfe der BRD unterstützt werden. Im folgenden werden die oben erwähnten Bereiche dargestellt.

5.3.1 Universitäten-Partnerschaft

Hier handelt es sich um Partnerschaften in zwei Disziplinen:

- 1.) Die Partnerschaft zwischen der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Kabul und der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn;

58) Vgl. Ali Ahmand Popal, Eine historische Übersicht über die deutsche Kulturarbeit in Afghanistan, in: Zeitschrift für Kulturaustausch, 16/1, 1966, S. 14 f.

- 2.) die Partnerschaft zwischen der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kabul und den Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Köln, Bochum und Bonn.

Diese Partnerschaften, die seit 1962 bestehen, werden durch die Bundesregierung gefördert. Die Unterstützung der Bundesrepublik geschieht in Form von Entsendung von Lehr- und technischem Personal und Lieferung von Ausrüstungen für die betreffenden Institute und Fakultäten.⁵⁹⁾

Von 1962 bis 1965 wurden die Partnerschaften finanziell aus Mitteln des Kulturfonds des Auswärtigen Amtes in Bonn unterstützt, aber danach wurden sie aus dem Haushalt des BMZ finanziert.⁶⁰⁾ Im Rahmen dieser Partnerschaft sind zur Zeit rund 30 westdeutsche Fachkräfte an diesem Projekt beteiligt. Bis Ende 1972 ist die Durchführung der Partnerschaft vereinbart. Eine Verlängerung der Vereinbarung ist bis 1974 geplant.⁶¹⁾ Durch dieses Projekt der Partnerschaft "stehen afghanische und deutsche Gelehrte Tag für Tag in Forschung und Lehre in engem Kontakt. Sie dienen gemeinsam der Wissenschaft. Sie sind gemeinsam mit den Problemen ihrer Fachdisziplin und der Grenzgebiete befaßt. Und schließlich werden auf diesem Wege auch enge persönliche Beziehungen hergestellt, die das gegenseitige Verstehen fördern. ... Die Aufgabe der Partnerschaften kann wohl nicht allein darin bestehen, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß afghanische Studenten in möglichst kurzer Zeit, möglichst effizient und unter Berücksichtigung der Landesverhältnisse auf ihren Beruf vorbereitet werden. Daneben besteht doch die Notwendigkeit, die Forschung zu intensivieren, das Forschungsinstrumentarium zu erarbeiten und an der internationalen Diskussion

59) Nach Unterlagen des BMZ.

60) Nach Unterlagen des BMZ. Die Höhe der finanziellen Aufwendungen seitens der Bundesrepublik wurde dem Verfasser nicht mitgeteilt.

61) Nach Unterlagen des BMZ.

über die gegenwärtig besonders relevanten oder gar ungelösten Probleme teilzunehmen." ⁶²⁾

5.3.1.1 Konkrete Zielsetzung der Partnerschaft

Die Aufgabe der Partnerschaft liegt in der Hebung des Niveaus von Lehre und Forschung im internationalen Vergleich. Für die Erreichung dieses Zieles lassen sich folgende Aufgabengebiete feststellen:

Schaffung eines Lehrprogrammes für die Dauer von 4 akademischen Jahren und deren gemeinsame Durchführung durch westdeutsche und afghanische Lehrkräfte;

Heranbildung eines afghanischen Dozentenkreises, der in der Zukunft die Anwesenheit des westdeutschen Lehrpersonals überflüssig macht, in Form einer Übernahme ihrer Lehrtätigkeit;

Ausstattung der betreffenden Fakultäten mit Lehrmitteln, wie z.B. Büchern, Geräten und anderen notwendigen wissenschaftlichen Ausrüstungen;

Stipendienvergabe an qualifizierte Absolventen der betreffenden Fakultäten, die schon in Kabul eine gewisse Lehrpraxis in Form von Assistenten- oder Tutoren-Tätigkeit hinter sich haben, zur Weiterbildung in der Bundesrepublik. ⁶³⁾

Westdeutsche Lehrkräfte unterrichten in Kabul ihre Fächer in deutscher Sprache, und weil ca. 80 Prozent der Studenten nur ein mangelhaftes Englisch als einzige Fremdsprache beherrschen, wird während des Unterrichts ein Dolmetscher benötigt, der die gesprochenen deutschen Sätze in die Derri-Sprache (Persisch) übersetzt. Diese umständliche Prozedur vermindert natürlich die Qualität und Intensität des Unterrichts.

62) Willy Kraus, Afghanistan im Blickfeld deutscher Wissenschaft. in: "Orient", 9/6, 1968, S. 198.

63) Nach Angaben von Adolf Zybon: Der Aufbau einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in einem Entwicklungsland. Die Partnerschaft zwischen Köln und Kabul/Afghanistan. in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 17. Jg. 1965, März-Heft, S. 162.

Hier ist "aus grundsätzlichen Erwägungen und aus wohlerwogenen Opportunitätsgründen die Unterrichtssprache Deutsch."⁶⁴⁾ Diese "grundsätzlichen Erwägungen" können so verstanden werden: Weil die Partnerschaft mit westdeutschen Universitäten besteht, muß auch zwangsläufig die deutsche Sprache als Unterrichtssprache gelten. Das ist eine Konsequenz, die die Bundesrepublik Deutschland aus Praktiken anderer Länder, wie den USA und Frankreich, die auch mit anderen Fakultäten der Kabuler Universität partnerschaftliche Beziehungen unterhalten, gezogen hat. Hier sei zu erwähnen, daß nicht alle Fächer der Partnerschafts-Fakultäten in den jeweiligen fremden Sprachen der ausländischen Förderer stattfinden, sondern nur bestimmte Fächer, in denen zufällig ein ausländischer Dozent lehrt. Aus diesem Grunde sollen die Schwierigkeiten, die mit dem Unterricht in einer Fremdsprache (Deutsch, Französisch oder Englisch) verbunden sind, nicht überbewertet werden. Wesentlicher in diesem Zusammenhang sind die Lehrinhalte und ihre Übereinstimmung mit den Bedürfnissen des Landes. Im Hinblick auf die Partnerschaft mit der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kabul kann beobachtet werden, daß die speziellen Probleme der Entwicklungsländer, ihre Wirtschaftsbeziehungen mit den Industrieländern des Westens und Ostens, insbesondere ihre Rohstoffexporte und die Frage der Terms of Trades, ungleicher Warenaustausch und viele andere brennende Fragen, die mit der sozio-ökonomischen Misere der Entwicklungsländer, und hier insbesondere Afghanistans, eng verbunden sind, sehr vernachlässigt werden und deshalb schwach entwickelt sind. Diese Ausführungen bedeuten jedoch nicht, daß die westdeutschen Dozenten für diese vernachlässigten Bereiche verantwortlich sind. Es wäre jedoch sehr wünschenswert und nützlich gewesen, wenn sie Entwicklungsimpulse in dieser Richtung gegeben hätten, trotz der möglichen Widerstände einiger ihrer afghanischen Kollegen in der Fakultät. Der Bereich der Soziologie, die als Fach höchstens dem Namen

64) Adolf Zybon, a.a.O., S. 163.

nach den Studenten bekannt ist ⁶⁵⁾, ist kaum entwickelt. "... die ersten vorsichtig-einführenden Vorlesungen wurden im Herbst 1963 von René König im Rahmen einer sechswöchigen Gastprofessur gehalten."⁶⁶⁾ Die Gründe für die Unterentwicklung der Sozialwissenschaften als einer emanzipatorischen Wissenschaft in der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Kabul wären unter anderem darin zu finden, daß die Universitäts-Bürokratie einer Entwicklung dieses Fachbereichs ablehnend gegenübersteht.

5.3.1.2 Ausbildungsniveau

Wenn auch das vordergründigste Ziel der Universitäts-Partnerschaften die Anhebung des Ausbildungsniveaus im internationalen Maßstab ist, kann die Erreichung dieses Zieles als abgeschlossen betrachtet werden, solange die Ausbildung in den Schulen des Landes mangelhaft und unzeitgemäß durchgeführt wird. Eine mangelhafte schulische Ausbildung kann nicht durch relativ bessere Hochschulausbildung wettgemacht werden. Unter der Betrachtung dieser Voraussetzung ist eine Hebung des Unterrichtsniveaus an der Universität nicht durchführbar. Als Beispiel können hier die Absolventen der Naturwissenschaftlichen Fakultät in Kabul angeführt werden. Die Studenten, die ihr Studium dort abgeschlossen haben und genügend qualifiziert sind, weiter in der Fakultät als Assistent oder Tutor tätig zu werden, werden nach zwei- oder mehrjähriger akademischer Tätigkeit dort wieder durch ein Auswahlverfahren für eine weitere Ausbildung in der Bundesrepublik ausgewählt. In der Bundesrepublik müssen sie nach einer ca. halbjährigen Sprachausbildung in der Bonner Universität wieder als Studenten der Naturwissenschaftlichen Fakultät ihr schon in Kabul abgeschlossenes Studium von neuem beginnen. Da ihre Universitätsausbildung in Afghanistan so lückenhaft

65) Vgl. Adolf Zybon, a.a.O., S. 163.

66) Ebenda, S. 164.

und unvollständig war, entspricht ihr erworbenes Diplom der Universität Kabul nicht dem deutschen Diplom. So fangen sie wieder an, in der Regel 3 bis 4 weitere Jahre in Bonn Naturwissenschaften zu studieren und ihre Diplomprüfung abzulegen.⁶⁷⁾ Bei Studenten der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kabul, die ihre weitere Ausbildung in Köln erhalten, ist die Situation nicht wesentlich anders. Die erwähnten Tatsachen bezwecken nicht, den Wert dieser Partnerschaften zu vermindern, sondern sie sollen die Aufmerksamkeit auf die Misere des afghanischen Bildungssystems im allgemeinen lenken und neue Ansätze für die Überwindung dieser Unzulänglichkeiten im Bereich des Bildungswesens im Rahmen der Ausbildungshilfe der Bundesrepublik Deutschland für Afghanistan ausarbeiten.

Der ganze Komplex der Universitäts-Partnerschaften erschöpft sich keineswegs in den genannten Fakultäten und Fachrichtungen, sondern sie finden ihren Ausdruck im Rahmen weiterer enger Kontakte zwischen der Kabuler Universität und zahlreichen anderen westdeutschen Hochschulen. Zu erinnern sei hier an "... die inzwischen eingeleitete Zusammenarbeit der Literaturfakultät der Universität Kabul mit dem Südasien-Institut der Universität Heidelberg, an die Beteiligung von Wissenschaftlern der Technischen Hochschule Aachen an der Lösung von Entwicklungsproblemen in Afghanistan, an das vom Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen initiierte deutsch-afghanische Gemeinschaftsprojekt auf dem Gebiet der Ethnologie und Archäologie. In diesem Zusammenhang ist auch das Afghanistan-Archiv zu erwähnen, das an der Universität Bochum eingerichtet wurde..."⁶⁸⁾

Außerdem wurde im Jahre 1966 "Die Arbeitsgemeinschaft Afghanistan" gegründet. An dieser Gemeinschaft sind fast alle

67) Nach Befragung der betreffenden afghanischen Studenten in Bonn durch den Verfasser.

68) Willi Kraus, a.a.O., S. 198.

westdeutschen Wissenschaftler beteiligt, die längere Zeit in Afghanistan tätig waren. Die vornehmlichste Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft besteht darin, "... das wissenschaftliche Gespräch mit den afghanischen Kollegen zu pflegen, gemeinsame Tagungen und Symposien zu veranstalten, gemeinsame Forschungsprojekte durchzuführen und ständigen wissenschaftlichen Austausch anzuregen."⁶⁹⁾

Außerdem wurde in diesem Rahmen eine wissenschaftliche Reihe gegründet, die sich "Afghanische Studien" nennt und in der bis jetzt 6 Bücher ⁷⁰⁾ über Afghanistan herausgegeben wurden. Außerdem ist es dem Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik in Bochum in Zusammenarbeit mit der Deutschen Orient-Stiftung in Hamburg gelungen, im Jahre 1967/68 eine sehr umfangreiche Bibliographie über Afghanistan herauszugeben, die zwei Bände umfaßt und das internationale Schriftentum über Afghanistan von 1945 bis 1967 zu erfassen versucht hat.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Universitäts-Partnerschaften in den zehn Jahren ihres Bestehens die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern intensivierten und dazu beitrugen, daß die beiden Völker im Bereich der Wissenschaft und Kultur einander besser verstehen. "Die Freundschaft auf geistiger und kultureller Grundlage ist von längerer Dauer als eine solche, die aus rein politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geschlossen wird."⁷¹⁾ Aus diesem Grunde soll diese Partnerschaft in der Zukunft versuchen, nicht

69) Ebenda.

70) Es handelt sich um folgende Bücher:
Horst Büscher, Die Industriearbeiter in Afghanistan, 1969.
Dieter Fischer, Waldverbreitung im östlichen Afghanistan, 1970
Dieter Fröhlich, Nationalismus und Nationalstaat in Entwicklungsländern, Probleme der Integration ethnischer Gruppen in Afghanistan, 1970
Erwin-Grötzbach, Kulturgeographischer Wandel in Nordost-Afghanistan seit dem 19. Jahrhundert, 1971
Hans-Henning Sawitzki, Die Elitegruppe der Akademiker in einem Entwicklungsland, dargestellt am Beispiel Afghanistan, 1972
Willy Kraus, Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und ihre Weiterverarbeitung in Afghanistan, 1972.

71) Ali Ahmad Popal, a.a.O., S. 16.

nur die fachliche Ausbildung der Studenten zu verbessern, sondern in ihnen die Fähigkeit zum kritischen Denken zu wecken, was den afghanischen Studenten durch die traditionelle Ausbildungsform und -inhalte bis jetzt versagt geblieben ist. Karl Otto Hondrich hat in seiner empirischen Untersuchung, die er an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kabul durchgeführt hat, traditional-unkritische Denkart bei den Studenten festgestellt. Er stellte fest,

".. daß trotz einer eindeutig positiven Einstellung der befragten Studenten zum sozialen Wandel die Art ihres Denkens weitgehend traditional-unkritisch ist. Die Antworten auf die Frage nach den Ursachen des niedrigen Entwicklungsstandes Afghanistans zeigen auch, daß die Studenten zum Kern dieses Hauptproblems ihres Landes noch gar nicht vorgestoßen sind. Das ist besonders bemerkenswert, wenn man ihre Vorbildung und Studienrichtung (gemeint ist Wirtschaftswissenschaft, der Verf.) berücksichtigt."⁷²⁾

Kritisch denkende Akademiker mit guten fachlichen Qualifikationen werden besser in der Lage sein, die Gründe der sozio-ökonomischen Unterentwicklung Afghanistans zu begreifen, sich für deren Beseitigung einzusetzen und letztlich nicht nur die ausländische Bildungshilfe als solche überflüssig zu machen, sondern auch den Irrglauben an die "Unfehlbarkeit" und Notwendigkeit der Entwicklungshilfe des Auslandes für eine sozio-ökonomische Entwicklung eines unterentwickelten Landes wie Afghanistan zu widerlegen (self-reliance).

72) Karl Otto Hondrich, Die Einstellung afghanischer Studenten zum sozialen Wandel. Versuch einer empirischen Studie in einem wirtschaftlich unterentwickelten Land, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, herausgegeben von René König, 16. Jg. 1964, S. 723.

5.3.2 Die technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten

Es handelt sich hier um vier Schulen und zwei Institute, die von der Bundesregierung im Rahmen der Technischen Hilfe unterstützt werden:

Technische Schule Kabul

Technische Schule Kandahar

Technische Schule Khost

Kunst- und Handwerkerschule Kabul

Institut für Industrieverwaltung Kabul

Institut für Technische Lehrer Kabul.

5.3.2.1 Die Aufgabe der Bildungsstätten

Die Aufgabe der Schulen besteht darin, "... afghanische Jugendliche zu Facharbeitern in den Fachrichtungen Metallgewerbe, Kfz.-Handwerk, Elektrotechnik, Holzbearbeitung u.a. auszubilden. Grundlage für diese Ausbildung sind die deutschen Berufsbilder und Berufsausbildungspläne, die den wirtschaftlichen, sozialen und pädagogischen Gegebenheiten in Afghanistan angepaßt werden."⁷³⁾

Da das deutsche System der Berufsausbildung in technisch-gewerblichen Schulen in der Regel eine berufsbegleitende Ausbildung ist, das heißt, daß während einer 3- bis 4-jährigen Lehrzeit die Lehrlinge ihre praktische Ausbildung in Betrieben und ihre theoretische Ausbildung in Gewerbeschulen erhalten, ist dieses System auf die meisten der Entwicklungsländer nicht übertragbar. Aus diesem Grunde ist das Modell einer Facharbeiterausbildung unter der Bezeichnung "technisch-gewerbliche Ausbildungsstätte" speziell für die Entwicklungs-

73) Nach Unterlagen des BMZ.

länder konzipiert.⁷⁴⁾ Der Unterricht in den Schulen besteht aus Theorie und Praxis, wobei die Schulen "durch eine reichhaltige und qualitativ hochwertige maschinelle Ausrüstung sowie durch die Tätigkeit erfahrener deutscher Werkmeister die Möglichkeit zur Erlernung aller erforderlichen praktischen Fähigkeiten bieten"⁷⁵⁾ sollen.

Die technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten sind partnerschaftliche Institutionen. Dementsprechend sind an ihrer Finanzierung beide Länder beteiligt. Die Regierungsabkommen zwischen Afghanistan und der BRD haben das genau festgelegt: Von der BRD werden getragen:

Personalkosten der deutschen Experten;

Ausrüstungsgegenstände, insbesondere Maschinen, Werkzeuge, Geräte, Material für die Elektro-Kraftinstallation, Lehrmittelausstattung;

Auslagen zur Ausbildung einer bestimmten Zahl von Counterparts in der BRD.

Von der afghanischen Regierung werden übernommen:

Personalkosten der einheimischen Ausbilder;

Auslagen für einheimische Verwaltungs- und Hilfskräfte;

die laufenden Ausgaben für den Betrieb und die Instandhaltung der Ausbildungsstätten;

74) Vgl. Probleme der technisch-gewerblichen Ausbildungshilfe für Afghanistan und Thailand. Band I. Länder-Studie Afghanistan. S. 13. Diese Studie wurde durch die "Institutsgemeinschaft für Probleme der Ausbildungshilfe", die aus der Technischen Hochschule Aachen und der Universität des Saarlandes besteht, im Auftrage des BMZ durchgeführt und im Jahre 1967 herausgegeben. Die Autoren sind: Heinz Günther Klein, Klaus Georg Wolf, Lutz Eckensberger und Hermann Schönmeier. Im folgenden wird die Abkürzung Eckensberger/Klein für sie verwendet.

75) Eckensberger/Klein, Probleme der technisch-gewerblichen Ausbildungshilfe..., Band I. Länder-Studie Afghanistan, ebenda.

Grundstücke und Gebäude mit Zufahrtsstraßen;
Wasser- und Stromversorgung;
Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände (insbesondere die
Ausstattung der Klassenräume, Büros, Direktoren- und Lehrer-
zimmer mit Möbeln), soweit sie nicht von der BRD geliefert
werden;
Betriebsstoffe;
Unterhaltskosten der Kraftfahrzeuge.⁷⁶⁾

Die Aufgabe des Instituts für technische Lehrer besteht
neben der Ausbildung der Lehrer für die technisch-gewerbli-
chen Schulen auch in der Vorbereitung der Schüler für die
Übernahme von Aufgaben als mittlere Führungskräfte in
Industrie und Handwerk.⁷⁷⁾

Das Institut für Industrieverwaltung wurde im Jahre 1961/62
von der westdeutschen Wirtschaftsberatergruppe in Kabul ge-
gründet. Ziel des Instituts war es, die Abiturienten und Ab-
solventen der kaufmännischen Schulen in einer dreijährigen
Ausbildung auf Verwaltungsaufgaben in der Industrie vorzu-
bereiten. Ihre Ausbildung bezieht sich auf Fragen des Ein-
kaufs, der Fertigung, des Vertriebs, des Rechnungs- und
Personalwesens. Das Institut bietet 90 Ausbildungsplätze.⁷⁸⁾

In dem Regierungsabkommen zwischen Afghanistan und der BRD
vom 2.11.1965 wurde vereinbart, die Förderung der Schulen
und Institute bis zum Ende des Schuljahres 1969/70 festzu-
setzen. Inzwischen wurde die Förderung der Technischen
Schule Khost, der Kunst- und Handwerkerschule Kabul und des
Instituts für Industrieverwaltung beendet und an die afgha-
nische Regierung übergeben. Die Förderung für den Rest der
Schulen wird bis Ende 1972 abgeschlossen. Insgesamt sind

76) Die gesamten Angaben über die Finanzierung der Ausbil-
dungsstätten zitiert nach Eckensberger/Klein, a.a.O.,
S. 245.

77) Nach Unterlagen des BMZ; vgl. auch ebenda, S. 115.

78) Vgl. K. Dorner, W. Jensch, Entwicklung und ..., a.a.O.,
S. 277.

zur Zeit zehn westdeutsche Lehrkräfte in den Projekten der technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten tätig.⁷⁹⁾

Nachdem der Aufgabenbereich der Schulen jetzt dargelegt wurde, ist zu untersuchen, inwieweit diese Ausbildungsstätten die ihnen zugedachten Aufgaben bewältigen konnten.

5.3.2.2 Zur Praxis der technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten

Untersucht man die Kriterien der Aufgabenerfüllung durch die erwähnten Bildungsstätten stellt sich die Frage, ob die Schulen einen Einfluß auf die Produktivitätssteigerung und wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans ausgeübt haben, was letzten Endes ihre Hauptaufgabe war und ist. Für eine eindeutige Beantwortung dieser Frage ist die abgelaufene Zeit von 10 bis 15 Jahren zu kurz. Weil die Wirkung von Bildungsinvestitionen nicht kurzfristig zu bemessen ist, kann hier bei der Untersuchung der Wirkung der Schulen nur die jetzige Situation der Absolventen im Rahmen des gesamten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprozesses Afghanistans gesehen werden. In diesem Zusammenhang ist die Wirkung der Schulen unter folgenden drei Aspekten zu untersuchen:

- 1.) Ob die Arbeitseffizienz der Absolventen in den Berufen, für die sie ausgebildet sind, erhöht wurde;
- 2.) ob das von den Schulen vermittelte Wissen von den Absolventen in der Berufspraxis verwendet wurde;
- 3.) ob das von den Schulen vermittelte Wissen die Berufsanforderungen berücksichtigt hat.⁸⁰⁾

Außerdem sind alle drei Fragen unter dem Aspekt des ausbildungsadäquaten Einsatzes der Absolventen zu untersuchen. Die Wirkung der Schulen hängt zum großen Teil davon ab,

79) Nach Unterlagen des BMZ.

80) Vgl. Eckensberger/Klein, a.a.O., S. 8.

ob die Absolventen in dem Bereich eingesetzt werden, für den sie ausgebildet wurden. Diesbezüglich stehen die Ausbildungsstätten, die im Rahmen der Technischen Hilfe der BRD für Afghanistan gefördert werden, einem Dilemma gegenüber. Ein westdeutscher Projektleiter schildert die Lage so: "Wir müssen nur wissen, wo und für was Absolventen gebraucht werden, das wissen die Schulen bis heute nicht!"⁸¹⁾

Wenn die Schulen noch nicht wissen, für was die Absolventen der technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten gebraucht werden, dann sind die Schulen logischerweise auch nicht in der Lage, den Schülern eine bedürfnisadäquate Ausbildung zu geben. Konsequenterweise sind dann die Absolventen nicht ausbildungsadäquat einsetzbar. Eine Untersuchung, die im Jahre 1966 über die von der BRD in Afghanistan geförderten technisch-gewerblichen Schulen durchgeführt wurde,⁸²⁾ stellt fest: "Obwohl bei der Gründung bzw. Übernahme der Schulen die Investitionsprioritäten aus den Entwicklungsplänen (gemeint sind die Fünfjahrespläne Afghanistans, der Verf.) klar ersichtlich waren und die zu ihrer Realisierung erforderlichen Berufsgruppen eindeutig abgeleitet werden konnten, wurde darauf verzichtet, die Ausbildungsstätten auf die Bedürfnisse der Wirtschaft auszurichten."⁸³⁾

Diese Aussage beantwortet die drei Fragen, die im Hinblick auf die Wirkung der Schulen auf die wirtschaftliche Entwicklung vorher gestellt wurden. Die Antworten auf diese Fragen sind mit gewisser Einschränkung negativ. "Die technischen Schulen in Afghanistan haben jahrelang am wirklichen Bedarf der einheimischen Wirtschaft vorbeiproduziert."⁸⁴⁾

81) Zitiert nach Eckensberger/Klein, a.a.O., S. 179; (Hervorhebung im Originaltext).

82) Siehe Anmerkung 74.

83) Eckensberger/Klein, a.a.O., S. 179, (Hervorhebung im Originaltext).

84) Ebenda, (Hervorhebung im Originaltext).

Nach dieser Feststellung, daß die Absolventen nicht nach den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgebildet wurden, könnte man nach der jetzigen Situation, kurzfristig gesehen, die Ausbildung, die vermittelt wurde, als konsumptiv bezeichnen. Es ist fraglich, ob diese Ausbildung, auch langfristig gesehen, konsumptiv sein wird. Daß durch die jetzige wirtschaftliche Unterentwicklung Afghanistans sehr beschränkte Ausbildungszweige benötigt werden, bedeutet nicht, daß dies auch in Zukunft so bleibt. Je weiter sich die Wirtschaft entwickelt, desto mehr neue Bedürfnisse entstehen auch nach Absolventen anderer Ausbildungszweige, möglicherweise nach solchen, die zur Zeit in den technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten gelehrt werden und deren Absolventen jetzt keine adäquaten Arbeitsplätze in der Wirtschaft finden.

Die Untersuchung von Eckensberger/Klein kann leicht zu der Annahme verleiten, die Ausbildungshilfe der BRD für die technischen Schulen als eine Fehlleistung zu bezeichnen. Tatsächlich ist das Problem vielschichtiger und bedarf eines differenzierten Urteils.

Die technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten sind partnerschaftliche Einrichtungen. Für ihren Erfolg oder Mißerfolg sind auch dementsprechend Afghanistan und die BRD gemeinsam verantwortlich und nicht nur die BRD. Es ist die Aufgabe der betreffenden afghanischen Ministerien, vor allem des Erziehungs- und Planungsministeriums, die Bedürfnisse der afghanischen Wirtschaft zu kennen und, nachdem diese Bedürfnisse ausfindig gemacht sind, die Aufgaben der technischen Schulen festzulegen. Nach Eckensberger/Klein ist dieses Erkennen der Ausbildungsbedürfnisse im Rahmen der technischen Schulen durch Berücksichtigung der afghanischen Fünfjahrespläne möglich, weil dort die Schwerpunkte eindeutig auf der Infrastruktur und Industrie liegen und die technischen Schulen brauchten sich nur danach zu richten. So hätte eine berufsorientierte Ausbildung durchgeführt werden können.

"Obwohl Infrastrukturinvestitionen und Industrie bisher zum größten Teil andere als "erzeugende" Metallberufe, ja sogar andere als Metallberufe überhaupt verlangten (so z.B. Fachkräfte auf dem Bausektor mit Komplementärberufen; im gesamten Nachrichtenwesen), liegt der Ausbildungsschwerpunkt auf dem Metallsektor und war zudem bis 1966 noch außerordentlich differenziert in seinem Angebot: Maschinenfacharbeiter, Maschinenschlosser, Werkzeugmacher, Bauschlosser, Schmiede, Klempner, Rohrleger, Kfz.-Mechaniker, Gießer, Modelltischler, daneben noch: Elektrotechnik (Starkstrom, Radio, Installation) sowie Schreiner."⁸⁵⁾

Eine Orientierung der Ausbildung in den technischen Schulen nach den Bedürfnissen der afghanischen Fünfjahrespläne bedeutet dann einen Verzicht auf diese mannigfaltigen Ausbildungsrichtungen, die oben aufgezählt wurden und eine Beschränkung der Lehrinhalte auf Ausbildung der Fachkräfte für den Bausektor und Installationsberufe. Kurzfristig kann damit der afghanischen Wirtschaft gedient werden, langfristig aber ist das ein Nachteil; weil dann andere Fachkräfte, die für eine weiterentwickelte Wirtschaft benötigt werden, nicht vorhanden sein werden. Die betreffenden afghanischen Ministerien müssen zuerst einen langfristigen Plan aufstellen und dort festlegen, was für Fachkräfte die afghanische Wirtschaft kurz- und langfristig benötigen wird.

Der folgenden Feststellung: "Solange die Schulen sich nicht um die afghanische Realität kümmern und das deutsche Personal versucht, sein von den Verhältnissen in der BRD geprägtes Konzept afghanischen Verhältnissen einfach aufzupropfen, werden die Schulen auch die nächsten Jahre am Bedarf vorbeiproduzieren. Diese Form der Ausbildung trägt aber nicht zum Wachstum der Wirtschaft bei, sondern verhindert es, da alle finanziellen Mittel, die in eine Berufsausbildung

85) Ebenda, S. 179 f.

gesteckt werden, für die kein entsprechender Arbeitsmarkt vorhanden ist, keine Investitionen, sondern Konsum-Ausgaben sind."⁸⁶⁾ ist zum Teil zuzustimmen. Daß die Lehrinhalte und das Lehrpersonal der BRD nicht den afghanischen Bedürfnissen entsprechen, ist eine Tatsache, die auch vom "Pearson-Bericht" im Falle der Technischen Hilfe im allgemeinen festgestellt wurde.⁸⁷⁾ Das verdeutlicht, daß die Entwicklungsländer eine neue Art von Lehrpersonal und Lehrinhalten benötigen als die zur Zeit zur Verfügung stehenden, da sie (Lehrpersonal und Lehrinhalte) für die spezifische Lage der hochindustrialisierten Länder konzipiert sind und nicht für die Entwicklungsländer. Aber von einem Land wie Afghanistan, das jahrzehntelang im eigenen Land Entwicklungspolitik betreibt, kann erwartet werden, zumindest die Ausbildungsinhalte für die technischen Schulen, die das Land benötigt, selbst zu definieren. Es ist nicht die Aufgabe des westdeutschen Lehrpersonals, dies zu tun, weil sie nie in der Lage sein werden, die Bedürfnisse eines Entwicklungslandes besser einzuschätzen als das betreffende Land selbst. Wenn dieses dann seine eigenen Bedürfnisse definiert hat, ist es für das westdeutsche Lehrpersonal nicht schwierig, seinen Unterricht danach auszurichten. Um die Problematik der technischen Schulen anschaulicher zu machen, werden hier einige Beispiele erwähnt. 81 Schüler, die als "Werkzeugmacher" ausgebildet wurden, üben 50 (!) verschiedene Tätigkeiten aus, davon haben nur 9 Personen einen ausbildungsadäquaten Einsatz gefunden.⁸⁸⁾ Beispiele wie in der Anmerkung 88 sind genug vorhanden und unterstreichen, daß ohne Koordi-

86) Ebenda, S. 184.

87) Der "Pearson-Bericht", a.a.O., S. 219.

88) Als Werkzeugmacher ausgebildete Schüler wurden als Klimatologist (!), Drucker, Schreiber und in weiteren 45 anderen Berufen, die kaum mit ihrer Ausbildung zu tun haben, eingesetzt. Ein anderes Beispiel: Von 49 Schülern, die als Rohrleger ausgebildet wurden, sind nur 9 Schüler ausbildungsadäquat eingesetzt worden. Andere wurden als Laborant (!), Filmvorführer (!), Buchbinder (!) usw. eingesetzt. Angaben nach Eckensberger/Klein, a.a.O., S.130 f.

nierung der Ausbildung mit der wirtschaftlichen Situation Afghanistans und ohne eindeutige Festlegung der Aufgaben des westdeutschen Lehrpersonals durch afghanische Stellen das Problem bestehen bleibt. An dieser Stelle muß daran erinnert werden, daß die Technische Hilfe "Hilfe zur Selbsthilfe" ist. Wenn der afghanische Verwaltungsapparat einen Werkzeugmacher als Klimatologen und einen Rohrleger als Buchbinder oder Laborant einsetzt, können dafür drei Erklärungen gegeben werden:

1.) Der Verwaltungsapparat muß für die Absolventen sorgen, weil der afghanische Staat die Verpflichtung übernommen hat, den Absolventen der technischen Schulen den Beamten-Status zu geben, und dementsprechend für sie eine Arbeit zu finden. Daraus resultiert, daß die Absolventen manchmal Arbeiten durchführen müssen, die mit ihrer Ausbildung nichts zu tun haben. Weil der Staat keine Aufgabe entsprechend der Fachrichtung der Absolventen hat, müssen diese Aufgaben bewältigen, die zufällig vorhanden sind. Hier ist primäres Ziel die Beschäftigung der Absolventen.

2.) Die Absolventen weigern sich, in die Provinz zu gehen und dort eine ausbildungsadäquate Aufgabe (falls überhaupt vorhanden) zu übernehmen. So bleiben sie in der Hauptstadt und sind bereit, dort Aufgaben zu übernehmen, die nichts mit ihrer Ausbildung zu tun haben. Das geschieht nicht selten durch "Beziehungen" und dergleichen.

3.) Ihre Ausbildung ist realitätsfremd. So ein differenziertes Lehrangebot und solche Spezialausbildung werden nicht gebraucht. Weil sie jedoch trotzdem in den technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten durchgeführt werden, muß der Staat die Absolventen einstellen, weil sonst die Gefahr, daß ein arbeitsloses "Facharbeiter-Proletariat" entsteht, zu groß ist.

In Fall 1.) und 3.) ist der Grund für diese Misere eindeutig in dem mannigfaltigen und den Bedürfnissen des Landes nicht adäquaten Ausbildungssystem der technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten zu suchen. In Fall 2.) ist das Problem, wenn man eine ausbildungsadäquate Beschäftigung in den Provinzen unterstellen würde, ein sozio-ökonomisches und sozial-psychologisches Problem, da die Provinzen als Beschäftigungsorte im Vergleich mit der Hauptstadt nicht attraktiv sind. Für die Beseitigung der Mißstände in den technischen Schulen muß ein Ausbildungssystem konzipiert werden, welches sog. "Grundberufe" zum Inhalt hat; das heißt, es müssen technische Grundkenntnisse vermittelt werden, die es möglich machen, die Absolventen universell einzusetzen, bzw. diese technischen Grundkenntnisse können, je nach den Bedürfnissen der Entwicklungspläne, durch zusätzliche Kurse erweitert werden, um die Schüler so auf ihre Aufgaben vorzubereiten.

5.3.2.3 Ansätze zur Kritik an den von der Bundesrepublik geförderten partnerschaftlichen technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten

Wie erwähnt wurde, sind diese Ausbildungsstätten partnerschaftliche Einrichtungen - demzufolge sind für den unbefriedigenden Zustand dieser Lehranstalten beide Vertragspartner (Afghanistan und die BRD) verantwortlich. Hier wird versucht, solche Bereiche zu kritisieren, für deren unbefriedigenden Zustand die BRD verantwortlich ist. Wenn auch diese Methode nicht unproblematisch ist, weil eine Trennung der Verantwortlichkeiten beider Vertragspartner nur theoretisch möglich ist, da in der Praxis ein Zusammenhang zwischen ihnen besteht. Trotzdem konzentriert sich die Kritik im folgenden auf solche Tatbestände, die eindeutig die BRD betreffen: Die Ausrüstung der Schulen und die Betonung ihres politischen Zweckes.

Hier sind solche Ausrüstungen gemeint, die als "Lehrmittel" zu bezeichnen sind. Es handelt sich, einfach ausgedrückt, um maschinelle Ausrüstungen, die für den Lehrbetrieb nötig sind und von der BRD zur Verfügung gestellt wurden. Eckensberger/Klein stellten fest, daß diese maschinellen Ausrüstungen der Schulen nicht in dem erwünschten Maße Rücksicht auf die Zustände der afghanischen Wirtschaft nehmen. Diese Ausrüstungen sind zum Teil sehr moderne und kostspielige Geräte. Die Schüler können ihr Wissen, das sie an diesen Maschinen erworben haben, nicht in die Praxis umsetzen, da die afghanische Industrie noch nicht solche Ausrüstungen besitzt.⁸⁹⁾ "Diese Maschinen würden der deutschen Wirtschaft dienen, nicht aber dem afghanischen Markt. Die Ausbildung an diesen Maschinen hätte konsumptiven Charakter, da sie die Produktivität der afghanischen Wirtschaft nicht steigern könnte. Ein Beispiel hierfür ist ein Schrank der Radio-Werkstatt der technischen Schule Kabul, der mit Fernsehröhren bestückt ist, obgleich in Afghanistan kein Fernsehprogramm ausgestrahlt wird."⁹⁰⁾

Eine einfachere Ausrüstung wäre zweckmäßiger gewesen, weil erstens aufgrund ihres niedrigeren Preises mehr Ausrüstungen zu beschaffen wären, die einen besseren Lehrbetrieb ermöglichen könnten; zweitens wären Ersatzteilbeschaffung und Reparaturen günstiger gewesen. Nicht zuletzt hätte der Unterricht praxisnaher durchgeführt werden können, wenn das erworbene Wissen auch auf den Maschinenpark der afghanischen Industrie anzuwenden gewesen wäre. Die jetzigen Ausrüstungen wurden auf Wunsch und nach Vorstellungen der westdeutschen Werkstattdlehrer beschafft. Jeder Lehrer bestellte die Ausrüstungen nach seinem Ausbildungsprogramm. "Daß dabei auch Prestigefragen eine Rolle spielen (ten), darf angenommen werden. Aus den Ausführungen kann nur eine Schlußfolgerung gezogen werden: Die Werkstatt- und sonstigen Ausrüstungen

89) Vgl. Eckensberger/Klein, a.a.O., S. 188.

90) Ebenda, S. 189; Detaillierte Angaben siehe ebenda, S. 188 f.

müssen geplant und evtl. in Grenzen standardisiert werden, da nur dann von einzelnen abhängende Zufälligkeiten ausgeschaltet werden können."⁹¹⁾

Für eine optimale Ausrüstung der technischen Schulen müssen die westdeutschen Ausbilder mit ihren afghanischen Kollegen gemeinsam die Art der Ausrüstung bestimmen, damit, falls die Förderung der technischen Schulen durch die BRD wie geplant bis Ende 1972 beendet sein wird, dem afghanischen Lehrkörper Ausrüstungen hinterlassen werden, die auch seiner Vorstellungentsprechen.

Die Betonung des politischen Zweckes der Schulen muß in bezug auf die Aufgabenstellung der Schulen betrachtet werden. Wie vorher ausgeführt wurde, besteht die Aufgabe der technischen Schulen darin, vor allem Facharbeiter auszubilden. Dieses Ziel wurde jedoch nicht immer verfolgt, weil der westdeutsche Lehrkörper je nach Vorstellung die Prioritäten in den Unterrichtsfächern festgelegt hatte. Zum Beispiel sah ein westdeutscher Sprecher der technischen Schulen in Afghanistan die Aufgabe der Schulen darin, Deutschsprechende auszubilden und nicht Facharbeiter. "Da ich nicht weltfremd bin, habe ich mich für Deutsch entschieden, denn es ist nicht so wichtig, den Schülern das Handwerk beizubringen. Politisch nutzt nur der Deutschsprechende!"⁹²⁾

Es ist nicht die Aufgabe eines Schulsprechers zu bestimmen, welche Fächer oder Lehrinhalte mehr Prioritäten haben sollen. Es wurde vertraglich schon festgelegt, welches die Aufgaben der Schulen sind. Außerdem wurde hier verkannt, daß ein fachlich gut ausgebildeter Schüler, der in der Lage ist, die ihm gestellten Aufgaben in seinem beruflichen Leben zu

91) Eckensberger/Klein, a.a.O., S. 190.

92) Es handelt sich um Ausführungen eines westdeutschen Schulsprechers im Jahre 1966. Zitiert nach Eckensberger/Klein, a.a.O., S. 227; (Hervorhebung im Original).

erfüllen, eine gute politische Demonstration für die Leistung der BRD darstellt und nicht ein Schüler, der eine bessere Kenntnis der deutschen Sprache als die von ihm erwartete fachliche Qualifikation besitzt. Die Gründe für die Überbewertung der Fremdsprache liegen unter anderem darin, daß die Auffassung besteht, daß in einem Land wie Afghanistan, wo nicht genügend Industrie vorhanden ist, das primäre Ziel der Ausbildungsstätten nicht in der Fachausbildung gesehen werden könne.⁹³⁾ Diese Auffassung zeigt, daß die technischen Schulen die Realitäten der vorhandenen Industrie nicht in Betracht ziehen und ein isoliertes Dasein führen. Wie kann sonst erklärt werden, daß es den Schulen verborgen geblieben ist, daß z.B. die Textilindustrie, einer der größten Industriezweige des Landes, ausschließlich maschinell produziert. Trotzdem bilden die Schulen Weber noch an Handwebstühlen aus. So sind sie dann für die industrielle Produktion nicht geeignet.⁹⁴⁾ Die Hauptursache für diese unbefriedigende Lage in den technischen Schulen liegt darin, daß jeder neue Projektleiter die Ziele der Schulen nach seinem Ermessen definiert.

"Der ständige Wechsel in der Zielsetzung der Projekte in Afghanistan - abhängig vom jeweiligen Projektleiter - hat nicht nur der Ausbildung geschadet, er hat auch Einfluß auf die Auswahl der technischen Apparatur gehabt."⁹⁵⁾

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß oft die Fachkräfte, die aus den Industrieländern in die Entwicklungsländer entsendet werden, ihrer schweren Aufgabe, die ihnen dort gestellt wird, nicht gewachsen sind. Richard F. Behrendt stellte in diesem Zusammenhang sehr treffend fest:

93) Vgl. ebenda, S. 228.

94) Vgl. ebenda, S. 182.

95) Ebenda, S. 228.

"Da wir nicht einmal mit einem Überfluß von guten Lehrern gesegnet sind, kann es nicht überraschen, daß gute Entwicklungsberater höchst selten sind. Jeder ausländische Berater in einem Entwicklungsland, ganz gleich, auf welcher Ebene er arbeitet, muß also, um wirksam zu sein, Fähigkeiten zur Anpassung an ihm zunächst fremdartige Situationen und zu erheblichen Variationen seiner Tätigkeit besitzen. Er muß verstehen, seine Ratschläge - und die Art, in der er sie erteilt - nach den jeweils vorliegenden materiellen, sozialen und psychischen Tatbeständen zu modulieren..."⁹⁶⁾

Es ist erfreulich, daß eine offizielle Untersuchung seitens des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit diese mangelhaften Erscheinungen in den technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten aufgedeckt und Ratschläge für ihre Verbesserung formuliert hat. Entwicklungspolitik ist selbst ein Lernprozeß für Geber und Nehmer der Entwicklungshilfe. Diese Politik wird in dem Maße nützlicher und fruchtbringender, je mehr sie ihre eigenen Unzulänglichkeiten und Lücken begreift und sich für deren Beseitigung einsetzt. Gegen Ende der Ersten Entwicklungsdekade hat sich gezeigt, daß eine wirksame Technische Hilfe gar nicht so leicht zu leisten ist, wie gemeinhin vorher angenommen wurde, da eine Identifizierung der Bedürfnisse eines Entwicklungslandes für die Technische Hilfe im allgemeinen und speziell für die Ausbildungshilfe ein langwieriger Prozeß ist.⁹⁷⁾

5.3.3 Ausbildungshilfe für die Polizei

An der Ausbildung der afghanischen Polizei hatte sich schon das Dritte Reich zwischen 1938 und 1940 beteiligt. Damals hatten zwei deutsche Polizeioffiziere an der Kabuler Poli-

96) Richard F. Behrendt, Soziale Strategie für Entwicklungsländer. Entwurf einer Entwicklungssoziologie, zweite, ergänzte Auflage. Frankfurt am Main 1968, S. 500.

97) Vgl. dazu: Der "Pearson-Bericht", a.a.O., S. 219 f.

zeischule gelehrt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden diese Kontakte 1956 wiederhergestellt. In diesem Jahr (1956) wurde eine Reihe von afghanischen Heeresoffizieren zur polizeilichen Ausbildung in die Bundesrepublik entsandt. Ihre Aufgabe bestand darin, an dreijährigen Kursen im Polizei-Institut Hilstrup teilzunehmen und sich mit den Polizeimethoden und der Organisation vertraut zu machen und nach ihrer Rückkehr nach Afghanistan ihre Kenntnisse dort anzuwenden. Parallel dazu bat Afghanistan die Bundesregierung um Entsendung von Polizeiausbildern. Demzufolge sandte die Bundesregierung drei westdeutsche Polizeibeamte (je einen Beamten für den uniformierten Polizeidienst, für die kriminalpolizeiliche Ausbildung und die Kriminaltechnik) nach Afghanistan.⁹⁸⁾ An dieser Stelle erhebt sich die Frage, warum Afghanistan für die Ausbildung seiner Polizei die BRD um Technische Hilfe gebeten hat. Für die Beantwortung dieser Frage ist überhaupt keine offizielle Begründung oder Stellungnahme vorhanden. Auch im Bereich der bundesrepublikanischen Technischen Hilfe für die afghanische Polizei sind fast keine brauchbaren Angaben vorhanden, und mit Ausnahme des von Albrecht Weisel verfaßten Artikels wurde nichts darüber geschrieben. In Afghanistan und insbesondere auch in der BRD ist man in der Behandlung dieses Bereiches der Technischen Hilfe sehr zurückhaltend. So ist dann für die Beantwortung der gestellten Frage anzunehmen, daß die afghanische Regierung durch diese Maßnahme ihr Neutralitätsprinzip zu demonstrieren versucht hat. Es ist bekannt, daß die afghanische Regierung die Sowjetunion mit der Ausbildung der afghanischen Armee beauftragt und dann, als Gegengewicht, der BRD die Ausbildung der Polizei übertragen hat. Für die Richtigkeit dieser Vermutung spricht die gesamte Entwicklungspolitik Afghanistans. In der gleichen Zeit, in der Afgha-

98) Vgl. Albrecht Weisel, Entwicklungshilfe der deutschen Polizei in Afghanistan, in: Die Polizei. Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen. Polizei-Wissenschaft-Recht-Praxis, 55. Jg., Heft 9 vom 8. Sept. 1964, S. 265.

nistan für die Polizeiausbildung die Unterstützung der BRD suchte, gaben die Vereinigten Staaten von Amerika auch eine gewisse Starthilfe für die afghanische Polizei. Sie stellten Jeeps, Fahrräder und andere Ausrüstungen zur Verfügung. Ihre Mitarbeit endete jedoch 1958.⁹⁹⁾ Bis 1961 stellten das Bundesministerium des Inneren, das Bayerische Staatsministerium und die Westberliner Polizei die Unterrichtsmaterialien zur Verfügung.¹⁰⁰⁾ Der Lehrstoff wurde vom Deutschen ins Persische übersetzt. Die anfänglich organisatorischen sowie pädagogischen Schwierigkeiten konnten bis zum Jahre 1961 überwunden werden und der Unterricht konnte einigermaßen reibungslos beginnen.¹⁰¹⁾ In diesem Jahr erhielt die Polizeischule eine Aufwertung und wurde in "Polizei-Akademie" umbenannt. Der Akademie wurde Fakultätsrang gegeben und so konnten dort Abiturienten als Polizeioffiziere ausgebildet werden.

An dieser Stelle muß darauf hingewiesen werden, daß die Aufgabe, die die Bundesrepublik in diesem Bereich zu erfüllen hatte, eine sehr schwierige und mühselige Arbeit war. Abgesehen davon, daß eine Übertragung der westdeutschen Polizeiausbildung auf die afghanischen Verhältnisse fast unmöglich ist, da die Polizeisysteme beider Länder nichts Gemeinsames haben (unterschiedliche Rechtssysteme), gelang es dennoch, ein Unterrichtssystem aufzubauen, das den afghanischen Verhältnissen gerecht wurde. Weil die Bundesrepublik diese schwere Aufgabe übernommen hatte, mußten auch die westdeutschen Fachkräfte für Polizeiwesen ihr Bestes geben. "...daß es bei der Durchführung unserer Aufgabe nicht allein um uns ging, sondern daß wir stellvertretend für unser Land (gemeint

99) Vgl. ebenda, S. 267.

100) Vgl. ebenda, S. 268.

101) Ca. 7 westdeutsche Ausbilder waren mit dem Unterricht in folgenden Fächern betraut: Polizeirecht, Polizeiverwendung, Organisation und Praxis der Polizei, Volkswesen, Unfallberatung, Kriminaldienst, Kriminalpsychologie und Sport. Vgl. dazu: Klaus Dörner, Werner Jensch, Entwicklung und Entwicklungspolitik in Afghanistan, a.a.O., S.279.

ist die BRD, d. Verf.) tätig waren. Unsere Mißerfolge wären ein deutscher Mißerfolg, ja eine westliche Prestigeeinbuße gewesen. So hieß es also durchhalten, auch wenn bei weitem nicht alles so ging wie es im Interesse der Sache zu wünschen gewesen wäre."¹⁰²⁾

Trotz der Schwierigkeiten wurden die Lehrbetriebe in der Akademie erfolgreich durchgeführt und die Absolventen der Akademie, die auch weiterhin in der Bundesrepublik ausgebildet wurden ¹⁰³⁾, konnten die Schlüsselpositionen in der afghanischen Polizei einnehmen. In der Bundesrepublik, so weit man sich mit der Ausbildung der Polizei im Rahmen der Technischen Hilfe für Afghanistan beschäftigt hat, sind Unbehagen und eine Aversion gegen solche Technische Hilfe zu verzeichnen, die meistens unbegründet sind.

Klaus Dörner und Werner Jensch kritisieren in ihrer Studie über die "Entwicklung und Entwicklungspolitik in Afghanistan" diese Art der Technischen Hilfe der BRD, weil sie der Meinung sind, daß das brutale Vorgehen der Polizei zur Unbeliebtheit des Polizeiwesens in Afghanistan beigetragen habe, was auch die BRD bei der Bevölkerung Afghanistans diskreditieren würde.¹⁰⁴⁾ Diese Darstellung ist nicht stichhaltig, weil sie nicht zwischen den "normalen" Polizisten und den von der BRD ausgebildeten Polizeioffizieren und Unteroffi-

102) A. Weisel, a.a.O., S. 269.

103) Ihre Zahl, Dauer und Ort ihres Aufenthaltes in der BRD sind nicht bekannt!

104) Vgl. Klaus Dörner, Werner Jensch, Entwicklung und Entwicklungspolitik in Afghanistan, a.a.O., S. 311 f. Auch das Zweite Deutsche Fernsehen ging im Frühjahr 1971 in der Sendung "Ortszeit" auf diese Problematik ein und kritisierte die Technische Hilfe der BRD für die afghanische Polizei. Hier muß darauf hingewiesen werden, daß die in der Polizei-Akademie ausgebildeten Polizeioffiziere wichtigere Aufgaben zu erfüllen haben als sich mit Demonstranten herumzuschlagen, was nach dem Stand ihrer Ausbildung nicht ihre Aufgabe ist.

zieren, die sich durch ein höheres Ausbildungs- und Erziehungsniveau auszeichnen, unterscheidet und so zur verzerrten Schlußfolgerung führt. Diese und ähnliche negative Darstellungen haben es bestimmt bewirkt, daß die BRD ihre Technische Hilfe für die afghanische Polizei für das Jahr 1972 gekündigt hat. An dieser Stelle ist es angebracht, eine prinzipielle Bemerkung in dieser Angelegenheit zu machen. Wenn Afghanistan ausgerechnet die Hilfe der BRD für die Ausbildung des Polizeiwesens beanspruchte, bedeutete das nichts anderes, als daß Afghanistan für eine so wichtige Aufgabe keinem anderen Land außer der BRD sein Vertrauen schenkte. Afghanistan hatte in den letzten 16 Jahren nie Mangel an Angeboten von Kapital- und Technischer Hilfe aus verschiedenen Industrienationen des Ostblocks und der westlichen Nationen. Es gab andere Länder, die dazu bereit waren, bei der Ausbildung der afghanischen Polizei mitzuwirken.¹⁰⁵⁾ Es ist fraglich, ob Afghanistan allein in der Lage gewesen wäre, ohne Technische Hilfe von außen diese Aufgabe zu bewältigen. Daß die bundesrepublikanische Wirt-

105) A. Weisel, der viele Jahre in Afghanistan bei der Ausbildung der Polizei mitwirkte, beurteilt die Situation wie folgt:

"... Andererseits zeigte die Polizeiarbeit in Afghanistan aber auch sehr bald durchaus greifbare Ergebnisse. Denn: Wo in ganz Asien wird ein Deutscher bereits an der Grenze, sicher aber bei vielen Polizeidienststellen in seiner Muttersprache begrüßt - und mit Vorzug behandelt? Weiterhin: Die von Deutschen erzogenen Afghanen werden immer die Industrie-Erzeugnisse ihres geistigen und beruflichen "Mutterlandes" für die besten halten und so der deutschen Wirtschaft und deren Vertretern im Ausland manchen, wenn auch oft nicht exakt meßbaren Vor-schub leisten. Und das Wichtigste: Wo wir als Vertreter der Bundesrepublik sind und wirken, können sich andere nicht breitmachen. Andere Mächte (gemeint sind UdSSR und USA, d. Verf.) haben, wie bekannt geworden ist, manchen Versuch unternommen, etwa den in der Armee herrschenden Verhältnissen (gemeint ist die Ausbildung der afghanischen Armee durch die Sowjetunion, d. Verf.) entsprechend auch in der afghanischen Polizei zu wirken. Es ist ihnen nicht gelungen."

A. Weisel, a.a.O., S. 270.

schaft auch davon profitiert hat, zeigen die Ausrüstungen der afghanischen Polizei. Die Ausführungen Weisels (Anmerkung 105) deuten auf die Vorteile, die die BRD aus der Polizeiausbildung in Afghanistan gezogen hat, hin.

5.3.4 Deutscher Entwicklungsdienst (DED)

Afghanistan ist eines der Schwerpunktländer für den Einsatz von Freiwilligen des Deutschen Entwicklungsdienstes.¹⁰⁶⁾ Zum ersten Male wurden die DED-Freiwilligen im Sommer 1964 nach Afghanistan entsandt. Ihre Zahl änderte sich je nach Bedarf und Wünschen der afghanischen Regierung. Zeitweilig waren bis zu 125 DED-Angehörige in Afghanistan tätig. Am 15.7.1971 betrug ihre Zahl 67 Personen,¹⁰⁷⁾ die hauptsächlich in fünf Bereichen tätig waren:

5.3.4.1 Landwirtschaftliche Entwicklung im Rahmen des Paktia-Projektes

In Paktia arbeiten 19 DED-Angehörige unter anderem im landwirtschaftlichen Beratungsdienst, auf Musterfarmen und an Bewässerungsprojekten.¹⁰⁸⁾

106) Der DED wurde am 24.6.1963 in Bonn im Beisein von John F. Kennedy, dem Schöpfer des amerikanischen Friedenskorp, gegründet. Getragen wird der DED durch das BMZ und den Arbeitskreis "Lernen und Helfen in Übersee" e.V., einem Zusammenschluß von 48 westdeutschen Organisationen der personellen Entwicklungshilfe. Die DED-Mitglieder setzen sich nicht, wie bei dem amerikanischen Friedenskorp, aus jungen Akademikern zusammen, sondern hauptsächlich aus Handwerkern, Krankenschwestern, Kindergärtnerinnen usw. Sie haben alle bereits einen Beruf erlernt.

107) Zahlen nach Unterlagen des BMZ

108) Nach Unterlagen des BMZ und "Entwicklungspolitik", Deutscher Entwicklungsdienst, hg. vom BMZ, Bonn 1970.

5.3.4.2 Technisch-handwerkliche Programme

In diesem Bereich sind 14 DED-Angehörige tätig,¹⁰⁹⁾ die sich unter anderem mit der Ausbildung von Handwerkern in Lehrwerkstätten beschäftigen. Hier sei ihre Hilfe bei "Radio Kabul" als Ausbilder und technische Berater zu erwähnen.

5.3.4.3 Gesundheitswesen

21 DED-Mitglieder sind in Gesundheitseinrichtungen tätig. Sie beschäftigen sich unter anderem mit Gesundheitsfürsorge und Ausbildung bzw. Anleitung des einheimischen Personals.¹¹⁰⁾

5.3.4.4 Community Development und Sozialarbeit

11 DED-Angehörige sind in diesem Bereich tätig. Darunter betreuen ca. 8 Entwicklungshelfer und -helferinnen in dem Sozialzentrum "Marastoon" in der Nähe der Hauptstadt Kabul drei- bis vierzehnjährige elternlose Kinder. Das Sozialzentrum wird von der Familie des afghanischen Königs Mohammed Zahir Schah unterhalten.¹¹¹⁾

5.3.4.5 Schulen und Hochschulen

Hier sind ca. 10¹¹²⁾ Entwicklungshelfer in verschiedenen Ausbildungseinrichtungen tätig. Insbesondere sei hier ihre Tätigkeit in den von der BRD geförderten technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten zu erwähnen.

109) Nach Unterlagen des BMZ.

110) Zahl nach Unterlagen des BMZ.

111) Nach Unterlagen des BMZ und "Entwicklungshilfe - eine Politik für die Zukunft", hg. vom BMZ, ohne Jahr, S. 48.

112) Nach Unterlagen des BMZ.

5.3.5 Regionalentwicklungsprogramm für die Provinz Paktia

Die Provinz Paktia liegt im Osten Afghanistans und ist ca. 180 000 qkm groß, was der Fläche von Rheinland-Pfalz entspricht. Die Zahl der sesshaften Einwohner der Provinz wird auf 800 000 bis 900 000 geschätzt. Außerdem ist Paktia Durchzugs- und Weidegebiet für ca. 400 000 bis 500 000 Nomaden. Es wird angenommen, daß von der sesshaften Bevölkerung der Provinz 100 000 bis 150 000 ohne Beschäftigung sind. Die gesamte landwirtschaftlich nutzbare Fläche der Provinz wird auf 2 500 qkm geschätzt, wovon mehr als 90 Prozent von den Eigentümern selbst bewirtschaftet werden. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind meistens kleine Betriebe, die weniger als 1 Hektar groß sind. Relativ größere Grundbesitze sind selten. Die Provinz besitzt große Waldgebiete (Zedernholz), die neben der Landwirtschaft die einzige wirtschaftliche Basis der Provinz darstellen. Die Wälder sind mit Ausnahme von 4 000 bis 6 000 Hektar, die dem Staat gehören,¹¹³⁾ alle im Besitz der paschtunischen Stämme.¹¹⁴⁾ Für die Provinz Paktia, welche eines der rückständigsten Gebiete des Landes war, war die wirtschaftliche Lage dadurch gekennzeichnet, daß (in Paktia) keinerlei Industrie oder

113) Die Zahlen nach Angaben von Klaus Dorner, Dieter Jensch, a.a.O., S. 289, und Inga Krugmann-Randolf, Modellfall Paktia. Erfolg kombinierter Regionalentwicklung, in: Der Volkswirt. Wirtschafts- und Finanz-Zeitung. 21. Jg., Nr. 10, vom 10.3.1967, S. 369.
In Paktia sind Bauern mit ca. 50 Hektar Land als Großgrundbesitzer zu bezeichnen. Nach Angaben von Dr. Klaus Lampe, "Die Deutschen mit dem weißen Salz", in: Terra, Zeitschrift für Internationale Zusammenarbeit, Ausgabe Asien, Herausgegeben vom BMZ, ohne Jahr (1970?), ohne Seitenzahl.

114) Eine ausführliche Studie über die ethnischen Gruppen in Afghanistan liegt von den sowjetischen Wissenschaftlern vor, die auch ins Englische übersetzt wurde: Ethnography of Afghanistan, in: Afghanistan. Some new Approaches, von: Georg Grassmuck und Ludwig W. Adamec with Frances H. Irwin Editors. Center for Near Eastern and North African Studies. The University of Michigan, Ann Arbor, 1969. S. 11 - 80, über die paschtunischen Stämme siehe S. 13 - 34.

ein nennenswertes Handwerk vorhanden war. Die Erwerbsquellen waren Landwirtschaft und vor allem Forstwirtschaft. Das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung lag unter dem afghanischen Durchschnitt. Ausgehend von diesen Tatsachen hat die afghanische Regierung beschlossen, Paktia im Rahmen des Dritten Fünfjahresplanes mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Mit Hilfe der Bundesrepublik Deutschland wurde dann das Regionalentwicklungsprogramm für die Provinz Paktia konzipiert. Außer der Bundesrepublik Deutschland beteiligen sich keine der anderen Geberländer an der Entwicklungsförderung dieser Provinz.¹¹⁵⁾ Die Regionalentwicklung der Provinz Paktia ist das entwicklungspolitische bedeutendste Vorhaben der Bundesrepublik Deutschland, das im Rahmen der Technischen Hilfe in Afghanistan durchgeführt wird. Die Planung für dieses Projekt, bei dem es sich um ein langfristiges Programm handelt, welches sich über eine Reihe von Jahren erstreckt, wurde hauptsächlich von der westdeutschen Wirtschaftsberatergruppe Dr. Kurt Hendrikson im Auftrage der Bundesregierung durchgeführt. Die Beratergruppe hat neben ihrem eigenen festen Planungsstab in Afghanistan eine Reihe von Sondergutachtern aus der BRD mit zeitlich und sachlich begrenzter Aufgabenstellung herangezogen.¹¹⁶⁾ Für die Durchführung des Entwicklungsprogrammes hat die afghanische Regierung unter Mitwirkung von westdeutschen Sachverständigen die Paktia Development Authority (PDA) gegründet.

Die Bundesrepublik Deutschland hat es sich zur Aufgabe gemacht, dieses gegenüber den anderen afghanischen Provinzen stark zurückgebliebene Gebiet durch eine kombinierte Förderung

115) In Afghanistan hat sich die Praxis durchgesetzt, daß die Geberländer sich in Regionalentwicklungsprogrammen anderer Länder nicht beteiligen. So bestehen z.B. analog zum Paktia-Projekt das Nangarhar-Projekt, das in der Provinz Nangahar (Nachbarprovinz von Paktia) von der UdSSR, und das Helmand-Projekt, das von den USA gefördert wird und an denen sich die BRD nicht beteiligt. Man kann von einem friedlichen Wettbewerb der drei Geberländer in den jeweils von ihnen geförderten Provinzen sprechen.

116) Vgl. K. Dorner, W. Jensch, a.a.O., S. 290 f.

von Landwirtschaft, Forstwirtschaft, gewerblicher Wirtschaft und in kleinerem Umfang von Verkehrswesen und Gesundheitswesen zu fördern.¹¹⁷⁾ Die afghanische Regierung ergänzt durch ihre eigenen Maßnahmen, insbesondere im Bereich des Erziehungs-, Gesundheits-, Verkehrs- und Nachrichtenwesens, das Regionalentwicklungsprogramm für Paktia. Das Regionalentwicklungsprogramm für Paktia ist ein Versuch, "alle langfristig für aussichtsreich erachteten Sektoren wirtschaftlicher Betätigung in einer Provinz auf breiter Basis für eine Reihe von Jahren so nachhaltig zu fördern, daß - unter möglicher Vermeidung von Friktionsverlusten - die spätere Weiterentwicklung aus der zusätzlich geschaffenen Wirtschaftskraft der Provinz getragen werden kann. In diesem Sinne sprechen die Planer von einer 'zeitlich begrenzten Zwischenfinanzierung als "Initialzündung"'.¹¹⁸⁾

Das Besondere und entwicklungspolitisch Interessante am Paktia-Projekt liegt darin, daß hier nicht, wie bei den meisten anderen Projekten, eine Vielzahl von Einzelprojekten in bestimmten Sektoren nebeneinander und isoliert und ohne Zusammenhang durchgeführt wird, sondern alle Wirtschaftssektoren in das entwicklungspolitische Konzept der Region einbezogen sind, wobei die einzelnen Projekte sich gegenseitig ergänzen, bedingen oder fördern.¹¹⁹⁾

Im folgenden werden die einzelnen Bereiche, die im Rahmen des Regionalentwicklungsplanes durch die Technische Hilfe der BRD in Paktia gefördert werden, näher erläutert.

117) Nach Unterlagen des BMZ.

118) K. Dorner, W. Jensch, a.a.O., S. 291.

119) Ebenda.

5.3.5.1 Forstwirtschaftsprojekt

Paktia ist eine der walddreichsten Provinzen Afghanistans. Um diese natürlichen Hilfsquellen der Provinz vor unsachgemäßer Forst- und Holzwirtschaft zu schützen und zu erhalten, hatte die Bundesregierung im Jahre 1965 zunächst sieben Forstsachverständige nach Afghanistan entsandt. Sie hatten die Aufgabe,

"durch Anlage von Musterbetrieben, Schnellwuchsplantagen, Aufforstungen sowie durch Holzmarktuntersuchungen und die Einrichtung einer Holzagentur die planvolle Nutzung der noch vorhandenen Waldbestände zu demonstrieren und die Anlagen nach Ausbildung einheimischer Mitarbeiter an afghanische Fachkräfte zu übergeben."¹²⁰⁾

Diese gutgemeinte Zielvorstellung hatte von Anfang an die Realitäten in der Provinz Paktia nicht berücksichtigt. Zu diesen Realitäten zählen die sog. freien Stämme, die hier wohnhaft sind und fast die gesamten Wälder der Provinz besitzen. Sie sind um ihren Besitz so besorgt, daß sie jegliche Einmischung, die ihre Wälder betrifft, ablehnen und dies als Ansatz zur Übernahme der Wälder durch den Staat ansehen. Die afghanische Regierung hat nicht die Möglichkeit, Einfluß auf sie auszuüben.¹²¹⁾ Aus diesem Grunde ist den westdeutschen Sachverständigen keine Möglichkeit gegeben, in den Stammeswäldern zu arbeiten und die Stämme mit moderner Forstwirtschaft vertraut zu machen. Den Forst-

120) Nach Unterlagen des BMZ.

121) Diese Sonderstellung der Stämme der Südprovinzen ist historisch bedingt durch die Beteiligung dieser Stämme am afghanischen Freiheitskrieg gegen Großbritannien und die Unterstützung König Nadir Schahs während des Bürgerkrieges im Jahre 1929. Außerdem sind viele Angehörige dieser Stämme Inhaber von Schlüsselpositionen in der Regierung, besonders beim Militär. Man kann diese Stämme als verwöhnteste und undisziplinierteste Stämme Afghanistans bezeichnen.

spezialisten aus der Bundesrepublik (ca. 10 Personen) wurde der sogenannte Staatswald zur Verfügung gestellt.

"Durch ihre Arbeit und gutes Beispiel soll eine gelenkte Forstwirtschaft aufgebaut und der kostbare Wald vor unvernünftigem Raubbau geschützt werden."¹²²⁾

Die westdeutschen Forstspezialisten haben in Katgai (Hauptsiedlungsgebiet des Jaji-Stammes) ein beispielhaftes Sägewerk mit eigener Stromversorgung, gut sortiertem Maschinenpark, zahlreichen Zugmaschinen, Mehrzweckfahrzeugen mit gut ausgerüsteten Reparaturwerkstätten errichtet.¹²³⁾ Somit ist dieser Staatswald zu einem tatsächlichen "Musterwald" geworden. Hier führen die Forstspezialisten täglich Waldbegehungen durch und bringen schlagreifes Holz ins Sägewerk. Hier beginnt die ökonomisch wichtigste Demonstration. Durch neuzeitliche Holzverarbeitung zeigen die Forstspezialisten aus der BRD, wie sie 100 Prozent (!) mehr Nutzholz gegenüber den einheimischen Bearbeitungsmethoden aus einem Baumstamm herausholen. Durch die einheimischen Bearbeitungsmethoden, die leider immer noch in den privaten "Stammeswäldern" benutzt werden, entsteht Afghanistan ein jährlicher Schaden von ca. 8,5 Mio. DM, vorsichtig geschätzt!¹²⁴⁾ Die Stämme Paktias vernichten täglich ca. 20 Hektar Waldfläche, ohne sich um eine Aufforstung zu bemühen. Da noch ca. 10 000 Hektar Waldfläche vorhanden sind, ist die Zeit nicht so fern, daß die Devastierung Paktias vollständig wird, wenn die afghanische Regierung nicht ernsthaft gesetzliche Maßnahmen trifft und die Stämme zur Vernunft bringt. Das Problem liegt darin, daß die Stämme täglich für ca. 50 000 DM Holz nach Pakistan exportieren,¹²⁵⁾ was nicht selten auf dem Schmuggel-

122) Helmut R. Puchner, Kampf um Zedernholz. Projekt Paktia/Afghanistan: Forstfachleute bald ohne Wald?, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, hg. von der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer, Heft II von 1970, S. 16.

123) Vgl. ebenda.

124) Vgl. ebenda, S. 17.

125) Vgl. ebenda.

wege geschieht. Diese einzige Einnahmequelle der Stämme, insbesondere ihrer Häuptlinge, zu beschneiden bzw. zu reduzieren, heißt die "verwöhnten" Stämme zu verärgern, was aus innenpolitischen Gründen nicht opportun erscheint. Die Verwüstung und Verödung der Landschaft durch die Stämme Paktias ist ihnen nicht bewußt. Für sie gilt: "Allah hat uns und unseren Vätern Wald gegeben, er wird dies auch bei unseren Söhnen und Enkelkindern tun."¹²⁶⁾ Die Stämme denken kurzfristig an ihren jetzigen Profit, und Worte wie Forsterhaltung und Forstpolitik, welche eine europäische Erfindung sind, sind ihnen fremd. Diplomlandwirt Dr. Klaus Lampe, der schon von Anfang an am Paktia-Projekt arbeitet und durch seine langjährige Tätigkeit dort die Situation kennt, schildert die Problematik treffend, indem er sagt:

"Wenn man mehr abholzt, als in der gleichen Zeit nachwächst, wird in einem ariden Gebiet, in dem also hohe Niederschlagsmengen in kurzer Zeit fallen, die obere Bodenkrume abgewaschen. In der Landwirtschaft kann man relativ leicht demonstrieren, welche Konsequenzen ein bestimmtes Handeln hat. In der Forstwirtschaft ist das ein sehr langwieriger Prozeß. Das Setzen eines Baumes bringt dem Pflanze kein Geld sondern bestenfalls seinem Sohn und in ariden Zonen oft erst seinem Enkel. Hier liegt das Problem."¹²⁷⁾

Die Aufklärung der Waldeigentümer ist ein langwieriger Erziehungsprozeß, der viel Geduld und Verständnis erfordert. Die schwere Aufgabe, die die Forstfachleute der BRD übernommen haben und ihre Ausdauer, mit der sie auf die Erreichung ihres Zieles, nämlich die Erhaltung der Wälder Paktias, unter harten klimatischen- und Arbeitsbedingungen hingearbeitet haben, wird Afghanistan lange in Erinnerung bleiben.

126) Zitiert nach H. R. Puchner, a.a.O., S. 17.

127) K. Lampe, Die Deutschen mit dem weißen Salz, in: Terra a.a.O.

Die Bundesregierung hat die Förderung des Forstprojektes bis Ende 1972 bewilligt.¹²⁸⁾

5.3.5.2 Landwirtschaftsprojekt

Das Landwirtschaftsprojekt als Teilprojekt des Regionalentwicklungsprogrammes der Provinz Paktia ist das umfangreichste und gleichzeitig das erfolgreichste Projekt, das durch die Technische Hilfe der BRD in Afghanistan durchgeführt wird und ist ein Beispiel für eine gelungene Technische Hilfe.

Die Bundesregierung fördert dieses Projekt seit 1966, zunächst durch Entsendung von rund 25 Sachverständigen und umfangreiche Lieferungen von Material und landwirtschaftlichen Produktionsmitteln.¹²⁹⁾ Inzwischen arbeiten dort 26 westdeutsche Fachkräfte, die von ca. 16 Angehörigen des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) und ca. 1 300 afghanischen Angestellten und Arbeitern unterstützt werden.¹³⁰⁾ Das Projekt, das langfristig geplant wurde, umfaßt folgende Schwerpunkte:

1.) Den landwirtschaftlichen Beratungsdienst, der in Khost (Hauptstadt der Provinz bzw. Gouverneurssitz während der Wintermonate) errichtet wurde und die Bauern in allen Fragen der Landwirtschaft, wie z.B. Garten- und Obstbau, die Einführung neuer Kulturen, die Intensivierung der Anbaumethoden sowie eine Verbesserung der Viehhaltung durch Verbreiterung der Futtergrundlage, berät.¹³¹⁾ Dieser Beratungsdienst hat mit seinen Außenstationen jetzt den größten Teil des landwirtschaftlich nutzbaren Gebietes Paktias erfaßt.

128) Nach Unterlagen des BMZ.

129) Nach Unterlagen des BMZ.

130) Nach Angaben von K. Lampe, in: Terra, a.a.O.

131) Vgl. Inga Krugmann-Randolf, Modellfall Paktia ..., a.a.O., S. 369.

2.) Das landwirtschaftliche Versuchswesen, welches bezweckt, den Nutzen von Düngemitteln zu demonstrieren und Saat- und Pflanzgut für alle in Paktia brauchbaren Pflanzenarten zu vermehren.¹³²⁾ Zur Demonstration werden den Bauern die Vorzüge einer modernen Landwirtschaft auf staatseigenen und auf freiwillig von der Bevölkerung zur Verfügung gestellten Bodenflächen vor Augen geführt. Für die Bauern war diese Art von Demonstration bis jetzt fremd, und nun überzeugen sie sich selbst von den Vorzügen von Düngung, Saatgutwahl, Wahl der geeigneten Kulturen sowie Schädlingsbekämpfung.

"In unserem Projektgebiet hatten die Bauern bisher kaum einen Ausländer körperlich arbeiten sehen... . Auf dreitausend Feldern entlang der Straße der Provinz (gemeint ist Paktia, der Verf.) haben wir Düngerdemonstrationen angelegt. Eine Hälfte blieb ungedüngt, die andere erhielt eine Grunddüngung. Nach zwei Monaten war bereits die Reaktion sichtbar, von niemandem wegzudiskutieren. Und man erinnerte sich: die Deutschen mit dem bis dahin unbekannten weißen Salz (Paktias Bauern nennen den Dünger weißes Salz, der Verf.) haben den Erfolg vorausgesagt. Die Nachfrage setzte von selbst ein, wurde aber zunächst unbefriedigt gelassen, um einen echten Bedarf zu wecken."¹³³⁾

Durch solche psychologisch und pädagogisch geschickten Methoden haben die westdeutschen Landwirtschaftsexperten die Bauern Paktias nicht nur von der Richtigkeit der neuzeitlichen landwirtschaftlichen Methoden überzeugen können, sondern darüber hinaus die Ansätze eines landwirtschaftlichen

132) Vgl. ebenda.

133) K. Lampe, a.a.O. Die Bundesregierung stellte der afghanischen Regierung seit 1967 landwirtschaftliche Produktionsmittel (Düngemittel, Geräte, Wasserpumpen u.a. für das Landwirtschaftsprojekt in Paktia zur Verfügung. Aus diesen Lieferungen wird ein Gegenwertsmittelfonds gespeist, der z.T. bereits wieder für andere Maßnahmen, wie z.B. den Kauf von Wasserpumpen, in Anspruch genommen wurde. Weitere Lieferungen hat die Bundesregierung in Aussicht gestellt. Angaben nach Unterlagen des BMZ.

Genossenschaftswesens geschaffen, was für Paktia wegen seiner kleinbäuerlichen Betriebsstruktur von elementarster Bedeutung ist.

Das Landwirtschaftsprojekt bezweckt in erster Linie eine Steigerung der Erträge, die den Bauern in die Lage versetzen, seinen materiellen Wohlstand unmittelbar zu erhöhen und neue Nachfragen nach Konsum- und Investitionsgütern zu schaffen und durch intensiveren Einsatz der heute schon von der Landwirtschaft lebenden Bevölkerung die latente Arbeitslosigkeit zu beseitigen.¹³⁴⁾ Das Landwirtschaftsprojekt wird vorläufig bis zum 30. September 1973 durch die Bundesregierung gefördert.¹³⁵⁾

5.3.5.3 Sonstige Projekte

In Paktia existiert seit 1966 bzw. 1967 eine sog. Technische Gruppe, die zuerst aus einem Hochbau- und einem Straßenbauingenieur aus der BRD bestand. Inzwischen sind sechs Westdeutsche in dieser Gruppe tätig. Die Aufgabe dieser Gruppe ist unter anderem "... (die) Unterstützung der Paktia Development Authority bei der Planung und Bauleitung von Hochbauten, die im Zusammenhang mit Projekten der deutschen Technischen Hilfe in Paktia von der afghanischen Regierung zu errichten sind, sowie der Verbesserung des Straßennetzes... Den Sachverständigen wurde für die Durchführung ihrer Arbeiten erforderliches Gerät von deutscher Seite zur Verfügung gestellt."¹³⁶⁾

Außerdem verrichten sie Arbeiten auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft und des Wasserbaus. Die Arbeit dieser Gruppe endet auch am 30. September 1973.

134) Vgl. K. Dorner, W. Jensch, a.a.O., S. 295.

135) Nach Unterlagen des BMZ.

136) Nach Unterlagen des BMZ.

Für die Trinkwasserversorgung der Stadt Khost sagte der ehemalige Bundespräsident Lübke während seines Staatsbesuches in Afghanistan im März 1967 als Staatsgeschenk eine einfache Wasserversorgungsanlage für die Stadt Khost zu,¹³⁷⁾ die in der Zwischenzeit installiert wurde.

Neben dem Forstwirtschafts- und Landwirtschaftsprojekt besteht ein Plan zur Förderung des Gewerbes. Die Gewerbeförderung ist noch in Vorbereitung und manche Arbeiten sind schon begonnen. Bei diesem Projekt handelt es sich um zwei Komplexe:

1.) Die Errichtung von einem "Förderungszentrum für das Handwerk" in Paktia, welches im Auftrage der Bundesregierung von der Gemeinnützigen Gesellschaft für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (GfE) gemeinsam mit der afghanischen Regierung zu errichten ist. Die Aufgabe dieser Einrichtung ist es, afghanische Fachkräfte aus- und fortzubilden sowie die Gründung neuer selbständiger Handwerksbetriebe zu fördern.¹³⁸⁾

2. Errichtung von vier handwerklichen Ausbildungs- und Produktionsbetrieben, je einem für Holzverarbeitung, Betonwarenherstellung, Schlosserei/Gerätebau sowie Landmaschinen- und Kfz.-Reparaturen. Es ist vorgesehen, in diesen Betrieben qualifizierte Absolventen der Technischen Schule Khost und in Paktia tätige Handwerker in technischer und kaufmännischer Hinsicht systematisch aus- und weiterzubilden, um sie zur Gründung neuer oder zur Weiterentwicklung bestehender Handwerksbetriebe zu befähigen.¹³⁹⁾

137) Bis dahin war in ganz Paktia kein Leitungswasser vorhanden. Das Geschenk bestand aus der Lieferung von Pumpen, Rohren und sonstigem Zubehör. Die Installationsarbeiten und Bohrung von Brunnen und sonstige Arbeiten wurden durch ein westdeutsches Team in Paktia und PDA durchgeführt. Nach Unterlagen des BMZ.

138) Nach Unterlagen des BMZ.

139) Ebenda.

Durch diese kombinierte Förderung der Bereiche Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Gewerbewirtschaft wurde in Paktia ein System der Entwicklungsförderung geschaffen, dessen positive Wirkung auf die sozio-ökonomischen Verhältnisse in Paktia schon heute nach relativ kurzer Zeit zu beobachten ist. Dieses Musterprojekt, das Regionalentwicklungsprogramm für Paktia, verspricht, eines der besten und nachahmenswertesten Projekte im Rahmen der Technischen Hilfe der BRD überhaupt zu werden.

5.3.6 Westdeutsche Wirtschaftsberatergruppe

Dr. Kurt H. Hendrikson

Diese Beratergruppe, die zur Zeit aus ca. acht Sachverständigen besteht und unter der Leitung von Dr. Hendrikson in Afghanistan tätig ist, hat einen umfangreichen Tätigkeitsbereich. Die Gruppe, die entwicklungspolitisch eminente Bedeutung hat, unterstützt die afghanische Regierung bei Aufgaben volks- und betriebswirtschaftlicher Art. Die Beratungstätigkeit dieser Gruppe erstreckt sich hauptsächlich auf folgende Gebiete:

Beratung des afghanischen Planungsministeriums in Fragen der Fünfjahrespläne, sowie die Ausarbeitung von Projektierungsunterlagen über afghanische Entwicklungsvorhaben;¹⁴⁰⁾

Beratung des afghanischen Minen- und Industrieministeriums bei Industrialisierungsfragen und Management von Staatsbetrieben;

Beratung der Exportabteilung und des Investment Advisory Centers im afghanischen Handelsministeriums;

Betreuung der Paktia Development Authority in finanzieller Hinsicht;

140) Neben sechs Beratern aus der UdSSR, vier Beratern aus den USA und einem Berater aus Frankreich beraten Dr. Hendrikson und ein anderer westdeutscher Sachverständiger den afghanischen Planungsminister. Siehe auch hier das Gleichgewicht zwischen westlichen und östlichen Beratergruppen, was wieder die Politik der Blockfreiheit Afghanistans unterstreicht.

Beratung afghanischer Betriebe in betriebswirtschaftlichen Fragen;

Ausbildung von Beamten des afghanischen Rechnungshofes und des afghanischen Finanzministeriums, sowie Schulung von Buchhaltern im Mienen- und Industrieministerium und anderen Betrieben.¹⁴¹⁾

Die Bundesregierung bewilligte die Förderung der Beratergruppe bis zum 31.8.1973.

An dieser Stelle ist es angebracht, über die Funktion der ausländischen Beratergruppen (aus der BRD, Frankreich, der UdSSR und den USA) innerhalb des afghanischen Planungsministeriums nähere Angaben zu machen. Die Beratergruppen, die keinerlei Exekutivfunktion haben, sind organisatorisch weder miteinander noch mit dem afghanischen Planungsministerium verknüpft. Sie sind dem Land unterstellt, von dem sie als Berater nach Afghanistan entsandt wurden und von dem sie auch ihre Gehälter beziehen. Wenn das Planungsministerium bei irgendwelchen Projekten oder anderen entwicklungspolitischen Problemen den Rat der Berater wünscht, dann wendet man sich an den Leiter der entsprechenden Gruppe mit der Bitte, Untersuchungen anzustellen oder Vorschläge zu unterbreiten. Da in Afghanistan entsprechende einheimische Sachverständige fehlen, werden die Vorschläge, die die Beratergruppen ausarbeiten, fast immer akzeptiert. Aus diesem Grunde ist der Erfolg oder Mißerfolg eines Projektes zum größten Teil ihnen zuzuschreiben.¹⁴²⁾

141) Die gesamten Angaben nach Unterlagen des BMZ.

142) Vgl. R. Bellinghausen. Die afghanische Wirtschaftsplanung, a.a.O., S. 53 und 75.

5.4 Zusammenfassung und Kritik über die geleistete Technische Hilfe

Die bereits behandelten Projekte der Technischen Hilfe stellen nicht die Gesamtheit der bundesrepublikanischen Technischen Hilfe für Afghanistan dar. Es gibt eine Reihe von anderen Projekten,¹⁴³⁾ die in dieser Arbeit nicht berücksichtigt wurden; entweder, weil sie geringfügig waren oder brauchbare Unterlagen darüber fehlten und nicht zuletzt, weil sie isolierte und zusammenhanglose Projekte waren. Aus diesem Grunde wurden nur die wesentlichsten Projekte behandelt, auf die sich auch diese Kritik beschränkt.

Es ist festzustellen, daß die gesamten Projekte der Technischen Hilfe, die mit Hilfe der BRD in Afghanistan durchgeführt wurden, nützlich waren. Das heißt aber nicht, daß alle Projekte immer ihren Zweck erfüllten - wie bei einzelnen Projekten gezeigt wurde - oder daß alle Projekte in den dringlichsten Bereichen vorgenommen wurden.

Grundsätzlich ist zur Technischen Hilfe der BRD für Afghanistan zu bemerken, daß sie durch ihre Mannigfaltigkeit zu einer Verzettlung der Gesamtleistungen geführt hat. Eine konsequente Konzentration der Mittel auf eine begrenzte Zahl

143) Die wichtigsten Projekte, die abgeschlossen wurden, werden hier der Vollständigkeit halber aufgezählt: Vermarktungssachverständiger für Baumwolle, Häute und Felle, Pumpenanlage für Wasserversorgung der Schule von Spin Boldak, Aufbau einer Blutbank in Kabul, Lieferungen von Sende- und Fernschreibeinrichtungen zur Nachrichtenversorgung der afghanischen Provinzpresse, Erstellung einer generellen Planung für den weiteren Ausbau des Stromversorgungsnetzes der Stadt Kabul, Deutsche Wasserwirtschaftsgruppe, Deutsche Geologische Beratergruppe, lagerstättenkundliche Untersuchungen, aeromagnetische Vermessungen im Südosten Afghanistans, Zuschußzahlung an einen deutschen Berater in der Hochbauabteilung des afghanischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten, Zuschußzahlungen an den deutschen Leiter der Zahnklinik Kabul, Maschinenausrüstung und Sachverständiger für die Staatsdruckerei. - Nach Unterlagen des BMZ, Stand 2. Juli 1971.

von Projekten hätte nicht nur zu besseren Ergebnissen geführt, sondern darüber hinaus wären ihre Koordinierung, Organisation und ökonomische Evaluierung wesentlich leichter durchführbar gewesen.

Als Beispiel können die Technischen Schulen genannt werden. Ihre Vielzahl hat dazu beigetragen, daß sie ihre Aufgaben nicht bewältigen konnten. Ihre Vielzahl hat zu einer Unterbesetzung der Stellen und zur Einstellung von weniger geeignetem Lehrpersonal in den Schulen geführt.¹⁴⁴⁾ Da die finanziellen Mittel für die Technischen Schulen nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen, hätte die Konzentration der Mittel auf wenige Schulen eine optimale Nutzung der finanziellen Zuwendungen ermöglicht.

Bei den Universitätspartnerschaften, die seit ca. zehn Jahren bestehen, wurde versäumt, die Ausbildung mit den Bedürfnissen der Wirtschaft bzw. der Fünfjahrespläne in Einklang zu bringen.¹⁴⁵⁾ Als Beispiel für die Versäumnisse sei zu erwähnen, daß in der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kabul keine Ansätze für die Verbesserung des statistischen Systems Afghanistans geschaffen wurden. Das unzulängliche statistische System in Afghanistan hat neben institutionellen Gründen, wie z.B. das Fehlen eines Statistikgesetzes, Koordinations- und Organisationsschwierigkeiten, auch personelle Gründe. Es mangelt an Sachverständigen für Statistik. Die Universitätspartnerschaften könnten zur Lösung der statistischen Probleme Afghanistans durch Ausbildung solcher Sachverständigen beitragen. So gibt es in Afghanistan heute keine "zusammenhängende Bevölkerungsstatistik, nur Ansätze für eine Beschäftigungs- und für eine Agrarstatistik,

144) Vgl. Lutz H. Eckensberger u. H. J. Claus, Unterrichtsprobleme an technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten in Entwicklungsländern. Wissenschaftliche Schriftenreihe des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bd. 16, Stuttgart 1968, S. 59 ff., insbesondere Tabellen 8 und 9.

145) Vgl. R. Bellinghausen, Die afghanische Wirtschaftsplanung, a.a.O., S. 89.

eine nur unvollkommene katastermäßige Erfassung des Bodens, nur sehr lückenhafte Industriestatistik, keine Gewerbestatistik.¹⁴⁶⁾

Die große Bedeutung, die ein gut funktionierendes statistisches System für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik darstellt, braucht hier nicht betont zu werden.

Der Löwenanteil der Technischen Hilfe der BRD für Afghanistan entfällt auf Berater, Gutachter und Untersuchungsdienste. Sie kosteten die Bundesregierung nicht weniger als ca. 41 Mio. DM. (Stand August 1967)¹⁴⁷⁾ Bei der sog. Expertenhilfe wurde eine Ausbildung der Afghanen, die später selber die Aufgaben der Berater übernehmen werden, entweder unterlassen oder auf eine sehr geringe Zahl afghanischer Counterparts beschränkt.¹⁴⁸⁾ Deutlicher ausgedrückt, die Experten haben versäumt, afghanische Nachwuchskräfte in ihren einzelnen Tätigkeitsbereichen auszubilden. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die sog. Expertenhilfe, insbesondere die Beratergruppen, zu einer Dauerinstitution ausarten wird (hier sind alle Beratergruppen aus der BRD, Frankreich, der UdSSR und den USA gemeint), was als zweckentfremdete Technische Hilfe anzusehen ist. Die Berater hätten im Laufe der vergangenen 10 bis 15 Jahre die Gelegenheit gehabt, sich selbst überflüssig zu machen, wenn sie afghanische Nachwuchskräfte ausgebildet hätten. Es scheint, daß die Beratergruppen vergessen haben, daß die Technische Hilfe "Hilfe zur Selbsthilfe" ist und nichts anderes bedeutet als die Förderung der Eigeninitiative in den Empfängerländern der Technischen Hilfe.

146) Ebenda, S. 50.

147) Nach eigener Berechnung nach Daten von Klaus Dorner, Werner Jensch, Entwicklung und Entwicklungspolitik in Afghanistan, a.a.O., S. 396. Die neuesten Zahlen wurden nicht mitgeteilt. Es ist anzunehmen, daß sie einen erheblichen Teil der bundesrepublikanischen Technischen Hilfe ausmachen.

148) Vgl. Klaus Dorner, Werner Jensch, a.a.O., Anhang (Bd.2), S. 7.

Es ist eine deprimierende Tatsache, daß in Afghanistan zur Zeit jährlich zwischen 1500 bis 2 000 Experten, Kurzzeit-Experten nicht gerechnet,¹⁴⁹⁾ tätig sind. Wenn in Afghanistan der "Expertenkult" in dem Umfang wie bisher beibehalten wird, ist der Tag nicht allzu fern, an dem die gesamte Entwicklungspolitik Afghanistans in einem Chaos endet. Kein Land, insbesondere ein ökonomisch so schwaches Land wie Afghanistan, ist in der Lage, zu viele Experten, Berater und dergleichen zu verkraften, die aus zu vielen Ländern mit gegensätzlichen ökonomischen und politischen Interessen nach Afghanistan entsandt wurden. Eine solche Vielzahl von Experten trägt dazu bei, daß in einem Entwicklungsland die Bevölkerung das Vertrauen in die eigene Kraft (Self-Reliance) verliert und die Lösung für alle ihre Probleme von den sog. Experten erwartet, ohne sich dabei anzustrengen, adäquate Lösungen für ihre eigenen Probleme selbst zu finden.

149) Zahlen nach R. Bellinghausen, Die afghanische Wirtschaftsplanung, a.a.O., S. 88.

6. Die bisherige Entwicklungspolitik innerhalb des gegebenen politischen und sozio-ökonomischen Rahmens

Die Betrachtung der afghanischen Entwicklungspolitik innerhalb des politischen und sozio-ökonomischen Rahmens ermöglicht es, die Charakteristik dieser Politik besser zu erkennen und darüber hinaus die Widersprüche innerhalb dieser Entwicklungspolitik zu definieren.

6.1 Die bisherige Entwicklungspolitik innerhalb des Rahmens der verfassungspolitischen Entwicklung

Als vor ca. 90 Jahren in Afghanistan der Modernisierungsprozeß begann, lag das vordergründige Ziel dieses Prozesses darin, in Afghanistan eine moderne militärische Technologie und Organisation einzuführen. Dies bezweckte einerseits die Schaffung einer besseren Verteidigungsmöglichkeit, um im Falle einer Invasion durch Rußland oder Großbritannien gewappnet zu sein, andererseits die Einschränkung von partikularistischen Interessen der Stämme, Klans und ethnischen Gruppen, um die nationale Einheit herzustellen.¹⁾ Emir Abdur-Rahman und Habibullah (1880 - 1910), die diesen Modernisierungsprozeß in Gang setzten, waren absolute Herrscher: Gesetzgeber, oberste Richter, oberste Exekutivorgane in einer Person.²⁾ Somit erreichten sie auch, daß die Macht der Zentralregierung gefestigt wurde. Fühlbare wirtschaftliche Entwicklung und soziale Reformen kamen durch sie nicht zustande. König Amanullah (1919 - 1929) versuchte, demokratisch zu regieren, gab Afghanistan die erste Verfassung (1923), in der zum ersten Male die Menschenrechte garantiert wurden, in der Sklaverei, Folterung, willkürliche Verhaftung und

1) Vgl. Patrick J. Reardon, Modernization and Reform, The Contemporary Endeavor, in: Afghanistan, Some new Approaches, a.a.O., S. 151.

2) Vgl. M. Klimburg, a.a.O., S. 93.

Beschlagnahme von Eigentum verboten wurden und die allgemeine Schulpflicht und die Emanzipation der Frau angekündigt wurde. Diese Verfassung verwandelte Afghanistan in eine konstitutionelle Monarchie. Die Rechte des Herrschers wurden eingeschränkt und die Schaffung einer Volksvertretung vorgesehen. Im Jahre 1924 (Khost-Rebellion) zeigte sich, daß die Reformen, insbesondere die Emanzipation der Frau, nicht im Sinne der Geistlichen und der reaktionären Stammesfürsten war. Sie zwangen Amanullah, die Emanzipation der Frau rückgängig zu machen, indem sie die Schulausbildung für Mädchen auf eine Zeit, die nur bis zum 12. Lebensjahr reichte, beschränkten und das absolute Verfügungsrecht des Mannes über seine Frauen und Töchter wiedereinführten. Nach seiner Europareise versuchte Amanullah, wieder die Reformen einzuführen, die rückgängig gemacht worden waren, sogar in verstärkter Form: Vollständige Emanzipation der Frau (Abschaffung des Schleierzwanges), Abschaffung der Polygamie, Schulzwang für Jungen und Mädchen sowie Trennung von Staat und Kirche. Diese neuen Reformversuche scheiterten wieder an dem Widerstand der Geistlichen und vor allem der Stammeshäuptlinge, die Amanullah zum Verlassen des Landes zwangen.³⁾ König Nador Schah (1929 - 1933), der die Verfassung von 1923 bei der Machtübernahme außer Kraft gesetzt hatte, versuchte, viele Reformen, die Amanullah angekündigt hatte, sehr behutsam wieder durchzuführen. Er gab Afghanistan eine neue Verfassung (1931), die als eine modifizierte Form der Verfassung von 1923 anzusehen ist, jedoch mit dem wesentlichen Unterschied, daß die Betonung auf dem Islam als Staatsreligion und der Hanafi-Rechtsschule als Grundlage der Gesetzgebung lag und die Emanzipation der Frau unerwähnt blieb (der Schleierzwang wurde erst 1959 aufgehoben). Diese

3) Vgl. M. Klimburg, a.a.O., S. 94, Karl Otto Hondrich, Verfassungsentwicklung, politische Stabilität und sozialer Wandel. Die Modernisierung des traditionellen, politischen Systems in Afghanistan, in: Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Jahrbuch 1966, Bd. I, hrsg. v. Ferdinand Hermens, Köln-Opladen 1966, S. 24. Ausführlichere Angaben siehe Leon B. Poullada, Political Modernization in Afghanistan, The Amanullah-Reforms, in: Afghanistan, Some new Approaches, a.a.O., S. 99 ff.

Verfassung führte theoretisch den Parlamentarismus in Afghanistan ein. Entsprechend der Verfassung bestand das Parlament aus zwei Häusern: Schura-e-Melli (Nationalrat) und Madjlise Ayan (Senat). Die Mitglieder des Senats wurden durch den König ernannt. Die Mitglieder des Nationalrates waren laut Art. 29 "aus der Provinz Kabul und anderen Provinzen und Distrikten gewählt". Nähere Beschreibungen, wie diese Wahlen durchzuführen seien, waren in der Verfassung nicht enthalten. Diese Verfassung war bis 1964 in Kraft und es waren elf Legislaturperioden (Wahlen alle drei Jahre) nach ihren Bestimmungen zustande gekommen.

"Der in der Verfassung von 1931 ausgedrückte politische Fortschritt war rein formal. Die tatsächliche Macht und Machtkontrolle verschob sich nicht auf die parlamentarischen Institutionen, sondern blieb in den Händen der herrschenden Oligarchie. Nachdem es dieser Oligarchie - besonders durch eine loyale Armee - gelungen war, die Basis ihrer Macht zu erweitern und nachdem durch die Kontakte mit dem Westen die Bereitschaft vieler Afghanen zu sozialen Veränderungen gewachsen war,"⁴⁾ machte sich der Wille zu Reformen der politischen Strukturen bemerkbar. Dies fand darin seinen Ausdruck, daß König Zahir Schah eine neue Verfassung bearbeiten ließ. Im September 1964 wurde die neue Verfassung von der Großen Versammlung (Loya Dschirga), deren Mitglieder aus Stammesältesten, Vertretern der Beamtenschaft, der hohen Geistlichkeit, Großgrundbesitzern und Gelehrten zusammengesetzt war, verabschiedet und am 1. Oktober 1964 durch den König Zahir Schah verkündet. Diese Verfassung, die heute noch in Kraft ist, ist die demokratischste Verfassung Afghanistans. Sie enthält gravierende Artikel, die ohne Übertreibung als eine "Revolution von oben" zu bezeichnen sind. Die Verfassung garantiert die Grundrechte, legt die Gewaltenteilung fest und bestimmt die Trennung von Regierung und Königshaus. Außerdem enthält die Verfassung eine wichtige

4) Karl Otto Hondrich, Verfassung und ..., a.a.O., S. 218 f.

Rekrutierungsbestimmung: Ausschluß aller Angehörigen des Königshauses von folgenden Ämtern: Premierminister oder Minister, Mitglied des Parlaments, Richter am Obersten Gericht sowie Beteiligung an politischen Parteien. (Art.24) Dieser Artikel gewinnt an Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß vor 1964 alle Schlüsselpositionen innerhalb des Staates von Mitgliedern der Königsfamilie besetzt waren. Diese Verfassung garantiert zum ersten Mal die Rede- und Pressefreiheit und sieht die Gründung der politischen Parteien und Gewerkschaften vor. Leider ist es nach acht Jahren immer noch nicht zur Bildung von politischen Parteien und Gewerkschaften gekommen, weil das Parteiengesetz noch nicht verabschiedet wurde. Die neue Verfassung beschreibt das parlamentarische System sehr ausführlich (Art. 41-77). Das Parlament besteht danach aus zwei Häusern: dem Wulusi Dschirga (Nationalrat), deren 215 Abgeordnete alle vier Jahre durch eine freie, allgemeine, geheime und direkte Wahl vom Volke (auch Frauen dürfen wählen) gewählt werden, und dem Misch-rano Dschirga (Senat), deren Mitglieder zu einem Drittel für die Dauer von fünf Jahren vom König ernannt werden, zu einem weiteren Drittel alle fünf Jahre in den Provinzen durch freie, allgemeine, geheime und direkte Wahlen bestimmt werden und zu einem letzten Drittel alle drei Jahre innerhalb der einzelnen Provinzräte zu wählen sind.⁵⁾

Diese Ausführungen über die verfassungspolitische Entwicklung Afghanistans zeigen, daß es immer die afghanischen Herrscher waren, die politische Reformen angekündigt haben, manchmal sogar gegen den Widerstand der Bevölkerung. "Die Königsfamilie wird nicht von progressiven Forderungen in Bedrängnis gebracht, sondern macht sich selbst zum Wortführer der Neuerungsbestrebungen. Sie sichert auf der anderen Seite die Kontinuität der Tradition. Zu beiden Verhal-

5) Vgl. M. Klimburg, S. 90 ff, insbesondere S. 95-104; über Einzelheiten vgl. K. Ackermann, Stille Revolution in Afghanistan, in: Außenpolitik, 16/1 1965, S. 33 ff.

tensweisen sind die persönlichen und sozialen Voraussetzungen gegeben."⁶⁾

Die neue Verfassung schuf die Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaftsordnung in Afghanistan, sie konnte jedoch nicht allein die Demokratisierung herbeiführen, weil ohne einen Wandel in der sozio-ökonomischen Situation Afghanistans das Ziel nicht zu erreichen war.

6.2 Der bisherige sozio-ökonomische Rahmen

Hierbei beschränken sich die Ausführungen auf drei wesentliche Aspekte: die Lage der Landbevölkerung, die Lage auf dem Ausbildungssektor und das bisherige politische Rekrutierungsprinzip.

6.2.1 Die Lage der Landbevölkerung

Die Lage der Landbevölkerung spiegelt das gesellschaftliche System Afghanistans wieder. Afghanistan ist "feudalistisch in den vom Großgrundbesitz beherrschten Ebenen des Nordens und Südens, vorfeudalistisch auf der Grundlage von Stammesgemeinschaften in den Berggegenden. Der großen Masse der armen Landbewohner steht eine kleine wohlhabende Oberschicht gegenüber; ein Mittelstand hat sich bisher nur in den Städten gebildet. Die reiche Oberschicht setzt sich zusammen aus ... hohen Regierungsbeamten, Großgrundbesitzern und reichen Kaufleuten, die fast ausschließlich in den Städten, vornehmlich in Kabul leben."⁷⁾

Dies sind die Merkmale der jetzigen afghanischen Gesellschaft, einer Gesellschaft, deren überwiegender Teil die ländliche Bevölkerung ausmacht. Aus diesem Grunde muß eine Agrargesell-

6) Karl Otto Hondrich, Verfassung ..., a.a.O., S. 242 f.

7) Horst Büscher, Die Industriearbeiter in Afghanistan, Meisenheim am Glan, 1969, S. 87.

schaft wie die afghanische bei ihrer Entwicklungspolitik die Verbesserung der Lage der Landbevölkerung als vordringlichste Aufgabe betrachten und vor allem für eine Bodenreform sorgen. Die afghanischen Fünfjahrespläne gingen leider bis jetzt der Frage einer Bodenreform aus dem Wege. Auch die neue Verfassung ging nicht auf dieses Problem ein. Es ist bezeichnend, daß die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Bodenreform durch die Regierung bisher mit dem Argument heruntergespielt wurde, daß das Problem nicht akut sei oder daß es in Afghanistan keinen Großgrundbesitz gebe. Tatsächlich können keine genauen Angaben über den Umfang des Großgrundbesitzes gemacht werden, weil die katastermäßige Erfassung des Bodens in Afghanistan, worauf schon an anderer Stelle dieser Arbeit hingewiesen wurde, bis jetzt sehr unvollkommen durchgeführt wurde. Aus diesem Grunde ist eine einwandfreie Aussage über die Landbesitzverhältnisse unmöglich.⁸⁾ Der Verfasser ist davon überzeugt, daß Großgrundbesitz in Afghanistan (in Relation zum kultivierten Land) genauso vorhanden ist, wie in den anderen Mittelost-Staaten. Wenn auch eine statistische Erfassung des Grundbesitzes in einigen Fällen stattfand, müssen doch die Daten mit Skepsis betrachtet werden. Die Großgrundbesitzer verwenden eine Reihe von Tricks, um ihren Grundbesitz kleiner erscheinen zu lassen; unter anderem z.B. die teilweise Übertragung ihres Bodens auf Familienangehörige bzw. Verwandte.

Eine neuere empirische Untersuchung, die in 17 afghanischen Dörfern und 7 Provinzen durchgeführt wurde, vermittelte wichtige neue Erkenntnisse über die Lage der Landbevölkerung in

8) Einige behaupten, daß sich 80 % des bebauten Landes in den Händen von Großgrundbesitzern befindet. UNO-Unterlagen stellen fest, daß nur 10 % der Landbevölkerung eigenes Land besitzen. Vgl. E. Rhein u. A.G.Ghaussey, Die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans 1880 - 1965, a.a.O., S. 43.

Afghanistan.⁹⁾ Danach besaßen 52,9 Prozent der Familien in den betreffenden Dörfern Landeigentum. Nach dieser Untersuchung war die Größe des Landeigentums in den verschiedenen Provinzen unterschiedlich. In der Provinz Nangarhar belief sich das Eigentum der Familien auf durchschnittlich 4,9 Dschirib (1 Dschirib = 0,195 ha oder 1 ha = 5,12 Dschirib), in den Dörfern der Provinzen Bamian, Herat, Ghazni war sie 8,8 Dschirib und in den Dörfern nördlich des Hindukusch und in der Südprovinz Hilmand war die durchschnittliche Größe der Betriebe 71,0 Dschirib.¹⁰⁾ "Während jedoch 90,7 Prozent der Landeigentümer 39,9 Prozent des Bodens besaßen, konnten 9,3 Prozent auf 60,1 Prozent des Bodens zurückgreifen."¹¹⁾ Die folgende Tabelle zeigt die Betriebsgrößen in den verschiedenen Provinzen Afghanistans (Anteil in Prozent):

Dörfer d. Provinzen	Kleinstbetriebe unter 2,5 Dschirib	Kleinbetriebe 2,5-10 D	Mittelbetriebe 10-40 D	Großbetriebe über 40 Dschirib
Hilmand, Kunduz u. Dschuzdschan	13,6	3,4	55,7	27,3
Dörfer der übrigen vier Provinzen	27,6	50,6	21,2	0,6
Alle Dörfer	22,6	33,6	33,6	10,2

Tabelle nach Helmuth Toepfer, a.a.O., S. 90.

Nach dieser Untersuchung war die finanzielle Lage der Landbevölkerung dadurch gekennzeichnet, daß 56,8 Prozent der Familien verschuldet waren, bei einer durchschnittlichen

9) Es handelt sich um eine empirische Untersuchung, die vom August 1968 bis Februar 1969 durch Prof. Dr. H. Hahn und Dr. Helmuth Toepfer in Afghanistan durchgeführt wurde. Die folgenden Angaben sind aus: Helmuth Toepfer, Grundlagen und Möglichkeiten zur Entwicklung der Landwirtschaft in Afghanistan in: "Orient", Heft 3, vom Juni 1971, S. 90 ff übernommen.

10) Helmuth Toepfer, a.a.O., S. 90.

11) Ebenda.

Schuldensumme von 16 316 Afghani (dies entspricht 2,5 Jahres-einkommen). Die Verschuldungsursachen waren zu 57 Prozent die Lebenshaltungskosten, zu 30,5 Prozent die Unkosten für Hochzeiten und Sterbefälle, der Rest waren Schulden für Sonstiges. Schulden für echte Investitionen wurden selten gemacht.¹²⁾ Es wurde ferner festgestellt, daß die Produktivität der eingesetzten Arbeitskräfte von der Größe der Betriebe abhängig war. "Die Fläche, die eine Arbeitskraft bearbeitete, betrug in den Kleinbetrieben 3,2 Dschirib, in den Mittelbetrieben 10,2 Dschirib und in den Großbetrieben 22,1 Dschirib. Von der landwirtschaftlichen Nutzfläche war über die Hälfte, nämlich 54,6 Prozent verpachtet, 8,5 Prozent waren verpfändet und 36,9 Prozent wurden von den Eigentümern selbst bearbeitet."¹³⁾

Zwischen 18,5 und 33,8 Prozent lag die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung der untersuchten Gebiete, wobei in der Regel 1,1 bis 1,6 erwerbstätige Personen 3,0 bis 5,4 Personen zu ernähren hatten (durchschnittliche Kinderzahl 3); zu den unmittelbaren Familienangehörigen kamen 1,1 Personen aus der Verwandtschaft, die auch miternährt werden mußten. Von diesen erwerbstätigen Personen waren 87,6 Prozent in der Landwirtschaft beschäftigt (die Prozentzahl schwankt in den verschiedenen Dörfern zwischen 72,7 und 100 Prozent), 5,7 Prozent als Beamte, Angestellte oder Geistliche, 3,0 Prozent als Handwerker, 2,3 Prozent als Händler und 1,3 Prozent als ungelernte Arbeiter tätig.¹⁴⁾

Die Studie zeigt, daß sich auch in Afghanistan Landflucht insbesondere in den Dörfern in Stadtnähe, bemerkbar machte. Wie in den meisten Entwicklungsländern war auch in Afghanistan etwa die Hälfte der Bevölkerung der untersuchten Gebiete jünger als 15 Jahre. Die Kindersterblichkeitsquote

12) Nach Helmuth Toepfer, a.a.O., S. 90.

13) Ebenda.

14) Ebenda.

belief sich in den erwähnten Gebieten auf 44,8 Prozent (!), wobei sie in abgelegenen und schwer erreichbaren Gegenden noch höher lag.¹⁵⁾ Die Kindersterblichkeit zeigt, daß die Landbevölkerung unter katastrophalen hygienischen Verhältnissen lebte, weil ca. 81,3 Prozent der afghanischen Ärzte und 85,8 Prozent der Assistenzärzte in Kabul tätig waren.¹⁶⁾ Die neue afghanische Verfassung verpflichtete den Staat, die Bevölkerung gesundheitlich auf der Basis der Unparteilichkeit zu betreuen (Art. 36). Hier ist der krasse Widerspruch zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit in sehr eindringlicher Weise bemerkbar. Diese Angaben machen deutlich, daß die afghanische Entwicklungspolitik im Laufe der vergangenen drei Fünfjahrespläne für den überwiegenden Teil der Bevölkerung (85 Prozent), der auf dem Lande lebt, nicht gesorgt hatte. Dieser Widerspruch der afghanischen Entwicklungspolitik der letzten 15 Jahre trat noch deutlicher in Erscheinung, als 1970-1971 eine zweijährige Dürreperiode Afghanistan heimsuchte, deren Hauptleidtragende die Landbevölkerung und Nomaden waren. Nur durch Lebensmittelspenden des Auslandes, darunter auch der BRD, wurde eine große Katastrophe verhindert. Gewiß war die Dürreperiode eine Naturkatastrophe, die nicht zu verhindern war. Das aber entschuldigt nicht die Tatsache, daß in den vergangenen Planungsperioden die Landwirtschaft nicht gebührend gefördert wurde und die Aufmerksamkeit sich ausschließlich auf kostspielige Infrastruktur-Projekte konzentrierte. Es bedurfte Hungersnöte und Verelendung, bis die Widersprüche dieser Entwicklungspolitik sichtbar wurden und die Priorität der Landwirtschaft innerhalb der Entwicklungspolitik von der Regierung

15) Ebenda.

16) Nach Heinz Günther Klein, Zur Struktur des afghanischen Arbeitsmarktes, hrsg. v. Institutsgemeinschaft für Probleme der Ausbildungshilfe, Aachen, 1968, Bd. III, Tabelle 35. Die Zahlen gelten für das Jahr 1966/67; danach waren in diesem Jahr in Afghanistan 527 einheimische Ärzte vorhanden und 0,35 Ärzte kamen auf 10 000 Einwohner, d.h. ein Arzt hatte über 28 000 potentielle Patienten zu versorgen. Ebenda, Bd. I, S. 37.

erkannt wurde. Die Zukunft wird es zeigen, ob auch die potentiellen Kreditgeber Afghanistans aus der Katastrophe Konsequenzen gezogen haben und ihre bisherige Entwicklungshilfepolitik gegenüber Afghanistan einer Revision unterziehen oder nicht.

6.2.2 Die Lage auf dem Bildungssektor

Die heutige afghanische Verfassung (von 1964) schreibt die Schulpflicht für die Elementarerziehung der Kinder vor. Darüber hinaus hat jeder Afghane das Recht auf kostenlose Höhere Schulausbildung durch den Staat. (Art. 34) Schulpflicht wurde bereits in der Verfassung von 1923 eingeführt. In Afghanistan existierte also schon seit ca. einem halben Jahrhundert die Schulpflicht. Demnach könnte angenommen werden, daß die Analphabetenrate niedrig ist. Tatsächlich sind aber immer noch über 90 Prozent der Bevölkerung Afghanistans Analphabeten.¹⁷⁾ In Kabul, wo erstmalig im Jahre 1965 eine Volkszählung durchgeführt wurde, liegen relativ zuverlässige Zahlen über die Analphabeten vor. Demnach waren von 435 203 Einwohnern Kabuls (243 582 Männer, 191 621 Frauen) 11 893 Personen (27,2 Prozent) alphabetisiert (88 134 Männer und 30 250 Frauen).¹⁸⁾ Die Zahlen für Kabul können jedoch nicht als repräsentative Zahlen auf das ganze Land übertragen werden, da die regionalen Unterschiede sehr groß sind. In Kabul besuchten 82,4 Prozent der 7-12jährigen eine Primärschule, in der Provinz Zabul nur 4,6 (!) Prozent.¹⁹⁾ Die Entwicklung im Bereich des Primärschulwesens verlief von 1956/57 bis 1966/67 wie folgt: Im Jahre 1956/57 (Beginn des ersten Fünfjahresplanes) gab es in Afghanistan 732 Primärschulen, in

17) Vgl. Heinz Günther Klein, Zur Struktur des afghanischen Arbeitsmarktes, Bd. I, a.a.O., S. 31, und Bd. III, S. 32. Diese Zahl gilt für das Jahr 1960/61.

18) Nach H. G. Klein, Bd. I, a.a.O., S. 31.

19) Vgl. H. G. Klein, a.a.O., Bd. I, S. 45.

denen 116 093 Schüler von 3 094 Lehrkräften unterrichtet wurden. Im Jahre 1966/67 gab es 7 852 Primärschullehrer, die in 2 017 Schulen 394 276 Schüler zu unterrichten hatten.²⁰⁾ Im Jahre 1956/57 unterrichtete ein Lehrer in einer Dorfschule (Klassen 1-3) 43,01 Schüler, 1966/67 waren es 66,1 Schüler. Die Zahlen für die Grundschulen (Klassen 1-6) zeigen, daß 1956/57 durchschnittlich ein Lehrer 36,47 Schüler zu unterrichten hatte, 1966/67 mußte ein Lehrer 46,94 Schüler unterrichten.²¹⁾ Die unbefriedigende Lage der Primärschulen, die als Alphabetisierungsstätten des Landes anzusehen sind, war nicht allein durch die ungünstige Relation von Lehrer/Schüler gekennzeichnet, sondern darüber hinaus durch den Mangel an qualifizierten Lehrern und durch mangelhafte Ausrüstung der Schulen:

"In dieser Beziehung fehlt es fast an allem: an wichtigen Tafeln, an Kreide, an brauchbaren Bauten. Textbücher als Lehr- und Lernmittel existieren zwar; jedoch sind lange nicht alle Schüler in ihrem Besitz, so daß eine ungeheure Zeitverschwendung die Folge ist, da der Stoff diktiert werden muß."²²⁾

Die Schulausbildung in der Sekundärebene, die in Afghanistan in zwei Hauptgruppen zerfällt - in die Gruppe der allgemeinbildenden Schulen (Mittel- und Oberschulen) und die Gruppe der berufsbildenden Schulen - wird ausschließlich durch finanzielle Zuwendungen des Staates gefördert. Die Einschulungsraten dieser Schulen erhöhten sich seit 1956/57 beträchtlich. 1956/57 lag die Einschulungsrate der 13-15jährigen bei 0,63 Prozent. 1966/67 waren 4,21 Prozent dieser Altersklasse eingeschult. Bei den 16-18jährigen (Klassen 10-12) betrug die Einschulungsrate 1956/57 0,17 Prozent, 1966/67

20) Ebenda, Bd. I, S. 44.

21) Ebenda.

22) Lutz Eckensberger, H. G. Klein, Problem der technisch-gewerblichen Ausbildungshilfe für Afghanistan und Thailand, Band I, Länderstudie Afghanistan, a.a.O., S. 57.

waren es 1 Prozent. In den Berufsschulen lagen die Einschulungsraten in den genannten Jahren bei 0,25 Prozent resp. 0,89 Prozent.²³⁾ In Zahlen ausgedrückt: 1966/67 waren 58 440 Schüler in Sekundärschulen eingeschrieben, davon 36 213 in Mittelschulen (Klassen 7-9), 7 712 in Oberschulen (Klassen 10-12) und 14 514 in berufsausbildenden Schulen.²⁴⁾ Die Untersuchungen zeigen, daß die Verteilung der Schüler auf die Schultypen der Sekundärschulen in Beziehung zum Beruf der Väter der Schüler steht. Die technisch-gewerblichen Schulen wurden am stärksten durch die unteren Berufsschichten vertreten (73,23 Prozent), in den kaufmännischen Schulen waren die mittleren Schichten (38, 69 Prozent) und in den allgemeinbildenden Oberschulen die oberen Berufsschichten (58,54 Prozent) vertreten.²⁵⁾ Die Qualität des Unterrichtes in den Sekundärschulen litt an ungefähr den gleichen Mängeln wie die Schulen der Primärebene.

Auf der Post-Sekundär-Ebene wurden 1966/67 ca. 0,28 Prozent der in Frage kommenden Altersklasse (20-24 Jahre) ausgebildet, d.h. in diesem Jahr waren 3 294 Studenten an der Kabuler Universität und 91 Studenten in den kaufmännischen Fachschulen eingeschrieben.²⁶⁾ Die Zahl der einheimischen Lehrkräfte an der Universität betrug 1966/67 465. In derselben Zeit waren 110 ausländische Lehrkräfte an der Kabuler Universität beschäftigt.²⁷⁾ Die Zahl der einheimischen Lehrkräfte soll nicht den Eindruck vermitteln, daß sie alle Professoren waren. Nach einer Erhebung von H. G. Klein waren unter ihnen nur 35 Professoren, 31 Dozenten, 48 Doktoren und 304 Sonstige (Assistenten, Graduierte mit einem Lizentiat- bzw. Master-Diplom). Dadurch bekommt die Zahl der einheimischen Lehrkräfte eine ganz andere Bedeutung.²⁸⁾

23) Nach H. G. Klein, a.a.O., Bd. I, S. 50.

24) Ebenda; ausführliche Angaben siehe ebenda, S. 50 ff.

25) Ebenda, S. 50 f. Detaillierte Angaben bei Eckensberger/Klein, a.a.O., S. 194 ff.

26) Vgl. H. G. Klein, a.a.O., Bd. I, S. 58.

27) Ebenda, S. 59 u. 61.

28) Ebenda, S. 59.

Nach der Verkündung der Verfassung von 1964 war eine auffallende Unruhe innerhalb des Bildungssektors, insbesondere auf der Sekundär-Ebene und vor allem im Bereich der Hochschulen, zu verzeichnen, die ein Maß erreichte, das vor 1964 unvorstellbar war. Gewiß hatte die neue Verfassung durch Garantierung der Grundrechte, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit diese Tendenz bestärkt, aber der Anlaß zu dieser Bewegung waren die wachsenden Ansprüche der Jugend und ihre Unzufriedenheit mit den sozio-ökonomischen Verhältnissen. Im folgenden wird als Beispiel die Lage auf der Hochschulebene seit 1964 kurz beschrieben.

Über 7 000 Studenten, dazu ca. 1 000 Afghanen, die im Ausland studierten, stellten die Gesamtzahl der in der Ausbildung befindlichen Akademiker dar. Trotz ihrer verschwindend kleinen Zahl entwickelten sie sich seit 1964 zu einem gewissen Machtfaktor, insofern als sie sich im Oktober 1965 bei der Parlamentseröffnung in die Regierungsbefugnisse einmischten, Demonstrationen inszenierten (es gab Tote unter den Studenten) und schließlich den Premierminister zum Rücktritt zwangen. Dies war in der afghanischen Geschichte beispiellos. Nach diesem spektakulären Akt trat in der Universität Kabul nie wieder der normale und störungsfreie Lehrbetrieb ein: Im Oktober/November 1968 und im Mai 1969 Vorlesungsstreik, die Universität wurde daraufhin von Mai bis November 1969 geschlossen. Neben kleineren Auseinandersetzungen im Jahre 1970 erreichten die Studentenunruhen im Jahre 1971 ihren Höhepunkt. Von Herbst 1971 bis Frühjahr 1972 nochmalige Lahmlegung des gesamten Lehrbetriebes. Im Frühjahr 1972 bewirkten die Studenten, daß der Kultusminister zurücktreten mußte. Diese Unzufriedenheit der Studenten hatte neben hochschulinternen Gründen, wie z.B. Mangel an Studienplätzen, strenger Reglementierung des Studiums, Mitbestimmungsfragen und Prüfungsfragen, auch gesellschaftliche Ursachen, vor allem die Sorge der Studenten um geeignete und ihrer Ausbildung adäquate Arbeitsplätze. Diese standen nicht jedem Hochschulabsolventen nach

dem Leistungsprinzip zur Verfügung, weil sie meistens nach dem üblichen Nepotismus-Prinzip vergeben wurden. Daß das Ausbildungsniveau an der Kabuler Universität, welches auch schon vor den Studentenunruhen im Jahre 1964 nicht sonderlich gut war und mit dem Beginn der Unruhen nach 1965 in Verbindung mit Vorlesungsstreiks und Universitätsschließungen weiter sank, braucht nicht betont zu werden.

6.2.3 Das politische Rekrutierungsprinzip

Die Behandlung dieses Aspektes, im Rahmen dieser Arbeit ist notwendig, um festzustellen, durch welche Schichten oder Klassen die Entwicklungspolitik getragen wird.

"Für den einfachen Bauern, Handwerker und Händler ist es noch heute unvorstellbar, sich um mehr als das Schicksal seiner Familie und Nachbarschaft zu kümmern und sich in der Rolle eines Mächtigen zu sehen."²⁹⁾ Die Antworten der einfachen Landbevölkerung auf die Frage, was sie tun würden, wenn sie einflußreich (z.B. Gouverneur) wären und was sie ändern würden, lauteten: "Wir können uns nicht vorstellen, daß wir jemals eine solche Stellung kriegen können und Gott macht den zum Gouverneur, der Glück hat." oder: "Die Leute, die nicht lesen und schreiben können, können nicht Gouverneur werden."³⁰⁾

Diese Antworten zeigen, daß die traditionsbestimmte Gesellschaft ihre Mitglieder so unmündig gehalten hat, daß sie ihr Schicksal als gegeben hinnehmen.³¹⁾ "Die Übernahme von politischer Verantwortung erscheint dem einfachen Mann ausgeschlossen, ja er ist nicht einmal in der Lage, sich die Aufgaben eines politisch Handelnden zu vergegenwärtigen."³²⁾

29) Karl Otto Hondrich, a.a.O., S. 210.

30) Zitiert nach ebenda, S. 211.

31) Vgl. ebenda.

32) Ebenda.

Dementsprechend war der überwiegende Teil der Bevölkerung an der Gestaltung und Durchführung der Entwicklungspolitik nicht beteiligt. Diejenigen, die diese Politik formulierten, und politische Entscheidungen trafen, waren vor allem die Besitzenden, Angehörige der mächtigen Stämme und die Geistlichen. "Der weitaus größte Teil der Bevölkerung war sich überhaupt keines Interesses bewußt, das über das bloße Am-Leben-Bleiben-Wollen und Geachtet-Werden-Wollen hinausreicht. Er ist noch heute unfähig, Interessen zu artikulieren."³³⁾

Erst durch die Ermöglichung einer Erziehung (formaler und informaler Art) für den überwiegenden Teil der Bevölkerung, die Herbeiführung einer Bodenreform in Verbindung mit einer forcierten Förderung der Landwirtschaft und die Einführung des Leistungsprinzips, welches einen effektiven Verwaltungsapparat erst ermöglicht, kann das Interesse der Massen der Unterprivilegierten auf die Entwicklungspolitik gelenkt und diese Masse für die Politik gewonnen werden. Eine ausbleibende Reform der jetzigen Gesellschaftsstruktur, "in der jeder gemäß seiner Herkunft Status und Rolle zugewiesen bekommt, (wirkt) schöpferischem Denken und neuorientiertem abweichenden Verhalten entgegen und (schafft) einen *circulus vitiosus* der Stagnation."³⁴⁾ Dadurch degradiert sich die Entwicklungspolitik zu einer Leerformel.

6.3 Schlußbemerkung über die zukünftige Entwicklungshilfe der BRD für Afghanistan

Durch die Kapitalhilfe der BRD für Afghanistan wurden bis jetzt fast ausschließlich staatliche Projekte im Bereich der Infrastruktur gefördert. Die Zweckmäßigkeit und die Notwendigkeit dieser Projekte stehen außer Zweifel. Es ist lediglich zu fragen, ob bei der Auswahl der Projekte die besten

33) Ebenda.

34) Ebenda, S. 213.

Investitionsalternativen gewählt wurden und ob der Zeitpunkt ihrer Durchführung unbedingt in Einklang mit den wirtschaftlichen Erfordernissen Afghanistans gestanden hat.³⁵⁾ Daß die Kapitalhilfe dem staatlichen Sektor (Ausnahme Textilfabrik Gulbahar) zugute kam, ist zu begrüßen, wenn auch Untersuchungsberichte oder Stellungnahmen in der BRD dies kritisieren.³⁶⁾ Diese Kritik ist unter Berücksichtigung der damaligen sozio-ökonomischen Struktur Afghanistans nicht stichhaltig, weil eine Förderung der privatwirtschaftlichen Initiative durch die Kapitalhilfe der BRD unter anderem wegen des sehr mangelhaften Besteuerungsverfahrens in Afghanistan³⁷⁾ zu einer einseitigen Einkommensverlagerung zugunsten der zahlenmäßig verschwindend kleinen Schicht der einflußreichen Handelsbourgeoisie geführt hätte. Das Ergebnis wäre eine Vertiefung der Kluft zwischen Armen und Reichen innerhalb der afghanischen Gesellschaft gewesen.

Zusammenfassend kann über die Kapitalhilfe der BRD für Afghanistan festgestellt werden, daß sie, trotz einiger technischer Unzulänglichkeiten, die im Verhältnis zur Gesamtleistung der BRD geringfügig waren, nicht zu einer Vergrößerung der sozialen Ungerechtigkeit innerhalb der afghanischen Gesellschaft beigetragen hat.

Betrachtet man die durchgeführten Projekte, so zeigt sich, daß sie für die Allgemeinheit und nicht für einzelne Gruppen oder Schichten bestimmt waren. Dieselbe Feststellung gilt auch für die Technische Hilfe der BRD für Afghanistan, wobei hier die Ausbildungshilfe, insbesondere für die technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten, erfreulicherweise überwiegend sozial schwächere Schichten erreicht hat.

35) Diese Zweifel gelten auch einer Anzahl von Projekten, die durch die Kapitalhilfe der UdSSR und USA in Afghanistan durchgeführt wurden.

36) Als Beispiel sei zu erwähnen: K. Dorner, W. Jensch, Entwicklung ..., a.a.O., Bd. II., S. 3.

37) Vgl. Horst Nägler, Privatinitiative beim Industriesaufbau in Afghanistan, a.a.O., S. 164 f.

Nun sollte sich die Entwicklungshilfe-Politik der BRD für Afghanistan neu orientieren. Statt wie bisher ausschließlich die Infrastruktur sollte die Kapitalhilfe die produktiven Bereiche fördern, insbesondere die Landwirtschaft, kleine industrielle und gewerbliche (handwerkliche, heimgewerbliche) Projekte und staatliche Industriebetriebe.

Bei der Förderung der Landwirtschaft sollten die Schwerpunkte nicht auf Bewässerungs- und Landgewinnungsprojekten liegen, da diese in der Vergangenheit durch die UdSSR und die USA durchgeführt wurden und die Ergebnisse nicht ermutigend waren. Der Grund hierfür liegt darin, daß diese Maßnahmen allein zu keiner wesentlichen Produktivitätssteigerung auf dem Agrarsektor führen können. Für die Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft sind neben den Bewässerungsprojekten und Landgewinnungsmaßnahmen auch die Einführung von neuen Anbaumethoden und der Schädlingsbekämpfung, die Verwendung von Kunstdünger, die Verbesserung des Saatgutes, die Gründung landwirtschaftlicher Beratungsstationen, die Schaffung landwirtschaftlicher Genossenschaften und Verbesserungen in der Tierzucht die wichtigsten Voraussetzungen. Die Durchführung all dieser Faktoren wird dann eine Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft bewirken. Bei den landwirtschaftlichen Projekten in Paktia wurden diese Faktoren bei der Förderung durch die BRD (im Rahmen der Technischen Hilfe) berücksichtigt. Es wäre sehr gut, diese Art der Landwirtschaftsförderung auch im Rahmen der Kapitalhilfe der BRD in anderen Provinzen Afghanistans, die bis jetzt in dieser Hinsicht vernachlässigt wurden, durchzuführen. Der finanzielle Aufwand für derartige landwirtschaftliche Projekte ist geringer als für Infrastruktur-Projekte, jedoch wird ihr sozio-ökonomischer Wert beachtlich sein. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß bei einer Einführung der Grünen Revolution ³⁸⁾ diese mit einer Boden-

38) Als "Grüne Revolution" bezeichnet man eine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion durch die oben erwähnten Faktoren.

reform beginnen müßte, da sonst die Gefahr besteht, daß hauptsächlich die Großgrundbesitzer Nutznießer der Grünen Revolution sein würden.

Bei der Förderung des industriellen und gewerblichen Sektors durch die Kapitalhilfe sollten große und mittlere Privatindustrien ausgenommen werden: 1. weil für diese Privatinitiative die Möglichkeit vorhanden ist, an ausländisches Privatkapital (trotz vorhandener Vorbehalte der ausländischen Privatinvestoren für Investitionen in Afghanistan) heranzukommen; 2. weil bei den Privatindustrieunternehmen doch letztlich die Verwirklichung der Gewinnmaximierung das oberste Ziel sein wird; 3. weil die jetzige afghanische Wirtschaftspolitik, die sog. "mixed guided economy"³⁹⁾ starke Vorbehalte gegen Privatinitiative hat. Die afghanische Administration ist der Ansicht, "daß es den privaten Investoren sowohl an Kapital als auch an Erfahrung und Unternehmerqualität mangle Zum anderen befürchtet man eine zu starke Ansammlung von wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger Familien. Darüber hinaus bilden der Einfluß und die Gewinnmöglichkeiten des Industriesektors für die Administration einen starken Anreiz für vielerlei Eingriffe. Hinzu kommen ideologische Vorbehalte (treffender ausgedrückt "scheinideologische Vorbehalte, Anmerkung des Verf.) gegen das "kapitalistische" System."⁴⁰⁾

39) Dieser Begriff wurde bis jetzt durch die Regierung noch nicht präzise definiert, aber die Praktiken der vergangenen drei Fünfjahrespläne zeigen, daß es sich dabei um eine erhebliche Lenkung der Wirtschaft durch den Staat handelt. Die Praktiken der Vergangenheit zeigen, daß "... es kaum einen Sektor der Wirtschaft gibt, in dem der Staat nicht als Investor aufgetreten wäre; in einigen Wirtschaftszweigen hat er monopolähnliche Stellung erreicht. Die staatlichen Eingriffe in den Privatsektor reichen von staatlicher Zwangsbeteiligung über Preisvorschriften, Devisenablieferungspflicht, Anbauvorschriften zu Steuer- und Zollvergünstigungen für bestimmte Unternehmen." So R. Bellinghausen, Die afghanische Wirtschaftsplanung, a.a.O., S. 49.

40) R. Bellinghausen, Die afghanische Wirtschaftsplanung, a.a.O., S. 50.

Aus diesen Gründen ist die Kapitalhilfe der Bundesregierung für die Förderung der Privatindustrien (große und mittlere) in Afghanistan vorläufig ungeeignet. Wünschenswert wäre dagegen die Förderung der kleinen gewerblichen und industriellen Betriebe. Dafür fehlen jedoch die administrativen Bestimmungen. Es bleibt somit für die Kapitalhilfe der BRD in Afghanistan nur die Möglichkeit übrig, sich an der Förderung bzw. Neugründung der staatlichen Industriebetriebe zu beteiligen. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die Eindämmung des bisher relativ großen Einflusses der interessierten Lieferfirmen bei der Projektfindung in Afghanistan die vorrangige Durchführung von nicht dringend notwendigen Projekten verhindern würde. Dadurch hätte auch die Bundesrepublik Deutschland langfristig mehr Vorteile, erst recht aber Afghanistan. Schließlich wäre bei der Vergabe der Kapitalhilfe eine Verwirklichung der Vorschläge des "Pearson-Berichtes" in bezug auf die Dauer und Zinssätze der Kredite ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der afghanischen Zahlungsbilanz.

A N H A N G

=====

Dokument Nr. 1

Auswärtiges Amt

Berlin, den 17. April 1915

A.11 768 II

J.Nr. 12668

Euer Hochwohlgeboren beauftrage ich hierdurch, sich nach Kabul zu begeben, um eine Verbindung mit dem Emir von Afghanistan herzustellen und den Kumar Mahendra Pratap bei ihm einzuführen. Dieser überbringt seiner Majestät dem Emir von Afghanistan ein Allerhöchstes Handschreiben Seiner Majestät des Kaisers und Königs und ein Begrüßungsschreiben der Kaiserlichen Regierung.

Euer Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, den Kumar Pratap bei der Behandlung indischer Angelegenheiten, die ihm ausschließlich überlassen bleibt, in jeder Weise zu unterstützen.

Die Leitung der Expedition nach Kabul und alle Maßnahmen zu ihrer Durchführung, insbesondere alle Anordnungen bezüglich der Reise, der Aufenthalte pp. und die Verwaltung des Expeditionsfonds übertrage ich hiermit Euer Hochwohlgeboren und überlasse ihnen gegebenenfalls die Bestellung eines Vertreters.

gez. Zimmermann

Seiner Hochwohlgeboren
dem Kaiserlichen Legationssekretär
Herrn Leutnant von Hentig
Konstantinopel

Dokument Nr. 2

Seiner Majestät
Siraj-ul-Millat-wa-ud-Din
Amir Habib-Ullah Khan
von Gottes Gnaden König von Afghanistan
und der vom Königreich Afghanistan abhängigen Staaten

EUERE MAJESTÄT: Der Überbringer dieses Schreibens, der Kaiserliche Legationssekretär Leutnant von Hentig, ist beauftragt, den Kumar Raja Mahendra Pratap von Mursan nach Euerer Majestät Hauptstadt zu begleiten. Der Kumar Raja, den Seine Majestät der Kaiser und König, mein erhabener Herr, in Audienz zu empfangen geruht haben, und der hier Gelegenheit gehabt hat, sich davon zu überzeugen, daß Deutschland und seine Verbündeten, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich, als Sieger hervorgehen werden aus dem Kampf gegen England, Rußland und Frankreich, gedenkt Euerer Majestät eine Schilderung von den Eindrücken zu machen, die er in Deutschland gewonnen hat und Euerer Majestät Rat zu erbitten, wie Indien, das unter dem Joche einer ihm aufgezwungenen Fremdherrschaft seufzt, endgültig befreit werden kann, so daß es wieder den ihm gebührenden Platz im Rate der Völker einnimmt. Die Kaiserliche Regierung ist davon überzeugt, daß Euere Majestät, deren heldenhafte Heere die Engländer und Russen schon oft zu Paaren getrieben haben, dem Kumar Raja den richtigen Weg zur Erreichung seines hohen Zieles weisen werden.

Die Kaiserliche Regierung ergreift mit außerordentlicher Genugtuung diese Gelegenheit, um Euerer Majestät ihre besondere Wertschätzung und Hochachtung zu versichern in der Hoffnung, daß zwischen dem erhabenen Königreich Afghanistan und dem Deutschen Reich von nun an dauernde Beziehungen hergestellt werden mögen zum Nutzen und Gedeihen beider Länder.

Der Kaiserliche Legationssekretär von Hentig hat Weisung, Euer Majestät jeden Aufschluß über die gegenwärtige Kriegslage zu geben und Euerer Majestät wichtige Eröffnungen zu machen über die von der Kaiserlichen Regierung erhoffte künftige Gestaltung des Verhältnisses zwischen Afghanistan, dem Deutschen Reiche, Österreich-Ungarn und der Türkei.

gez. von Bethmann Hollweg

Dokument Nr. 3

Deutsch-afghanischer Freundschaftsvertrag

Der nachstehende Freundschaftsvertrag ist zwischen der allerhöchsten gottgegebenen afghanischen Regierung und der hohen deutschen Regierung abgeschlossen, daß von seiten der sehr hohen gottgegebenen afghanischen Regierung Seine Majestät, die Leuchte der Nation und der Religion, der König des afghanischen hohen Reiches, und von seiten des deutschen Reiches ... gebunden sind. Dieses Bündnis und diese Freundschaft sei für die Gegenwart und für die Zukunft zwischen der höchsten gottgegebenen afghanischen Regierung und der deutschen Regierung und ihren geehrten Herrschern.

- 1.) Die afghanische Regierung beginnt mit ihrer nötigen Unabhängigkeit und politischen Freiheit.
- 2.) Die deutsche Regierung nimmt es auf sich, der afghanischen Regierung zu helfen, soweit dies nur möglich ist; erkennt die Unabhängigkeit Afghanistans an; wird die österreichische und türkische und bulgarische Regierung veranlassen, diese ihrerseits anzuerkennen.
- 3.) Die afghanische Regierung beginnt sofort mit der vervollkommnung ihrer militärischen Macht und Verwaltung sowie mit politischen Beziehungen zu Persien, Indien und Russisch-Turkestan.
- 4.) Die deutsche Regierung ist gewillt, hunderttausend Gewehre neuer Art, 300 Geschütze, kleine und große mit sämtlichem Zubehör neuer Art, der dazu gehörigen Munition und außerdem das notwendige Kriegsmaterial und 10 Millionen Pfund für die afghanische Regierung so schnell wie möglich kostenlos und ohne Gegenleistung als Hilfsleistung zu geben. Sie nimmt es ferner auf sich, den Weg durch Persien zu öffnen, damit Offiziere, Ingenieure und andere Angestellte, die Afghanistan

benötigt, das Deutsche Reich als Angestellte des afghanischen Reiches gibt, und die Angestellte der afghanischen Regierung bleiben und als solche behandelt werden.

- 5.) Das afghanische Reich stellt fest, daß diese Maßnahmen dafür sind, daß wenn sie getroffen sind, es erstarke und zur Zeit der Notwendigkeit daraus Nutzen ziehen wird.
- 6.) Die deutsche Regierung ist gewillt, für den Fall, daß Afghanistan in den Krieg eingetreten ist oder Vorbereitungen militärischer und innerpolitischer Art mit Schnelligkeit trifft, für den Besitz verloren gegangener und eroberter Gebietsteile einzutreten und immer das afghanische Reich mit allen Mitteln gegen fremde Eroberungen im Interesse des afghanischen Reiches zu schützen.
- 7.) Die afghanische Regierung erkennt den Gesandtschaftssekretär Herrn von Hentig an und schickt sofort ihren eigenen Gesandten mit begrenzter Vollmacht nach der persischen Residenz, um dort im geheimen mit dem deutschen, österreichischen und türkischen Gesandten zu verhandeln. Sobald die Zeit gekommen ist, wird er sich öffentlich zum Minister Afghanistans bekennen. Und zur Zeit des allgemeinen Friedensschlusses wird eine Person, die zur Konferenz geeignet ist, mit allen Vollmachten als Bevollmächtigter für die Rechte der afghanischen Regierung bestimmt werden.
- 8.) Gesandtschaften betreffend:
 - a) Die Schutzwache der Gesandtschaft darf nicht stärker als 20 bis 30 Mann sein.
 - b) Für den Wohnsitz des Gesandten ist erlaubt, bis zu 40 000 qm Boden zu kaufen und die Gesandtschaft darauf zu errichten.
 - c) Wenn einer von den Untertanen der Reiche, die einen Gesandten in Afghanistan besitzen, eine Forderung hat, so wird die Entscheidung nach den afghanischen Gesetzen gefällt und geht den Gesandten nichts an. Für verschiedene Handelsformen und andere, die in dieser Art bisher in Afghanistan nicht vorgekommen sind, wird die afghanische Regierung neue Gesetze schaffen.

- 9.) Nach dem allgemeinen Frieden wird ein Handelsvertrag zwischen der afghanischen Regierung und der deutschen Regierung zu gegenseitig bindenden Bedingungen abgeschlossen.
- 10.) Beide Vertragspartner haben sich dann als gebunden zu betrachten, wenn von der deutschen Regierung an den afghanischen Gesandten in der persischen Residenz Nachricht gelangt, daß dieser Vertrag von der deutschen Regierung genehmigt ist.

Abschrift der Unterschrift Seiner Majestät:

Ich für die höchste afghanische Regierung
zu den Bedingungen des obigen Vertrages mit
der geehrten deutschen Regierung wünschen,
daß ein Bündnis geschlossen wird.

gez. Die Leuchte der Nation und der
Religion

18. Monat Rāb ul āwāl

Abschrift der Unterschrift von Kapitän Niedermayer und
von Hentig:

Die afghanische Regierung wünscht die Freundschaft
der deutschen Regierung und diesem Entwurf gemäß
einen Vertrag abzuschließen. Ich schicke die Abschrift
dieses afghanischen Vertrages der deutschen Regierung.
Da ich Afghanistan gesehen habe, empfehle ich ihn der
deutschen Regierung, und ich hoffe, daß sie diesen
Freundschaftsvertrag annehmen wird.

24. Januar 1916

(gez.) Niedermayer

(gez.) Hentig

Dokument Nr. 4

Freundschaftsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und
dem Königreich Afghanistan

Nachdem die Deutsche Regierung und die Königlich Afghanische Regierung die Anknüpfung freundschaftlicher diplomatischer Beziehungen miteinander schon vor einiger Zeit mittels Entsendung von Vertretern beider Seiten begründet haben,

haben sie sich zum Zwecke der Befestigung und Stärkung dieser freundschaftlichen Beziehungen, deren Wichtigkeit für das Gedeihen und die Wohlfahrt der Angehörigen beider Länder von beiden Teilen anerkannt wird, zum Abschluß eines Freundschaftsvertrages entschlossen.

Es haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

der deutsche Reichspräsident den Reichsminister des Auswärtigen, Herrn Dr. Gustav S t r e s e m a n n ,

Seine Majestät der König von Afghanistan den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn
G h u l a m S i d d i q Khan,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Wie bisher soll fortan zwischen Deutschland und Afghanistan unverletzlicher Friede und aufrichtige dauernde Freundschaft herrschen.

Artikel 2

Jeder der beiden Hohen vertragschließenden Staaten ist bei dem anderen Staate durch eine Gesandtschaft vertreten. Die

Leiter der Gesandtschaften und ihre sonstigen anerkannten Mitglieder genießen wechselseitig in gleicher Weise die nach den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts gewährten diplomatischen Vorrechte, insbesondere

- a) das Recht, an dem Gesandtschaftsgebäude das Wappen ihres Landes mit einer das Amt bezeichnenden Inschrift anzubringen; sowie das Recht, die Flagge ihres Landes auf dem Gesandtschaftsgebäude, auf der Wohnung des Gesandten und auf jedem von diesen bei dienstlichen Fahrten benutzten Gefährt aufzuziehen;
- b) die Unantastbarkeit der anerkannten Mitglieder der Gesandtschaft einschließlich ihrer Familienangehörigen;
- c) die Exterritorialität der Gebäude und Räume, in denen die Gesandtschaften untergebracht sind. Diese Amts- und Wohnräume dürfen aber niemals als Asyl für Leute, die die örtlichen Gesetze übertreten haben, dienen;
- d) die Unantastbarkeit der amtlichen Schriftstücke sowie des amtlichen Gepäcks der diplomatischen Kuriere während der Ausübung ihrer amtlichen Pflichten;
- e) das Recht mit ihrer eigenen Regierung und deren amtlichen Vertretern in anderen Ländern durch Post, Telegraph, Radiotelegraph oder Telephon offen oder in Chiffre zu verkehren, gemäß den Rechten der diplomatischen Vertreter;
- f) als Mitglieder der beiden Gesandtschaften werden die Inhaber der folgenden Dienststellungen angesehen werden:

Minister,
Gesandtschaftsrat,
Militärattaché,
Erster Sekretär,
Handelsattaché,
Zweiter Sekretär,
Dritter Sekretär oder Kanzler,
Dolmetscher,
Gesandtschaftsarzt.

Artikel 3

Die beiden Hohen vertragschließenden Teile sind sich vollkommen darüber einig, daß sie zu gegebener Zeit in Verhandlungen über den Abschluß besonderer Abkommen, insbesondere eines Wirtschaftsabkommens, eintreten wollen.

Artikel 4

Dieser Vertrag ist in deutscher und persischer Sprache abgefaßt; beide Texte, der deutsche wie der persische, haben gleiche Geltung.

Dieser Vertrag soll ratifiziert werden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden soll in Kabul stattfinden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin,
am 3. März 1926.

Dr. Gustav Stresemann

Ghulam Siddiq

Dokument Nr. 5

Aufzeichnungen des Außenpolitischen Amtes

Berlin, den 18. Dez. 1939

Afghanistan: Zielsetzung des Außenpolitischen Amtes der NDAP

Im Jahre 1936/37, während der Anwesenheit des afghanischen Ministerpräsidenten (Mohammed Hashim Khan) und verschiedener seiner Minister, die Gäste des Reichsleiters Rosenberg in Berlin waren, wurden nach jahrelanger Vorarbeit des Amtes grundlegende Staatsverträge¹⁾ zwischen dem Deutschen Reich und Afghanistan auf militärischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet abgeschlossen. Sie verfolgten den Zweck, die Bestrebungen Afghanistans, sich von seinen Nachbarländern unabhängiger zu machen, planmäßig realisieren zu helfen. Die Zielsetzung des Amtes war, die neutrale Haltung Afghanistans im Ernstfall zu ermöglichen bzw. dieses Land deutscherseits gegebenenfalls für Aktionen gegen Britisch-Indien oder Sowjetrußland einzusetzen. Welche Bedeutung diese Zielsetzung im Ernstfall für das Britische Empire hat, erfährt seine Bestätigung auch durch den Weltkrieg, als Deutschland die Kräftesituation im Vorderen Orient ungenutzt ließ (vgl. auch Churchill, Die Weltkrisis 1916/18).

In vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der jetzigen afghanischen Regierung wurde vom Amt eine generelle Planung für alle Sektoren des afghanischen Staatswesens entworfen und als Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung die Verpflichtung deutscher Sachverständiger in afghanische Regierungsdienste veranlaßt. Durch derartige eingearbeitete deutsche Kräfte sollte auf den lebenswichtigen Posten ein Netz von Stützpunkten geschaffen werden, die Deutschland die

1) Die grundlegenden Verträge befinden sich auf den folgenden Mikrofilmen: 6665, 6668, 8527, 8528, 8531, 8532, 8534.

Möglichkeit boten, sie im Falle eines militärischen Vorgehens Afghanistans mit deutscher Hilfe mitzuverwenden.

Ergebnisse der Planung und Zusammenarbeit

Die Deutsche Kolonie entwickelte sich im Verlauf von einer unbedeutenden zur größten europäischen Gruppe in Afghanistan.

Der Umfang und die Fortschritte der bisher geleisteten deutsch-afghanischen Zusammenarbeit sind in der Anlage skizziert. Besonders hervorzuheben ist die Auswirkung des Dr. Todt-Abkommens und des im August d. J. abgeschlossenen Wirtschaftsabkommens. Hierdurch ist gegenüber 1937 eine mehr als Verzehnfachung des Warenaustausches vorgesehen, darunter kriegswichtige Rohstoffe wie Baumwolle und Wolle, für die Afghanistan ebenso wie Iran jetzt das einzige Versorgungsgebiet ist, mit Ausnahme neuerdings von Sowjetrußland.

Durch deutsche Lieferungen wurde die Ausrüstung der afghanischen Armee modernisiert und potentiell erheblich verstärkt (Lieferung deutscher Flak, Minenwerfer und Gebirgsartillerie im Werte von ca. 9 Millionen RM). Die Armee besitzt ferner 2 500 Maschinengewehre (Brünn), 20 neue Gebirgsgeschütze (Skoda) und 40 alte, aber gebrauchsfertige Gebirgsgeschütze österreichischer Herkunft. Mit modernen Infanteriegewehren sind 30 bis 40 000 Mann ausgerüstet, ebenso verfügt die Armee über eine ausgezeichnete, modern bewaffnete Kavallerie und ca. 30 Flugzeuge (Italien) mit gut ausgebildeten Piloten; für die Luftwaffe haben sich die Afghanen als hervorragend geeignet gezeigt (Ausbildung durch einen deutschen Fluglehrer).

Die Ausbildung der Armee durch deutsche Offiziere (Major Schenk und Hauptmann Morlock) hat nach deren Angaben unerwartet gute Fortschritte gemacht. Die manuelle Begabung der Afghanen befähigt sie in jeder Hinsicht zur Bedienung und

Instandhaltung komplizierter Waffen. Die deutschen Instruktoren haben ferner ein tüchtiges Offiziers- und Technikerkorps herangebildet. Sichtbare Beweise des jetzigen Ausbildungsstandes des afghanischen Heeres waren in diesem Jahre das zweitägige einwandfreie Scharfschießen anlässlich der Parade sowie die blitzartige Niederwerfung von Aufständen.

Deutsche Polizeioffiziere haben das afghanische Polizei- und Geheime Staatspolizeiwesen ganz neu aufgebaut. In kurzer Zeit ist hiermit eine schlagkräftige, disziplinierte Polizeitruppe geschaffen, die großes Ansehen bei der Bevölkerung genießt.

Kurs und Stärke der jetzigen Regierung

Der Hauptexponent für die politische Orientierung Afghanistans nach Deutschland ist der afghanische Handelsminister und Präsident der Nationalbank, Abdul Medjid Khan, der auch heute als mächtigste Persönlichkeit innerhalb der Regierung anzusehen ist. Um den Kurs mit Deutschland in den letzten Jahren durchzusetzen, hat er stärkste persönliche Risiken auf sich genommen, aber stets mit seinen Zusagen Wort gehalten. Die Praxis hat erwiesen, daß seine vertraulichen Mitteilungen über die Stärken und Schwächen der Afghanischen Regierung richtig waren. Auch die deutsche Regierungsdelegation erklärte nach Rückkehr aus Kabul im September d. J., daß sie nunmehr in jeder Hinsicht die Auffassung des Außenpolitischen Amtes über die Bedeutung und Zuverlässigkeit Abdul Medjids teile. Auch nach Ausbruch des Krieges im September hat man keine Kursänderung feststellen können. Abdul Medjid hat sogar telegrafisch neue deutsche Experten für Regierungsdienste bis zum heutigen Tage dringend angefordert.

Unzweifelhaft ist der deutsche Einfluß in der Afghanischen Regierung stark gestiegen; Deutsche erfreuen sich überall

in der Bevölkerung großer Sympathie; nur Deutschen als einzigen Europäern ist es möglich, bei den kriegerischen strenggläubigen Stämmen Zutritt zu erhalten. Das Ansehen der Engländer ist dagegen gesunken trotz des naturgemäß ständig auf der Afghanischen Regierung lastenden politischen Druckes.

Nach Angabe der deutschen Instruktoren ist die afghanische Armee absolut regierungstreu. Als Gegner der Regierung können lediglich bezeichnet werden:

1.) Die Amanullah-Anhänger, größtenteils innerhalb der chauvinistischen Jugend, die die Wiedervereinigung mit den jenseits der östlichen Staatsgrenzen bis zum Indus wohnenden Stämmen (dort sollen ebenso viele reinblütige Afghanen leben wie im Königreich) erhofft und die jetzige Regierung der "vorsichtigen Alten" wegen der mangelnden nationalistischen Aktivität ablehnt; diese Bewegung für Amanullah ist bisher aber völlig unorganisiert und deshalb als ungefährlich anzusehen.

2.) Einzelne Stämme, die unter den wirtschaftlichen Monopol-Maßnahmen Abdul Medjids zu leiden haben; sie leisten gelegentlich Widerstand, der durch die Armee schnell niedergeschlagen bzw. durch wirtschaftliche Konzessionen leicht zu beseitigen ist..

Abschließend ist festzustellen, daß Deutschland zum ersten Mal mit Hilfe der jetzigen Regierung eine politische Bedeutung in Afghanistan erlangt hat.

Widerstände im Auswärtigen Amt

Diese konsequente Zielsetzung des Außenpolitischen Amtes ist durchgeführt worden trotz des Widerstandes des zuständigen

politischen Referenten im Auswärtigen Amt, Gesandten von Hentig. Dieser hat die ganzen Jahre hindurch bis vor kurzem Afghanistan als politisch uninteressant für Deutschland bezeichnet. Die Durchführung der planmäßigen Arbeit mit Afghanistan war daher nur auf Grund mehrfacher Sonderaufträge an den Chef des Amtes möglich.

Die jetzige plötzliche Änderung der Auffassung Hentigs über die politische Bedeutung Afghanistans und sein Eintreten für Amanullah als Werkzeug unseres Kampfes gegen Britisch-Indien findet eine Parallele in der Behandlung Saudisch-Arabiens, die gleichfalls bei ihm jede politische Konzeption vermissen ließ.

Pläne um Amanullah

Vor einigen Monaten ließ der Ex-König Amanullah durch einen Vertrauensmann beim Amt anfragen, ob er bei dem Versuch, den afghanischen Thron wiederzuerlangen, auf deutsche Unterstützung rechnen könne. Die Abwehrabteilung im Oberkommando der Wehrmacht hat sich seit einem Jahr mit dieser Frage befaßt. Sie hatte zu diesem Zweck einen Vertrauensmann ein Jahr lang in Teheran stationiert. Die Behandlung dieser Angelegenheit hat sich anscheinend darauf beschränkt, Verbindung mit dem früheren Hofminister von Amanullah, der sich in Teheran aufhält, aufzunehmen. Diese Verbindung und die Erklärung des Hofministers, daß die Voraussetzungen für einen Umsturz vor ihm geschaffen seien, haben - wie es scheint - genügt, eine Aktion für reif zu erklären, die den Sturz der jetzigen Regierung durch Aufstände und die Wiedereinsetzung Amanullahs zum Ziel hat.

Als Zeichen der oberflächlichen Vorbereitung erscheint es, daß der revolutionäre Amanullah-Kreis in Deutschland nicht einmal berücksichtigt wurde, darunter ehemalige Offiziere

wie Abdul Geni, der seinerzeit mit Genehmigung des Reichspräsidenten von Hindenburg im Auftrage des Königs Amanullah längere Zeit Dienst in der deutschen Armee getan hat, um sich hier später mit militärwissenschaftlichen Studien zu befassen. Selbst dieser Amanullah-Anhänger hat stets erklärt, daß, wenn eine Aktion für Amanullah Erfolg haben solle, diese militärisch sorgfältig vorbereitet werden müsse. Der modern ausgerüsteten afghanischen Armee müsse eine entsprechend ausgerüstete Truppe entgegengestellt werden, während zugleich die jetzt führenden Köpfe der Regierung durch Mörderhand fallen müßten. Eine Verkennung der heutigen afghanischen Verhältnisse sei es, wenn man glaubte, lediglich durch Geld-, Waffen- und Flugzeuglieferungen an aufruhrbereite Stämme das Ziel zu erreichen.

Aktion des Auswärtigen Amtes

Das Auswärtige Amt scheint nunmehr aber einen noch größeren Husarenritt unternehmen zu wollen, nachdem dort die Amanullah-Angelegenheit herangetragen wurde. Das Auswärtige Amt hat gleichfalls beschlossen, die jetzige Regierung durch Aufstände zu beseitigen und Amanullah wieder auf den Thron zu setzen. Die Aktion soll jedoch durch den früheren Gesandten und Außenminister Amanullahs, Ghulam Sittig (Berlin), ohne jede aktive Unterstützung Deutschlands und Sowjetrußlands durchgeführt werden. Ghulam Sittig ist dem Außenpolitischen Amt wegen seiner undurchsichtigen Beziehungen (England) bekannt. Von der Abwehrabteilung Canaris wurde er bisher abgelehnt, ebenso vom Gesandten Dr. Grobba, der als Orientreferent ihn 1928 kennenlernte. Die einzige Vorbereitung zur Durchführung scheint darin zu bestehen, daß man Ghulam Sittigs Behauptungen Glauben schenkt, er sei zur Realisierung dieser Pläne in der Lage. Man geht wohl nicht fehl mit der Annahme, daß der spiritus rector dieser Aktion Gesandter von Hentig ist, der schon früher Ghulam Sittig als den Exponenten Amanullahs für Deutschland bezeichnet hat. Auch der neue Unterstaats-

sekretär im Auswärtigen Amt, Habicht, scheint sich diese Ansicht zu eigen gemacht zu haben, ebenso die Begründung. Pg. Habicht erklärte nämlich gleichlautend mit der schon immer von Hentig vertretenen Auffassung, daß die jetzige Afghanische Regierung schwach und englandhörig sei, daß die afghanische Armee, Luftwaffe und Polizei nichts taue, so daß es deshalb Ghulam Sittig ein leichtes sein werde, diese Regierung hinwegzufegen. Die Pläne mit ihm sind schon soweit gediehen, daß, um das Einverständnis Sowjetrußlands einzuholen, Ghulam Sittig und Pg. Kleist vom Ministerbüro Ribbentrop zurzeit in Moskau verhandeln, nachdem Graf Schulenburg bereits vorher Molotov hierüber angefragt hat.

Stellungnahme des Außenpolitischen Amtes

Nach Auffassung des Amtes würde das Ergebnis der beabsichtigten Aktion Ghulam Sittigs nur der Ausbruch eines Bürgerkrieges in Afghanistan sein, ohne daß das beabsichtigte Ziel erreicht wird. Die jetzige Regierung könnte sogar aus Furcht vor weittragenden deutsch-sowjetrussischen militärischen Aktionen sich vorsorglich gezwungen sehen, Englands Hilfe (Flugzeuge usw.) anzurufen, wodurch sie wieder in die alte Abhängigkeitspolitik geraten müßte. Die gesamte deutsche Position wäre aber durch dieses Vorgehen mit einem Schlage zerstört und Afghanistan als Basis für einen deutschen Vorstoß gegen Britisch-Indien verloren.

Besonders gefährlich war die schon erfolgte Anfrage in Moskau deswegen, weil, wenn nicht eine Garantie der Grenzen Afghanistans vorher abgesprochen ist, Sowjetrußland geradezu herausgefordert wird, den Bürgerkrieg zur Annektion der Nordprovinzen zu benutzen (analog dem Vordringen in die Ostseeländer) und dort den deutschen Einfluß auszuschalten.

Es scheint dringend geboten, daß

1.) die eingeleitete Aktion des Auswärtigen Amtes sofort abgebrochen wird und die Beauftragten aus Moskau zurückgerufen werden, weil schon bei Bekanntwerden von laufenden Verhandlungen die Afghanische Regierung darin eine Bestätigung der in Kabul von England lancierten Gerüchte eines deutsch-sowjetrussischen Vorstoßes gegen Britisch-Indien über Afghanistan erblicken würde und daraus zwangsläufig Konsequenzen ziehen könnte;

2.) der Versuch gemacht wird, durch Druck auf die jetzige Afghanische Regierung darauf hinzuwirken, daß sie mit wohlwollender deutscher und sowjetrussischer Haltung den kriegesischen afghanischen Stämmen im sogenannten Niemandsland, die sie bisher aus Rücksicht auf England in ihren Aufständen sich selbst überlassen hat, die Grenzen öffnet und sie inoffiziell planmäßig unterstützt; ferner wäre vorzusehen, daß die jetzige Regierung sich zur Prüfung der Möglichkeiten eines Krieges gegen Britisch-Indien und zu Generalstabsbesprechungen bereit erklärt; hierzu wäre eine namhafte, orient-erfahrene Persönlichkeit, z.B. Gesandter Dr. Grobba, nach Kabul zu entsenden;

3.) als Voraussetzung die Zustimmung Sowjetrußlands durchgesetzt wird, die jetzigen Grenzen Afghanistans zu garantieren, d. h. damit auf den Weg zum Indischen Ozean durch Afghanistan zu verzichten;

4.) nach einem etwaigen Scheitern der Verhandlungen mit der jetzigen Afghanischen Regierung jede andere Aktion, wie z.B. für Amanullah, sorgfältig in jeder Beziehung geprüft und vorbereitet wird, um der Bedeutung Afghanistans als Brücke zu Britisch-Indien gerecht zu werden.²⁾

Quelle: Akten zur Deutschen Außenpolitik 1918 - 1945
Serie D: 1937-1945, Band VIII, Erster Band,
4. September 1939 bis 18. März 1940
Baden-Baden u. Frankfurt am Main 1961, S. 431-435.

-
- 2) Ein viel späteres Dokument erhellt ein Nachspiel zu dem Konflikt zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Außenpolitischen Amt über die Afghanistan-Politik. Am 12. Juli 1941 protestierte das Außenpolitische Amt in einem Brief an Lammers gegen die in Aussicht genommene Ernennung von Hentigs zum Gesandten in Kabul und legte zur Begründung eine kritische Betrachtung von dessen Tätigkeit im Mittleren Osten in Form einer Notiz vom 8. Juli 1941 vor. Eine Übersicht über die in den vorstehend abgedruckten Dokumenten sichtbar gemachte Kontroverse schloß mit der folgenden Feststellung: "Durch einen Bericht des Amts an den Chef der Reichskanzlei wurde diese Aktion Amanullahs glücklicherweise in letzter Minute verhindert." Es handelt sich hier um das unveröffentlichte Nürnberger Dokument Nr. 281-PS, das sich in den National Archives in Washington befindet.

Dokument Nr. 6

Der Gesandte in Kabul an das Auswärtige Amt

Telegramm

Geheim Kabul, den 27. Juni 1940 14 Uhr 20
Nr. 248 vom 26.6. Ankunft: 27. Juni 15 Uhr 50

Für Herrn von Weizsäcker.

Wirtschaftsminister¹⁾ hat gestern streng vertraulich und mit Bitte um strengste Geheimhaltung angedeutet, Afghanistan wäre bereit, zu Gunsten aktiver Beteiligung im deutschen Interesse alle Möglichkeiten zu mobilisieren, die aus gefühlsmäßiger und religiöser Bindung sich ergeben, und insbesondere Grenzstämme und afghanische Bevölkerung in Indien zum Vorgehen gegen Engländer zu veranlassen, um dadurch bereits begonnene und zu erwartende Verschiffung indischer Truppen zum Mittelmeer zu verhindern. Nach Angabe Ministers sollen Juni bereits 30 000 Inder verschifft worden sein, während Abtransport von rund 500 000 in Vorbereitung. Gesamtleistungsfähigkeit Indiens wird von ihm auf 2 Millionen geschätzt.

Obschon Minister angeblich nur von sich aus Föhlung mit uns genommen haben will, ist anzunehmen, daß mindestens Teile (der) Regierung von seinem Schritt Kenntnis haben. Minister ist überzeugt, seine Absicht durchzusetzen, wenn wir folgende Punkte garantieren:

- 1.) Zusicherung, daß Russische Sowjetrepublik in jeder Hinsicht und besonders bei geplantem Vorstoß Integrität Afghanistans gewährleistet.

1) Abdul Madjid Khan, Wirtschaftsminister seit Dezember 1938; Präsident der Afghanischen Nationalbank seit 1932.

2.) Eintreten für Schaffung eines afghanischen Zugangs zum Meer.

3.) Lieferung von Flugzeugen, Tanks und Flak im benötigten Umfang.

Unter Hinweis auf gegenseitige Intrigen der Westmächte nach Ende des Weltkriegs im Nahen Osten und ähnliche Befürchtungen für Schwierigkeiten bei Ende jetzigen Krieges infolge italienischer und russischer Gegensätze im gleichen Raum, andeutete Minister, daß Saadabad-Mächte²⁾ geneigt sein würden, ihre Politik mit Deutschland auszurichten, um dadurch mögliches Intrigenspiel auszuschalten. Allerdings sei Haltung Türkei schwankend. Afghanische Regierung würde bereit sein, Fühlungnahme zwischen Saadabad-Mächten anzubahnen.

Falls Deutsche Regierung afghanischen Vorschlägen geneigt, bittet Minister Herkommen als Kaufmann getarnten Bevollmächtigten, um Einzelheiten ohne weiteren Telegrammverkehr festzulegen.

In diesem Zusammenhang interessant, daß Außenminister³⁾ kürzlich getrennt bei mir und Italienischem Gesandten⁴⁾ Frage anschnitt, welche Einstellung unsere Regierungen gegenüber Afghanistan nach dem Kriegsende haben würden. Da Wirtschaftsminister diesen Schritt kannte, wird Annahme von Kenntnis wenigstens eines Teils Regierung von jetzigem Angebot Wirtschaftsminister verstärkt.

2) Nichtangriffsvertrag zwischen Afghanistan, dem Irak, Iran und der Türkei vom 8. Juli 1939 (der sog. Pakt von Saadabad; Orient-Entente). Der Text ist gedruckt in: Politische Verträge, hrsg. von Viktor Bruns, Band III, 1. Halbband (1936-1937), Berlin 1940, S. 692-695, und British and Foreign State Papers, 1937, London 1950, Band CXLI, S. 712 - 714.

3) Ali Moh. Khan.

4) Pietro Quaroni.

Minister erklärte verschiedentlich, daß sein Angebot nur an uns gerichtet sei, da gegen Italien - wahrscheinlich wegen Amanullah⁵⁾ - gewisses Mißtrauen bestehe.

Wenn auch anzunehmen ist, daß Afghanistan mit jetzigem Schritt sich in bevorstehende Endentscheidung einschalten will, um Vorteile bei Neuordnung zu erreichen, so erscheint Angebot doch beachtlich.

Erbitte Drahtweisung.

PILGER

Quelle: Akten zur Deutschen Außenpolitik 1918 - 1945
Serie D: 1937-1945, Band X, Dritter Band Juni
bis August 1940, Frankfurt am Main 1963, S. 25 f.

5) Siehe Serie D, Band VIII, Dokumente Nr. 60, 369, 449 und 470.

LITERATURVERZEICHNIS

=====

1. Bibliographien und Sammelwerke

Bibliographie der Afghanistan-Literatur 1945-1967, 2 Bände,
hrsg. von: Arbeitsgemeinschaft Afghanistan und Deutsches
Orient Institut, Hamburg 1968 u. 1969.

Wilber, Donald N.: Annotated Bibliography of Afghanistan,
1. u. 2. Aufl., New Haven, Conn., 1956, 1963.

Besters, Hans und Boesch, Ernst E., (Hg.): Entwicklungs-
politik, Handbuch und Lexikon, Berlin - Mainz 1966.

Boettcher, Erik, (Hg.): Entwicklungstheorie und Entwicklungs-
politik, Tübingen 1964.

Grassmuck, Georg und Adamec, Ludwig W. mit Irwin, Frances H.,
(Hg.): Afghanistan, some new Approaches, Center for Near Ea-
stern and North African Studies, The University of Michigan,
Ann Arbor 1969.

Klös, Erhard, (Hg.): Von Versailles zum Zweiten Weltkrieg,
Verträge zur Zeitgeschichte 1918-1939, München 1969.

Rose, Klaus, (Hg.): Theorie der internationalen Wirtschafts-
beziehungen, 2. Aufl., Köln - Berlin 1966.

Zapf, Wolfgang, (Hg.): Theorien des sozialen Wandels, Köln -
Berlin 1969.

2. Berichte, Dokumentationen, offizielle Unterlagen,
Statistiken

Akten zur Deutschen Außenpolitik 1918-1945, Serie D: 1937-1945, Band VIII, Erster Band, 4. Sept. 1939 bis 18. März 1940, Baden-Baden u. Frankfurt/Main 1961, S. 329, 431-435.

Akten zur Deutschen Außenpolitik 1918-1945, Serie D: 1937-1945, Band X, Dritter Band, 23. Juni bis 31. August 1940, Frankfurt/Main 1963, S. 25 f.

Akten zur Deutschen Außenpolitik 1918-1945, Serie D: 1937-1941, Band XII, 1, Fünfter Band, Erster Halbband, 1 Febr. bis 5. April 1941, Göttingen 1969, S. 233.

Akten zur Deutschen Außenpolitik 1918-1945, Serie D: 1937-1941, Band XII, 2, Fünfter Band, Zweiter Halbband, 6. April bis 22. Juni 1941, Göttingen 1969, S. 808 f.

Akten zur Deutschen Außenpolitik 1918-1945, Serie D: 1937-1941, Band XIII, 1, Sechster Band, Erster Halbband, 23. Juni bis 14. September 1941, Göttingen 1970, S. 116, 223 f, 249, 312, 379.

Akten zur Deutschen Außenpolitik 1918-1945, Serie D: 1937-1941, Band XIII, 2, Sechster Band, Zweiter Halbband, 15. September bis 11. Dezember 1941, Göttingen 1970, S. 523 f.

Der "Pearson-Bericht", Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik, Bericht der Kommission für Internationale Entwicklung, Wien-München-Zürich, 1969.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Band 12, 14. Nov. 1945 bis 1. Okt. 1946, und Band 25, 14. Nov. 1945 bis 1. Okt. 1946, Nürnberg, 1947.

Dorner, Klaus u. Jensch, Werner: Entwicklung und Entwicklungspolitik in Afghanistan, Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik der Ruhr-Universität Bochum, 2 Bände, Hauptband und Anhang, Bochum 1967.

Eckensberger, Lutz H. u. Claus, H. J.: Unterrichtsprobleme an technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten in Entwicklungsländern, Wissenschaftliche Reihe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Band 16, Stuttgart 1968

Eckensberger, Lutz, Klein, Heinz Günther, Wolf, Klaus J., u. Schönmeier, Hermann: Probleme der Technisch-Gewerblichen Ausbildungshilfe für Afghanistan und Thailand, Band I: Länderstudie Afghanistan, hrsg. von der Institutsgemeinschaft für Probleme der Ausbildungshilfe, Aachen und Saarbrücken 1967.

Eckensberger, Lutz H., Eckensberger, U., Schneider, G.: Counterparts an technisch-gewerblichen Ausbildungsstätten in Afghanistan, hrsg. von der Institutsgemeinschaft für Probleme der Ausbildungshilfe, Aachen und Saarbrücken 1968.

Klein, Heinz Günther: Zur Struktur des afghanischen Arbeitsmarktes, Band I, Strategie der Humankapitalbildung, Band II, Beschäftigungsstruktur ausgewählter Betriebe, Band III, Statistischer Anhang, Band IV, Ergebnisse im Überblick, hrsg. von der Institutsgemeinschaft für Probleme der Ausbildungshilfe, Aachen 1968.

Klein, Heinz Günther, u. Schönmeier, Hermann Wolfgang: Planung von Projekten der Technisch-Gewerblichen Ausbildungshilfe, hrsg. von der Institutsgemeinschaft für Probleme der Ausbildungshilfe, Aachen u. Saarbrücken 1968, Studie im Auftrag des BMZ.

Survey of Progress, hrsg. von Ministry of Planning, Kabul, Afghanistan, verschiedene Jahrgänge.

United Nations Statistical Year Book 1969, Twenty-first Issue, New York 1970.

Unterlagen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit über die Bildungshilfe, Kapitalhilfe und Technische Hilfe der Bundesrepublik Deutschland für Afghanistan (Alle Unterlagen vertraulich).

3. Monographien und Aufsätze

Adamec, Ludwig W.: Afghanistan 1900-1923, A Diplomatic History, published under the auspices of the Near Eastern Center, University of California, Los Angeles, Berkeley 1967.

Behrendt, Richard F.: Soziale Strategie für Entwicklungsländer, Entwurf einer Entwicklungssoziologie, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1968.

Bellinghausen, Rudolf: Die afghanische Wirtschaftsplanung, Sonderdruck aus: Wirtschaftspolitische Chronik, Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Heft 3, 1971.

Bellinghausen, Rudolf: Verluste der Entwicklungsländer durch die DM-Aufwertung am Beispiel Afghanistan, in: "Orient", 11. Jg., Nr. 5, Okt. 1970, S. 147 ff.

Blücher, Wipert von: Zeitenwende in Iran, Erlebnisse und Beobachtungen, Biberach an der Riss 1949.

Büscher, Horst: Die Industriearbeiter in Afghanistan, Eine Studie zur gesellschaftspolitischen Problematik sozial schwacher Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern, Meisenheim am Glan, 1969.

Büscher, Horst: Demokratisierung und Ansätze zur Parteienbildung in Afghanistan, in: Vierteljahresberichte Nr. 39, März 1970, S. 1 ff, hrsg. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Busch, Klaus, Kühn, Rainer u.a.: Neuere Imperialismustheorien, in: Sozialistische Politik, 2. Jg., Nr. 6/7, Juni 1970, S. 99 ff.

Cho, M. Y.: Politische Probleme der westdeutschen Entwicklungshilfe, Diss., Bonn 1965.

Danckwerts, Dankwart, Pfütze, Hermann, Lechner, Norbert u. Stiebitz, Rüdiger: Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik, Frankfurt/Main 1970.

Deppe-Wolfinger, Helga: Zum Verhältnis von Bildung und Gesellschaft in Entwicklungsländern, in: Das Argument, Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 3, 2. Aufl., Juni 1969, S. 203 ff.

Diez-Hochleitner, Richard: Bildungspolitik, in: Entwicklungspolitik, Handbuch und Lexikon, hrsg. von Hans Bester, Berlin und Mainz 1966, S. 583 ff.

Dorner, Klaus: Die ökonomische Evaluierung der Entwicklungshilfe, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Band 123, Heft 4, 1967, S. 682 ff.

Dumke, Horst: Bilaterale Kapitalhilfe der BRD, in: Albrecht Kruse-Rodenacker, Horst Dumke, Niklas v. Götz: Kapitalhilfe-Untersuchungen zur bilateralen Kapitalhilfe im Rahmen öffentlicher Leistungen, Berlin 1970, S. 92 ff.

Eberhard, Wolfram: Settlement and Social Change in Asia, Afghanistan's Young Elite, S. 397 ff, und Labour Sources for Industrialization: The Case of Afghanistan, Three Types of Industrialization, S. 415 ff. Hong Kong University Press, Hong Kong 1967.

Edding, Friedrich: Ökonomie des Bildungswesens, Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition, Freiburg im Breisgau 1963.

Eppler, Erhard: Entwicklungspolitik und Eigeninteresse, in: Europa Archiv, Heft 6, 26. Jahr, 1971, S. 187 ff.

Eppler, Erhard: Wenig Zeit für die Dritte Welt, 3. Aufl., Berlin, Stuttgart, Köln, Mainz, 1972.

Fischer, Dieter: Waldverarbeitung im östlichen Afghanistan, Meisenheim am Glan, 1970.

Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht, die Kriegspolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961.

Fraser-Tytler, Sir William Kerr: Afghanistan, A study of political developments in Central and Southern Asia, 3. Aufl., London 1967.

Fröhlich, Dieter: Nationalismus und Nationalstaat in Entwicklungsländern, Probleme der Integration ethnischer Gruppen in Afghanistan, Meisenheim am Glan, 1970.

Fuhrmann, Peter: Entwicklungsland Afghanistan, in: Politische Studien, 19. Jg., Heft 179 von 1968, S. 317 ff.

Gehrke, Ulrich: Persien in der Deutschen Orientpolitik während des Ersten Weltkrieges, 2 Bände, Stuttgart, ohne Jahr (1961?).

Ghaussy, Abdul Ghanie: Gefährdete Ausbildungshilfe, Zur Problematik der akademischen Ausbildung von Führungskräften aus den Entwicklungsländern, Tübingen 1962.

Gregorian, Vartan: The Emergence of Modern Afghanistan, Politics of Reform and Modernization, 1880-1946, Stanford University Press, Stanford, California 1969.

Heinrich, Brigitte, D-Mark-Imperialismus, Deutsche Industrie und Ausbeutung der Dritten Welt, Berlin 1971.

Hendrikson, Kurt H. u. Reinecker, Martin: Praktische Entwicklungspolitik, Daten, Strategien, Projekte, Düsseldorf 1971.

Hentig, Werner Otto von: Mein Leben eine Dienstreise, Göttingen 1962.

Herlt, Rudolf: Das Tribunal der Armen, in: "Die Zeit", Nr. 18, vom 5. Mai 1972, S. 10.

Hondrich, Karl Otto: Verfassungsentwicklung, politische Stabilität und sozialer Wandel: Die Modernisierung des traditionellen politischen Systems in Afghanistan, in: Jahrbuch für Verfassung und Verfassungswirklichkeit, hrsg. von Ferdinand A. Hermens, Köln-Opladen 1966, Bd. I, S. 200 ff.

Hondrich, Karl Otto: Die Einstellung afghanischer Studenten zum sozialen Wandel, Versuch einer empirischen Studie in einem wirtschaftlich unterentwickelten Land, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 16. Jg., 1964, S. 703 ff.

Hondrich, Karl Otto: Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Konflikte und politische Freiheiten, Sozialkultureller Konflikt als Problem gesellschaftlicher Integration, Frankfurt/Main 1970, S. 249 ff.

Humlum, Johannes: La géographie de l'Afghanistan: Étude d'un pays aride, Kopenhagen 1959.

Illich, Ivan: Entschulung der Gesellschaft, München 1972.

Jalée, Pierre: Die Ausbeutung der Dritten Welt, Probleme sozialistischer Politik, Frankfurt/Main 1968.

Jalée, Pierre, Die Dritte Welt in der Weltwirtschaft, Frankfurt/Main 1969.

Jalée, Pierre: Das neueste Stadium des Imperialismus, München 1971.

Jewett, A. C.: An American Engineer in Afghanistan, Minneapolis 1948.

Klimburg, Max: Afghanistan, Das Land im historischen Spannungsfeld Mittelasiens, Wien u. München 1966.

Knall, Bruno: Entwicklungsprogrammierung und Programmbewertung, aus: Entwicklungstheorie u. Entwicklungspolitik, hrsg. von E. Boettcher, Tübingen 1964, S. 215 ff.

Knall, Bruno: Die Rolle und Bedeutung der Berufserziehung im Rahmen der Entwicklungsplanung, in: Wirtschaftsdienst, 43. Jg., 1963, S. 520 ff.

Knall, Bruno: Grundsätze und Methoden der Entwicklungsprogrammierung, Techniken zur Aufstellung von Entwicklungsplänen, Wiesbaden 1969.

Kraus, Willy: Afghanistan im Blickfeld deutscher Wissenschaft, in: "Orient", 9. Jg., Heft 6, 1968, S. 195 ff.

Krugmann-Randolf, Inga: Modellfall Paktia, Erfolg kombinierter Regionalentwicklung, in: Der Volkswirt, Nr. 10, 10. 3. 1967, S. 369 ff.

Lampe, Klaus: Die Deutschen mit dem weißen Salz, in: Terra, Zeitschrift für Internationale Zusammenarbeit, Ausgabe Asien, hrsg. vom BMZ, ohne Jahr (1970?).

Lell, Hans-Joachim: Entwicklungspläne und Entwicklungsperspektiven in Afghanistan, in: "Orient", 10. Jg., Nr. 6, Dez. 1969, S. 199 ff.

Mandel, Ernest: Marxistische Wirtschaftstheorie, Wissenschaftliche Sonderausgabe, Frankfurt/Main 1971.

Mir Munshi Sultan Mohamed Khan (Hg.): The Life of Abdur Rahman Khan Amir of Afghanistan, 2 Bände, John Murray, London 1900.

Mokhtarzada, Faika: L'Évolution de la Situation Internationale de l'Afghanistan, Diss. Rechts- und Wirtschaftswissenschaftl. Fak. der Univ. Toulouse 1970.

Nägler, Horst: Privatinitiative beim Industriesaufbau in Afghanistan, Düsseldorf 1971.

Niedermayer, Oskar Ritter von: Im Weltkrieg vor den Toren Indiens, Der Wüstenzug der deutschen Expedition nach Persien und Afghanistan, 2. Aufl., Hamburg 1936.

Nyerere, Julius: Erziehung zum Vertrauen auf die eigene Kraft, Sonderbeilage zur Zeitschrift "Afrika heute", Nr. 22/67, 15. November 1967.

Pomiankowski, Joseph, Der Zusammenbruch des Ottomanischen Reiches, Graz - Austria 1969.

Popal, Ali Ahmed: Eine historische Übersicht über die deutsche Kulturarbeit in Afghanistan, in: Zeitschrift für Kulturaustausch 16/1, 1966, S. 14 ff.

Pratap, Mahendra: My German Mission to High Asia, in: Monatliche Zeitschrift: Asia, vom Mai 1925, Volume XXV, Nr. 5, New York, 1925, S. 382 ff u. 450 ff.

Puchner, Helmut R.: Kampf um Zedernholz, Projekt Paktia/Afghanistan, Forstleute bald ohne Wald?, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, hrsg. von der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer, Heft 11, v. 1970, S. 16 ff.

Rastogie, Ram Sagar: Indo-Afghan Relations, 1880 - 1900, Lucknow 1965.

Rhein, Eberhard u. Ghaussy, A. Ghanie: Die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans 1880-1965, Opladen 1966.

Recum, Hasso von: Das Bildungswesen als Entwicklungsfaktor, in: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, hrsg. von Erik Boettcher, Tübingen 1964, S. 385 ff.

Schultz, Theodor W.: The Economic Value of Education, Columbia University Press, New York - London, second printing 1964.

Seifert, Bruno: Der Anteil Deutschlands an der wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans, Stuttgart 1929.

Seitz, Konrad: Die destabilisierende Hilfe, Gedanken über eine neue Entwicklungshilfe-Politik, in: Europa-Archiv, 26. Jg., Folge 23, Dez. 1971, S. 805 ff.

Steden, Axel: Zur Politik Afghanistans, in: "Orient", 4. Jg., Nr. 3, S. 95 ff.

Stucken, Rudolf: Der "Circulus Vitiosus" der Armut in Entwicklungsländern, in: Entwicklungspolitik, Handbuch und Lexikon, hrsg. von Hans Bester, Berlin und Mainz 1966, S. 53.

Toepfer, Helmuth: Grundlagen und Möglichkeiten zur Entwicklung der Landwirtschaft Afghanistans, in: "Orient", Heft 3 vom Juni 1971, S. 90 ff.

Wald, Hermann-Josef: Landnutzung und Siedlung des Pashtunen im Becken von Khost (östliches Afghanistan), Schriften des Deutschen Orient-Instituts, Materialien und Dokumente, Opladen, W. Leske verl. 1969.

Werner, Ingeborg: Die Afghanistan-Politik des deutschen Imperialismus vom Beginn des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, Diss. Phil. Fak. Univ. Halle, 1964.

Weisel, Albrecht: Entwicklungshilfe der Polizei in Afghanistan, in: Polizei-Polizeipraxis, 55, 1964, S. 265 ff.

Wilber, Donald N.: Afghanistan, its People, its Society, its Culture, New Haven, Conn. 1962.

Kurt Zienke: Als Deutscher Gesandter in Afghanistan, Stuttgart 1939.

Zybon, Adolf: Der Aufbau einer Wissenschaftlichen Fakultät in einem Entwicklungsland (Partnerschaft Köln-Kabul), in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 17. Jg., März 1965, S. 161 ff.

4. Sonstiges

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundes-
regierung

Caravan, Kabuler Tageszeitung

Der Spiegel

Entwicklungshilfe - eine Politik für die Zukunft, hrsg.
vom BMZ, ohne Jahr

Entwicklungspolitik, Deutscher Entwicklungsdienst, hrsg. vom
BMZ, Bonn 1970

Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation,
Beilage zu den NfA (Nachrichten für Außenhandel), 21. Jg.,
Nr. 39 vom Feb. 1971, S. 1 ff.

LEBENS LAUF

Mohammed Taufiq M o k h t a r z a d a ,
geboren am 9. Mai 1942 in Herat/Afghanistan,
Sohn des Gohlam Hassan Mokhtarzada und
seiner Ehefrau Soraya, geb. Naqschî.

Von 1947/48 bis 1959/60 Besuch des Kabuler Habibia-Lycée,
Ablegung des Baccalaureat-Examens (Abitur) in der Fach-
richtung Philo-Science.

Von 1960 bis 1962 Studium an der Universität Kabul und
Ablegung des allgemeinen Naturwissenschaftlichen Examens
M.P.C.B. (Mathematik, Physik, Chemie, Biologie).

Frühjahr 1962 Einreise in die Bundesrepublik Deutschland.
Vor Beginn des Studiums Erlernen der deutschen Sprache am
Goethe-Institut in Ebersberg bei München.

Sommersemester 1964 bis Ende Wintersemester 1964/65 Studium
der Politischen Wissenschaft an der Bayerischen Julius-
Maximilians-Universität Würzburg.

Sommersemester 1965 Fortsetzung des Studiums der Politischen
Wissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität
Berlin.

Sommersemester 1967 Ablegung der Zwischenprüfung am Otto-
Suhr-Institut. Herbst 1969 Ablegung der Diplomprüfung am
Otto-Suhr-Institut zur Erlangung des akademischen Grades
eines Diplom-Politologen. Thema der Diplomarbeit:
Entwicklungshilfe und Außenpolitik der Bundesrepublik
Deutschland gegenüber den asiatischen Staaten seit 1961.

Frühjahr 1970 Beginn der Promotion. Im Wintersemester 1970/71
Lehrauftrag vom Fachbereich Politische Wissenschaft
(Otto-Suhr-Institut).

